

Vorlage für Gemeinde Blankenhof

öffentlich

VO-40-BO-2020-284-1

Satzung über den B-Plan Nr. 8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" -

1. Abwägungsbeschluss

2. Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss

<i>Organisationseinheit:</i> Fachbereich Bau und Ordnung <i>Bearbeitung:</i> Alexander Diekow	<i>Datum</i> 25.11.2020 <i>Verfasser:</i>
--	---

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Gemeindevertretung der Gemeinde Blankenhof (Entscheidung)		Ö

Sachverhalt

Durch den Projektentwickler (K&K Projekt UG An der Landwehr 12 aus 17033 Neubrandenburg) wurde der Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens zur Errichtung eines Sondergebiets Photovoltaikanlage gestellt.

Durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Blankenhof wurde daraufhin der Aufstellungsbeschluss am 16.01.2020 (Beschluss-Nr. VO-40-BO-2020-284) gefasst.

In der Zeit vom 08.06.2020 bis einschließlich 10.07.2020 fand die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange statt.

Des Weiteren wurde auf Wunsch der Gemeinde am 19.10.2020 eine Einwohnerversammlung zu diesem Vorhaben durchgeführt.

Die eingegangenen Stellungnahmen (öffentliche und private Belange) sind nunmehr untereinander und gegeneinander gerecht abzuwägen (§ 1 Abs.7 und § 1a Abs. 2 Satz 3 BauGB). Dazu wurde ein entsprechender Abwägungsvorschlag erarbeitet. Dieser wird hiermit der Gemeindevertretung Blankenhof zur abschließenden Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Im Ergebnis der Abwägung wurde ein entsprechender Entwurf durch das Planungsbüro erarbeitet, der hiermit der Gemeindevertretung zur Billigung vorgelegt wird. Dieser Entwurf ist nach Freigabe durch die Gemeindevertretung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Des Weiteren sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 zu beteiligen.

Mitwirkungsverbot:

Aufgrund des § 24 (1) Kommunalverfassung ist Herr Kappenberg als Mitglied des Gremiums von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Blankenhof beschließt:

Abwägungsbeschluss:

1. Die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange bzw. der Öffentlichkeit wurden unter Beachtung des Abwägungsgebotes entsprechend den jeweiligen Empfehlungen in der Abwägungstabelle (*Anlage 1*) geprüft.
2. Den Abwägungsvorschlag und das Abwägungsergebnis macht (*Anlage 1*) sich die Gemeinde zu eigen. Sie sind Bestandteil des Beschlusses. Das Amt Neverin wird beauftragt die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie die betroffene Öffentlichkeit von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Offenlegungsbeschluss:

3. Der Entwurf (*Anlage 2, Stand: 20.10.2020*) mit der dazugehörigen Begründung (*Anlage 3, Stand: 20.10.2020*) einschließlich Umweltbericht (*Anlage 4*) und artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (*Anlage 5*) wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
4. Der Entwurf und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die öffentliche Auslegung ist gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
5. Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen und über die öffentliche Auslegung zu unterrichten. Die Abstimmung der Nachbargemeinden hat gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zu erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen

	Ja	
x	Nein	

Anlage/n

1	Anlage 1 - Abwägungstabelle (anonymisiert) (öffentlich)
2	Anlage 2 - Entwurf B-Plan (öffentlich)
3	Anlage 3 - Entwurf Begründung (öffentlich)
4	Anlage 4 - Umweltbericht (öffentlich)
5	Anlage 5 - Artenschutzfachbeitrag (öffentlich)

6	Vorhabenbeschreibung 10 MW (öffentlich)

Gemeinde Blankenhof

B-Plan Nr. 8 – „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“

Ergebnis der Prüfung eingegangener Stellungnahmen zum Vorentwurf

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

Nicht abgegeben wurden Stellungnahmen folgender TÖB

- 04 Landesamt für Kultur und Denkmalpflege
- 14 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- 15 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit M-V
- 17 Wasser- und Bodenverband "Untere Tollense/Mittlere Peene"
- 19 Wasser- und Bodenverband "Landgraben"
- 21 Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern
- 23 Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen
- 25 Kirchenkreisverwaltung des Kirchenkreises Stargard
- 26 Katholisches Pfarramt Neubrandenburg
- 27 LA für Gesundheit und Soziales M-V
- 28 WAZ Friedland
- 30 Landesjagdverband M-V e.V.
- 38 Telefónica Germany GmbH & Co. OHG
- 41 Eisenbahn-Bundesamt

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte Der Landrat



Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
Postanschrift: PF 110264, 17042 Neubrandenburg

Gemeinde Blankenhof
über Amt Neverin
Dorfstraße 36
17039 Neverin



Regionalstandort / Amt / SO
Waren (Müritzer) Regionalplanung

Auskunft erteilt

E-Mail: [REDACTED]
Telefon: [REDACTED]
3.32
Fax: 0399 57087 65965
Internet: www.l-mecklenburgische-seenplatte.de

004098 09 JUL 20

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen
2069/2020-502

Datum
3. Juli 2020

Satzung über den Bebauungsplan Nr.8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" der Gemeinde Blankenhof

hier: Stellungnahme des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Blankenhof hat die Aufstellung der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ beschlossen.

Die Gemeinde Blankenhof führt hierzu als ersten Verfahrensschritt die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durch. Diese frühzeitige Behördenbeteiligung dient vorrangig der Festlegung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (sog. Scoping). Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sollen die Gemeinde hierbei beraten.

Zur Aufstellung der Satzung über den Bebauungsplan Nr.8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" der Gemeinde Blankenhof wurde dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte der Vorentwurf mit Begründung (Stand: Februar 2020) zugesandt und um entsprechende Rückäußerung gebeten.

Zu dem mir vorliegenden Entwurf der Satzung über den Bebauungsplan Nr.8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" der Gemeinde Blankenhof, bestehend aus Teil A – Planzeichnung, Teil B – Text und der Begründung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

I. Allgemeines/ Grundsätzliches

1. Südlich entlang der Bahnstrecke Malchin – Neubrandenburg ist auf einer Länge von ca. 2200m die Errichtung und der Betrieb einer PV-Anlage geplant. Der damit erzeugte Strom soll in das öffentliche Netz eingespeist werden.

Benachrichtigung Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

Zum Amtsleiter 2
17192 Waren (Müritzer)
Telefon: 0399 57087-0
Fax: 0399 57087-65965
IBAN: DE 5215 0001 0000 4004 0000

Regionalstandort Demmin
Adolf-Hornig-Straße 12-18
17109 Demmin

Regionalstandort Hausitz
Vollsteiger Chaussee 38
17235 Hausitz

Regionalstandort Neubrandenburg
Hafenstraße 43
17032 Neubrandenburg

Stellungnahme von

Prüfung

01
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte – Regionalstandort Waren

Seite 2 des Schreibens vom 3. Juli 2020

Mit der Satzung über den Bebauungsplan Nr.8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" der Gemeinde Blankenhof sollen hierfür planungsrechtliche Voraussetzungen geschaffen werden.

Das Plangebiet hat eine Größe von insgesamt ca. 19,5 ha.

2. Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (**Anpassungspflicht** nach § 1 Abs. 4 BauGB).

Eine landesplanerische Stellungnahme vom 22. Mai 2020 liegt mir vor. Danach **entspricht** der o. g. Bebauungsplan den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung.

3. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln (**Entwicklungsgebot**). Von dem Grundsatz des Entwicklungsgebotes kann bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen gegebenenfalls abgewichen werden (§ 8 Abs. 2 – 4 BauGB).

Im seit September 2005 rechtswirksamen Flächennutzungsplan des Planungsverbandes Mecklenburg Strelitz-Ost, welchem die Gemeinde Blankenhof angehört, werden für den Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplanes **Flächen für die Landwirtschaft** dargestellt. Insofern ist festzustellen, dass die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof sich **nicht aus dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan entwickelt**.

Um diesem Entwicklungsgebot gerecht zu werden, führt die Gemeinde Blankenhof gleichzeitig zur Aufstellung des Bebauungsplans die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes durch. Sie nutzt damit die Möglichkeit des Parallelverfahrens nach § 8 Abs. 3 BauGB.

Darauf hinweisen möchte ich, dass das Parallelverfahren eine verfahrensrechtliche Besonderheit des Entwicklungsgebotes ist. Soll von der Möglichkeit des § 8 Abs. 3 Satz 2 BauGB Gebrauch gemacht werden, muss dabei mit hinreichender Sicherheit feststehen, dass der Bebauungsplan aus den künftigen Darstellungen des Flächennutzungsplanes entwickelt sein wird. Im Ergebnis muss das Entwicklungsgebot eingehalten werden.

Auf die **Genehmigungspflicht des Bebauungsplanes gemäß § 10 Abs. 2 BauGB** durch die höhere Verwaltungsbehörde – hier: **Landkreis Mecklenburgische Seenplatte** – vor **Rechtskraft der Flächennutzungsplanänderung in dieser Verfahrenskonstellation** weise ich **vorsorglich** hin.

Aussagen zum Entwicklungsgebot sind daher im weiteren Planverfahren zwingend zu **ergänzen**.

4. Zu den vorliegenden Planunterlagen möchte ich im Hinblick auf das weitere Aufstellungsverfahren zum Satzung über den Bebauungsplan Nr.8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" der Gemeinde Blankenhof auf folgende grundsätzliche Aspekte aufmerksam machen.

4.1. Bezogen auf die **Art der baulichen Nutzung** gebe ich der Gemeinde auch im Hinblick auf den Zeitraum nach der Nutzungsaufgabe noch einmal zu prüfen, ob tatsächlich ein ganzes **Umspannwerk** erforderlich ist.

Der B-Plan entspricht den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung.

Die Hinweise zum Entwicklungsgebot von B-Plänen aus dem Flächennutzungsplan werden beachtet. Um die Planungen der Gemeinde in Übereinstimmung zu bringen wird der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren geändert. Das Plangebiet wird im Flächennutzungsplan als Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaikanlage“ dargestellt.

Der Hinweis wird entsprechend der Verfahrenskonstellation beachtet.

Durch den Bebauungsplan soll sichergestellt werden, dass die höheren Energiemengen, die durch neue zukunftsorientierte, technologisch weiterentwickelte Solarzellen gewonnen werden, sicher in das vorhandene Netz eingespeist werden können. Dazu kann die Errichtung eines Umspannwerkes erforderlich werden. Diesem Umstand wird mit der Planung Rechnung getragen.

Stellungnahme von

Prüfung

01
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte – Regionalstandort Waren

Seite 3 des Schreibens vom 3. Juli 2020

4.2. Da PV-Freiflächenanlagen eine **begrenzte wirtschaftliche Laufzeit** haben, ist der Gemeinde insbesondere zu empfehlen in einem städtebaulichen Vertrag eine Rückbaupflichtung nach dauerhafter Aufgabe der Nutzung zu vereinbaren. Rückbaupflichtungen können in der Praxis jedoch nur dann wirksam ohne finanzielle Belastung der öffentlichen Hand durchgesetzt werden, wenn der Anlagenbetreiber zum Rückbau wirtschaftlich auch in der Lage ist. Es empfiehlt sich daher, **Rückbaupflichtungen** durch Bankbürgschaften oder in vergleichbarer Weise abzusichern.

Da mit dem o. g. Bebauungsplan ferner Eingriffe in die Natur und Landschaft vorgenommen werden, welche durch Kompensationsmaßnahmen auszugleichen sind, ist auch die tatsächliche Umsetzung dieser Maßnahmen innerhalb einer bestimmten Frist entsprechend in dem **städtebaulichen Vertrag rechtlich zu sichern**, für den Fall, dass die Gemeinde Blankenhof die **Ausgleichsmaßnahmen** nicht selbst und auf eigene Kosten durchführen möchte.

4.3. Gleichzeitig empfehle ich der Gemeinde Blankenhof die Weiterführung des Planverfahrens als **vorhabenbezogenen Bebauungsplan** auf Grundlage des § 12 BauGB, vor allem vor dem Hintergrund, dass es sich hier nicht nur um eine so genannte **Angebotsplanung** für Jedermann, sondern um ein sehr umfangreiches und konkretes ausgearbeitetes Gesamtkonzept eines Investors handelt.

II. Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Nach § 2 Abs. 4 Satz 2 BauGB legt die Gemeinde für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Umweltschutzbelange für die Umweltprüfung erforderlich ist (sog. Scoping). Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sollten die Gemeinde hierbei beraten.

Durch den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ergeht im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB folgende Stellungnahme im Sinne des § 4 Abs. 1 BauGB.

1. Aus naturschutzrechtlicher und -fachlicher Sicht wird zum Vorentwurf des o. g. bebauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof folgende Stellungnahme abgegeben.

Eingriffsregelung

Die Errichtung von PV-Anlagen sowie die notwendigen baubegleitenden Maßnahmen im Außenbereich sind mit Eingriffen in Natur und Landschaft gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 11 und 12 NatSchAG M-V verbunden.

Entsprechend § 15 Abs. 1 BNatSchG sind vermeidbare Eingriffe zu unterlassen bzw. unvermeidbare Eingriffe gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG durch entsprechende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu kompensieren. Den sich aus der Eingriffsregelung entsprechend § 13 BNatSchG ergebenden Anforderungen in Bezug auf den Vermeidungs-/ Minimierungsgrundsatz und die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen muss dementsprechend Rechnung getragen werden.

Für den mit dem Vorhaben verbundenen Eingriff in Natur und Landschaft ist eine **Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung** mit Vorschlägen für geeignete Ausgleichsmaßnahmen zu übergeben (§ 17 Abs. 4 BNatSchG).

Als fachliche Grundlage dafür sind die „Hinweise zur Eingriffsregelung“ (HzE) Mecklenburg-Vorpommern (M-V), Neufassung 2018, vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt M-V anzuwenden.

Der Rückbau der PV-Anlage nach Betriebsaufgabe wird zwischen den Vorhabenträgern und den Flächeneigentümern vertraglich geregelt.

Die Sicherung der Kompensationsmaßnahmen erfolgt durch städtebaulichen Vertrag zwischen dem Vorhabenträger und der Gemeinde.

Die Empfehlung, das Planverfahren als vorhabenbezogener B-Plan weiterzuführen, wird nicht berücksichtigt.

BEGRÜNDUNG:

Die Gemeinde ist bei der Wahl der Planungsinstrumente frei. Sie ist wegen § 1 Abs. 3 BauGB nicht gezwungen, einen mit einer Durchführungsverpflichtung des Vorhabenträgers gekoppelten vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu erlassen. Sie kann auch einen projektbezogenen Angebotsbebauungsplan aufstellen und die Sicherstellung der Durchführung in einem städtebaulichen Vertrag regeln.

Beide Planverfahren schaffen das erforderliche Baurecht zur Umsetzung des Vorhabens. Vor dem Hintergrund, dass Planungsrecht unabhängig von einem Vorhabenträger zu schaffen, bleibt die Gemeinde Blankenhof dabei, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Photovoltaikanlage durch einen Bebauungsplan herzustellen und die Umsetzung einem Vorhabenträger zu überlassen. Die Gemeinde regelt im städtebaulichen Vertrag, dass der Vorhabenträger alle Kosten der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahme trägt.

Die Angebotsplanung bietet so die Option, die Energiepolitik des Landes unabhängig von einem einzelnen Vorhabenträger zu unterstützen und die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde zu wahren.

Zu II. – Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Die Hinweise zur Umweltprüfung einschließlich Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung auf Grundlage der HzE werden bei der Erarbeitung des Umweltberichtes im Rahmen der Entwurfsfassung des B-Planes berücksichtigt.

Stellungnahme von

Prüfung

Seite 4 des Schreibens vom 3. Juli 2020

Die tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit der für den Ausgleich und den Ersatz benötigten Flächen ist außerdem nachzuweisen.

Artenschutz

Für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe von Satz 2 bis 5 des § 44 Abs. 5 BNatSchG.

Sind demnach gemäß EU-Vogelschutzrichtlinie europäische Vogelarten oder im Anhang IVa der FFH-Richtlinie aufgeführte Tierarten sowie im Anhang IVb der FFH-Richtlinie aufgeführte wild lebende Pflanzenarten betroffen, liegt ein Verstoß gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BNatSchG nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Da es sich bei dem beantragten Vorhaben um einen Eingriff in Natur und Landschaft handelt, ist es erforderlich, dass die Auswirkungen des Vorhabens auf die geschützten Arten gegenüber der zuständigen Behörde darlegt werden. Diese Untersuchung, z. B. als „**Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (AFB)**“ oder „**Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP)**“ ist als Voraussetzung für die behördliche Prüfung erforderlich.

Biotopschutz

Im Einflussbereich der geplanten PV-Anlage befindet sich das gesetzlich geschützte Biotop MST 01603 permanentes Kleingewässer; Gehölz; verbusch; Weide; Phragmites-Röhricht; Großröhricht; Wasserlinsen; Schwimmblattdecken; Großseggenried; Staudenflur. Nach § 20 Abs. 1 NatSchAG M-V sind Maßnahmen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung des charakteristischen Zustandes oder sonstigen erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung von Biotopen in der in der Anlage 2 zu diesem Gesetz beschriebenen Ausprägung führen können, unzulässig.

2. Aus wasserrechtlicher Sicht wird darauf hingewiesen, dass durch das o. g. Plangebiet die **Gewässer II. Ordnung N 41 und N 41/1** verlaufen bzw. tangiert werden.

Zur genaueren Feststellung der notwendigen **Unterhaltungstreifen** ist durch den Antragsteller eine Stellungnahme des für das betroffene Gewässer zuständigen unterhaltungspflichtigen Wasser- und Bodenverbandes „Obere Havel/ Obere Tollense“ einzuholen und mit dem nächsten Planungsentwurf vorzulegen. Von einer Beteiligung dieses Trägers öffentlicher Belange gehe ich grundsätzlich aus.

3. Von Seiten der unteren Bodenschutz-/ Abfallbehörde wird grundsätzlich auf Folgendes hingewiesen.

Das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 24. März 1998, seit dem 01. März 1999 in Kraft, definiert und unterscheidet im § 2 Abs. 3, 5 und 6 die Begriffe schädliche Bodenveränderungen, Altlasten und altlastverdächtige Flächen.
Das angegebene Grundstück in der Gemarkung Gevozin, Flur 3, Flurstück 50 ist als **altlastverdächtige Fläche – Altablagerung „Schadstoffdeponie“**- entsprechend oben genannten BBodSchG registriert.

Die Hinweise zur artenschutzrechtlichen Prüfung werden bei der Erarbeitung des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages im Rahmen der Entwurfsfassung des B-Planes berücksichtigt.

Die Hinweise zum Biotopschutz werden beachtet.

Zur Feststellung der Betroffenheit wurde der Wasser- und Bodenverband „Obere Havel/Obere Tollense“ am Planverfahren beteiligt.
Für die in der Unterhaltungslast des WBVs liegenden Vorfluter werden die Unterhaltungstreifen gemäß Stellungnahme in die Planung aufgenommen.

Planausschnitt auf Luftbild



Stellungnahme von

Prüfung

01
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte – Regionalstandort Waren

Seite 5 des Schreibens vom 3. Juli 2020

Gemäß § 14 Abs. 4 LBodSchG sind die unteren Bodenschutzbehörden der StÄLU für die Anordnung der Untersuchung von altlastverdächtigen Flächen und von Altlasten sowie für die Anordnung von notwendigen Maßnahmen zur Sanierung von und der notwendigen Schutz- und Beschränkungsmaßnahmen für Altlasten zuständig.

Auf Grund der geplanten Umnutzung dieser Fläche hat zwecks Information zur Altlastensituation und zur Festlegung des weiteren Handlungsbedarfs (Untersuchungsumfang) eine Abstimmung mit der zuständige Bodenschutzbehörde im Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte zu erfolgen.

Nach § 4 Abs. 1 Bundes-Bodenschutzgesetz hat im Weiteren jeder, der auf den Boden einwirkt, sich so zu verhalten, dass keine schädlichen Bodenveränderungen hervorgerufen werden und somit die Vorschriften dieses Gesetzes eingehalten werden. Die Zielsetzungen und Grundsätze des BBodSchG und des Landesbodenschutzgesetzes sind zu berücksichtigen. Insbesondere bei bodenschädigenden Prozessen wie z. B. Bodenverdichtungen, Stoffeinträgen ist Vorsorge gegen das Entstehen von schädlichen Bodenveränderungen zu treffen. Bodenverdichtungen, Bodenvernässungen und Bodenverunreinigungen sind zu vermeiden. Das Bodengefüge bzw. wichtige Bodenfunktionen sind bei einem möglichst geringen Flächenverbrauch zu erhalten.

Soweit im Rahmen von Baumaßnahmen Überschussböden anfallen bzw. Bodenmaterial auf dem Grundstück auf- oder eingebracht werden soll, haben die nach § 7 Bundes-Bodenschutzgesetz Pflichtigen Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die standorttypischen Gegebenheiten sind hierbei zu berücksichtigen. Die Forderungen der §§ 10 bis 12 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) sind zu beachten. Auf die Einhaltung der Anforderungen der DIN 19731 (Verwertung von Bodenmaterial 5/1998) wird besonders hingewiesen.

Falls daher bei Erdarbeiten Anzeichen von schädlichen Bodenveränderungen (z.B. abartiger, muffiger Geruch, anomale Färbung des Bodenmaterials, Austritt verunreinigter Flüssigkeiten, Reste alter Ablagerungen) auftreten, ist die untere Bodenschutzbehörde im Umweltamt des Landkreises umgehend zu informieren.

Bei Abbruch- und Baumaßnahmen anfallender unbelasteter Bauschutt ist einer zugelassenen Bauschuttaufbereitungsanlage zuzuführen. Eine Verbringung auf eine für Hausmüll oder hausmüllähnliche Gewerbeabfälle zugelassene Deponie ist untersagt (§ 18 AbfWG M-V).

Die bei den Arbeiten anfallenden Abfälle sind laut §§ 7 und 15 KrWG einer nachweislich geordneten und gemeinwohlverträglichen Verwertung bzw. Beseitigung zuzuführen. Bauschutt und andere Abfälle sind entsprechend ihrer Beschaffenheit sach- und umweltgerecht nach den gesetzlichen Bestimmungen zu entsorgen (zugelassene Deponien, Aufbereitungsanlagen usw.).

4. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht sollte Folgendes in die textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan aufgenommen werden, um Nutzungskonflikte mit den Bewohnern der benachbarten Grundstücke zu vermeiden:

Lärmverursachende technische Anlagen, wie z. B. Wechselrichterstationen und Transformatoren sind im Plangebiet so anzuordnen, dass es nicht zu Belästigungen in der Nachbarschaft kommen kann.

Die altlastverdächtige Fläche befindet sich zwar auf dem Flurstück 50, jedoch südlich außerhalb des Plangeltungsbereichs. sh. Abbildung oben
Da erkennbar keine Umnutzung dieser Fläche geplant ist, besteht im Rahmen der Umsetzung des B-Planes kein weiterer Handlungs- und Abstimmungsbedarf bezügl. einer Altlastensanierung.

Die allgemeinen Hinweise zum Bodenschutz und zur Abfallentsorgung werden in die Begründung aufgenommen und sind durch den Vorhabenträger zu beachten.

Der Hinweis wird berücksichtigt und die textliche Festsetzung bezügl. der Anordnung lärmverursachender technischer Anlagen in den Plan übernommen.

Seite 6 des Schreibens vom 3. Juli 2020

III. Sonstige Hinweise

Weiterhin möchte ich bereits zum vorliegenden Vorentwurf der Satzung über den Bebauungsplan Nr.8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" der Gemeinde Blankenhof folgende Hinweise für die Weiterentwicklung bzw. zum durchzuführenden Verfahren geben:

1. Von Seiten der unteren Verkehrsbehörde wird darauf hingewiesen, dass bei Baumaßnahmen der Veranlasser verpflichtet ist, solche Technologien anzuwenden, mit denen für den Verkehrsablauf die günstigste Lösung erzielt wird. Eine Gewährleistung des Anliegerverkehrs, des Schülerverkehrs und der Rettungsfahrzeuge müssen gegeben sein.

Der Verkehrsablauf und die Sicherheit im Straßenverkehr besitzen gegenüber den Baumaßnahmen, die zur Einschränkung bzw. zeitweiligen Aufhebung der öffentlichen Nutzung von Straßen führen, den Vorrang. Die Grundsätze sind bereits in der Phase der Vorbereitung der Baumaßnahme zu beachten.

Alle Baumaßnahmen bzw. Beeinträchtigungen, die den Straßenkörper mit seinen Nebenanlagen betreffen, sind mit dem zuständigen Straßenbausträger abzustimmen.

Für eine notwendige Verkehrsraumeinschränkung ist zwei Wochen vor Beginn der Bauphase eine verkehrsrechtliche Anordnung gemäß § 45 Abs. 6 SIVO bei dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Adolf-Pompe-Str. 12 - 15, 17109 Demmin, einzuholen.

Sollten sich Änderungen hinsichtlich der Beschilderung oder Markierung der Straßen und Wege ergeben, so ist rechtzeitig ein Markierungs- und Beschilderungsplan in zweifacher Ausfertigung bei der o. g. unteren Straßenverkehrsbehörde des Landkreises einzureichen.

2. Gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB sind in der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung die Entwürfe der Bauleitpläne mit der Begründung einschließlich aller Anlagen (z. B. Grünordnungspläne, Gutachten) und den **nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen**, bereits vorliegenden **umweltbezogenen Stellungnahmen** für die Dauer eines Monats öffentlich **auszulegen**.

Wesentliche Stellungnahmen sind u. a. die der Behörden und anerkannten Naturschutzverbänden.

Ort und Dauer der öffentlichen Bekanntmachung sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen.

Im Rahmen der Bekanntmachung ist weiterhin anzugeben, welche **Arten umweltbezogener Informationen** ausgelegt werden.

Dies erfordert eine **schlagwortartige Zusammenfassung und Charakterisierung derjenigen Umweltinformationen, die u. a. in den verfügbaren Stellungnahmen behandelt werden**.

Die Informationen sollen der Öffentlichkeit eine erste inhaltliche Einschätzung darüber ermöglichen, ob die Planung weitere, von den verfügbaren Stellungnahmen nicht abgedeckte Umweltbelange berührt, denen sie durch eigene Stellungnahmen Gehör verschaffen will.

Eine bloße Auflistung der verfügbaren Stellungnahmen einzelner Träger öffentlicher Belange ohne inhaltliche Charakterisierung verfehlt diese Anstoßwirkung.

Sofern zum Zeitpunkt der Bekanntmachung **noch keine** wesentlichen umweltrelevanten Stellungnahmen oder andere Informationen vorliegen, ist **dazu ebenfalls** eine entsprechende Aussage zu treffen.

Es wird daher **vorsorglich** darauf hingewiesen, dass es zwar unbeachtlich ist, wenn im Auslegungsverfahren bei der gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgeschriebenen Angabe, welche Arten

Die Hinweise der unteren Verkehrsbehörde werden in die Begründung aufgenommen und sind durch den Vorhabenträger zu beachten.

Die Hinweise zur Öffentlichkeitsbeteiligung und deren Bekanntmachung werden beachtet.

Stellungnahme von

Prüfung

01
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte – Regionalstandort Waren

Seite 7 des Schreibens vom 3. Juli 2020

umweltbezogener Informationen verfügbar sind, einzelne Angaben gefehlt haben. Das schlichte **Unterlassen** dieser Angaben bleibt jedoch ein **beachtlicher Fehler** gemäß § 214 BauGB, was zur **Unwirksamkeit** des Bauleitplans führt.

Ich weise vorsorglich darauf hin, dass diese Regelung laut geltender Rechtsprechung einer Ausnahme nicht zugänglich ist!!

Auf das **aktuelle Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Neubekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) weise ich vorsorglich hin.

Auf **§ 4a Abs. 4 BauGB** mache ich insbesondere aufmerksam. Danach sind der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB und die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen **zusätzlich ins Internet einzustellen** und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

— Darüber hinaus sind auch die Anforderungen an den gemäß § 2a BauGB zu erarbeitenden Umweltbericht nach **Anlage 1 zum BauGB** qualifiziert bzw. erweitert worden.

Im Auftrag



Die Hinweise auf die gesetzlichen Grundlagen werden beachtet.

Staatliches Amt
für Landwirtschaft und Umwelt
Mecklenburgische Seenplatte



StALU Mecklenburgische Seenplatte
Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg



Büro für Architektur und Bauleitplanung
Schatterau 17
23966 Wismar

Telefon: [REDACTED]
Telefax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]
Bearbeitet von: [REDACTED]
Geschäftszeichen: 5122 [REDACTED] 2 c - 02017
Reg.-Nr.: 83 - 20
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Neubrandenburg, 10.06.2020

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof
„Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ Vorentwurf**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der eingereichten Unterlagen nehme ich wie folgt Stellung:

1. Landwirtschaft und EU-Förderangelegenheiten

Mit dem o. g. Bebauungsplan werden jeweils Teile der Ackerlandfeldblöcke DEMVLI087AD10102 und DEMVLI087AD10004 überplant. Die Bodenzahlen sind im Geoportal des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte mit Werten von 17 bis 51 angegeben.

Entsprechend des Anschreibens der BAB Wismar (Büro für Architektur und Bauleitplanung Kästner-Kraft-Müller Architekten und Ingenieure in Partnerschaft mbB) vom 11.05.2020 umfasst das Plangebiet „einen ca. 120 m breiten Streifen südlich entlang der Bahnstrecke Malchin-Neubrandenburg“.

Das deckt sich mit der Planzeichnung vom 13.02.2020. In dieser Planzeichnung ist die Baugrenze in einem Abstand von 110 m parallel zur dort aufgeführten Bahnlinie ausgewiesen. Die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ist in dieser Planzeichnung jedoch mit einem Abstand von 120 m parallel zur o. g. Bahnlinie angegeben. Der Bebauungsplan gestattet eine 2,20 m hohe Einzäunung des Geländes innerhalb des 120 m-Streifens (siehe Punkt 4.1.1 der Begründung des Bebauungsplanes vom 13.02.2020), sodass im Ergebnis dieser 120 m breite Streifen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden soll.

Allgemeine Datenschutzinformationen:
Der Kontakt mit dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte ist mit einer Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage: Art. 6 (1) e DS-GVO i. V. m. § 4 DSGVO). Weitere Informationen zu Ihren Datenschutzrechten finden Sie unter www.regierung.mv.de/Datenschutz.

Die Inanspruchnahme eines 120 m breiten Streifens parallel südlich der Bahnlinie zur Errichtung der PV-Anlage wird wie folgt begründet:

Gegenüber den Festlegungen des Landesentwicklungsprogrammes, nur ein Streifen von 110 m für PV-Anlagen in Anspruch zu nehmen, werden mit der vorliegenden Planung 120 m in Anspruch genommen, um die notwendige Effizienz der Anlage auf der zur Verfügung stehenden Fläche zu erreichen.
Der 10 m-Streifen ist technisch und organisatorisch bedingt und dient der Umfahrung für Wartungszwecke und Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr. Die gelegentliche Befahrung des Streifens ermöglicht hier die Entwicklung einer natürlichen Sukzession, die eine Pufferzone zwischen der Baulichkeit und der landwirtschaftlichen Nutzung bildet.

Durch die zeitliche Befristung der Betriebsdauer auf 30 Jahre mit anschließender Folgenutzung der Flächen für die Landwirtschaft, wird dem Grundsatz der landwirtschaftlichen Bodennutzung langfristig Rechnung getragen.

Unter diesen Voraussetzungen ist die geringfügige Überschreitung der Anlagenbreite um 10 m mit dem Ziel der Raumordnung zur Energieerzeugung auf Basis solarer Strahlungsenergie vereinbar.

Stellungnahme von

Prüfung

02
Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt MS

2

Dazu heißt es in Nr. 5.3 Abs. 9 des Landesentwicklungsprogrammes M-V 2016 neben weiterer Vorgaben, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen nur in einem Streifen von 110 Metern beiderseits von Autobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen für Freiflächenphotovoltaikanlagen in Anspruch genommen werden dürfen. Konkret geht es damit um die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen auf einem Streifen von maximal 110 Metern.

Für die Teilfläche, welche sich außerhalb des 110 m-Streifens befindet, gilt der Grundsatz entsprechend des Punktes 4.5 des LEP 2016. Demnach soll in Vorranggebieten Landwirtschaft der Erhalt und der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsfaktoren und -stätten ein besonderes Gewicht beigemessen werden.

Ich weise daher darauf hin, dass sich das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich für eine flächendeckende Bewirtschaftung der Agrarflächen positioniert hat. Standorte mit über 20 Bodenpunkten sollen generell der landwirtschaftlichen Erzeugung vorbehalten bleiben. Mit 17 bis 51 Bodenpunkten weisen die überplanten Ackerflächen eine gute landwirtschaftliche Nutzbarkeit auf (der Landesdurchschnitt der Wertzahl für Acker- und Grünland liegt bei 40). Angesichts des noch immer sehr hohen Flächenverbrauchs in Deutschland sollen PV-Anlagen nicht mehr auf Landwirtschaftsflächen errichtet werden.

Damit stehen der vorgesehenen energetischen Nutzung (zumindest in dem Streifen zwischen 110 und 120 Metern) die o. g. Belange der landwirtschaftlichen Bodennutzung entgegen. Ich bitte Sie nachdrücklich, diese Belange in Ihre Abwägung einzubeziehen.

Falls der vorliegende Bebauungsplan dennoch so umgesetzt wird, sollte der Entzug bzw. die zeitweilige Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen auf den absolut notwendigen Umfang beschränkt werden. Auf ggf. zusätzlich zeitweilig in Anspruch genommenen Flächen ist die landwirtschaftliche Nutzbarkeit nach Abschluss der Maßnahmen vollständig wiederherzustellen.

Darüber hinaus muss die Erreichbarkeit der anliegenden landwirtschaftlichen Flächen mit landwirtschaftlicher Technik sichergestellt werden und die Funktionstüchtigkeit eventuell vorhandener Dränagesysteme gewährleistet bleiben.

2. Integrierte ländliche Entwicklung

Zum o. g. Vorhaben gibt es aus Sicht der Abteilung Integrierte ländliche Entwicklung keine Bedenken oder Hinweise.

3. Naturschutz, Wasser und Boden

Das Vorhaben berührt weder ein der Zuständigkeit des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) Mecklenburgische Seenplatte unterliegendes Gewässer noch liegt es innerhalb eines GGB- oder Vogelschutzgebietes. Im Bereich des geplanten Vorhabens erfolgt gegenwärtig auch keine Planung oder Durchführung einer Altlastensanierung durch das StALU Mecklenburgische Seenplatte.

Belange der Abteilung Naturschutz, Wasser und Boden sind deshalb nicht betroffen.

Ob ein Altlastverdacht besteht, ist über das Altlastenkataster beim Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zu erfragen.

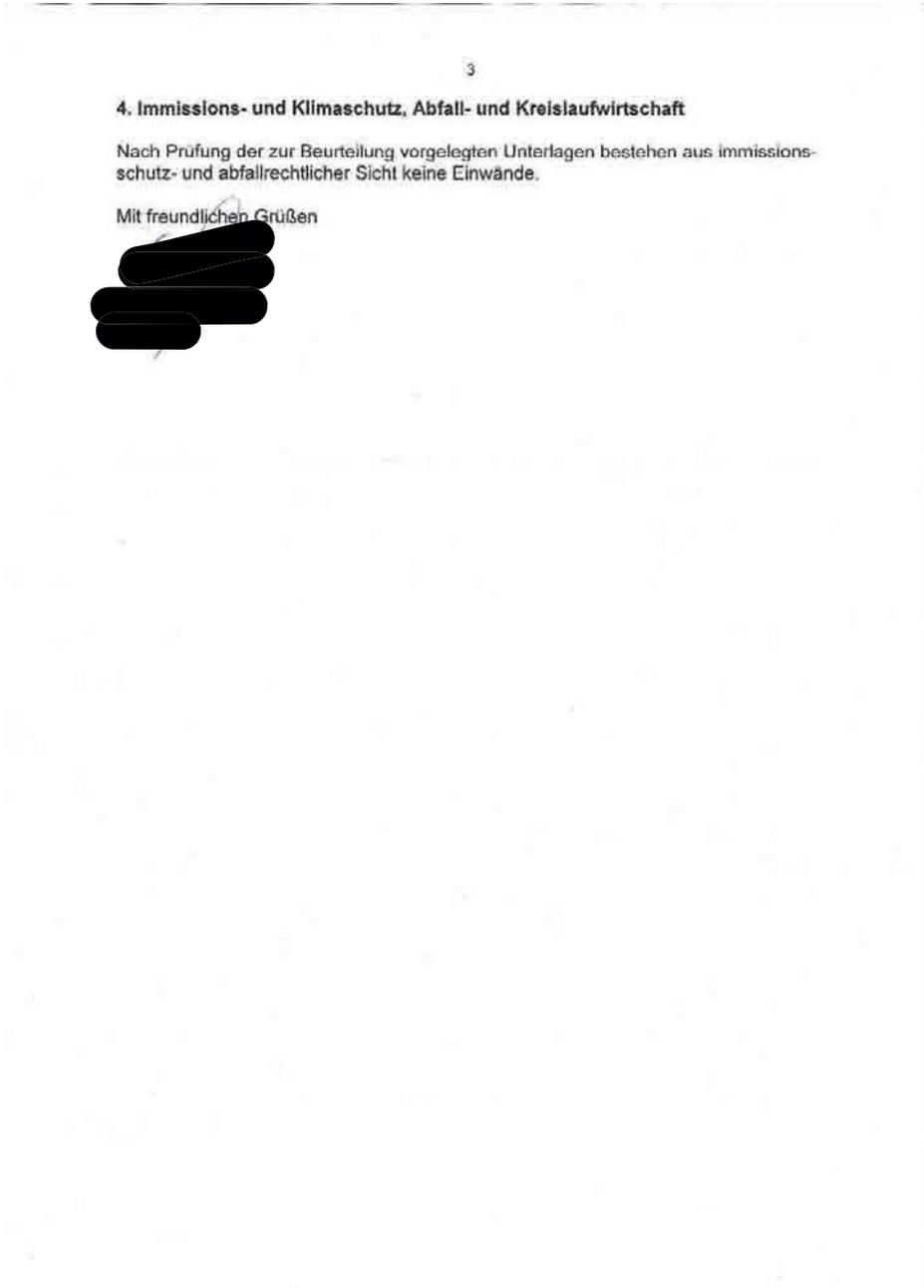
Keine Bedenken und Hinweise

Keine Betroffenheit, da kein Gewässer und kein Vogelschutzgebiet vorhanden sind und auch keine Altlastensanierung geplant wird.

Stellungnahme von

Prüfung

02
Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt MS



keine Einwände

Stellungnahme von

Prüfung

03
Amt für Raumordnung und Landesplanung MS

Amt für
Raumordnung und Landesplanung
Mecklenburgische Seenplatte



Amt für Raumordnung und Landesplanung · Helmuth-Just-Str. 4 · 17036 Neubrandenburg

Gemeinde Blankenhof
über Amt Neverin
Dorfstraße 36
17039 Neverin



Bearbeiter: [REDACTED]
Telefon: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]
Mein Zeichen: AIRL MS L
ROK-Reg.-Nr.: 4_131/20
Datum: 22.05.2020

Landesplanerische Stellungnahme zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ der Gemeinde Blankenhof

Hier: Planungsanzeige gemäß Landesplanungsgesetz vom 05.05.1998 (GVOBl. M-V S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Bürger- und Gemeindefeteiligungsgesetzes – BüGembteilG M-V vom 18. Mai 2016 (GVOBl. M-V S. 258)

Die angezeigten Planungsabsichten werden beurteilt nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung gemäß dem Landesplanungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LPIG M-V), dem Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (LEP M-V) vom 27.05.2016 sowie dem Regionalen Raumentwicklungsprogramm Mecklenburgische Seenplatte (RREP MS) vom 15.06.2011.

Folgende Unterlagen haben vorgelegen:

- Planungsanzeige der Gemeinde Blankenhof, eingereicht durch Büro für Architektur und Bauleitplanung (bab) vom 11.05.2020
- Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 8 (M 1 : 3.000) i. d. F. vom 13.02.2020
- Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 8 i. d. F. vom 13.02.2020
- Übersicht zur Umweltprüfung von STADT LAND FLUSS
- Vorhabenbeschreibung Solarpark Blankenhof an der Bahn von K&K Projekt UG

1. Planungsinhalt:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Blankenhof hat am 16.01.2020 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ beschlossen. Ziel der Planung ist die Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf einer circa 19,5 ha großen Fläche südlich (im Begründungsteil auf Seite 3 fälschlicherweise als „nördlich“ beschrieben) entlang des Schienenweges Malchin - Neubrandenburg. Der räumliche Geltungsbereich des angezeigten Bebauungsplans ist auf die Flurstücke in den Gemarkungen Gevezin und Chemnitz beschränkt.

Der Bebauungsplan soll als Sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 Absatz 2 BauGB mit der Zweckbestimmung „Photovoltaikanlage“ als zeitlich auf 30 Jahre begrenzte Zwischennutzung

Hauvanschrift:
Helmuth-Just-Str. 4
17036 Neubrandenburg

Telefon: (0395) 777 551-100
Telefax: (0395) 777 551-101
e-mail: poststelle@afirms.nv-regierung.de

2

und der Folgenutzung landwirtschaftliche Nutzung festgelegt werden. Dabei handelt es sich um die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen als Solarpark.

2. Im Ergebnis wird Folgendes festgestellt:

2.1 Für die landesplanerische Beurteilung sind folgende raumordnerische Erfordernisse von Belang:

Gemäß 5.3(1) LEP M-V soll in allen Teilräumen eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleistet werden. Um einen substanziellen Beitrag zur Energiewende in Deutschland zu leisten, soll der Anteil erneuerbarer Energien dabei deutlich zunehmen.

Gemäß 5.3(9) LEP M-V und gemäß 6.5(4) RREP MS sollen für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien an geeigneten Standorten Voraussetzungen geschaffen werden. Als geeignete Standorte für Freiflächenphotovoltaikanlagen sind im LEP M-V insbesondere Konversionsstandorte, endgültig stillgelegte Deponien oder Deponieabschnitte und bereits versiegelte Flächen aufgeführt. Im RREP MS sind insbesondere bereits versiegelte oder geeignete wirtschaftliche oder militärische Konversionsflächen als geeignete Standorte aufgeführt.

Gemäß Programmsatz 6.5(6) RREP MS sollen Photovoltaik-Freiflächenanlagen insbesondere auf bereits versiegelten oder geeigneten wirtschaftlichen oder militärischen Konversionsflächen errichtet werden.

Von Photovoltaik-Freiflächenanlagen freizuhalten sind:

- Vorranggebiete Naturschutz und Landschaftspflege
- Tourismusschwerpunkträume außerhalb bebauter Ortslagen
- Vorranggebiet für Gewerbe und Industrie Neubrandenburg-Trollenhagen
- Regional bedeutsame Standorte für Gewerbe und Industrie
- Eignungsgebiete für Windenergieanlagen (Ziel der Raumordnung).

Bei der Prüfung der Raumverträglichkeit von Photovoltaik-Freiflächenanlagen außerhalb der aufgeführten freizuhaltenden Räume, Gebiete und Standorte sind insbesondere sonstige Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Tourismus sowie der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft zu berücksichtigen.

Gemäß 4.5(3) LEP M-V soll in Vorbehaltsgebieten Landwirtschaft dem Erhalt und der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsfaktoren und –stätten ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Dies ist bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen, Vorhaben, Funktionen und Nutzungen zu berücksichtigen. Zu den Produktionsfaktoren zählt auch die Ertragsfähigkeit des Bodens, der in den Vorbehaltsgebieten Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll.

Gemäß 5.3(9) Absatz 2 LEP M-V dürfen landwirtschaftlich genutzte Flächen nur in einem Streifen von 110 Metern beiderseits von Autobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen für Freiflächenphotovoltaikanlagen in Anspruch genommen werden. (Ziel der Raumordnung)

Gemäß 4.5(2) LEP M-V darf die landwirtschaftliche Nutzung von Flächen ab der Wertzahl 50 nicht in andere Nutzungen umgewandelt werden. (Ziel der Raumordnung)

Gemäß 6.5(6) Absatz 4 RREP MS sind insbesondere auch sonstige Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.

Gemäß 5.3(9) Absatz 1 Satz 4 LEP M-V sollen Photovoltaik-Freiflächenanlagen verteilnetznah geplant werden.

3

Gemäß 6.5(9) RREP MS sollen bei allen Vorhaben der Energieerzeugung, Energieumwandlung und des Energietransportes bereits vor Inbetriebnahme Regelungen zum Rückbau der Anlagen bei Nutzungsaufgabe getroffen werden.

Gemäß 5.3(4) LEP M-V sollen die wirtschaftliche Teilhabe an der Energieerzeugung sowie der Bezug von lokal erzeugter Energie ermöglicht werden.

2.2 Die raumordnerische Bewertung des Vorhabens führt zu folgendem Ergebnis:

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes soll auf einer circa 19,5 ha großen Fläche die Errichtung und der Betrieb einer Freiflächenphotovoltaikanlage zur Energieerzeugung auf der Basis solarer Strahlungsenergie planungsrechtlich ermöglicht werden. Durch die beabsichtigte Nutzung als Sondergebiet für Photovoltaikanlagen wird dem Grundsatz gemäß 5.3(1) LEP M-V entsprochen, dem zu Folge in allen Teilräumen des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleistet werden soll und der Anteil erneuerbarer Energien deutlich zunehmen soll. Dazu sollen gemäß 5.3(9) LEP M-V und gemäß 6.5(4) RREP MS an geeigneten Standorten Voraussetzungen geschaffen werden. Als geeignete Standorte für Freiflächenphotovoltaikanlagen sind im LEP M-V sowie im RREP MS insbesondere Konversionsstandorte, endgültig stillgelegte Deponien oder Deponieabschnitte und bereits versiegelte Flächen aufgeführt. Bei der beabsichtigten Fläche handelt es sich um eine intensiv landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche und somit um keinen geeigneten Standort gemäß 5.3(9) LEP M-V und gemäß 6.5(4) RREP MS. Jedoch dürfen gemäß 5.3(9) Absatz 2 LEP M-V landwirtschaftlich genutzte Flächen in einem Streifen von 110 Metern beiderseits von Autobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen für Freiflächenphotovoltaikanlagen in Anspruch genommen werden. Diese mit einem (Z) als Ziel der Raumordnung gekennzeichnete Festlegung ist eine verbindliche Vorgabe, die letztabgewogen ist bzw. einer Abwägung nicht zugänglich ist. Das mit dem angezeigten Bebauungsplan beabsichtigte Vorhaben befindet sich auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche innerhalb eines 120 Meter breiten Streifens südlich entlang des Schienenweges Malchin – Neubrandenburg und ist dadurch trotz technisch bedingter geringfügiger Überschreitung um 10 Meter mit diesem Ziel der Raumordnung, das sich auf landwirtschaftlich genutzte Flächen bezieht, vereinbar.

Der räumliche Geltungsbereich des angezeigten Bebauungsplanes liegt außerhalb der gemäß 6.5(6) RREP MS von Freiflächenphotovoltaikanlagen freizuhaltenden Raumkategorien und entspricht somit diesem Ziel der Raumordnung in Programmsatz 6.5(6) RREP MS.

Der räumliche Geltungsbereich des angezeigten Bebauungsplanes liegt in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft gemäß 4.5(3) LEP M-V. In diesem soll dem Erhalt und der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsfaktoren und -stätten ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Dies ist bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen, Vorhaben, Funktionen und Nutzungen zu berücksichtigen. Da es sich um die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in einem Streifen von circa 110 Metern entlang des Schienenweges gemäß der Zielformulierung in 5.3(9) Absatz 2 LEP M-V handelt, ist der Nutzung der Fläche für Photovoltaikanlagen in der Abwägung mit der konkurrierenden landwirtschaftlichen Nutzung der Vorrang einzuräumen. Insofern steht der angezeigte Bebauungsplan dem Grundsatz in 4.5(3) LEP M-V nicht entgegen.

Innerhalb der Grenzen des angezeigten Bebauungsplans weisen die bislang noch landwirtschaftlich genutzten Flächen Bodenwerte auf, die unter der Ertragsmesszahl 50 liegen. Insofern ist der angezeigte Bebauungsplan mit der Zielformulierung in 4.5(2) LEP M-V vereinbar.

Sonstige Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß 6.5(6) Absatz 4 RREP MS werden aus raumordnerischer Sicht ausreichend berücksichtigt. Gegebenenfalls erforderliche naturschutzrechtliche Festsetzungen sollen im Rahmen der Entwurfsplanung unter Berücksichtigung entsprechender fachbehördlicher Stellungnahmen in die Planung aufgenommen werden.

Im Ergebnis der raumordnerischen Bewertung wird festgestellt, dass das mit dem B-Plan Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ beabsichtigte Vorhaben, trotz technisch bedingter geringfügiger Überschreitung des im RREP MS festgelegten Streifens von 110 m um 10 m, mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung vereinbar ist.

Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege werden im Rahmen der Entwurfsplanung ermittelt unter Berücksichtigung der fachbehördlichen Stellungnahmen in die Planung aufgenommen.

Stellungnahme von

Prüfung

03
Amt für Raumordnung und Landesplanung MS

4

Die verteilnetznahe Anbindung des beabsichtigten Solarparks gemäß 5.3(9) Absatz 1 Satz 4 LEP M-V soll durch die Streameinspeisung in das Netz des örtlichen Versorgungsträgers erfolgen. Die Netzeinspeisung ist beantragt.

Gemäß 6.5(9) RREP MS sollen bei allen Vorhaben der Energieerzeugung, Energieumwandlung und des Energietransportes bereits vor Inbetriebnahme Regelungen zum Rückbau der Anlagen bei Nutzungsaufgabe getroffen werden. Dazu bedarf es einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung.

Inwieweit dem Grundsatz zur wirtschaftlichen Teilhabe an der Energieerzeugung gemäß 5.3(4) LEP M-V entsprochen wird, kann anhand der vorliegenden Unterlagen nicht geprüft werden.

3. Schlussbestimmung:

Der angezeigte Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ der Gemeinde Blankenhof entspricht den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung.

Hinweis: Die Entwurfsfassung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ ist dem Amt für Raumordnung und Landesplanung Mecklenburgische Seenplatte erneut anzuzeigen.



nachrichtlich: - Landkreis MSE, Regionalstandort Waren (Müritz), Bauamt / SG Kreisplanung
- Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V, Referat 310 und Referat 360

Die Sicherung des Rückbaus der PVA erfolgt durch städtebaulichen Vertrag gegenüber der Gemeinde und durch gesicherte Verpflichtung des Vorhabenträgers gegenüber den Grundstückseigentümern in den Pachtverträgen vor Inbetriebnahme.

Stellungnahme von

Prüfung

05
Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie

Von [REDACTED]
Gesendet: Donnerstag, 4. Juni 2020 11:01
An: c.mueller@bab-wismar.de
Betreff: 20131, Vorentwurf B-Plan Nr. 8 "SO PVA an der Bahn 1" und 20132, Vorentwurf 1. Ä. FNP Gem. Blankenhof

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Beteiligung an o. g. Vorhaben.

Das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V gibt zu den eingereichten Unterlagen vom 12.05.2020 keine Stellungnahme ab.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[REDACTED]
Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V
Demmerl Personal, Haushalt
Grübelweg 13

Allgemeine Datenschutzinformation:

Der telefonische, schriftliche oder elektronische Kontakt mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Landesdatenschutzgesetz (DSG M-V).

Keine Stellungnahme

Stellungnahme von

Prüfung

06
Deutsche Telekom Technik GmbH



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH
Am Rowaer Forst 1, 17094 Burg Stargard

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Schätteraue 17

23966 Wismar

REFERENZ: Ihr Schreiben vom 11.05.2020
ANSPRECHPARTNER: [REDACTED]
TEL- UND MAIL: [REDACTED]
DATUM: 27.05.2020
BETRIFFT: Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof "Sondergebiet Photovoltaikanlage der Bahn 1"

Sehr geehrter Damen und Herren,

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümers und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Deutschen Telekom AG:

Wir weisen darauf hin, dass durch die Einrichtung eines Solarenergieparks in unmittelbarer Nähe zu unseren Telekommunikationslinien, gemäß der Definition aus DIN VDE 0800, Teil 174-3 der unmittelbare oder mittelbare Übertritt von Strom aus Starkstromanlagen auf Bauteile von Telekom-Anlagen auszuschließen ist:

unmittelbar:

wenn sich Teile von Starkstrom- und Telekom-Anlagen berühren oder unzulässig nähern durch Kurz- und Körperschlüsse in Starkstromanlagen, bei denen Teile der Telekom-Anlagen in den Potentialausgleich einbezogen sind.

mittelbar:

durch eine dritte Leitung, die im selben Spannungsfeld eine starkstromführende Leitung und eine oberirdische Telekom-Anlage kreuzt
durch Erdströme aus Starkstromanlagen auf Telekom-Anlagen, die sich im Spannungstrichter von Kraft- oder Umspannwerken, Trafostationen bzw. geerdeten Starkstrommasten befinden.

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH
Hauptanschrift: Technik Niederlassung Ost, Dierdover Str. 78, 01446 Raddeburg | Botschafteradresse: Am Rowaer Forst 1, 17094 Burg Stargard
Postanschrift: Am Rowaer Forst 1, 17094 Burg Stargard
Konto: Postbank Sanktendamm (BLZ 590 100 00), Kto-Nr. 24 658 068, IBAN DE 1790 1000 0024 8580 68, SWIFT-BIC: PBNKDE33
Aufsichtsrat: Dr. Dirk Wisniewski (Vorsitzender) | Geschäftsführung: Walter Goldschmidt (Vorsitzender), Maria Biettrich, Dagmar Vothke-Rusch
Handelsregister: Amtsgericht Bismarck HFB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn | USt-IdNr. DE 314645262

Die Hinweise auf vorhandene Telekommunikationslinien und deren Schutz werden wie folgt beachtet:

Der Bestand gemäß Übersichtsplan Bereich Blatt 1 befindet sich nördlich der Bahnlinie und damit außerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes.

Der Bestand im Bereich Blatt 2 und 3 befindet sich nördlich der PV-Anlage zwischen dem Bahnkörper und Baufeldgrenze, teilweise auch außerhalb des Plangebietes.

Die Leitungsrechte sind durch den Vorhabenträger gegenüber dem Versorgungsunternehmen vertraglich zu sichern.

Die allgemeinen Hinweise zum Schutz der TK-Linien sind durch den Vorhabenträger zu beachten und werden in die Begründung aufgenommen.

Die Kabelschutzanweisung und das Merkblatt werden als Anlage der Begründung beigelegt.

Stellungnahme von

Prüfung

06
Deutsche Telekom Technik GmbH

DATUM 27.05.2020
EMPFÄNDER Büro für Architektur und Bauleitplanung, Schatterau 17, 23966 Wismar
SEITE 2

Wir empfehlen daher schon bei der Festlegung der Standorte einen ausreichenden Abstand zu unseren Telekommunikationslinien zu berücksichtigen.

Können die geforderten Schutzabstände nicht eingehalten werden sind die Kosten für Änderungen an den TK-Linien oder Schutzmaßnahmen vom Veranlasser der neuen Anlagen zu tragen.

Bitte beachten Sie bei Ihren weiteren Planungen, dass keine Verpflichtung der Deutschen Telekom AG besteht, den Solarenergiepark an das öffentliche Telekommunikationsnetz der Deutschen Telekom AG anzuschließen.

Gegebenenfalls ist dennoch die Anbindung an das Telekommunikationsnetz der Deutschen Telekom AG auf freiwilliger Basis und unter der Voraussetzung der Kostenerstattung durch den Vorhabenträger möglich. Hierzu ist jedoch eine rechtzeitige und einvernehmliche Abstimmung des Vorhabenträgers mit der Deutschen Telekom AG erforderlich.

Unsere Leitungen sind in der Regel mit einer Überdeckung von ca. 60 cm Innerorts, bis zu 90 cm außerorts, verlegt.

Eine abweichende Tiefenlage ist wegen Kreuzungen anderer Anlagen, infolge nachträglicher Veränderung der Deckung durch Straßenumbauten u. dgl. und aus anderen Gründen möglich.

In Kreuzungspunkten mit einer Telekommunikationslinie ist die genaue Tiefenlage durch Querschlag zu ermitteln.

Ein Überbauen der Anlagen und Maßnahmen, die zu einer Verringerung der Überdeckung führen, sind nicht gestattet. Es ist die Originalüberdeckung von 0,60 Meter wiederherzustellen. Die Trassenbänder sind 0,30 Meter über die Anlagen neu zu verlegen. Bei Freilegung der Telekommunikationslinien während der Baumaßnahme sind diese durch geeignete Maßnahmen zu schützen und zu sichern (z. B. durch Halbrohre).

Achtung folgende Hinweise bitte an die beauftragten Tiefbaufirmen weiterleiten:

Anfragen zur Einholung von „Schachtscheinen“ bzw. dem „Merkblatt über Aufgrabung Fremder“ können von den ausführenden Firmen nur noch kostenpflichtig per Mail unter: Planauskunft.nordost@telekom.de gestellt werden.

Daher empfehlen wir die kostenfreie Möglichkeit der Antragsstellung zur Trassenauskunft unter: <https://trassenauskunft-kabel.telekom.de>

Stellungnahme von

Prüfung

06
Deutsche Telekom Technik GmbH

DATUM 27.05.2020
EMPFÄNDER Büro für Architektur und Bauleitplanung, Schatterau 17, 23966 Wismar
SEITE 3

Wie sie Kabelschäden vermeiden und wie sie reagieren müssen, wenn es zu einer Beschädigung kommen, finden sie in unserem „Infolyer für Tiefbaufirmen“. Hier empfehlen wir die App „Trassen Defender“, um schnell und unkompliziert diese bei der Deutschen Telekom anzuzeigen. Die Kabelschutzanweisung der Deutschen Telekom AG ist zu beachten.

Für Fragen zum Inhalt unseres Schreibens stehen wir Ihnen unter den oben genannten Kontaktmöglichkeiten zur Verfügung. Diese Planunterlage sind nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.



Anlagen:

- 1 Übersichtsplan, 3 Lagepläne
- 1 Kabelschutzanweisung
- 1 Infolyer für Tiefbaufirmen
- 1 Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen

Stellungnahme von

Prüfung

07

LA für innere Verwaltung M-V, Amt für Geoinformation, Vermessungs- u. Katasterwesen

Landesamt für innere Verwaltung
Mecklenburg-Vorpommern

Amt für Geoinformation,
Vermessungs- und Katasterwesen



Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 12 01 35, 19018 Schwann

bab Büro f. Architektur u.
Bauleitplanung
Schatterau 17
DE-23966 Wismar

bearbeitet von [redacted]
Telefon: [redacted]
Fax: [redacted]
E-Mail: [redacted]
Internet: [redacted]
Az: 341 - TOEB202000354

Schwerin, den 12.05.2020

Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern

hier: B-Plan Nr.8 Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1 sowie die im Zusammenhang stehende 1. Änderung des F.Planes der Gem. Blankenhof

Ihr Zeichen: .

Anlage: Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte

Sehr geehrte Damen und Herren,

In dem von Ihnen angegebenen Bereich befinden sich keine Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Beachten Sie dennoch für weitere Planungen und Vorhaben die Informationen im Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte (Anlage).

Bitte beteiligen Sie auch die jeweiligen Landkreise und kreisfreien Städte als zuständige Vermessungs- und Katasterbehörden, da diese im Rahmen von Liegenschaftsvermessungen das Aufnahmepunktfeld aufbauen. Aufnahmepunkte sind ebenfalls zu schätzen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[redacted signature]

Keine Festpunkte im Plangebiet

Der Landkreis ist am Planverfahren beteiligt.

Stellungnahme von

Prüfung

08
Bundesamt für Infrastruktur, Umwelt und Dienstleistungen der BW



Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Schloßweg 200 • 53123 Bonn

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Kästner • Kraft • Müller
Schattenau 17
23966 Wismar

Nur per E-Mail cmueller@bundeswehr.de

Anzahl Seiten: 1
Anzahl Anlagen: 1
Anzahl Anlagen: 1
E-Mail: bsl.dbrwzob@bundeswehr.org
Datum: 12.05.2020

Anforderung einer Stellungnahme:

000001 Vorentwurf B-Plan Nr. 8 "SG PVA an der Bahn 1" und Vorentwurf 1. A FNP Gem. Blankenhof

000002 Beteiligung als Träger öffentlicher Belange

000003 Ihr Schreiben vom 12.05.2020 - Ihr Zeichen: LoNo vom 12.05.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Keine Einwände

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[Redacted Signature]

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.



BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR

REFERAT INFRA 1.3

Fontainegraben 200
53123 Bonn
Postfach 29 63
53019 Bonn

Tel. +49 (0) 228 5504-4571
Fax +49 (0) 228 55409-5753

WWW.BUNDESWEHR.DE

INFRASTRUKTUR

Stellungnahme von

Prüfung

09
Straßenbauamt Neustrelitz

Von: [Redacted]
Gesendet: Donnerstag, 14. Mai 2020 09:16
An: 'c.mueller@bab-wismar.de' <c.mueller@bab-wismar.de>
Betreff: AW: Vorentwurf B- Plan Nr. 8 "SO PVA an der Bahn 1" und Vorentwurf 1. Ä. FNP Gem. Blankenhof [Auf Viren geprüft]

Sehr geehrter Herr Müller,

die Unterlagen zum o.a. Bebauungsplan und zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes habe ich bezüglich der vom Straßenbauamt Neustrelitz zu vertretenden Belange geprüft.

Der Geltungsbereich liegt nicht an einer Bundes- oder Landesstraße, so dass die Zuständigkeit der Straßenbauverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht berührt wird. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Kreisstraße MSE 77 (alt MST 21).

Seitens des Straßenbauamtes Neustrelitz bestehen insofern keine Bedenken zum o.g. Entwurf des Bebauungsplanes und zur 1. Änderung des FNP, beides Stand Februar 2020.

Mit freundlichen Grüßen

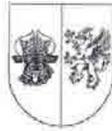
[Redacted]
[Redacted]
Straßenbauamt Neustrelitz
Heidebergstraße 10, 17239 Neustrelitz
Tel.: [Redacted] Fax: [Redacted]
E-Mail: verwaltung@bab-wismar.de Website: www.strassenbauverwaltung.mvnet.de

Zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten weisen wir darauf hin, dass das Straßenbauamt Neustrelitz nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung sowie dem neu gefassten Landesdatenschutzgesetz M-V vom 25.05.2018 handelt.

Keine Bedenken, da keine Betroffenheit



Bergamt Stralsund



Bergamt Stralsund
Postfach 1138 - 18401 Stralsund

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Kästner Kraft Müller
Schatterau 17
23966 Wismar

Bearb.: [REDACTED]
Fon: [REDACTED]
Fak: [REDACTED]
Mail: [REDACTED]
www.bergamt-mv.de

Reg.Nr.: 1559/20
Az.: 512/1307/1/217-20

In Zeichen / vom
5/11/2020

Mit Zeichen / vom
GU

Telefax
81 21 44

Datum
6/3/2020

STELLUNGNAHME DES BERGAMTES STRALSUND

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Ihnen zur Stellungnahme eingereichte Maßnahme

Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1"

berührt keine bergbaulichen Belange nach Bundesberggesetz (BBergG) sowie keine Belange nach Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in der Zuständigkeit des Bergamtes Stralsund.

Für den Bereich der o. g. Maßnahme liegen zurzeit keine Bergbauberechtigungen oder Anträge auf Erteilung von Bergbauberechtigungen vor.

Aus Sicht der vom Bergamt Stralsund zu wahrenen Belange werden keine Einwände oder ergänzenden Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf
Im Auftrag

[REDACTED]

Öffentliche Informationsverpflichtung: Der Rückhalt mit dem Bergamt Stralsund ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. hinterlassenen persönlichen Daten verbunden (Kontingenzfrage ist Art. 8 Abs. 1e DSGVO i.V.m. § 4 Abs. 1 DSGVO). Weitere Informationen erhalten Sie unter www.regierung-mv.de/Datenschutz.

Hilfsanzahl: Bergamt Stralsund
Frankenjamn 17
18409 Stralsund
Fon: 03831 / 81 21 - 3
Fax: 03831 / 81 21 - 12
Mail: postfach@bergamt-stralsund.de

Keine Einwände

Stellungnahme von

Prüfung

11

LA für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz

Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik
der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz
Mecklenburg-Vorpommern
Abteilung 3



LPBK M-V, Postfach 19049 Schwerin

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Kästner, Kraft, Müller
Schatterau 17
23966 Wismar

bearbeitet von: [REDACTED]
Telefon: [REDACTED]
Telefax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]
Aktienzeichen: LPBK-ALIS-TDB-3089-2020

Schwerin, 13. Mai 2020

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Vorentwurf B-Plan Nr. 8 "SO PVA an der Bahn 1" und Vorentwurf 1. A. FNP Gem. Blankenhof

Ihre Anfrage vom 12.05.2020; Ihr Zeichen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Bezug stehenden Vorhaben bitten Sie das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern (LPBK M-V) um Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange.

Aufgrund des örtlich begrenzten Umfangs Ihrer Maßnahme und fehlender Landesrelevanz ist das LPBK M-V als obere Landesbehörde nicht zuständig.

Bitte wenden Sie sich bezüglich der öffentlichen Belange Brand- und Katastrophenschutz an den als untere Verwaltungsstufe örtlich zuständigen Landkreis bzw. zuständige kreisfreie Stadt.

Außerhalb der öffentlichen Belange wird darauf hingewiesen, dass in Mecklenburg-Vorpommern Munitionsfunde nicht auszuschließen sind.

Gemäß § 52 LBauO ist der Bauherr für die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften verantwortlich.

Insbesondere wird auf die allgemeinen Pflichten als Bauherr hingewiesen, Gefährdungen für auf der Baustelle arbeitende Personen so weit wie möglich auszuschließen. Dazu kann auch die Pflicht gehören, vor Baubeginn Erkundungen über eine mögliche Kampfmittelbelastung des Baufeldes einzuholen.

Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (*Kampfmittelbelastungsauskunft*) der in Rede stehenden Fläche erhalten Sie gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsdienst des LPBK M-V.

Postanschrift:
LPBK M-V
Postfach

19049 Schwerin

Hausanschrift:
LPBK M-V
Graf-Yorck-Straße 6

19001 Schwerin

Telefon: +49 385 2070 -0
Telefax: +49 385 2070 -2198
E-Mail: abteilung3@lpbk-mv.de
Internet: www.brand-kalis-mv.de
Internet: www.polizei.mvnet.de

Keine Zuständigkeit

Der Landkreis ist am Planverfahren beteiligt.

Der Hinweis zur Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften durch den Bauherrn wird in die Begründung aufgenommen.

Stellungnahme von

Prüfung

11

LA für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz

Auf unserer Homepage www.brand-kats-mv.de finden Sie unter „Munitionsbergungsdienst“ das Antragsformular sowie ein Merkblatt über die notwendigen Angaben.
Ein entsprechendes Auskunftsersuchen wird rechtzeitig vor Bauausführung empfohlen.

Ich bitte Sie in Zukunft diese Hinweise zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



(elektronisch versandt, gültig ohne Unterschrift)

Stellungnahme von

Prüfung

12
IHK Neubrandenburg



IHK Neubrandenburg | IF 11 02 53 | 17043 Neubrandenburg

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Herr Müller
Schatterau 17
23966 Wismar

Bereich Wirtschaft und Standortpolitik

[Redacted Name]

E-Mail
[Redacted Email]

Tel.
0395 5597-213

Fax
0395 5597-513

11. Juni 2020

**Bebauungsplan Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ der Gemeinde Blankenhof
Frühzeitige Beteiligung als Träger öffentlicher Belange**

Sehr geehrter Herr Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 11. Mai 2020, mit dem Sie um Stellungnahme zum Vorentwurf des o. g. Bebauungsplanes bitten.

Nach Prüfung der Planunterlagen bestehen aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern keine Hinweise bzw. Bedenken zum vorliegenden Planungsstand.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Marten Belling



Keine Hinweise bzw. Bedenken

Staatliches Bau- und
Liegenschaftsamt Neubrandenburg



Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt Neubrandenburg
Postfach 11 01 63, 17041 Neubrandenburg

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Schatterau 17
23866 Wismar

Bearbeitet von [REDACTED]
Tel.: [REDACTED]
AZ: 4-L1411-B1020-B-Plan-8_Blanken-

Neubrandenburg, 06.07.2020

- I. B-Plan Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof;
"Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn"
II. Flächennutzungsplan der Gemeinde Blankenhof;
Umwandlung von Flächen für die Landwirtschaft in Sondergebiete
"Photovoltaikanlage" im Zusammenhang mit dem B-Plan Nr. 8 und
"Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1"
hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4
Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Ihr Schreiben vom 11.05.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

die oben genannte Unterlage bzw. Anfrage wurde im Staatlichen Bau- und Liegenschaftsamt (SBL) Neubrandenburg überprüft. Nach derzeitigem Kenntnisstand befindet sich im Bereich des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Blankenhof kein vom SBL Neubrandenburg verwalteter Grundbesitz des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Es ist nicht auszuschließen, dass sich im Vorhabengebiet forst- oder landwirtschaftliche Nutzflächen oder für Naturschutzzwecke genutzte Landesflächen befinden. Für eventuelle Hinweise und Anregungen zu diesen gemäß § 5 des Gesetzes zur Modernisierung der Staatshochbau- und Liegenschaftsverwaltung M-V vom 24.09.2019 nicht zum Landesvermögen des SBL Neubrandenburg gehörenden Grundstücken, sind die jeweiligen Ressortverwaltungen zuständig. Ich gehe davon aus, dass bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eine Einbindung dieser Fachverwaltungen erfolgt ist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[REDACTED]
Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt
Neubrandenburg
Neuzeitlicher Str. 121
17533 Neubrandenburg

Bankverbindung: Landeszentralbank M-V
Deutsche Bundesbank Filiale Rostock
IBAN: DE24 1300 0000 0013 0015 02
BIC: MARKDEF1130

Telefon: 0395 380-87001
Telefax: 0395 380-87901
poststelle@sbl-mv.de
www.sbl-mv.de

Keine Bedenken, da keine Betroffenheit

Der Hinweis wurde berücksichtigt, das StALU MS sowie die Landesforst wurden am Planverfahren beteiligt. Die geäußerten Belange werden in der Planung berücksichtigt.

Stellungnahme von

Prüfung



Landesforst
Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Der Vorstand



Forstamt Neubrandenburg · Ordentlichstraße 3 · 17033 Neubrandenburg

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Schatterau 17
23966 Wismar

Forstamt Neubrandenburg

Bearbeitet von: [REDACTED]

Telefon: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]

Aktenzeichen: FoA07-SB1/744.382
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Neubrandenburg, den 14.05.2020

Bebauungsplan Nr.8 der Gemeinde Blankenhof „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“

Hier: Stellungnahme der Forstbehörde

Sehr geehrter Herr Müller,

im Auftrag des Vorstandes der Landesforstanstalt Mecklenburg-Vorpommern nehme ich zu dem o.g. Bauantrag im Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Neubrandenburg für den Geltungsbereich des Landeswaldgesetzes MV (LWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 870), letzte berücksichtigte Änderung: § 3 geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 219) wie folgt Stellung:

Nach Sichtung der übersandten Unterlagen umfasst der Vorhabensbereich des oben benannten Bebauungsplanes die Flurstücke 50, 51, 52, 54/1, 57/2, 59/2 und 59/4 (alle tlw.), der Flur 3, in der Gemarkung Gevezin sowie in der Gemarkung Chemnitz, Flur 1, auf einer Teilfläche des Flurstücks 485. Der Bebauungsplan umfasst eine Fläche von ca. 19,5 ha, angrenzend an der Bahnstrecke Malchin - Neubrandenburg.

Im nördlichen Bereich, im oberhalb der Bahnstrecke angrenzenden Geltungsbereich des B-Plangebietes befinden sich zwei kleinere Waldflächen.

Hier handelt es sich um Wald, welcher forstlich den erfassten Unterabteilungen f und e der Abteilung 6132 zugeordnet ist.

Gemäß § 2 LWaldG ist jede mit Waldgehölzen bestockte Grundfläche Wald, unabhängig von Regelmäßigkeit und Art der Entstehung. Waldgehölze sind alle Waldbaum- und Waldstraucharten.

In der Regel ist Wald ein zusammenhängender Bewuchs mit Waldgehölzen mit einer Mindestflächengröße von 2.000 m², einer mittleren Breite von 25 Metern und einer mittleren Höhe von 1,5 Metern oder einem Alter von 6 Jahren.

Auf Grund der vorhandenen Bewaldung ist der im §20 LWaldG M-V festgelegte Mindestwaldabstand von 30m zum Wald (Trauf) bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen in diesen Bereichen zu beachten und nicht zu unterschreiten.

Die Waldabstandsregelung gilt auch für vorhandene Erstaufforstungsflächen.

Bei einer Unterschreitung des Waldabstandes bei Photovoltaikanlagen kommt es meist zu einer Verschattung, die dann in der Regel weitere Waldumwandlungswünsche zur Folge hat.

Vorstand: Manfred Baum

Landesforst Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Fritz - Reuter - Platz 9
17139 Malchin

Bankverbindung:
Deutsche Bundesbank
BIC: MARKDEF1150
IBAN: DE87 1500 0000 0015 0015 30
Straßennummer: 079133/80058

Telefon: 0 39 94/ 2 35-0
Telefax: 0 39 94/ 2 35-4 00
E-Mail: zentrale@foa-mv.de
Internet: www.wald-mv.de

Der Hinweis zur Einhaltung der 30-m-Waldabstandsregelung bei der Errichtung des Solarparks wird berücksichtigt und damit die Voraussetzungen für das Einvernehmen der Forstbehörde hergestellt.

Stellungnahme von

Prüfung

16
Landesforst M-V – Forstamt Neubrandenburg

2

Im Übrigen kann im Brandfall eine erhebliche Gefährdung der angrenzenden Waldbestände gegeben sein.
In den Hinweisen des Wirtschaftsministeriums für die raumordnerische Bewertung und die baurechtliche Beurteilung von großflächigen Photovoltaikanlagen im Außenbereich werden Wald und Waldabstandflächen ausdrücklich als Ausschlusskriterium für die Errichtung derartiger Anlage benannt."

Eine genaue Lage des Einspeisepunktes für den durch die Solaranlage erzeugten Strom in das öffentliche Netz ist gegenwärtig in den Planungsunterlagen nicht ersichtlich.
Ich weise darum vorsorglich darauf hin, dass die Anschluss- und Leitungsverlegung außerhalb der Waldflächen zu erfolgen haben.

Nur unter Berücksichtigung und mit der Einhaltung der 30m Waldabstandsregelung bei der Errichtung des künftigen Solarparks, wird von der Forstbehörde gegenüber dem Bebauungsplan Nr.8 der Gemeinde Blankenhof „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ das Einvernehmen hergestellt.

Ich weise vorsorglich darauf hin, dass die Anschluss- und Leitungsverlegung außerhalb der Wurzel- und Traufbereiche von Waldflächen erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Forstamtsleiter

Der Hinweis zur Anschluss- und Leitungsverlegung ist durch den Vorhabenträger zu beachten.

Vorstand: Manfred Baum
Landesforst Mecklenburg-Vorpommern
- Ansatz des Öffentlichen Rechts -
Pritz - Reuter - Platz 9
17139 Malchin

Bankverbindung:
Deutsche Bundesbank
BIC: MARKDEF1150
IBAN: DE 87 1500 0000 0015 0015 30
Steuernummer: 079/133/80008

Telefon: 0 39 94/ 2 35-0
Telefax: 0 39 94/ 2 35-1 00
E-Mail: zentrale@foa-mv.de
Internet: www.wald-mv.de

Stellungnahme von

Prüfung

18
Wasser- und Bodenverband „Obere Havel / Obere Tollense“

WASSER - UND BODENVERBAND

"Obere Havel / Obere Tollense"

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -



WNV "Obere Havel/Obere Tollense", Haveldecker Str. 119, 17034 Neubrandenburg

per Mail: c.mueller@bab-wismar.de

Neubrandenburg, 19. Mai 2020

bab – Büro für Architektur und Bauleitplanung
Kästner - Kraft - Müller
z. Hd. von Herrn C. Müller
Schatterau 17
23866 Wismar

Bearbeiter:

Datum:

Aktenzeichen:
NeverinBlankenPhotovo19052020

- 1. Bezug:** Ihr Schreiben vom: 11.05.2020 / Ihre Mail vom: 12.05.2020
- 2. Betrifft:** Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
- 3. Art der Maßnahme:** Vorentwurf B-Plan Nr. 8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" und Vorentwurf 1. Änderung FNP Gemeinde Blankenhof
- 4. Arbeitsunterlagen:** Anschreiben vom: 11.05.2020, Mail vom: 12.05.2020 mit Anlagen (Vorentwürfe B-Plan Nr. 8 und 1. Änderung FNP)
- 5. Spezielle Angaben:**

Sehr geehrter Herr Müller,

Im betroffenen Gebiet befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand Vorfluter, die in der Unterhaltungslast unseres WBV liegen.

Im Randbereich des B-Plan-Gebietes Nr. 8 befindet sich der Vorfluter N 41/2 als Betonrohrleitung. Die genaue Lage ist uns nicht bekannt. Um festzustellen, ob der N 41/2 sich innerhalb des B-Plan-Gebietes befindet, muss der genaue Verlauf geortet werden. Der Vorfluter darf nicht überbaut werden. Bei der Errichtung der Photovoltaikanlage ist ein beidseitiger Abstand von 7 m zur Rohrleitung einzuhalten. Werden Kabelanlagen im Bereich der Rohrleitung verlegt, sind diese in einer Tiefe von 1 m unter Rohrschle im Schutzrohr zu verlegen. Dieser Abstand ist beidseitig auf 5 m einzuhalten.

Im Bereich des Bahnüberganges befindet sich noch eine Entwässerungsleitung des Sees und der Nassstelle an der Bahn. Diese Leitung und im Gebiet der geplanten Photovoltaikanlage verlegte Dränanlagen liegen nicht in der Unterhaltungslast unseres Verbandes.

Die annähernde Lage der Entwässerungsleitungen entnehmen Sie dem Luftbild in der Anlage.

Bei Problemen, Rückfragen oder zur Einweisung vor Ort wenden Sie sich bitte unter 0173-6352299 an unseren zuständigen Verbandsingenieur, Herrn Pfeiffer.

Dieses Schreiben ist eine Stellungnahme und gilt nicht als Genehmigung. Zur Vervollständigung unserer Unterlagen bitten wir um Übersendung der Lesebestätigung für dieses Schreiben.

Mit freundlichem Gruß

Anlagen lt. Text

Wir versichern einen sorgsamen Umgang mit Ihren Daten und benötigen diese lediglich, um sie im Zusammenhang mit anderen Medien darzustellen und ggf. notwendige Schutz- und Sicherungsmaßnahmen zu erkennen.

WNV "Obere Havel/Obere Tollense"
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Haveldecker Straße 119
17034 Neubrandenburg

Verbandsvorsteher: Uwe Pomowski
Geschäftsführerin: Anja Kuhn
Telefon: 03 95 / 455 044 0
Fax: 03 95 / 455 044 10
Mail: wbnv-nb@wbv-mv.de

Bankverbindung:
DEUTSCHE KREDITBANK
Kto-Nr.: 102 000 4568 / BIC: 2512 0330 00
IBAN: DE78 1233 5000 1020 0045 88
SWIFT BIC: BYLADEN1001

Die Hinweise zum Bestand und Schutz des Vorfluters und der Entwässerungsleitung des Sees werden wie folgt beachtet:

Die Lage des Vorfluters N 41/2 sowie der Entwässerungsleitung einschließlich 7,00 m Schutzstreifen werden im Plan gekennzeichnet.



EDIS Netz GmbH, Holländer Gang 1, 17087 Altenreptow

Büro für Architektur und
Bauleitplanung
Schätteraue 17
23966 Wismar

EDIS Netz GmbH
Holländer Gang 1
17087 Altenreptow
www.e-dis-netz.de

Ihr Assistentenleiter
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]

I. **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof, „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ - Vorentwurf**

II. **1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Blankenhof**

Unsere Stellungnahme unter dem Aktenzeichen Alt. 0716/2020
(bei zukünftigen Schriftwechsel bitte stets angeben)

Datum
14. Mai 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 11. Mai 2020 und teilen Ihnen mit, dass vorbehaltlich weiterer Abstimmungen zur Sicherung unseres vorhandenen Anlagenbestandes gegen die o. g. Planung keine Bedenken bestehen.

Diese Stellungnahme stellt keine Einspeisegenehmigung bzw. Netzanschlusszusage dar. Der Verknüpfungspunkt gemäß EEG wird durch die zuständige Fachabteilung der E.DIS Netz GmbH im Rahmen der netztechnischen Bewertung nach Vorlage entsprechender Dokumente benannt. Der Verknüpfungspunkt kann sich ggf. auch außerhalb des B-Plan bereiches befinden.

Im dargestellten Baugebiet befinden sich Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens. Sollte eine Umverlegung von Leitungen erforderlich werden, erbitten wir einen rechtzeitigen Antrag, aus welchem die Baugrenzen ersichtlich sind. Auf dieser Grundlage werden wir dem Antragsteller ein entsprechendes Angebot für die Umverlegung unserer Anlagen unterbreiten.

Als Anlage übersenden wir Ihnen Pläne mit unserem eingetragenen Stromleitungs-Anlagenbestand. Diese Unterlagen dienen als Information und nicht als Grundlage zum Durchführen von Bauarbeiten. Zu konkreten Vorhaben setzen Sie sich bitte mindestens 14 Tage vor Baubeginn mit uns in Verbindung. Die beigefügten Bestandsunterlagen beziehen sich nur auf das angefragte Gebiet. Bei darüber hinausgehenden Vorhaben und Planungen ist eine erneute Bestandsplanauskunft erforderlich. Die Bestandsplanauskunft hat eine Gültigkeit von 8 Wochen.

Wir bitten Sie, unseren Anlagenbestand bei Ihrer Vorhabenkonkreten Planung zu berücksichtigen.

Zu den im Plangebiet befindlichen Hochspannungsfreileitungen ist in der Begründung zum B-Plan Nr.8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ der Gemeinde Blankenhof bereits eine Aussage getroffen worden. Diese gilt auch weiterhin.

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG
Fürstenerwalde/Spreew
IBAN DE75 1207
0000 0254 5515 00
BIC: DEUTDE33HAN

Gläubiger-ID:
DE622206000175587

Sitz: Fürstenerwalde/Spreew
Amtsgericht Frankfurt (Oder)
HRB 16068
St.Nr. 061 808 06416
USt-IdNr.: DE285551018

Geschäftsführung:
Stefan Bläcke
Harald Bock
Michael Kaiser

Keine Bedenken bei Sicherung des vorhandenen Anlagenbestandes

Die Hinweise zur Sicherung der im Baugebiet befindlichen Leitungen und Anlagen werden wie folgt beachtet:

Der Leitungsbestand sowie der beidseitige Schutzstreifen zur Hochspannungsleitung von 23 m werden im Plan gekennzeichnet und werden von der Bebauung freigehalten.

Die allgemeinen Hinweise und Richtlinien zum Schutz von Kabelanlagen sind durch den Vorhabenträger zu beachten und werden in die Begründung aufgenommen.

Die Kabelschutzrichtlinien werden als Anlage der Begründung beigefügt.

Stellungnahme von

Prüfung

20
e.dis



Datum
14. Mai 2020

Die jederzeit freie Zugänglichkeit zu unseren Anlagen muss gewährleistet sein.

Nachfolgend möchten wir Ihnen allgemeine Hinweise zu Arbeiten in der Nähe und zum Schutz von Versorgungsanlagen zur Kenntnis geben, die Sie bitte bei der weiteren Planung im o. g. Bereich berücksichtigen möchten.

1. „Hinweise und Richtlinien zu Arbeiten in der Nähe von Kabelanlagen der E.DIS Netz GmbH“
2. „Hinweise und Richtlinien zu Baumpflanzungen in der Nähe von Versorgungsanlagen der E.DIS Netz GmbH“

Für Rückfragen stehen Ihnen in unserem Standort des Regionalbereiches unsere Mitarbeiter gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Anlagen

Stellungnahme von

Prüfung

22
Neubrandenburger Stadtwerke GmbH

neu.sw Mein Stadtwerk®

Neubrandenburger
Stadtwerke GmbH
Geschäftsführung
Ingo Meyer
Aufsichtsrat
Vorsitzende
Dr. Diana Kufik
John-Schahn-Strasse 1
17035 Neubrandenburg
Tel. 0395 3500-0
Fax 0395 8500-118

www.nstwu.de
info@nstwu.de
Sperkassen
Neubrandenburg, Germany
IBAN DE64 1505 0200 3010 4056 17
BIC NWOL33HAN

Umsatzsteuer
Neubrandenburg
VSB-1194
USt-Ident.
DE187270940

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH - Postfach 130841 | 17042 Neubrandenburg

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Schatterau 17
23966 Wismar

Ihr Zeichen: Ihre Hochrechnung
11.05.2020

Datum:
17. Juni 2020

Stellungnahme zum Vorentwurf B-Plan Nr. 8 "SO PVA an der Bahn 1" und Vorentwurf
1. Änderung FNP Gem. Blankenhof
Unser Auftrag Nr.: 1044/20

Sehr geehrter Herr Müller,

die uns mit Schreiben vom 11.05.2020 übergebenen Unterlagen wurden durch die Fachbereiche unseres Unternehmens geprüft. Wir erteilen diese Stellungnahme im Namen der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, der Neubrandenburger Wasserbetriebe GmbH, der neu-medianet GmbH und der Tollenseufer Abwasserbeseitigungsgesellschaft mbH.

Grundsätzlich bestehen unsererseits keine Einwände bezüglich des o. g. B-Plans und Flächennutzungsplanes, jedoch bitten wir um die Beachtung nachfolgender Hinweise:

Stromversorgung/Straßenbeleuchtung

Im gekennzeichneten Baubereich befinden sich keine dokumentierten Anlagen in Rechtsträgerschaft von neu.sw.

Gasversorgung

Im gekennzeichneten Baubereich befinden sich keine dokumentierten Anlagen in Rechtsträgerschaft von neu.sw.

Wasserversorgung

Der Geltungsbereich des B-Planes/Flächennutzungsplans befindet sich außerhalb der Trinkwasserschutzzonen unserer Wasserfassungen.

Im Geltungsbereich befindet sich ein Trinkwasserhausanschluss 1 1/4 Zoll Stahl und DN 32 PE (lageunsicher).

Keine Einwände unter Beachtung der gegebenen Hinweise

Keine Anlagenbestand

Keine Anlagen im Baubereich

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen – keine TWSZ

Die vorhandene Trinkwasserhausanschlussleitung wird im Plan gekennzeichnet. Eine Überbauung ist nicht geplant und die Zugänglichkeit der Leitung wird durch den



Seite 2 zum Schreiben von neu.sw
vom 17. Juni 2020
an Büro für Architektur und Bauleitplanung
Betreff Vorentwurf B-Plan Nr. 8 "SO PVA an der Bahn 1" und Vorentwurf 1. Änderung FNP Gem. Blankenhof
Unser Auftrag Nr.:1044/20

Die Rohrdeckung unserer Trinkwasserleitungen beträgt in der Regel 1,50 m. Mehr- und Minderdeckungen sowie örtliche Lageabweichungen sind nicht auszuschließen, so dass Lage und Tiefe der Trinkwasserleitungen durch Suchschachtungen im Zuge der Bauausführung zu ermitteln sind.

Die Mindestabstände gemäß DVGW W 400-1 sind einzuhalten, sofern keine weitergehenden Forderungen im Text erwähnt sind. Dies gilt auch für die neu zu verlegenden Stromkabel der Photovoltaik-Anlage. Erdeingebaute Trinkwasserarmaturen, freigelegte Rohrleitungsabschnitte sowie Beschilde-rungen sind zu sichern. Einer Überbauung mit Photovoltaik-Anlagen kann im Bereich der Trinkwas-serleitung nicht zugestimmt werden. Die Zugänglichkeit zur Leitung muss jederzeit gewährleistet sein. Im B-Plan ist die Flächenkennzeichnung für Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zugunsten von neu.sw einzutragen. Sofern eine Sicherung und Eintragung der Flächenkennzeichnungen nicht er-folgt, stimmen wir der Änderung des B-Plans sowie des FNP's nicht zu.

Mögliche geplante Baumpflanzungen oder sonstige Bebauungen (Gestelle, Trafo, etc.) sind unter Ber-ücksichtigung notwendiger Nutzungszonen für Bau- und Betriebsmaßnahmen an unterirdischen Haupt- und Anschlussleitungen festzulegen. Dabei sind Mindestabstände gemäß Regelwerk GW 125 zwingend einzuhalten und ggf. weitergehende Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Eine Löschwasserversorgung über das öffentliche Trinkwasserversorgungssystem erfolgt in dem Gel-tungsbereich B-Plan Nr. 8 "SO PVA an der Bahn 1" nicht. In Chemnitz (Kreuzungsbereich Schloss-straße/Blankenhofer Straße), in Blankenhof (Ortsausgang Richtung Gevezin) sowie in Gevezin (Bus-wendeschleife Kastanienallee) unterhält neu.sw Hydranten zur Befüllung von Löschfahrzeugen mit einer maximalen Entnahmemenge von 6 m³/h.

Bauliche Änderungen oder Erweiterungsmaßnahmen im öffentlichen Trinkwassernetz sind im Bau-bereich nicht geplant.

Abwasserentsorgung

Im Bereich des Bebauungsplans Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ befinden sich keine öffentlichen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen in Rechtsträgerschaft der Tollenseufer Abwasserbeseitigungsgesellschaft mbH (TAB), für die die Neubrandenburger Wasserbe-triebe GmbH (neu-wab) die Betriebsführung übernimmt. Auch zur Änderung des FNP's bestehen keine Einwände.

Fernwärmeverteilung

Im gekennzeichneten Baubereich befinden sich keine Anlagen in Rechtsträgerschaft von neu.sw.

neu-mediant GmbH

Zu der Änderung des FNP's und dem Vorentwurf zum B-Plan haben wir keine Einwände oder Hin-weise. Die neu-mediant GmbH plant darüber hinaus die Errichtung einer Internetversorgung in der Bahnhofstraße 18, welche zum Teil auf dem Gelände der geplanten PVA verlaufen würde. Diese Trasse ist, wie in der anhängenden Datei dargestellt, beantragt und genehmigt. Bei der Errichtung einer PVA ist dieser Bestand dann zu schützen. Für eine eventuelle Versorgung der Plangebietes mit

Vorhabenträger gewährleistet. Die genaue Lage ist im Zuge der Bauausführung zu ermitteln.

Die Leitungen sind durch den Vorhabenträger gegenüber den Stadtwerken Neubrandenburg durch Eintragung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu sichern.

Die Hinweise zur Löschwasserversorgung werden zur Kenntnis genommen, dazu gehört, dass keine Löschwasserversorgung aus dem öffentlichen Netz erfolgen kann und nur eine Möglichkeit zur Befüllung von Löschfahrzeugen im Umfeld des Plangebietes besteht.

Kein Bestand an öffentlichen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen

Kein Anlagenbestand

Die geplante Internetversorgung wird durch die Errichtung der PV-Anlage nicht behindert und wird im Plan gekennzeichnet.

Stellungnahme von

Prüfung

22
Neubrandenburger Stadtwerke GmbH

Seite 3 zum Schreiben von neu.sw
vom 17. Juni 2020
an Büro für Architektur und Bauleitplanung
Betreff Vorentwurf B-Plan Nr. 8 "SO PVA an der Bahn 1" und Vorentwurf L. Änderung FNP Gem. Blankenhof
Unser Auftrag Nr.:1044/20

Internetprodukten oder Datenanbindungen sind wir gern bereit, an den Detailplanungen mitzuwirken.

Allgemeine Hinweise

Vor Beginn von Tiefbauarbeiten sind stets die Einholung einer Schachterlaubnis und die Vereinbarung einer Vor-Ort-Einweisung bei unserem Fachbereich Technische Dokumentation erforderlich.

Vorhandene Leitungen, Kabel und Beschilderungen sind zu sichern und zu schützen. Bei Kreuzungen sowie bei Parallelverlegungen zu unseren Anlagen sind in Bezug auf Baumaßnahmen mit unterirdischem Rohrvortrieb (Pressungen, Bohrungen) generell Such- und Handschachtungen zur Bestimmung des genauen Trassenverlaufes und der Tiefenlage der vorhandenen Anlagen im Beisein des Leitungseinweisenden des Netzbetreibers vorzunehmen.

Sofern in den Bestandsplänen dargestellte Anlagen nicht aufgefunden werden, ist vor Baubeginn die weitere Vorgehensweise mit dem Leitungseinweisenden des Netzbetreibers abzustimmen.

Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass die von uns erstellte DXF-Datei keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat. Es besteht die Möglichkeit, dass Daten aus unserem geografischen Informationssystem nicht vollständig exportiert wurden. Vergleichen Sie hierzu bitte den Leitungsbestand der anliegenden PDF-Datei mit dem der DXF-Datei.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter o. g. Rufnummer an uns.

Freundliche Grüße

Ihre Neubrandenburger Stadtwerke GmbH



Anlagen
digitale Bestandsunterlagen als PDF- und DXF-Daten

Die allgemeinen Hinweise zum Schutz des Anlagenbestandes sind durch den Vorhabenträger zu beachten und werden in die Begründung aufgenommen.



Stellungnahme von

Prüfung

24
Deutscher Wetterdienst

The image shows the cover and first page of a letter from the German Weather Service (DWD). The cover features the DWD logo and the slogan "Deutscher Wetterdienst Wetter und Klima aus einer Hand". It includes contact information for the "Büro für Architektur und Bauleitung" in Wismar and "Finanzen und Service". The letter is dated "Stahnsdorf, 26. Mai 2020". The main text is titled "Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange" and discusses the "Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ - Vorentwurf". It states that the proposed project does not encroach on the public-law duties of the DWD and that no objections are raised. The letter is signed by an official of the DWD.

Keine Einwände

Stellungnahme von

Prüfung

Von [REDACTED]
Gesendet: Mittwoch, 20. Mai 2020 10:03
An: c.mueller@bab-wismar.de
Betreff: Antwort; Vorentwurf B-Plan Nr. 8 "SO PVA an der Bahn 1" und Vorentwurf 1. Ä. FNP
Gem. Blankenhof/ BVVG AZ: 2020 Gestaltungen

Sehr geehrter Herr Müller,

vielen Dank für die Übermittlung der Informationen zu Ihrem o. g. Planungsvorhaben (Ihre E-Mail vom 12.05.2020). Uns liegen derzeit keine Informationen über Sachverhalte vor, die aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen eine Realisierung Ihres Vorhabens sprechen würden. Auf Grund des Umfangs und der Lage des hier betroffenen Planungsgebietes (Flur 3 Gemarkung Gevezin und Flur 1 in Gemarkung Chemnitz) sind in unmittelbaren Nähe des in den Unterlagen angezeigten Planungsgebietes keine BVVG- Vermögenswerte von den geplanten Maßnahme und den späteren Vorhaben betroffen. Gleichwohl befinden sich in beiden Gemarkungen noch verpachtete Eigentumsfläche der BVVG. Sollte sich im Zuge der weiteren Plankonkretisierung erweisen, dass tatsächlich keine BVVG- Vermögenswerte betroffen sein werden, erklären wir für diesen Fall bereits hiermit unseren Verzicht auf eine weitere Beteiligung an der von Ihnen betriebenen Teilnahmeverfahren und der ggf. später von Dritten betriebenen Realisierung des Vorhabens.

Andernfalls bitte wir Sie die nachfolgend aufgeführten Sachverhalte zu beachten:

+ Jeglicher (zeitweilige oder dauerhafte) Inanspruchnahme von BVVG- Flächen wird, soweit nicht durch bestehende Verträge/Rechte bereits vereinbart, nur zugestimmt, wenn dies aus technischen oder anderen objektiven Gründen erforderlich ist und dazu im Vorfeld die entsprechenden vertraglichen Abreden nach den gültigen BVVG- Vertragsmustern (i. d. R. Kaufvertrag oder Gestaltungsvertrag mit oder ohne dinglicher Sicherung) zu Stande kommen.

+ Die BVVG geht davon aus, dass eine rechtzeitige flurstücks- und flächenkonkrete Antragstellung, soweit hier überhaupt erforderlich, zum Abschluss von Verträgen seitens des Maßnahmeträgers oder eines bevollmächtigten Dienstleistungsunternehmens erfolgen wird.

+ Alle Flächen, die im Zuge der Maßnahme dauerhaft in Anspruch genommen werden und deren anderweitige zukünftige Nutzung dadurch ganz oder teilweise ausgeschlossen ist, sind von der BVVG zum jeweiligen Verkehrswert und nach den gültigen Vermarktungswegen anzukaufen. Das gilt auch für Flächen, die im Zuge ggf. erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen in Anspruch genommen werden sollen oder für solche reserviert werden müssen.

+ Die BVVG geht davon aus, dass nach der Realisierung der geplanten Maßnahmen keine Veränderungen an dem betroffenen BVVG- Vermögensgegenstand eintreten werden, die dessen Wert bezüglich Nutzung und

Von der Planung sind keine BVVG-Vermögenswerte betroffen, dass betrifft auch Eigentumsflächen im Umfeld des Plangebietes.

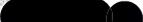
Die aufgeführten Sachverhalte sind für das Vorhaben nicht relevant.

Verwertung negativ beeinträchtigen. Sollten solche Veränderungen gegenüber dem Zustand des Vermögensgegenstandes zum Zeitpunkt des Beginns der geplanten Maßnahme dennoch eintreten, geht die BVVG von einer Entschädigung im vollen Umfang des eingetretenen Wertverlustes aus bzw. behält sich das Recht zur Geltendmachung solcher Ansprüche ausdrücklich vor.

+ Jegliche Flächeninanspruchnahme ist mit der BVVG und den jeweiligen Nutzern/Pächtern gesondert vertraglich zu regeln und an diese ggf. entsprechend gesondert zu entgelten. Die BVVG stellt auf Anfrage die entsprechenden Informationen über Nutzer und Pächter zur Verfügung.
+ Soweit im Zuge der Realisierung der Maßnahmen ein Territorium betroffen ist, in dem ein Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz läuft, ist die zuständige Flurneuordnungsbehörde am Planungs- und Realisierungsverfahren zu beteiligen.

+ Die Vergewisserungspflicht über ggf. andere, parallel und/oder konkurrierende dingliche Rechte an den betroffenen Grundstücken, insbesondere solcher nach § 9 GBBerG, liegt beim Maßnahmeträger bzw. von ihm bevollmächtigter Dritter.

Freundliche Grüße
Dirk Greifenstein


BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH
Landesmediensammlung Mecklenburg-Vorpommern
Postfach von Sierow, Straße 4
18087
Tel. 
Fax 

www.bvvg.de

Geschäftsführung:
Matthias Rahn, Thomas Windmühl
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Ministerialdirektor Dr. Johannes Schuy
Stz der Gesellschaft: Berlin
Hauptsitz: Amgestrichl Chausseestraße 148B 43090
Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 151744803
Küsterstraße 10a § 34a Güter- und Zollamt Panitzsch von Berlin
Berufskammer (IKK Berlin)

Stellungnahme von

Prüfung

31
BUND – Landesverband M-V e.V.



BUND
FREUNDE DER ERDE

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Friends of the Earth Germany

BUND, Friedländer Straße 12, 17033 Neubrandenburg
Tel. (0395) 5 666 812 eMail info@bund-neubrandenburg.de

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Claus Müller
Schatterau 17
23966 Wismar

Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Neubrandenburg, 28.05.2020

Beteiligung gemäß §4 Baugesetzbuch (BauGB)

Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 8: SO PVA an der Bahn 1 – Vorentwurf

Sehr geehrter Herr Claus Müller,

stellvertretend für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Mecklenburg-Vorpommern bedanken wir uns für die Beteiligung an dem oben genannten Verfahren und die Zusendung der Unterlagen. Im Namen des BUND nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Im Rahmen der Umweltprüfung ist die vorhandene Avifauna zu kartieren, um den Einfluss des Verfahrens auf diese einschätzen zu können. Eine Liste der im Plangebiet vermuteten Arten ist beigefügt.
2. Im Rahmen der Umweltprüfung ist besonders der Gleiskörper und deren nähere Umgebung auf das Vorkommen von Zauneidechsen zu prüfen. Für die Kartierung der Zauneidechsen ist zu beachten, dass nach gängiger Literatur mindestens 6 Kartierungen im Jahr notwendig sind, um eine verlässliche Präsenz-Absenz-Aussage machen zu können. Um verlässliche Aussagen über die Populationsgröße machen zu können ist die Fang-Wiederfang-Methode anzuwenden.
Bei der Kartierung ist auch zu beachten, dass die Witterung sich innerhalb der folgenden Rahmenbedingungen halten muss. Andernfalls sind die Ergebnisse nichtig.
- Zeitraum: April – September
- Temperatur von mind. 13°C, ideal sind 15 bis 25°C
- Es darf nicht regnen und der Wind sollte nur schwach wehen oder fehlen.
3. Ebenso ist im Rahmen der Umweltprüfung auf Amphibien zu achten, da Vorkommen der Rotbauchunke in den nahen Teichen (§20 Biotope) nachgewiesen wurden. Dies gilt besonders, sollte eine Wanderung der Tiere durch das Plangebiet nachgewiesen werden.
4. Eingedenk der genannten, potenziellen Artvorkommen ist die Bewirtschaftung der Anlage (Mahd) auf diese Arten abzustimmen. Auf diese Weise kann auch ein extensiver Pufferstreifen zwischen dem nahen Acker und den gesetzlich geschützten Gewässern hergestellt werden. Dabei ist besonders die mögliche Ansiedlung von Bodenbrütern im Mahdregime zu berücksichtigen.

Landesgeschäftsstelle
Wismarplatz Straße 12
17033 Wismar
Tel. 03 95 52 13 39-0
Fax 03 95 52 13 35 20
E-Mail: landes@bund-mv.de

Büro Neubrandenburg
Lehrplatz Mecklenburg Schwerte
39473 57 Wismar, Wismarplatz 41
03 95 402 23 00

Spendenkonto:
Sparkasse Mecklenburg Schwerte
BLANK 24 180 000000011170
BIC: 241203 000
IBAN: 10 05 402 23 00

Der BUND ist anerkannter Naturschutzverband
nach § 59 des Naturschutzgesetzes und
ist ein Landesverband des Bund
Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Schwenke Hauptstadtdirektor, Hauptverwaltung, an Wissenschaftszentrum für Arbeitsmarktforschung, 4. Ministerialrat
10557 Berlin und Wismarplatz 41, 17033 Wismar, Tel. 03 95 402 23 00, Fax 03 95 402 23 00, info@landesverband-mv.de

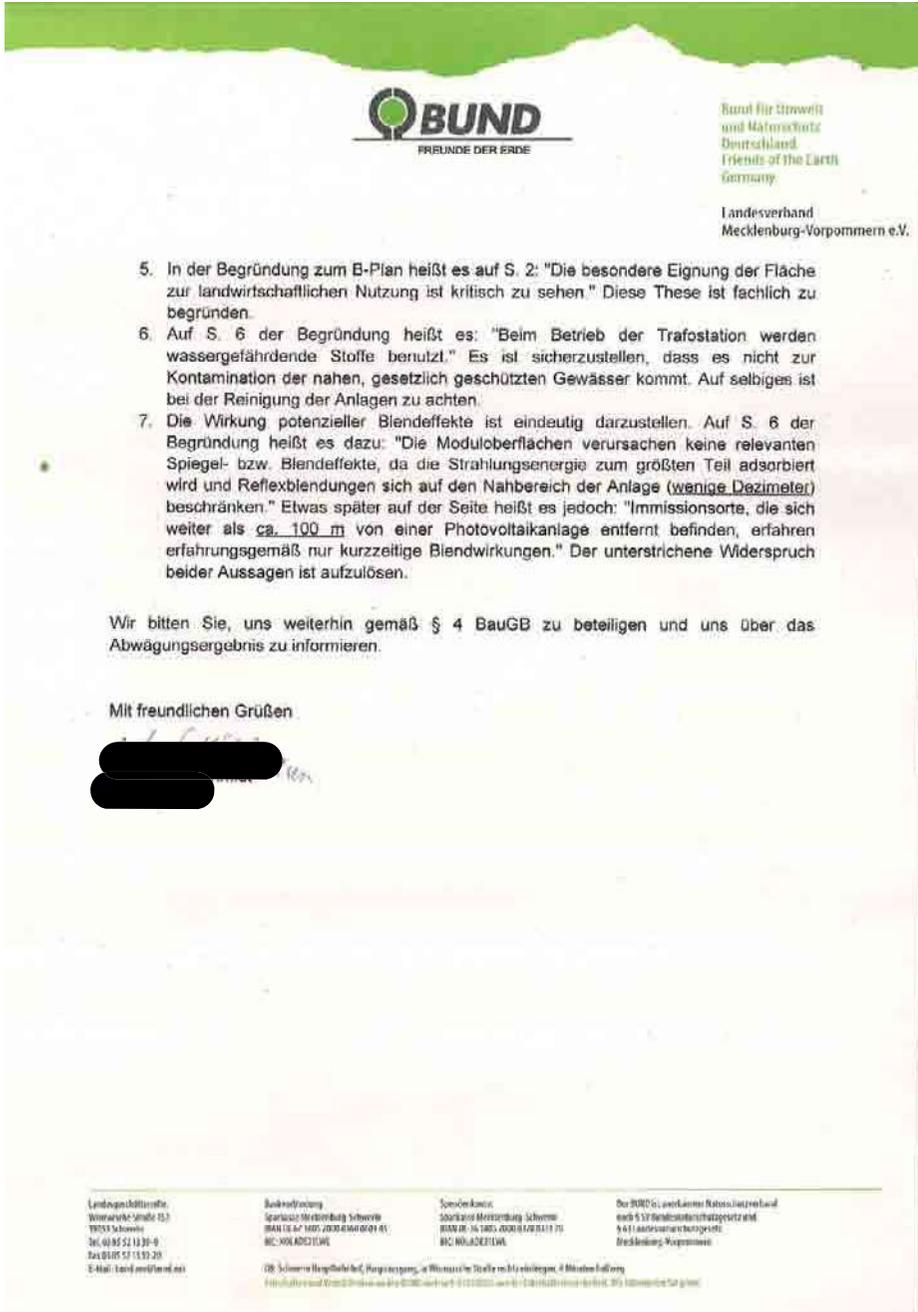
Zu Pkt. 1 - 5

Die Hinweise zur Umweltprüfung werden im Rahmen der Entwurfsfassung berücksichtigt. Die Ergebnisse der Umweltprüfung werden im Umweltbericht und im Artenschutzfachbeitrag dokumentiert.

Stellungnahme von

Prüfung

31
BUND – Landesverband M-V e.V



Die Hinweise zur Vermeidung eventueller Kontaminationen durch den Betrieb der Trafostation und durch die Reinigung der PV-Module sind durch den Vorhabenträger zu beachten. Der Betrieb der Trafostation ist entsprechend § 20 LWaG M-V bei der zuständigen unteren Wasserbehörde anzuzeigen. Durch den Neigungswinkel und die Oberflächenversiegelung der PV-Module wird eine Selbstreinigung der Moduloberflächen durch Niederschlagswasser ohne jeglichen Einsatz wassergefährdender Stoffe erreicht.

Die Aussagen zur Blendwirkung stehen nicht im Widerspruch. Die Moduloberflächen verursachen zwar keine **relevanten** Spiegel- bzw. Blendeffekte, dennoch kann es zu **kurzzeitigen** Blendwirkungen in der Nachbarschaft der Anlage kommen.

Zur Beurteilung schädlicher Umwelteinwirkungen gegenüber den Wohnnutzungen im weiteren Umfeld der PV-Anlage wurden die Kriterien gemäß den „Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen (LAI)“, vom 13.09.2012 herangezogen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass es nicht zu relevanten sondern nur zu kurzzeitigen Spiegel- und Blendeffekten kommen kann.

Stellungnahme von

Prüfung

32
GDM com

PE-Nr. 04891/20 - 15.05.2020 - Seite 1 von 5



GDMcom GmbH | Marktstraße 4 | 04209 Leipzig

bab - Büro für Architektur und Bauleitplanung Kästner - Kraft - Müller
 Claus Müller
 Schatterau 17
 23966 Wismar

Aussprechendes: [Redacted]
Telefon: [Redacted]
E-Mail: [Redacted]
Linear Zeichen: Reg.-Nr.: 04891/20
 PE-Nr.: 04891/20
 Reg.-Nr. bei weiterem Schriftverkehr bitte unbedingt angeben!
Datum: 15.05.2020

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" - Vorentwurf

Ihre Anfrage/n vom: 11.05.2020 an: GDMCOM Ihr Zeichen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:

Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) 1	Schwalg b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG	Straelen	nicht betroffen *	Auskunft Allgemein
ONTRAS Gastransport GmbH 2	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
VNG Gasspeicher GmbH 3	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein

*GDMcom ist für die Auskunft zu Anlagen dieses Betreibers nicht oder nur zum Teil zuständig. Bitte beteiligen Sie den angegebenen Anlagenbetreiber. Nähere Informationen, Hinweise und Auflagen entnehmen Sie bitte den Anhängen.

- 1) Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungs-gesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgas-transportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).
- 2) Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entbündlung von lokal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 in Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.

Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!

GDMcom GmbH | Marktstraße 4 | 04209 Leipzig | Telefon 0341 2508-0 | Fax 0341 2508-100
 E-Mail: info@gdmcom.de | www.gdmcom.de | Geschäftsführung: Dr. Udo Hoffmann | Vertretung: Leipzig 01054
 Geschäftsbereich: Umwelttechnik AG Leipzig, Aktien 1 310 524 882 520 000 001 | ISAN: LE: No. 120 300 300 001 | CO: 120 4 1 001 001 000 00000
 HRB 100 276 276 276 276 | Bank für Sozialleistungen AG Leipzig | BIC: BFSW33HAN | IBAN: 120 300 300 001 | BIC: BFSW33HAN | BIC: BFSW33HAN | BIC: BFSW33HAN

Keine Bedenken und Anregungen

Da alle durch die GDMcom vertretenen Anlagenbetreiber keine Betroffenheit bescheinigt haben.

Stellungnahme von

Prüfung

32
GDM.com

PE-Nr. 04891/20 - 15.05.2020 - Seite 2 von 5

Seite 2 von 2

Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.



Karte: umaps ©GeÜbGIS-DE/BKG/ZSHH

Darstellung angefragter Bereich: 1 WG004 - Geographisch (EPSG:4326) 53.560550, 13.100502

Freundliche Grüße
GDM.com GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig.-

Kostenlos mit BIL - BUNDESWEITES INFORMATIONSSYSTEM ZUR LEITUNGSSUCHE
<https://portal.bil-leitungsauskunft.de/login>

Anlagen: Anhang

Stellungnahme von

Prüfung

32
GDM com

PE-Nr.: 04891/20 - 15.05.2020 - Seite 3 von 5



Anhang - Auskunft Allgemein

zum Betreff: **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof
"Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" - Vorentwurf**

Reg.-Nr.: 04891/20
PE-Nr.: 04891/20

ONTRAS Gastransport GmbH
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)
VNG Gasspeicher GmbH
Erdgasspeicher Peissen GmbH

Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s.
Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.

Auflage:
Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.

GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG

Bitte beachten Sie, dass GDMcom nur für einen Teil der Anlagen dieses Betreibers für Auskunft zuständig ist. Im angefragten Bereich befinden sich keine von uns verwalteten Anlagen des oben genannten Anlagenbetreibers, ggf. muss aber mit Anlagen des oben genannten bzw. anderer Anlagenbetreiber gerechnet werden.
Sofern Ihre Anfrage nicht bereits über das BIL-Portal erfolgte, verweisen wir an dieser Stelle zur Einholung weiterer Auskünfte auf:

GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft Deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG
über das Auskunftportal BIL (<https://portal.bil-leitungsauskunft.de>)

Weitere Anlagenbetreiber

Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.

- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig. -

Stellungnahme von

Prüfung

33
GASCADE



GASCADE Gastransport GmbH, Kälteische Straße 120/121, 34119 Kassel

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Herr Müller
Schatterau 17
23966 Wismar

per E-Mail an: c.mueller@bab-wismar.de

GNL-HM / 2020.02699 Kassel, 20.05.2020

Leitungsrechte und -dokumentation

B-Plan Nr. 8 "SO PVA an der Bahn 1" und Vorentwurf 1. Ä. FNP Gem. Blankenhof
- Ihr Zeichen mit Schreiben vom 11.05.2020 -
Unser Aktenzeichen: 99.99.99.000.00813.20
Vorgangsnummer: 2020.02699

Sehr geehrter Herr Müller,

wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben.

Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH,
NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir
Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt
die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.

Sollten externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs erforderlich sein, sind uns diese
ebenfalls zur Stellungnahme vorzulegen.

Wir bitten Sie daher, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem
Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen
Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.

Mit freundlichen Grüßen

GASCADE Gastransport GmbH
Leitungsrechte und -dokumentation

Welche personenbezogenen Daten unsererseits nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erhoben und verarbeitet
werden, können Sie unserer Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) entnehmen.
Diese finden Sie im Internet unter <https://www.gascade.de/daten-schutz>.

GASCADE Gastransport GmbH | Kälteische Straße 120/121, 34119 Kassel | Telefon: +49 561 924-0 | Telefax: +49 561 924-1238 | www.gascade.de
StU der Gesellschaft: Kassel | Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 12702 | Umsatzsteuer ID-Nr.: DE 815 276 431 | Steuern-Nr.: 028 223 912 00
Geschäftsführer: Dr. Christian Schwanke von dem Busseck-Hünefeldt (K. Uge, Dörmagk) | Aufsichtsratsvorsitzender: Thorsten Wastland

Im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber wurde die Nichtbetroffenheit bescheinigt.

Die Hinweise werden beachtet.

Stellungnahme von

Prüfung

34
Vodafone GmbH

Von: [REDACTED]
<koordinationsanfragen.de@vodafone.com>
Gesendet: Dienstag, 26. Mai 2020 16:12
An: c.mueller@bab-wismar.de
Betreff: Stellungnahme S00857670, VF und VFKD, Gemeinde Blankenhof, Aufstellung des
Bebauungsplanes Nr. 8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1"

Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH
Eckdrift 81 * 19061 Schwenn

Büro für Architektur und Bauleitplanung - Herr Müller
Schatterau 17
23966 Wismar

Zeichen: Netzplanung, Stellungnahme Nr. S00857670
E-Mail: [REDACTED]
Datum: 26.05.2020
Gemeinde Blankenhof, Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 "Sondergebiet
Photovoltaikanlage an der Bahn 1"

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 12.05.2020.

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH
gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im
Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens.
Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht
geplant.

Freundliche Grüße
Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Keine Einwände, da keine Betroffenheit

Stellungnahme von

Prüfung

35
50hertz



50 Hertz Transmission GmbH - Blankenhof 2 - 10000 Berlin

bab Büro für Architektur und Bauleitplanung
Schatterau 17
23966 Wismar

50Hertz Transmission GmbH

TG
Netzbetrieb
Heidestraße 2
10667 Berlin

Datum
18.05.2020

Unser Zeichen
2020-003407-01-TG

[Redacted]

Telefon-Durchwahl

Fax-Durchwahl

[Redacted]

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom
11.05.2020

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Christian Peeters

Geschäftsführer:
Stefan Kapfeler, Vorsitz
Dr. Dirk Biemann
Sylvia Borchering
Dr. Frank Goletz
Marco Nix

Sitz der Gesellschaft
Berlin

Handelsregister
Amtsgericht Charlottenburg
HRB 84446

Bankverbindung
BNP Paribas, NL FFM
BLZ 512 100 100
Konto-Nr. 9222 7410 19
IBAN
DE70 5121 0600 9222 7410 19
BIC: BNPADE33

USt-Id-Nr. DE813473851



Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" der Gemeinde Blankenhof

Sehr geehrter Herr Müller,

Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten.

Folgende Unterlagen lagen uns zur Einsichtnahme vor:

- Planzeichnung
- Begründung

Im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes befindet sich unsere

380-kV-Leitung Altentreptow/Süd - Neuenhagen 479/518 von Mast-Nr. 16 – 18.

Der Leitungsverlauf ist in den eingereichten Unterlagen eingetragen. Wir bitten noch die Leitungsbezeichnung und den Leitungsbetreiber (50Hertz) nachrichtlich in die Planunterlagen zu übernehmen.

Hierfür können digitale Daten unter gedatenbereitstellung@50hertz.com abgefordert werden. Bitte geben Sie dazu unsere Registriernummer 2020-003407-01-TG, das gewünschte Dateiformat und Koordinatenreferenzsystem an.

Es ist ein Freileitungsbereich von 50 m beidseitig der Trassenachse zu beachten. Innerhalb des Freileitungsbereiches befindet sich der Freileitungsschutzstreifen von ca. 25 m beidseitig der Trassenachse, in welchem ein beschränktes Bau- und Einwirkungsverbot mit Nutzungs- und Höhenbeschränkungen für Dritte besteht.

Für den Freileitungsschutzstreifen ist in den Grundbüchern eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit (Leitungsrecht in Abt. II, Lasten und Beschränkungen) eingetragen. Nach dem Inhalt dieser Dienstbarkeit dürfen u. a. keine baulichen oder sonstigen Anlagen im Freileitungsschutzstreifen errichtet werden, die den ordnungsgemäßen Bestand und Betrieb der Hochspannungsfreileitung beeinträchtigen oder gefährden. Außerdem sind je nach Nutzungsart besondere Auflagen einzuhalten.

Die Leitungsbezeichnung wurde ergänzt.

Die Hinweise zum beschränkten Bau- und Einwirkungsverbot im Freileitungsbereich (beidseitig 50,0 m) und Freileitungsschutzstreifens (beidseitig 25,0 m) werden wie folgt beachtet:

Stellungnahme von

Prüfung

35
50hertz



Der Freileitungsschutzstreifen ist des Weiteren von Bepflanzung frei zu halten. Sollten dennoch Bepflanzungen vorgenommen werden, sind die zulässigen maximalen Endwuchshöhen im Zuge der weiteren Planungen mit 50hertz abzustimmen.

Datum:
16.06.2020

SEITENUMFANG:
22

Da der Verlauf der Bebauungsgrenze für die Teilfläche auf dem Flurstück 69/4 der Flur 3 in der Gemarkung Gevezin auch Flächen innerhalb des Freileitungsschutzstreifens einschließt, stimmen wir dem B-Plan-Entwurf in der vorliegenden Form nicht zu.

Folgende Änderungen sind für die o. g. Teilfläche erforderlich:

- Die Baugrenze ist so zu verschieben, dass diese außerhalb des dinglich gesicherten Freileitungsschutzstreifens verläuft (Abstand von 25 m zur Trassenachse).
- Korrekte Bezeichnung der Leitung in der Legende des Bebauungsplanes.
- Keine Errichtung von Gebäuden und baulichen Anlagen im Freileitungsbereich (Pkt. 1.2 der textlichen Festsetzungen).
- Aufnahme des folgenden Passus in die textlichen Festsetzungen:
Für jegliche Nutzungsänderungen (auch temporär) im Freileitungsschutzstreifen und bei Bau- und Pflanzmaßnahmen, ist die Zustimmung des Leitungsbetreibers beim Regionalzentrum Nord, Rostocker Chaussee 18, 18273 Gustrow einzuholen. Konkrete Planungsunterlagen, z. B. über Standorte und Höhe einer vorgesehenen baulichen Veränderung, Bepflanzung etc., sind möglichst frühzeitig der 50Hertz Transmission GmbH zur Prüfung einzureichen, um die Voraussetzungen zum Erteilen einer Zustimmung gemeinsam klären zu können.

Durch die geplante Errichtung einer Zaunanlage im Nahbereich der Freileitung kann es zu Beeinflussungen durch die Freileitung kommen. Der Zaun ist entsprechend zu ordnen. Die technische Ausführung ist mit dem Regionalzentrum Nord, Rostocker Chaussee 18, 18273 Gustrow abzustimmen.

Freundliche Grüße

50Hertz Transmission GmbH



- Die Baugrenze wurde aus dem Freileitungsschutzstreifen verschoben.
- Die Bezeichnung wurde konkretisiert
- Gemäß Planabstimmung wird für Instandhaltungsarbeiten am Mast ein Abstand zum geplanten Umspannwerk von 35,0 m eingehalten. Diese Fläche wird auch von Solarpaneels freigehalten. Die Detailplanung zur Einbindung des UWs in die 110 kV-Leitung wird im Rahmen der konkreten Ausführungsplanung rechtzeitig abgestimmt.
- Die Notwendigkeit der Zustimmung des Leitungsbetreibers für jegliche Nutzungsänderungen im Freileitungsschutzstreifen wird unter die textl. Hinweise des B-Planes aufgenommen.
- Der Hinweis zur technischen Ausführung der Zaunanlage ist durch den Vorhabenträger zu beachten.

Stellungnahme von

Prüfung

36
Polizeipräsidium Neubrandenburg

Polizeipräsidium Neubrandenburg
Polizeiinspektion Neubrandenburg
Sachbereich Verkehr



Polizeiinspektion Neubrandenburg, Begleitnamstraße 2, 17033 Neubrandenburg

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Schatterau 17
23966 Wismar

bearbeitet von: [REDACTED]
Telefon: [REDACTED]
Telefax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]
Aktienzeichen: [REDACTED]

Neubrandenburg, 15.05.2020

**Aufstellung des Babauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof und
1. Änderung**

hier: Stellungnahme PI Neubrandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens der PI Neubrandenburg bestehen keine Bedenken gegen die in den zugesandten Unterlagen
vorgestellten Baupläne.

[REDACTED SIGNATURE]

(elektronisch erstellt, ohne Unterschrift gültig)

Hausanschrift:
Polizeiinspektion Neubrandenburg
Begleitnamstraße 2
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:
Polizeiinspektion Neubrandenburg
Begleitnamstraße 2
17033 Neubrandenburg

Telefon: +49 395 5582 0
Telefax: +49 395 2282 479
E-Mail: pi.neubrandenburg@polmv.de
Internet: www.polizei.mvnet.de

Keine Bedenken

Stellungnahme von

Prüfung

39
Deutsche Bahn AG – DB Immobilien



Deutsche Bahn AG, DB Immobilien
Caroline-Michaels-Strasse 5-11, 10115 Berlin

batü
Büro für Architektur und Bauleitplanung
Herr Claus Müller

Schatterau 17
23966 Wismar

Deutsche Bahn AG
DB Immobilien, Region Ost
Eigenumsmanagement
Caroline-Michaels-Strasse 5-11
10115 Berlin
www.deutschebahn.com

E-Mail: [REDACTED]
Organisation: CR.R. 04-0(E) Zi
Az: TÖB-BLN-20-78990

03.06.2020

Ihr Zeichen/Bearbeitung/Datum:

**Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 8 "Sondergebiet Photovoltaik an der Bahn 1" sowie 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Blankenhof
Stellungnahme der DB AG gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
Strecke 1122 Lübeck – Strasburg (Uckermark) r.d.B.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zum oben genannten Verfahren.

1. Immobilienrechtliche Belange

In den Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind keine Grundstücke der DB AG mit einbezogen. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass es sich bei den angrenzenden DB-Flächen um gewidmete Eisenbahnbetriebsanlagen handelt, die dem Fachplanungsvorbehalt des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) unterliegen. Änderungen an Eisenbahnbetriebsanlagen unterliegen demnach dem Genehmigungsvorbehalt des EBA (§ 23 Absatz 1 AEG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Absatz 2 Satz 2 RFVVG i.V.m. § 18 AEG).

Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass auch das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) im Rahmen der Fachanhörung direkt am Verfahren zu beteiligen ist.

Die Abstandsflächen gemäß LBO sowie sonstige baurechtliche und nachbarrechtliche Bestimmungen sind einzuhalten.

Wir verweisen auf die Sorgfaltspflicht des Bauherrn und auf die Verkehrssicherungspflicht (§§ 823 ff. BGB) des Grundstückseigentümers.

2. Infrastrukturelle Belange

Ein widerrechtliches Betreten und Befahren des Bahnbetriebsgeländes sowie sonstiges Hineingelangen in den Gefahrenbereich der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig und durch geeignete und wirksame Maßnahmen grundsätzlich und dauerhaft auszuschließen. Dies gilt auch während der Bauzeit.

Es wird hiermit auf § 64 FRO hingewiesen, wonach es verboten ist, Bahnanlagen zu beschädigen oder zu verunreinigen, Schranken oder sonstige Sicherungseinrichtungen unerlaubt zu öffnen oder andere betriebsstörende oder betriebsgefährdende Handlungen vorzunehmen.

Deutsche Bahn AG
Sitz: Berlin
Registrierenotiz:
Berlin-Charlottenburg
HRB: 60 000
IHS-WIK: NF 811680888

Vorsitzender des
Aufsichtsrates:
Michael Odenwald

Vorstand:
Dr. Richard Lutz
Vorsitzender

Dr. Lewin Hille
Berthold Huber
Prof. Dr. Sabina Jeschke
Dr. Signa Evelyn Nikutta
Ronald Potalla
Martin Sailer



Die immobilienrechtlichen Belange der DB AG werden nicht berührt.

Die Hinweise zur Beteiligung des EBA werden beachtet.

Die allgemeinen Hinweise zu infrastrukturellen Belangen sind durch den Vorhabenträger zu beachten und werden in die Begründung übernommen.

Stellungnahme von

Prüfung



2/2

Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hin zu gestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist.

Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs entstehen können.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können.

Bahngelände darf weder im noch über dem Erdboden überbaut werden. Grenzsteine sind vor Baubeginn zu sichern. Sie dürfen nicht überschüttet oder beseitigt werden. Erforderlichenfalls sind sie zu Lasten des Bauherrn neu einzumessen und zu setzen.

Es wird darauf hingewiesen, dass auf oder im unmittelbaren Bereich von DB Liegenschaften jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Kabel, Leitungen oder Verrohrungen gerechnet werden muss.

Oberflächen- und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder über Bahngelände abgeleitet werden. Bahneigene Durchlässe und Entwässerungsanlagen dürfen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden.

Künftige Aus- und Umbaumaßnahmen sowie notwendige Maßnahmen zur Instandhaltung und dem Unterhalt, in Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb, sind der Deutschen Bahn weiterhin zweifelstfrei und ohne Einschränkungen zu gewähren.

Die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit aller durch die Errichtung und die geplante Maßnahme betroffenen oder beanspruchten Betriebsanlagen der Eisenbahn ist ständig und ohne Einschränkungen, auch insbesondere während der Baudurchführung, zu gewährleisten.

Es sind Flucht- bzw. Rettungswege freizuhalten, um die Sicherheitspflichten nach § 4 AEG erfüllen zu können. Zusätzlich sind Zuwegungen freizuhalten bzw. Wegerecht einzuräumen, um die Instandhaltung der Bahnanlagen zu gewährleisten.

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauherren auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen.

Wir bitten Sie, uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen und uns zu gegebener Zeit den Satzungsbeschluss zu übersenden.

Für Rückfragen zu diesem Verfahren, die Belange der Deutschen Bahn AG betreffend, bitten wir Sie, sich an den Mitarbeiter des Kompetenzteams Baurecht, Herrn Christian Zielzki, zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen
Deutsche Bahn AG
DB Immobilien, Region Ost



Stellungnahme von

Prüfung

Von: [REDACTED] im Auftrag von
DB.KT.Dokumentationsservices-Hannover
Gesendet: Dienstag, 2. Juni 2020 12:54
An: [REDACTED]
Cc: c.mueller@bab-wismar.de
Betreff: 2020015792_Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.8 der Gemeinde Blankenhof
„Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ – Vorentwurf

Unser Zeichen: DB KT 2020-015792

**WG: Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.8 der Gemeinde Blankenhof
„Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ – Vorentwurf / Änderung des
Flächennutzungsplanes der Gemeinde Blankenhof – Umwandlung von Fläche für
die Landwirtschaft in Sondergebiet „Photovoltaikanlage“ im Zusammenhang mit
dem Bebauungsplan Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ -
Vorentwurf / Frühzeitige Beteiligung der Behörden / Nachbargemeinden gem. § 4
Abs. 1 und § 2 Abs. 2 BauGB**

Ihr Schreiben vom: 11.05.2020
Zeichen: DB KT.2020015792
Strecke: 1122 km: ca. 190,084 – 192,120
Ort/Gemarkung: Blankenhof

**Betreiberauskunft zu TK- Kabeltrassen/ TK – Anlagen der DB Netz AG und
der Vodafone GmbH (in Bezug auf Bahngelände)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag der DB Netz AG geben wir folgende Stellungnahme ab.

In dem benannten Bereich befindet sich nach den von uns vorliegenden Bestandsunterlagen
folgende Fernmeldekabel der DB Netz AG:

Streckenfernmeldekabel:

F 2935, 36" CU – rechts der Bahn (Bkm 190,084 – 190,300 / ab Bkm 190,300 links der Bahn)

F 5841, 48" LWL – rechts der Bahn (Bkm 190,084 – 190,300 / ab Bkm 190,300 links der Bahn)

**Die Kabellage ist den uns zur Verfügung stehenden Plänen (aus IZ-Plan) zu entnehmen. An
der Strecke 1122 Bkm 191,320 (rechts der Bahn) befindet sich GSM-R.**

Die Ihnen überlassenen Unterlagen bleiben Eigentum der DB Netz AG und sind vertraulich zu
behandeln. Eine Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet. Wir bitten Sie, nur jemanden Einsicht in
die Pläne zu gewähren, der ein berechtigtes Interesse nachweisen kann.

Kabel / Anlagen sind zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes notwendig und dürfen durch
die geplanten Maßnahmen in Lage und Funktion nicht beeinträchtigt werden. Es ist immer
davon auszugehen, dass Unterbrechungen und Beschädigungen betrieblich Auswirkungen
haben. Kabel bzw. Anlagen dürfen nicht fest überbaut werden. Der Zugang ist ständig zu
gewährleisten.

Die Kabellage wurde aus den zur Verfügung gestellten Plänen in den B-Plan
übernommen, wobei nur die rechts der liegenden Kabel durch die Planung berührt
werden.

Die Kabel/Anlagen werden durch die geplante Bebauung nicht beeinträchtigt. Sie
befinden sich nur im nordwestlichen Randbereich außerhalb des Baufeldes.

Die allgemeinen Hinweise zum Schutz der vorhandenen Kabel/Anlagen sind durch den
Vorhabenträger zu beachten und werden in die Begründung übernommen.

Das Kabelmerkblatt wird als Anlage der Begründung beigefügt.

Stellungnahme von

Prüfung

Die TK- Anlage sind bei der weiteren Planung und Bauausführung zu berücksichtigen.
Im Zusammenhang mit der geplanten Maßnahme weisen wir darauf hin, dass Veränderungen an der Kommunikationsanlage der DB Netz AG ohne Mitwirkung der DB Kommunikationstechnik GmbH nicht statthaft sind.

Grundsätzlich ist bei Vorhandensein von Kabel / Anlagen, vor Baubeginn, eine örtliche Einweisung durch einen Mitarbeiter der DB Kommunikationstechnik GmbH erforderlich. Für die Einleitung der örtlichen Einweisung bitten wir um rechtzeitige schriftliche Information (min. 7 – 10 Arbeitstage vor Baubeginn) mit Angabe unseres Zeichen 2020- an die Mailadresse:

- DB.KT.Dokumentationsservices-Hannover@deutschebahn.com

Die erfolgte Einweisung ist zu protokollieren.

Darüber hinaus sind folgende Auflagen einzuhalten:

Die Forderungen des Merkblattes für Erdarbeiten sowie des Kabelmerkblattes sind strikt einzuhalten.

Das Kabelmerkblatt sowie eine Empfangsbestätigung liegen dem Schreiben bei.
Diese Zustimmung bezieht sich ausschließlich auf den Zeitraum von 3 Monaten. Für Vorhaben außerhalb des Zeitraumes ist die Zustimmung erneut einzuholen. Dies gilt ebenso für Maßnahmen außerhalb des in der Zeichnung angegebenen Bereichs.

Bei Einhaltung der genannten Forderungen stimmt die DB Kommunikationstechnik GmbH vom Grundsatz der geplanten Maßnahme zu.

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass die DB Kommunikationstechnik GmbH für die Beschädigung an Telekommunikationsanlagen, die auf übermittlungsbedingte Planungsungenauigkeiten zurückzuführen sind, keine Haftung übernimmt. Im Falle von Zweifel an der Plangenaugigkeit darf mit der Baumaßnahme nicht begonnen werden, bevor diese durch die DB Kommunikationstechnik GmbH ausgeräumt sind.

Im Auftrag der Vodafone GmbH

Teilen wir Ihnen mit, dass im benannten Bereich keine Anlagen der Vodafone GmbH vorhanden sind. Somit liegt **keine Betroffenheit** vor.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung

Anfragen richten Sie immer an DB.KT.Dokumentationsservices-Hannover@Deutschebahn.com

Mit freundlichen Grüßen


Ihr Dokumentationsservices Hannover (I.CVR 2(1))

DB Kommunikationstechnik GmbH
Kriegerstr. 1G, 30161 Hannover
Tel. 051128677636, Intern 93377636

Keine Betroffenheit

Stellungnahme von

Prüfung

Nachbargemeinden

Von den ...6... Nachbargemeinden

G 1	Gemeinde Zirzow	über Amt Neverin
G 2	Stadt Neubrandenburg	
G 3	Gemeinde Lapitz	über Amt Penzlin
G 4	Gemeinde Mallin	über Amt Penzlin
G 5	Gemeinde Pinnow	über Amt Treptower Tollensetal
G 6	Gemeinde Wulkenzin	über Amt Neverin

haben zum Zeitpunkt der Prüfung ...2... Gemeinden eine Stellungnahme abgegeben.

Stellungnahme von

Prüfung

G 2
Stadt Neubrandenburg



Stadt Neubrandenburg - Postfach 11 02 55 - 17047 Neubrandenburg

Fachbereich: Stadtplanung, Wirtschaft, Sozialhilfe und Kultur
Abteilung: Wirtschaft

Büro für Architektur und Bauleitplanung
Schatterau 17
23966 Wismar

[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
Zimmer: 204

Datum und Zeichen Ihres Schreibens:

Unser Zeichen:
2.40-ma

Datum:
08.06.2020

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 der Gemeinde Blankenhof „Sondergebiet Photovoltaik an der Bahn 1“ – Vorentwurf und 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Blankenhof – Umwandlung von Fläche für die Landwirtschaft in Sondergebiet „Photovoltaikanlage“ im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 8
hier: Stellungnahme der Stadt Neubrandenburg im Rahmen der Behörden- und TÖB-Beteiligung (§ 4 Abs. 1 und 2 BauGB) zum Vorentwurf Stand Februar 2020

Sehr geehrter Herr Müller,

die Gemeinde Blankenhof beabsichtigt die Errichtung einer Photovoltaikanlage im Außenbereich.

Von der Stadt Neubrandenburg zu vertretende Belange werden hinsichtlich der Änderung des Flächennutzungsplanes zur Umwidmung der landwirtschaftlichen Fläche in ein Sondergebiet „Photovoltaik“ als auch zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 nicht berührt.

Es bestehen keine weiteren bedenken oder Hinweise zu o. g. Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[Redacted Signature]

Keine Bedenken und Hinweise

Hauschrift:
Rathaus
Friedrich-Engels-Ring 53
www.stadt-neubrandenburg.de

Bankverbindung:
Sparkasse Neubrandenburg-Domnitz
BLZ 150 562 00
Kont.-No.: 0 670 401 700

BIC: NOLADE33HAN
IBAN: DE51 1305 0200 0001 700

Kontakt:
Tel. 0395 550 0
Fax 0395 550 2400
stadt@neubrandenburg.de

Stellungnahme von

Prüfung

G 6
Gemeinde Wulkenzin

*Abgabe am 25.05.2020
ds*

Gemeinde Wulkenzin
über Amt Neverin
Dorfstraße 36
17039 Neverin

Gemeinde Blankenhof
über Amt Neverin
Dorfstraße 30
17039 Neverin

Betreff: B-Plan Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ der Gemeinde Blankenhof

Hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden

Die Vorentwürfe zur o.g. Satzung und zur Begründung lagen vor.

Wir haben gegen die Vorentwürfe der Satzung und der Begründung keine Bedenken, Anregungen und Hinweise.

Wir haben folgende Anregungen, um deren Berücksichtigung wir bitten:

Datum: 25.05.2020


Blank
Bürgermeister

Keine Bedenken, Anregungen und Hinweise

Stellungnahme von

Prüfung

Bürgerbeteiligung - Öffentliche Auslegung von 08.06.2020 bis 10.07.2020
Zusätzlich ist eine Bürgerversammlung am 19.10.2020 durchgeführt worden.

Während der öffentlichen Auslegung wurden von Bürgern Hinweise oder Anregungen geäußert.

Stellungnahme von

Prüfung

P1



Gevezin, den 09.07.2020

Amt Neverin
Dorfstr. 36
17039 Neverin



Vorab per Fax

Bebauungsplan Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlagen an der Bahn 1“

1. Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 Satz BauGB
2. Bekanntmachung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

I. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Blankenhof

- Umwandlung von Flächen für die Landwirtschaft in Sondergebiet „Photovoltaikanlage“ im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“
- Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB
- Bekanntmachung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die o. g. Bekanntmachungen der Gemeinde Blankenhof, veröffentlicht im Amtsblatt der Gemeinde Neverin Nr. 05/2020 und öffentlich zur Einsichtnahme in der Zeit vom 08.06.2020 bis 10.07.2020 im Amt Neverin ausgelegt, werden Einwände erhoben.

In der Begründung zur I. Änderung des Flächennutzungsplanes wird eine Flächenangabe von ca 19,5 ha in einem ca 120 m breiten Streifen aufgeführt. Eine „ca „ Angabe ist nicht akzeptabel. Es sind die konkreten Angaben auszuweisen. 120 m umfassen den räumlichen Geltungsbereich. Die maximale Breite zur Errichtung der Photovoltaikanlage sind 110 m. Die gesetzlich vorgeschriebene maximale Breite wird ausgeschöpft. Der räumliche Geltungsbereich ist wesentlich größer als die Fläche Photovoltaikanlage, ausgewiesen über die Baugrenze. Es wird dadurch eine weitere Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen.

Die Größe der Anlage ist zu überdenken. Die Auswirkungen auf Mensch und Natur sind nicht ausreichend dargelegt und geprüft worden.

Die Aussage „Die Errichtung der Solaranlage ist von wirtschaftlicher Bedeutung für die Gemeinde „ reicht nicht aus. Es sind konkrete Zahlen und Fakten darzulegen. Ist aus Sicht

In der Planzeichnung ist das Baufeld zur Errichtung der PV-Anlage konkret wie folgt vermaßt festgesetzt.

- von Gleisbettkante bis Baufeldgrenze 110,00 m
- ab Baufeldgrenze bis Plangebietsgrenze 10,00 m

Da die digital ermittelte Fläche des Plangebietes 195437,683 m² beträgt, ist die ca-Angabe mit 19,5 ha ausreichend bestimmt. Im FNP erfolgt eine Darstellung des Plangebietes mit ca.-Angaben zur Plangebietsgröße und deren Breite. Diese Darstellung wird durch den B-Plan konkretisiert. Da die Festsetzungen des B-Planes für die Realisierung des Vorhabens rechtsverbindlich sind, sind die gerundeten Flächengrößen im Flächennutzungsplan ausreichend.

Gegenüber den Festlegungen des Landesentwicklungsprogrammes, nur ein Streifen von 110 m für PV-Anlagen in Anspruch zu nehmen, werden mit der vorliegenden Planung 120 m in Anspruch genommen, um die notwendige Effizienz der Anlage auf der zur Verfügung stehenden Fläche zu erreichen.

Der 10 m-Streifen ist technisch und organisatorisch bedingt und dient der Umfahrung für Wartungszwecke und Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr. Die gelegentliche Befahrung des Streifens ermöglicht hier die Entwicklung einer natürlichen Sukzession, die eine Pufferzone zwischen der Baulichkeit und der landwirtschaftlichen Nutzung bildet.

Durch die zeitliche Befristung der Betriebsdauer auf 30 Jahre mit anschließender Folgenutzung der Flächen für die Landwirtschaft, wird dem Grundsatz der landwirtschaftlichen Bodennutzung langfristig Rechnung getragen.

Auf die Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter Mensch und Natur wird im Umweltbericht und Artenschutzfachbeitrag näher eingegangen. Diese Planbestandteile werden im Rahmen des Entwurfs des Bebauungsplanes erarbeitet und öffentlich zur Einsichtnahme ausgelegt.

Durch § 29 Gewerbesteuer-gesetz ist sichergestellt, dass 70 % der Gewerbesteuer-einnahmen am Standort der Energieerzeugung zu entrichten sind, d.h. in der Gemeinde verbleiben. Konkrete Zahlen und Fakten können zum jetzigen Zeitpunkt nicht benannt werden, da hierfür die steuerlich maßgebenden Ansätze fehlen.

Stellungnahme von

Prüfung

P1

der Gewerbesteuer „Ort der Stromerzeugung“ gleichzusetzen mit „Lage Photovoltaikanlage“?

Der Hinweis „...da der B-Plan mit der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes identisch ist, kann die für den Vorentwurf des B-Planes erstellte Übersicht zum Natur- und Artenschutz auch für die 1. Änderung des FNP herangezogen werden ...“ ist nicht ausreichend. Welche Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes wurden bereits berücksichtigt? Eine Stellungnahme der Umwelt- und Naturverbände hat nicht vorgelegen.

In den Unterlagen wurde aufgeführt „... Im Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass außer dem Plangebiet an der Bahnstrecke keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen, die die vorgenannten Kriterien erfüllen.“ Bestätigen Sie bitte, dass keine weiteren Solarparks in der Gemarkung Gevezin vorgesehen sind. Im Artikel des „Nordkurier“ vom 29.01.2020 wurden andere Aussagen getroffen.

In der Begründung zum B-Plan Nr. 8, S, 2 wird aufgeführt, dass die Gemeinde beschlossen hat, eine entsprechende Fläche „nördlich“ der Bahnstrecke Malchin-Neubrandenburg...“ vorzusehen.

Die ausgelegten Dokumente weisen ein Gebiet südlich dieser Bahnstrecke aus.

Es wird für dieses Verfahren Ackerfläche, die unmittelbar südlich an der Bahntrasse Malchin-Neubrandenburg angrenzt, herangezogen. Eine „nachträgliche kritische Einschätzung der Eignung dieser Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung“ kann nicht nachvollzogen werden. Die Flächen werden schon über Jahrzehnte landwirtschaftlich genutzt.

Bei der Planung wurde das Flurstück 34, Flur 3 oder ein Teil dieses Flurstücks nicht berücksichtigt. Warum ?

Es sind noch weitere Fragen zu klären. Die Anlage soll 30 Jahre genutzt werden. Das Ende der Laufzeit steht schon fest mit 12/2051.

Über eine umweltgerechte Entsorgung der Module am Ende der Laufzeit wird in den Unterlagen nichts aufgeführt.

Durch den Solarpark führt ein Wanderweg. Ist ein Sichtschutz vorgesehen?

Sind weitere bauliche Anlagen vorgesehen? Wenn ja, wo und in welcher Höhe?

Wo befindet sich die Wechselrichter/Übergabestation?
In den Unterlagen wird aufgeführt: „...der nur im unmittelbaren Umfeld zu Lärmbeeinträchtigung führen kann...“ Die Aussage ist genauer zu definieren.

50 % der Solaranlage ist versiegelt. Wie wirkt sich das auf die Tierwelt aus?

Wie wirkt sich die Blendwirkung der Solarmodule auf die Umwelt, also Mensch und Tier aus? Die getroffenen Aussagen sind zu allgemein. Hat eine umfangreiche Prüfung der Naturverbände stattgefunden? Welche Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft wurden aufgenommen? Wie sieht die Stellungnahme der Naturverbände aus?

Mit dem Vorentwurf erfolgte auch die Beteiligung der Naturschutzbehörden, um den erforderlichen Umfang der Umweltprüfung im Planverfahren festzulegen. Unter Berücksichtigung der gegebenen Hinweise wird der Umweltbericht und der Fachbeitrag Artenschutz erarbeitet. Die Umweltprüfung der Planunterlagen zum Entwurf und werden Gegenstand der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung.

Der im Rahmen einer Alternativprüfung festgestellte Standort entlang der Bahnstrecke schließt andere Standorte nicht aus. Da eine wesentliche Voraussetzung sich in der Verfügbarkeit der Flächen begründet, wird der Standort südlich der Bahn vorrangig entwickelt. Über weitere Vorhaben entscheidet die Gemeinde im Rahmen ihrer Planungshoheit.

Der Hinweis wird beachtet. Hierbei handelt es sich um einen Schreibfehler, der korrigiert wird.

Der geplante Grundsatz, die Entwicklung von Freiflächenanlagen entlang Schienenwegen auszurichten, entspricht der Typisierung des EEG zur Nutzung vorbelasteter Flächen zur Erzeugung erneuerbarer Energien. Die besondere Eignung der Fläche zur landwirtschaftlichen Nutzung wird generell kritisch gesehen, da diese Flächen durch Lärm und Abgase des Schienenverkehrs belastet und daher zu einem großen Teil sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch weniger wertvoll sind.

Auf dem Flurstück 34 befindet sich ein geschütztes Gewässerbiotop. Da der Biotopschutz generell über die Bauleitplanung hinausgeht, besteht keine Notwendigkeit der Einbeziehung in den Geltungsbereich.

Die Festsetzung der Betriebsdauer richtet sich nach der wirtschaftlichen Laufzeit von PV-Anlagen und für das Vorhaben 30 Jahre.

Die Sicherung des Rückbaus der PVA erfolgt durch städtebaulichen Vertrag gegenüber der Gemeinde und durch gesicherte Verpflichtung des Vorhabenträgers gegenüber den Grundstückseigentümern in den Pachtverträgen vor Inbetriebnahme. Die umweltgerechte Entsorgung der Anlage unterliegt den gesetzlichen Bestimmungen lt. (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG)

Der Wanderweg ist auch weiterhin für die Öffentlichkeit nutzbar. Ein Sichtschutzzaun ist nicht vorgesehen.

Die zulässigen baulichen Anlagen sind unter den Festsetzungen Pkt. 1.2 aufgezählt und beschränken sich auf die für den Betrieb der Anlage erforderlichen Bedarf. Die maximale Höhe ist mit 3,50 m über Gelände festgesetzt. Ausnahmen sind nur für das Umspannwerk geregelt.

Um Nutzungskonflikte grundsätzlich auszuschließen, werden Wechselrichter und Trafos so angeordnet, dass es nicht zu Belästigungen an Wohnstandorten in der Nachbarschaft kommen kann.

Da die Solarmodule auf gerammten Pfählen gründen, liegt der Flächenanteil der Versiegelung lediglich bei ca. 1 %. Die festgesetzte GRZ von 0,5 sagt aus, wieviel Fläche durch die Anlagen überstellt werden darf und ist nicht mit einer Versiegelung gleichzusetzen. Die Auswirkungen auf die Tierwelt werden im Artenschutzfachbeitrag untersucht.

Die zuständigen Naturschutzbehörden sowie der BUND sind am Planverfahren beteiligt. Die eingehenden Stellungnahmen werden einer Prüfung unterzogen. Das Ergebnis der Prüfung wird in der Planung berücksichtigt.

Stellungnahme von

Prüfung

P1

Immissionsschutz/Blendwirkung- Die getroffene Aussage „... kurzzeitige Blendwirkung“ ist zu konkretisieren, Die Auswirkungen auf die Umwelt und auf die Ortslage Gevezin sind nicht ausreichend dargelegt.

Aus den Unterlagen ist zu entnehmen, dass ein Überschreiten der festgelegten Höhe baulicher Anlagen für technische Anlagen des Umspannwerkes wie z. B. Masten, Antennen, Transformatoren usw. zulässig ist. Von welcher Größenordnung genau ist auszugehen? Wo werden diese technischen Anlagen errichtet? Sind weitere Masten in welcher Höhe erforderlich? Wie wird der Strom weitergeleitet?

Wurde ein Sichtschutz für den gesamten Solarpark vorgesehen?

Die aufgeführten Verfahrensvermerke sind nicht mit den vollständigen Angaben versehen. Welche umweltbezogenen Angaben waren verfügbar?

Welche Naturschutzverbände wurden einbezogen und haben eine Stellungnahme abgegeben?

Eine Einwohnerversammlung hat bisher noch nicht stattgefunden. Zur Erörterung und Stellungnahme ist dies aber zwingend notwendig.

Mit freundlichem Gruß



Zur Beurteilung schädlicher Umwelteinwirkungen gegenüber den Wohnnutzungen im weiteren Umfeld der PV-Anlage wurden die Kriterien gemäß den „Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen (LAI)“ vom 13.09.2012 herangezogen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass es nicht zu relevanten sondern nur zu kurzzeitigen Spiegel- und Blendeffekten kommen kann.

Ein eventuell erforderliches Umspannwerk ist in unmittelbarer Nähe der Hochspannungsleitungen geplant. Genaue Angaben zu Höhen der einzelnen Komponenten des Umspannwerkes lassen sich erst nach einer konkreten Anlagenplanung sagen, sind jedoch in Bezug auf die vorhandenen Hochspannungsmasten von untergeordneter Bedeutung.

Ein Sichtschutzzaun für den gesamten Solarpark ist nicht vorgesehen. Eine Landschaftsbildbetrachtung ist Bestandteil des Umweltberichtes.

Die Angabe, welche umweltbezogenen Stellungnahmen verfügbar sind, erfolgt mit der Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung des B-Plan-Entwurfs.

Eine Einwohnerversammlung hat aus Gründen der Corona-Pandemie bisher nicht stattfinden können, ist aber in Vorbereitung.

Stellungnahme von

Prüfung

P2

Von: [Redacted]
Gesendet: 09.07.2020 15:49
An: Diekow Alexander
Betreff: Bebauungsplan Nr. 8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1", 1. Änderung des Flächennutzungsplans
Importance: Normal

Sehr geehrter Herr Diekow,

anbei unsere Bedenken und Einwände zu oben genannten Planungsvorhaben.

1. Die zwei einschneidenden Änderungen im Planungsvorhaben der Gemeinde Blankenhof sollten den Einwohnern erörtert werden.

Die beabsichtigte Einwohnerversammlung am 31.3.2020 hat nicht stattgefunden.

2. Es ist von ca. 19ha die Rede. Warum wird hier nicht die exakte Fläche festgeschrieben, da dadurch der Eindruck entsteht, dass eine

weitere Ausdehnung der Planungsfläche beliebig fortgeführt werden könnte. Die Umnutzung wertvoller Ackerflächen würde dann

unverhältnismäßig groß sein.

3. Wir haben riesige Bedenken bzgl. der Einschnitte für Natur und Umwelt. Der Lebensraum der Tiere wird durch die Errichtung der

Anlage stark eingeschränkt.

- Rastplatz für Kraniche und Wildgänse ,
- Ansiedlung von Störchen in allen drei Ortsteilen,
- der Milan ist hier zuhause,

Wir benötigen Aufklärung zu folgenden Formulierungen im Vorentwurf des Bebauungsplanes:

- Moduloberflächen erzeugen keine **relevanten** Spiegel- und Blendeffekte,
- Strahlungsenergie wird zum größten Teil absorbiert,
- Orte, die mehr als 100 m entfernt liegen, erfahren erfahrungsgemäß nur eine kurzzeitige Blendeeinwirkung.

Sind Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit, des Mobilfunkverkehrs und des Sat-Empfangs sowie der Gesundheit zu erwarten?

Zu 1.

Eine Einwohnerversammlung hat aus Gründen der Corona-Pandemie bisher nicht stattfinden können, ist aber in Vorbereitung

Zu 2.

In der Planzeichnung ist das Baufeld zur Errichtung der PV-Anlage konkret wie folgt vermaßt festgesetzt.

- von Gleisbettkante bis Baufeldgrenze 110,00 m
- ab Baufeldgrenze bis Plangebietsgrenze 10,00 m

Da die digital ermittelte Fläche des Plangebietes 195437,683 m² beträgt, ist die ca-Angabe mit 19,5 ha ausreichend bestimmt.

Zu 3

Im Zuge der Erstellung des Fachbeitrags Artenschutz erfolgt eine Berücksichtigung der vom Vorhaben möglicherweise betroffenen Arten bzw. Artengruppen. In Bezug auf Rast- und Zugvögel ist darauf hinzuweisen, dass ein 110 m breiter bahnparalleler Korridor infolge der vom Bahnbetrieb ausgehenden Störungen von rastenden Zugvögeln, insb. Kranich und Gänse in der Regel gemieden wird. In Bezug auf den Weißstorch sowie Rot- und Schwarzmilan ist darauf hinzuweisen, dass diese Arten regelmäßig als Nahrungsgäste innerhalb von Freiflächen-PV-Anlagen auftreten, da sich hier infolge der Umwandlung von Acker zu einer artenreichen, allenfalls extensiv genutzten/gepflegten Staudenflur eine deutliche Erhöhung des Nahrungsangebotes und der Nahrungsverfügbarkeit einstellen wird. Intensivacker gehört indes nicht zu den essenziellen Nahrungsflächen dieser Arten.

Die Formulierungen lassen sich wie folgt erklären:

Die Moduloberflächen wurden so entwickelt, dass sie die Sonnenstrahlung möglichst vollständig aufnehmen (absorbieren) und in elektrische Energie umwandeln. Nur ein geringer Teil der Sonneneinstrahlung wird durch Reflexion wieder abgestrahlt, was kurzzeitig zu geringen Spiegel- und Blendeffekten führen kann. Zur Beurteilung möglicher kurzzeitiger Blendeeinwirkungen gegenüber den Wohnnutzungen im weiteren Umfeld der PV-Anlage wurden die Kriterien gemäß den „Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen (LAI)“ vom 13.09.2012 herangezogen.

Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit, des Mobilfunkverkehrs und des Sat-Empfangs werden unter Berücksichtigung der Stellungnahmen zuständiger Behörden und Unternehmen Regelungen zum Bau- und Betrieb der Anlage in den B-Plan übernommen.

Da die von den Solarmodulen, Gleichstromkabel und Wechselrichtern erzeugten elektromagnetischen Felder auf das unmittelbare Umfeld der Solaranlage beschränkt sind, bestehen aus wissenschaftlicher Sicht keine gesundheitlichen Bedenken gegen den Betrieb einer PV-Freiflächenanlage. Bereits nach wenigen Zentimetern Abstand sind die erzeugten Felder geringer als die, die üblicherweise in Wohnungen, Arbeitsstätten u.s.w. auftreten.

Stellungnahme von

Prüfung

P2

Zum Zeitpunkt der Einsichtnahme in der Vorentwurf des Bebauungsplanes lagen die Stellungnahmen der Träger Öffentlicher Belange

noch nicht vor.

Welche Bauwerke sind für die vollständige Inbetriebnahme erforderlich ?

Hat die Inbetriebnahme der Anlage unmittelbare Auswirkungen auf den regionalen Strompreis ?

Mit freundlichen Grüßen

Zusammen mit der öffentlichen Auslegung wurden der Vorentwurf den Trägern Öffentlicher Belange der Bitte um eine Stellungnahme übergeben. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden geprüft und werden in der Entwurfsplanung berücksichtigt.

Die für den Betrieb der Anlage erforderlichen Bauwerke sind im B-Plan festgesetzt. Hierzu sh. Teil B – Text Pkt. 1.2.

Die Inbetriebnahme der Anlage hat **keine** unmittelbare Auswirkung auf den regionalen Strompreis.

Stellungnahme von

Prüfung

P3

Von: [Redacted]
Gesendet: [Redacted]
An: Diekow Alexander
Betreff: Gemeinde Blankenhof Bebauungsplan Nr. 8

Sehr geehrter Herr Diekow,

zum Bebauungsplan Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ habe ich folgende Äußerungen zu benennen.

Ich bin Eigentümer der Flurstücke 24 und 34 in der Gemarkung 4 der Gemeinde Blankenhof.

Durch die beabsichtigte Bebauung wird jedweder Zugang zum Flurstück 34 abgeriegelt und eine Verkehrssicherungspflicht gegenüber meinen Nachbarn (insbesondere der Bahn) könnte ich dann nicht mehr wahrnehmen. Ich bitte daher bei der weiteren Planung einen Zugang zum Flurstück 34 zu berücksichtigen.

Vom Bahnübergang im Sondergebiet in Richtung Neubrandenburg verläuft derzeit ein Sommerweg den ich nutze um in der Vegetationszeit zum Flurstück 24 zu gelangen. Wird dieser Weg erhalten und zugänglich bleiben?

Können Sie mir die Anlagen 1 und 2 der Begründung zum B-Plan digital zusenden?

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted Signature]

Die Anregungen und Hinweise werden wie folgt berücksichtigt:

Der Vorhabenträger gewährleistet den Zugang zum Flurstück 34 von der Kreisstraße Straße MSE 77 aus entlang der Bahnstrecke bis zum Flurstück. Details stimmt der Vorhabenträger mit dem Eigentümer vor Baubeginn ab. Darüber hinaus wird im Entwurf der Planung das Baufeld zwischen dem Biotop und der Ackerfläche an zwei Stellen in jeweils 20 m Breite unterbrochen. Diese Bereiche werden auch nicht eingezäunt, so dass hier jederzeit ein Zugang zum Flurstück 34 möglich ist.

Der Sommerweg vom Bahnübergang entlang der Bahnstrecke Richtung Neubrandenburg bleibt erhalten und auch zugänglich. Der Weg verläuft außerhalb des Plangeltungsbereiches.

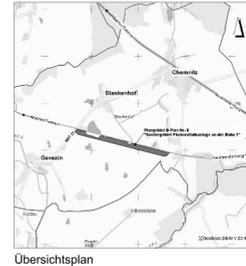
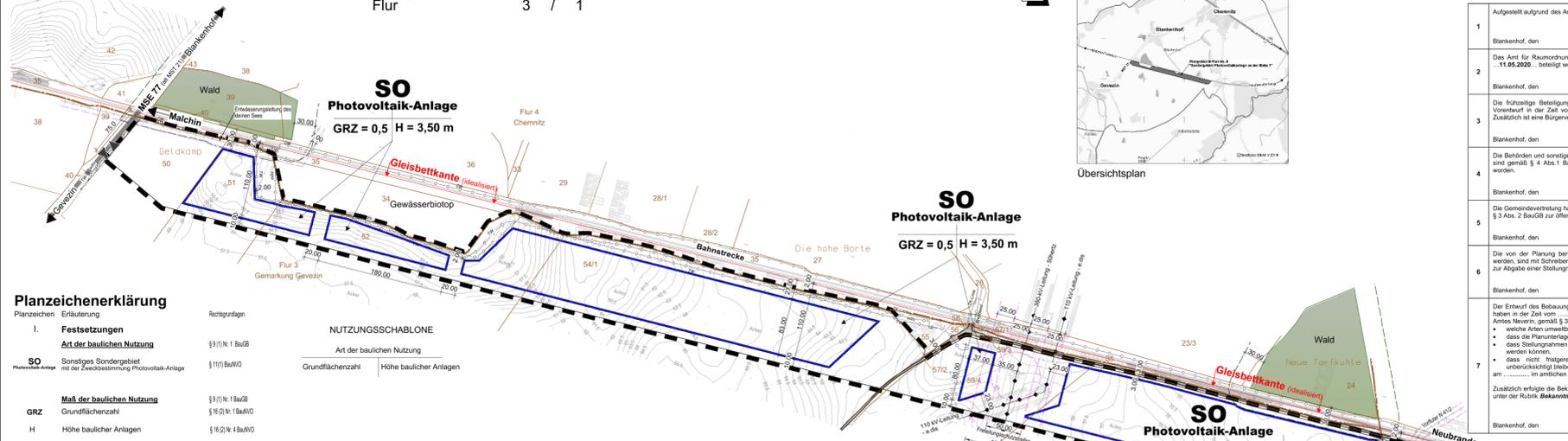
Die Anlagen 1 und 2 werden im Rahmen der Entwurfsplanung überarbeitet und sind nach Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Amt und zusätzlich im Internet auf der Homepage des Amtes einsehbar.

SATZUNG DER GEMEINDE BLANKENHOF über den Bebauungsplan Nr. 8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1"

Satzung der Gemeinde Blankenhof über den Bebauungsplan Nr. 8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1"

Teil A - Planzeichnung, M 1 : 3000

Gemeinde Blankenhof
Gemarkung Gevezin / Chemnitz
Flur 3 / 1



Planzeichenerklärung

Planzeichen	Erläuterung	Rechtsgrundlagen
I. Festsetzungen		
Art der baulichen Nutzung	§ 9 (1) Nr. 1 BauGB	NUTZUNGSSCHABLONE
Maß der baulichen Nutzung	§ 9 (1) Nr. 1 BauGB	Grundflächenzahl / Höhe baulicher Anlagen
Bauweise, Baugrenzen	§ 9 (1) Nr. 2 BauGB	
Verkehrsmittel	§ 9 (1) Nr. 11 und § 9 BauGB	
Ein- und Ausfahrt	§ 9 (1) Nr. 11 und § 9 BauGB	
Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen	§ 9 (1) Nr. 11 und § 9 BauGB	
Unterirdische Leitungen	§ 9 (1) Nr. 11 und § 9 BauGB	
TW-Leitung außer Betrieb	§ 9 (1) Nr. 11 und § 9 BauGB	
Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind	§ 9 (1) Nr. 11 und § 9 BauGB	
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes	§ 9 (1) BauGB	
II. Darstellung ohne Normcharakter		
Flurstücksgrenze		
Nummer des Flurstücks		
Geländehöhenlinien, Höhenbezug DHHN 92		
Böschung		
Einfriedung		
Baum Bestand		
Maßlinie mit Maßzahl in Meter, z.B. 10,00 m		
Gleisbettkante - hier idealisiert		
öffentlicher Straßenraum / Weg		
30 m - Waldabstand		

Art der baulichen Nutzung	Grundflächenzahl	Höhe baulicher Anlagen
SO Photovoltaik-Anlage	§ 110 BauNVO	
GRZ	§ 18 (2) Nr. 1 BauNVO	
H	§ 18 (2) Nr. 4 BauNVO	

Teil B – Text

- PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**
 - Art der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB**
 - Baugebiet**
Sondergebiet gem. § 11 BauNVO
Zweckbestimmung: Photovoltaik-Anlage
 - Art der Nutzung im SO**
Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind die Errichtung und der Betrieb einer Photovoltaik-Anlage zur Umwandlung von Solarenergie in elektr. Strom, der in das öffentliche Netz eingespeist wird, zulässig.
Zulässige bauliche Anlagen und Nutzungen sind im Einzelnen:
- frei aufgeständerte Photovoltaikmodule
- Wechselrichterstationen
- Transformatoren
- Gebäude und bauliche Anlagen der Stromverteilung und -umwandlung (Umspannwerk)
- Einzündung bis 2,20 m Höhe (auch außerhalb der Baugrenzen)
Nutzungszeitraum / Folgenutzung nach § 9 (2) Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 BauGB
Die Photovoltaikfreiflächenanlage ist nur als zeitlich begrenzte Zwischennutzung für 30 Jahre zulässig. Die Frist beginnt mit dem Folgebau nach Inbetriebnahme und endet am 31.12.2052. Als Folgenutzung wird die landwirtschaftliche Nutzung festgesetzt.
 - Maß zur baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB**
 - Höhe baulicher Anlagen § 18 (1) BauNVO**
Als unterer Bezugspunkt der festgesetzten Höhe der baulichen Anlagen gilt die vorhandene Geländeoberfläche. Auf- und Abträge des Geländes sind nicht zulässig.
Als oberer Bezugspunkt gilt die oberste Begrenzungslinie der baulichen Anlagen.
Die Höhe baulicher Anlagen wird als der senkrecht (lotrecht) gemessene Abstand des obersten Bezugspunktes zur vorhandenen Geländeoberfläche bestimmt.
Eine Überschreitung der festgesetzten Höhe baulicher Anlagen ist für technische Anlagen des Umspannwerkes wie z.B. Masten, Antennen, Transformatoren usw. zulässig.
 - Zulässige Grundfläche § 19 Abs. 2 BauNVO**
Bei der Ermittlung der zulässigen Grundflächenzahl sind die Grundflächen aller baulichen Anlagen anzurechnen. Als anrechenbare Grundfläche der Module gilt die Fläche, die durch die Module überstellt wird.
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen § 9 (1) Nr. 21 und § 6 BauGB**
Die vorhandenen ober- und unterirdischen Leitungen innerhalb des Plangebietes sind durch Leitungsrechte zu Gunsten der zuständigen Ver- und Entsorgungsunternehmen zu sichern.
- Nebenanlagen nach § 14 (1) BauNVO**
Einfriedungen der PV-Anlage sind bis zu einer Höhe von 2,20 m innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.
- Niederschlagswasserableitung**
Das auf den Modulflächen anfallende Niederschlagswasser ist örtlich zu versickern.
- Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i.S. des Bundesimmissionschutzgesetzes § 9 (1) Nr. 24 und § 6 BauGB**
Lärmverursachende technische Anlagen, wie z. B. Wechselrichterstationen und Transformatoren sind so anzuordnen, dass es nicht zu Belästigungen an Wohngrundstücken in der Nachbarschaft kommen kann.

II. NATURSCHUTZRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

- Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB; § 1a Abs. 3 BauGB**
 - Eingriffskompensation**
Der durch die Errichtung der PV-Anlage hervorgerufene Eingriff von 26.189 m² EFA wird durch die Entwicklung von Acker zu einer artenreichen Staudenflur innerhalb des Geltungsbereiches vollständig ausgeglichen.
Zur Kompensation des Eingriffs sind Randflächen innerhalb des Geltungsbereiches einzuzunehmen, um eine ungesättigte Entwicklung von Ackerflächen zu einer artenreichen Staudenflur zu gewährleisten, die in das Mahd- bzw. Beweidungsregime zwischen und unter den Modulen integriert wird. Die Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Plangebietes generieren ein Kompensationsflächenäquivalent von 55.888 m² KFA.
 - Artenschutzfachliche Vermeidungsmaßnahmen**
Vögel der Feuchtbiete/Kleingewässer: Sämtliche Bauarbeiten erfolgen zum Schutz der im nordöstlich direkt angrenzenden Kleingewässer nachweislich brütenden Kraniche und Höckerschwanne vor dem 01.03. oder nach dem 15.08.
Zugunten von **Höckerschwan und Kranich** sind zwei Durchlässe mit einer Breite von jeweils 20 m in der Längsrichtung der PV-Anlage zwischen Kleingewässer und südlicher Ackerfläche freizuhalten.
Amphibien: In der Zeit vom 01.03. bis 01.10. sind in den Bereichen, in denen Wanderungen von Amphibien zu erwarten sind, Amphibienzäunen zu errichten. Die Amphibienzäune sind zu kontrollieren und angegriffene Amphibien abzusammeln und in den Bereich des Gewässerbiotops auszusetzen.

Textliche Hinweise

Altlastenproblematik
Eventuell anfallender Bauschutt und Bodenaushub ist entsprechend seiner Beschaffenheit sach- und umweltgerecht nach den gesetzlichen Bestimmungen zu entsorgen (nur auf zugelassenen Deponien, Außenabgabestellen usw.). Werden bei der Bauvorbereitung oder bei Bauarbeiten Anhaltspunkte für bislang unbekannte Bodenbelastungen, wie - auffälliger Geruch, - anomale Färbungen, - vorzunehmende Flüssigkeiten, - Ausgasungen, - Abfälle, alte Anlagen usw. angetroffen, hat der Grundstücksbesitzer als Abfallbesitzer diese Auffälligkeiten unverzüglich der Unteren Bundesbehörde im Umweltsamt des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte zu melden.

Die Verwertung bzw. Beseitigung von Abfällen hat entsprechend den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KWG), des Abfallwirtschaftsgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern (AbfW-M-V) und der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen zu erfolgen.

Maßnahmen und Kampfmitteleinsatz
Gemäß § 52 (Absatz 1) der Bauoberverordnungen sind die Maßnahmen zur Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften verantwortlich. Insbesondere wird auf die allgemeinen Pflichten als Bauherr hingewiesen. Gefährdungen für auf der Baustelle arbeitende Personen so weit wie möglich auszuschließen. Dazu kann auch die Pflicht gehören, vor Baubeginn Erkundungen über eine mögliche Kampfmittelbelastung des Baufeldes einzuleiten. In Mecklenburg-Vorpommern sind Kampfmittelreste prinzipiell nicht auszuschließen. Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) der in Rede stehenden Fläche sind gebührendlich beim Munitionsbegleitendienst des LPK-M-V zu erhalten. Ein entsprechendes Auskunftsenuchen wird rechtzeitig vor Baubeginn empfohlen.

Bodenmerkmale
Wenn während der Erdarbeiten unermutet Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DtschGM die untere Denkmalbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur- und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür die Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundbesitzer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen.

Die Verpflichtung erfolgt 15 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Maßnahmen im Bereich des Freizeitschutzgesetzes der Sphäre
Für öffentliche Nutzungsbereichen (auch Sportplätze) sind Freizeitschutzmaßnahmen und bei Bau- und Planungsmaßnahmen, die die Zustimmung des Landesbetreibers beim Regionalrat Nord, Rostocker Chaussee 18, 18273 Gustrow einzuholen. Konkrete Planungsunterlagen, z. B. über Standorte und Höhe einer vorgesehenen baulichen Veränderung, Befestigung etc., sind möglichst frühzeitig der Sphäre-Transmissions-GmbH zur Prüfung einzureichen, um die Voraussetzungen zum Erteilen einer Zustimmung abzustimmen.

Präambel:

Aufgrund

- des 10. des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 387) sowie
- der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3796)
- der Verordnung über die Ausweisung der Bauleistungs- und die Darstellung des Planmäßigen (PlanV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1037) geändert worden ist

wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung der Gemeinde Blankenhof über den Bebauungsplan Nr. 8 "Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1" für das Gebiet Gemarkung Gevezin, Flur 3, Flurstück Nr. 50 (teilw.), 51 (teilw.), 52 (teilw.), 54 (1. teilw.), 57/2 (teilw.), 59/2 (teilw.) und 59/4 (teilw.) sowie der Gemarkung Chemnitz, Flur 1, Flurstück Nr. 485 (teilw.) bestehend aus Teil A - Planzeichnung, Teil B - Text erlassen.

Verfahrensvermerke:

1	Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom ... 16.01.2020 ...	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	
2	Das Amt für Raumordnung und Landesplanung ist gemäß § 17 Landesplanungsgesetz (LPKG) mit Schreiben vom ... 11.05.2020 ... beteiligt worden.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	
3	Die Kühneltige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB ist durchgeführt worden. Dazu hat der Vorentwurf in der Zeit vom ... 08.06.2020 ... bis zum ... 10.07.2020 ... zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. Zusätzlich ist eine Bürgerversammlung am ... 19.10.2020 ... durchgeführt worden.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	
4	Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden, sind mit Schreiben vom ... 11.05.2020 ... zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	
5	Die Gemeindevertretung hat am den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung gebilligt und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zur öffentlichen Auslegung bestimmt.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	
6	Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden, sind mit Schreiben vom über die öffentliche Auslegung informiert und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	
7	Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus Teil A - Planzeichnung und Teil B - Text sowie die Begründung, haben in der Zeit vom bis zum während der Dienststunden im Fachbereich Bau und Ordnung des Amtes Nevenin, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass die Planunterlagen für die Zeit der Auslegung auch auf der Homepage des Amtes Nevenin einsehbar sind, dass Stellungnahmen während der Auslegungfrist von jedem schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, dass nicht freigelegte abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Satzung unberücksichtigt bleiben können und im amtlichen Bekanntmachungsblatt „Nevenin Info“ ersichtlich bekannt gemacht werden können, zusätzlich erfolgte die Bekanntmachung auf der Homepage des Amtes Nevenin, Internetadresse www.amtnevenin.de unter der Rubrik „Bekanntmachungen“ = Gemeinde Blankenhof.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	

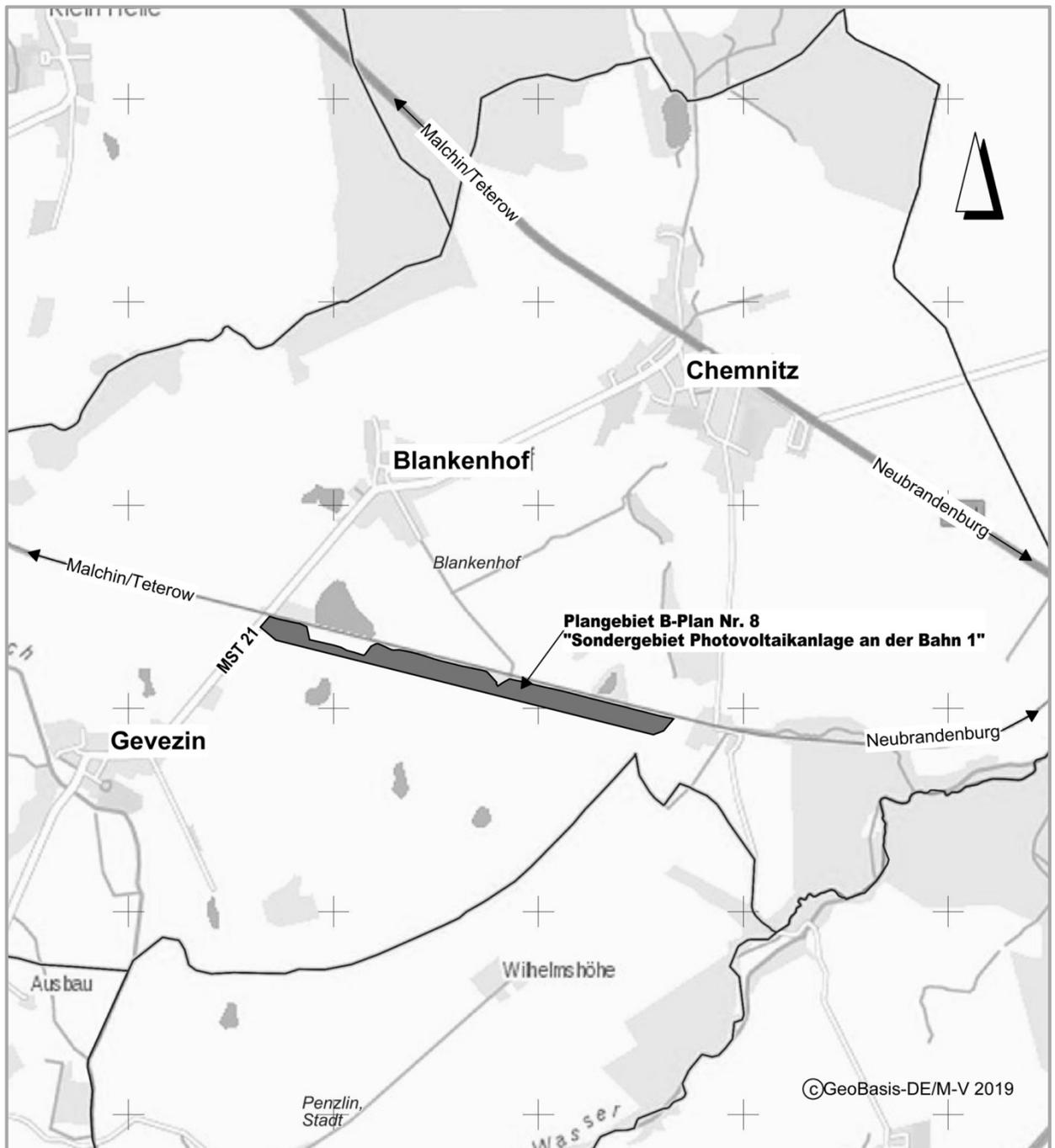
8	Der katastrale Bestand wird als nicht dargestellt bezeichnet. Hinsichtlich der abgrenzenden Darstellung der Grenzlinie gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgt, da die Liegenschaftskarte durch Digitalisierung des analogen Bestandes entstanden ist. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.	Lehr des Katastralamtes
Neubrandenburg, den		
9	Die Gemeindevertretung hat die in § 18 Abs. 2 BauGB abgeleiteten Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange am geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	
10	Der Bebauungsplan, bestehend aus Teil A - Planzeichnung und dem Teil B - Text wurden am von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom gebilligt.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	
11	Die Satzung über den Bebauungsplan, bestehend aus Teil A - Planzeichnung und Teil B - Text wird hiermit aufgeführt.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	
12	Der Beschluss über die Bebauungsplanatzung sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über deren Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am im amtlichen Bekanntmachungsblatt „Nevenin Info“ ersichtlich bekannt gemacht worden. Zusätzlich erfolgte die Bekanntmachung auf der Homepage des Amtes Nevenin, Internetadresse www.amtnevenin.de unter der Rubrik „Bekanntmachungen“ = Gemeinde Blankenhof. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsrüge (§ 215 Abs. 1 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlassung von Erwidlungsansprüchen (§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung über den Bebauungsplan ist mit ihrer Bekanntmachung in Kraft getreten.	
Blankenhof, den	Die Bürgermeisterin	

Gemeinde Blankenhof
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
Satzung über den
Bebauungsplan Nr. 8
"Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1"

Entwurf
HLB = 600 / 900 (0,54m²)

PLANGRUNDLAGE
Ingenieur- und Vermessungsbüro Werner
Friedrichs 3
17033 Neubrandenburg
Mühlbergstraße 1
Tel.: 0395 / 558 559-0
Fax: 0395 / 558 559-4
E-Mail: info@werner-geo.de
Betreiber:
AKS-B-Daten
102519
ETRS 89 (UTM 33U) & DHHN 92
Gevezin (Band 102519)

Stand 20.10.2020



Übersichtsplan

© GeoBasis-DE M-V 2019

Gemeinde Blankenhof
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 8
„Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“

BEGRÜNDUNG

Entwurf

Stand 20.10.2020

Inhaltsverzeichnis

Teil I

1.	AUFGABE UND INHALTE DER PLANUNG.....	2
2.	GRUNDLAGEN DER PLANUNG / AUFSTELLUNGSVERFAHREN.....	3
3.	GELTUNGSBEREICH	3
4.	PLANINHALTE UND FESTSETZUNGEN.....	4
4.1	BAUPLANUNGS- UND BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN.....	4
4.1.1	ART DER BAULICHEN NUTZUNG	4
4.1.2	MAß DER BAULICHEN NUTZUNG.....	4
4.1.3	BAUWEISE UND ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE.....	5
4.1.4	VERKEHRLICHE ERSCHLIEßUNG - VERKEHRSFLÄCHEN.....	5
4.1.5	EINFRIEDUNG	5
5.	VER- UND ENTSORGUNGSANLAGEN	5
5.1	TRINKWASSERVERSORGUNG.....	5
5.2	ABWASSERBESEITIGUNG	6
5.2.1	SCHMUTZWASSERABLEITUNG.....	6
5.2.2	NIEDERSCHLAGSWASSERABLEITUNG	6
5.3	ELEKTROENERGIEVERSORGUNG	6
5.4	TELEKOMMUNIKATION	8
6.	VORBEUGENDER BRANDSCHUTZ / LÖSCHWASSERVERSORGUNG	9
7.	GEWÄSSERSCHUTZ.....	9
8.	IMMISSIONSSCHUTZ / BLENDWIRKUNG	10
9.	BELANGE DER FORST.....	11
10.	ALTLASTEN UND ALTLASTVERDACHTSFLÄCHEN.....	11
11.	DENKMALSCHUTZ	12
11.1	BAUDENKMALE	12
11.2	BODENDENKMALE	12
12.	KATASTER- UND VERMESSUNGSWESEN	12
13.	BAUMAßNAHMEN ENTLANG DER BAHN.....	12
13.1	ALLGEMEINE HINWEISE	13
13.2	TELEKOMMUNIKATIONSANLAGEN DER DB NETZ AG	14

Teil II

ANLAGE 1	Umweltbericht	vom 27.08.2020
ANLAGE 2	Fachbeitrag Artenschutz	vom 27.08.2020
ANLAGE 3	Vorhabenbeschreibung	vom August 2020
ANLAGE 4.1	E.DIS Hinweise und Richtlinien zu Arbeiten in der Nähe von Kabelanlagen	
ANLAGE 4.2	E.DIS Hinweise und Richtlinien zu Baumpflanzungen in der Nähe von Verteilungsanlagen	
ANLAGE 5.1	Telekom Kabelschutzanweisung	
ANLAGE 5.2	Telekom Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen	
ANLAGE 6.1	Deutsche Bahn Richtlinie - Kabelmerkblatt	
ANLAGE 6.2	Deutsche Bahn Merkblatt – Erdarbeiten in der Nähe erdverlegter Kabel	

1. AUFGABE UND INHALTE DER PLANUNG

Hauptverursacher des Klimawandels ist der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe zur Energiegewinnung. Eine Photovoltaikanlage dient der Umwandlung der Sonnenenergie in elektrische Energie. Die Stromerzeugung erfolgt emissionsfrei. Daher ist die Nutzung der Sonnenenergie eine zukunftsorientierte, klimaschützende Möglichkeit zur Deckung des Energiebedarfs.

Ein Grundsatz der Raumordnung und Landesplanung in Bezug auf die Energiepolitik besteht darin, den Anteil erneuerbarer Energien insbesondere auch der Sonnenenergie aus Gründen des Ressourcen- und Klimaschutzes sowie der Versorgungssicherheit zu erhöhen. Die vorrangige Nutzung versiegelter Flächen oder geeigneter Konversionsflächen schließt aber eine Inanspruchnahme von Ackerflächen entlang der Autobahnen und Schienenwege nicht aus. Da diese Flächen durch Lärm und Abgase des Straßen- und Schienenverkehrs belastet und deshalb sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch weniger wertvoll sind, hat die Förderpolitik durch das EEG entsprechende Anreize geschaffen, diese Flächen zur Solarstromerzeugung zu nutzen.

Mit der Änderung des EEG vom 01.07.2010 wurde deshalb im Rahmen des § 32 Abs. 3 Nr. 4 EEG ein neues Flächenkriterium eingeführt. Nach diesem Flächenkriterium können PV-Anlagen an Verkehrswegen (Autobahnen und Bahnstrecken) unter den folgenden Voraussetzungen eine EEG Vergütung erhalten:

- Die PV-Anlage muss im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, der zumindest auch zu diesem Zweck nach dem 01.09.2003 aufgestellt oder geändert wurde, errichtet werden.
- Die PV-Anlage muss in einer Entfernung von bis zu 110 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, längs an einer Autobahn bzw. eine Schienenweges liegen.

Im Rahmen einer Alternativprüfung wurden mehrere Standorte im Gemeindegebiet nach folgenden Kriterien untersucht:

- Erfüllen die Flächen die Vergütungsvoraussetzungen gemäß EEG
- Sind die Flächen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geeignet
- Sind die Anschluss- und Einspeisebedingungen an das öffentl. Stromnetz realisierbar
- Lassen die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen die Inanspruchnahme der Flächen zu
- Welche städtebaulichen Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen
- Belange des Natur- und Landschaftsschutzes

Im Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass außer dem Plangebiet an der Bahnstrecke keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen, die die vorgenannten Kriterien erfüllen.

Die Gemeinde hat deshalb beschlossen, für eine entsprechende Fläche südlich der Bahnstrecke Malchin - Neubrandenburg, einen entsprechenden Bebauungsplan aufzustellen und somit die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um diese Fläche zur Erzeugung regenerativer Energien durch die Umwandlung von Sonnenenergie in elektrischen Strom, der in das öffentliche Netz eingespeist wird, zu nutzen. Eine Vorhabenbeschreibung ist der Begründung zum Bebauungsplan als Anlage beigefügt.

Die Errichtung der Solaranlage ist von wirtschaftlicher Bedeutung für die Gemeinde und unterstützt die Energiepolitik des Landes zur Förderung erneuerbarer Energien. Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes, der Landwirtschaft und anderer Betroffener stehen dem Vorhaben nicht entgegen.

Bei der Vorhabenfläche handelt es sich um einen 120 m breiten Ackerstreifen, der unmittelbar südlich an die Bahntrasse Malchin - Neubrandenburg angrenzt. Die besondere Eignung der Fläche zur landwirtschaftlichen Nutzung ist kritisch zu sehen, da diese Flächen durch Lärm und Abgase des Schienenverkehrs belastet und daher zu einem großen Teil sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch weniger wertvoll sind. Der geplante Grundsatz, die Entwicklung von Freiflächenanlagen entlang Schienenwegen auszurichten, entspricht der Typisierung des EEG zur Nutzung vorbelasteter Flächen zur Erzeugung erneuerbarer Energien.

Gegenüber den Festlegungen des Landesentwicklungsprogrammes, nur ein Streifen von 110 m für PV-Anlagen in Anspruch zu nehmen, werden mit der vorliegenden Planung 120 m in

Anspruch genommen, um die notwendige Effizienz der Anlage auf der zur Verfügung stehenden Fläche zu erreichen. Der 10 m-Streifen ist technisch und organisatorisch bedingt und dient der Umfahrung für Wartungszwecke und Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr. Die gelegentliche Befahrung des Streifens ermöglicht hier die Entwicklung einer natürlichen Sukzession, die eine Pufferzone zwischen der Baulichkeit und der landwirtschaftlichen Nutzung bildet.

Durch die zeitliche Befristung der Betriebsdauer auf 30 Jahre mit anschließender Folgenutzung der Flächen für die Landwirtschaft, wird dem Grundsatz der landwirtschaftlichen Bodennutzung langfristig Rechnung getragen.

Unter diesen Voraussetzungen ist die geringfügige Überschreitung der Anlagenbreite um 10 m mit dem Ziel der Raumordnung zur Energieerzeugung auf Basis solarer Strahlungsenergie vereinbar.

Nach Ablauf der Betriebsdauer erfolgt ein Rückbau der Solarmodule und die Fläche wird wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt.

FLÄCHENNUTZUNGSPLAN, ENTWICKLUNGSGEBOT NACH § 8 ABS. 2 BAUGB

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Blankenhof ist das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 8 „Sondergebiet Photovoltaikanlage an der Bahn 1“ als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen. Um die Planungen der Gemeinde in Übereinstimmung zu bringen, wird auf Beschluss der Gemeindevertretung der wirksame Flächennutzungsplan im Parallelverfahren mit der Zielstellung geändert, den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 8 als Sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Photovoltaikanlage“ auszuweisen.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 10 Abs. 2 BauGB der Bebauungsplan durch die höhere Verwaltungsbehörde — hier der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte — vor Rechtskraft der Flächennutzungsplan-änderung genehmigungspflichtig ist.

2. GRUNDLAGEN DER PLANUNG / AUFSTELLUNGSVERFAHREN

Folgende Gesetze und Rechtsverordnungen bilden die Grundlagen für die Aufstellung des Bebauungsplanes:

- der § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) sowie
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
- die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057) geändert worden ist

Kartengrundlage ist die Vermessung des

Ingenieur- und Vermessungsbüro Werner, Feldstraße 3, 17 033 Neubrandenburg
vom Oktober 2019 sowie ALKIS-Daten vom Oktober 2019

Lagebezugssystem: ETRS 89

Höhenbezug: DHHN 92

3. GELTUNGSBEREICH

Plangebiet:	Gemeinde	Blankenhof
	Gemarkung	Gevezin, Flur 3, Flurstück Nr. 50 (teilw.), 51 (teilw.), 52 (teilw.), 54/1 (teilw.), 57/2 (teilw.), 59/2 (teilw.) und 59/4 (teilw.)
	sowie	
	Gemarkung	Chemnitz, Flur 1, Flurstück Nr. 485 (teilw.)

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Fläche von ca. 19,5 ha südlich der Bahnstrecke Malchin - Neubrandenburg.

Die Grenzen des Geltungsbereiches sind im Teil A - Planzeichnung des Bebauungsplanes festgesetzt.

4. PLANINHALTE UND FESTSETZUNGEN

4.1 BAUPLANUNGS- UND BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Die Festsetzungen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung sowie zur Bauweise erfolgt unter Berücksichtigung der geplanten Nutzungen.

4.1.1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG

In der vorliegenden Planung wird das Baugebiet als Sonstiges Sondergebiet nach §11 der BauNVO mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Anlage“ festgesetzt.

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind die Errichtung und der Betrieb einer Photovoltaik-Anlage zur Umwandlung von Solarenergie in elektr. Strom, der in das öffentliche Netz eingespeist wird, zulässig.

Zulässige bauliche Anlagen und Nutzungen sind im Einzelnen:

- fest aufgeständerte Photovoltaikmodule
- Wechselrichterstationen
- Transformatoren
- Gebäude und bauliche Anlagen der Stromverteilung und –umwandlung (Umspannwerk)
- die Einzäunung der Photovoltaikfreiflächen-Anlage bis 2,20 m Höhe, auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen

Die globalen Klimaschutzziele erfordern stetig eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Solarenergiegewinnung. Ziel ist es, durch neue technologisch weiterentwickelte Solarzellen den Energieertrag auf gleicher Fläche zu erhöhen. Um die so erzeugten höheren Energiemengen sicher in das vorhandene Netz einspeisen zu können, ist gegebenenfalls ein Umspannwerk erforderlich. Da bereits Hochspannungsleitungen das Plangebiet überqueren, ist die Errichtung eines Umspannwerkes in unmittelbarer Nähe der Leitungen sinnvoll.

Die Photovoltaikfreiflächenanlage ist nur als zeitlich begrenzte Zwischennutzung für 30 Jahre zulässig. Die Frist beginnt mit dem Folgejahr nach Inbetriebnahme und endet am 31.12.2052. Als Folgenutzung wird die landwirtschaftliche Nutzung festgesetzt.

4.1.2 MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl und die maximale Höhe der baulichen Anlagen bestimmt.

Die Bezugspunkte der festgesetzten Höhe der baulichen Anlage sind wie folgt definiert:

- als unterer Bezugspunkt gilt die vorhandene Geländeoberfläche und
- als oberer Bezugspunkt die obere Begrenzungslinie der baulichen Anlagen.

Die Höhe baulicher Anlagen wird dann als der senkrecht (lotrecht) gemessene Abstand des obersten Bezugspunktes der baulichen Anlage und der Geländeoberfläche bestimmt.

Zur Einspeisung des erzeugten Stromes in das Versorgungsnetz kann die Errichtung eines Umspannwerkes erforderlich sein. Für die technischen Anlagen eines Umspannwerkes wie z.B. Masten, Antennen, Transformatoren ist daher eine Überschreitung der festgesetzten Höhe baulicher Anlagen zulässig.

4.1.3 BAUWEISE UND ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt.

4.1.4 VERKEHRLICHE ERSCHLIEßUNG - VERKEHRSFLÄCHEN

Die Zu- und Abfahrt zum Plangebiet erfolgt von Westen über die Kreisstraße MSE 77 (alt MST 21), die die Ortsteile Gevezin und Blankenhof verbindet.

Etwa in Mitte des Plangebietes verläuft von Südwest nach Nordost ein Wanderweg. Dieser ist im Plan gekennzeichnet und bleibt für die Öffentlichkeit zugänglich.

Während der Errichtung der Anlage sind solche Technologien anzuwenden, mit denen für den Verkehrsablauf die günstigste Lösung erzielt wird. Eine Gewährleistung des Anliegerverkehrs, des Schülerverkehrs und der Rettungsfahrzeuge muss gegeben sein.

Der Verkehrsablauf und die Sicherheit im Straßenverkehr besitzen gegenüber den Baumaßnahmen, die zur Einschränkung bzw. zeitweiligen Aufhebung der öffentlichen Nutzung von Straßen führen, den Vorrang. Diese Grundsätze sind bereits in der Phase der Vorbereitung der Baumaßnahme zu beachten.

Alle Baumaßnahmen bzw. Beeinträchtigungen, die den Straßenkörper mit seinen Nebenanlagen betreffen, sind mit dem zuständigen Straßenbaulastträger abzustimmen.

Für eine notwendige Verkehrsraumeinschränkung ist zwei Wochen vor Beginn der Bauphase eine verkehrsrechtliche Anordnung gemäß § 45 Abs. 6 StVO bei dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte einzuholen.

Sollten sich Änderungen hinsichtlich der Beschilderung oder Markierung der Straßen und Wege ergeben, so ist rechtzeitig ein Markierungs- und Beschilderungsplan in zweifacher Ausfertigung bei der o. g. unteren Straßenverkehrsbehörde des Landkreises einzureichen.

4.1.5 EINFRIEDUNG

Für die PV-Anlage ist eine Einfriedung mit einer maximalen Höhe von 2,20 m zulässig. Die Errichtung der Einfriedung ist als Nebenanlage innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig und so zu errichten, dass der öffentliche Wanderweg jederzeit für die Öffentlichkeit nutzbar ist. Ebenso sind die beiden 20 m breiten Korridore zwischen dem Gewässerbiotop auf dem Flurstück 34 und der sich an das Plangebiet angrenzenden Ackerfläche freizuhalten, so dass ein Biotopverbund zur Ackerfläche gewährleistet bleibt.

5. VER- UND ENTSORGUNGSANLAGEN

Die vorhandenen ober- und unterirdischen Leitungen innerhalb des Plangebietes sind durch Leitungsrechte zu Gunsten der zuständigen Ver- und Entsorgungsunternehmen zu sichern.

5.1 TRINKWASSERVERSORGUNG

Eine Trinkwasserversorgung ist nicht erforderlich.

Im nördlichen Randbereich des Bebauungsplanes befindet sich ein Trinkwasserhausanschluss 11/4 Zoll Stahl und DN 32 PE (lageunsicher).

Die Rohrdeckung der Trinkwasserleitungen beträgt in der Regel 1,50 m. Mehr- und Minderdeckungen sowie örtliche Lageabweichungen sind nicht auszuschließen, so dass Lage und Tiefe der Trinkwasserleitungen durch Suchschachtungen im Zuge der Bauausführung zu ermitteln sind. Eine Überbauung mit Photovoltaik-Anlagen im Bereich der Trinkwasserleitung ist unzulässig.

Unter Beachtung der Bestandsleitung wurden daher die Baugrenzen im Plan festgesetzt.

Generell gilt:

Sofern die im Plan dargestellten Anlagen nicht aufgefunden werden, ist vor Baubeginn die weitere Vorgehensweise mit dem Leitungseinweisenden des Netzbetreibers abzustimmen.

Vor Beginn von Tiefbauarbeiten sind stets die Einholung einer Schachterlaubnis und die Vereinbarung einer Vor-Ort-Einweisung beim Fachbereich Technische Dokumentation erforderlich.

Vorhandene Leitungen, Kabel und Beschilderungen sind zu sichern und zu schützen. Bei Kreuzungen sowie bei Parallelverlegungen zu den Anlagen der Stadtwerke Neubrandenburg sind in Bezug auf Baumaßnahmen mit unterirdischem Rohrvortrieb (Pressungen, Bohrungen) generell Such- und Handschachtungen zur Bestimmung des genauen Trassenverlaufes und der Tiefenlage der vorhandenen Anlagen im Beisein des Leitungseinweisenden des Netzbetreibers vorzunehmen.

Die Mindestabstände gemäß DVGW W 400-1 sind einzuhalten. Dies gilt auch für die neu zu verlegenden Stromkabel der Photovoltaikanlage. Erdeingebaute Trinkwasserarmaturen, freigelegte Rohrleitungsabschnitte sowie Beschilderungen sind zu sichern. Die Zugänglichkeit zur Leitung muss jederzeit gewährleistet sein.

Mögliche geplante Baumpflanzungen oder sonstige Bebauungen (Gestelle, Trafo, etc.) sind unter Berücksichtigung notwendiger Nutzungszonen für Bau- und Betriebsmaßnahmen an unterirdischen Haupt- und Anschlussleitungen festzulegen. Dabei sind Mindestabstände gemäß Regelwerk GW 125 zwingend einzuhalten und ggf. weitergehende Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

5.2 ABWASSERBESEITIGUNG

5.2.1 SCHMUTZWASSERABLEITUNG

Für die geplante Photovoltaik-Anlage ist kein Anschluss an die zentralen Schmutzwasseranlagen notwendig. Bei der Betreuung der Anlage fällt kein Schmutzwasser an.

5.2.2 NIEDERSCHLAGSWASSERABLEITUNG

Das auf den Modulen anfallende Niederschlagswasser ist örtlich zu versickern. Die Versickerung hat hinsichtlich der Planung, des Baues und des Betriebes nach den allgemein anerkannten Regeln der Wasserwirtschaft zu erfolgen.

Um eine Konzentration und Erosionswirkung des Oberflächenabflusses zu kompensieren, werden bei nicht ausreichender Stützfunktion der Vegetationsdecke bedarfsweise zwischen den Modulgestellreihen Versickerungsmulden ausgebildet.

Bei Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers mittels technischer Einrichtungen (wie Rigolen, Sickerschacht, Versickerungsdräne usw.) ist eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landrat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte als zuständige Wasserbehörde zu beantragen.

5.3 ELEKTROENERGIEVERSORGUNG

Im Plangebiet befinden sich Anlagen der Leitungsbetreiber 50Hertz und e.dis. Folgende Hochspannungsfreileitungen queren das Plangebiet von Nord nach Süd

- e.dis - 110-kV-Leitung.
- 50Hertz - 380-kV-Leitung Altentreptow/Süd - Neuenhagen 479/518 von Mast-Nr. 16 – 18

Die Leitungen sind im Plan gekennzeichnet. Eine Umverlegung der Leitung ist nicht beabsichtigt.

Neben den Hochspannungsanlagen befindet sich an der nördlichen Plangebietsgrenze eine Hausanschluss- Niederspannungsleitung der e.dis. Die ungefähre Lage ist im Plan gekennzeichnet.

Für die Anlagen der e.dis gilt:

Der festgesetzte Abstand der Baugrenze zur Leitungssachse der 110-kV-Leitung von beidseitig 23,00 m gewährleistet die Einhaltung des erforderlichen Schutzstreifens, der von einer Bebauung freizuhalten ist.

Der Vorhabenträger wird in Abstimmung mit dem zuständigen Versorgungsunternehmen eventuell weitere erforderliche Maßnahmen zum Schutz des Anlagenbestandes abstimmen.

Generell gilt:

Vor Beginn eventueller Bauarbeiten ist eine Einweisung durch den Meisterbereich erforderlich.

Zu den vorhandenen elektrischen Betriebsmitteln sind grundsätzlich Abstände nach DIN VDE 0100 und DIN VDE 0101 einzuhalten. Vorhandene und in Betrieb befindliche Kabel dürfen weder freigelegt noch überbaut werden. Zur Gewährleistung der geforderten Mindesteingrabetiefen sind Abtragungen der Oberfläche nicht zulässig. In Kabelnähe ist Handschachtung erforderlich.

Die „Hinweise und Richtlinien zu Arbeiten in der Nähe von Kabelanlagen“ sowie die „Hinweise und Richtlinien zu Baumpflanzungen in der Nähe von Verteilungsanlagen“ sind als Anlage der Begründung beigefügt und bei allen geplanten Baumaßnahmen zu beachten.

Die jederzeit freie Zugänglichkeit den Anlagen muss gewährleistet sein.

Für die Anlagen der 50Hertz gilt:

Für die Anlagen ist ein Freileitungsbereich von 50 m beidseitig der Trassenachse zu beachten. Innerhalb dieses Freileitungsbereiches befindet sich der Freileitungsschutzstreifen von ca. 25 m beidseitig der Trassenachse, in welchem ein beschränktes Bau- und Einwirkungsverbot mit Nutzungs- und Höhenbeschränkungen für Dritte besteht. Für Instandhaltungsarbeiten am Mast ist ein Abstand zum geplanten Umspannwerk von 35 m einzuhalten. Diese Fläche ist auch von Solarpanels freizuhalten. Die Leitung sowie die Schutzstreifen sind im Plan gekennzeichnet.

Unter Beachtung der Bestandsanlagen und der geforderten Schutzstreifen wurden die Baugrenzen im Plan festgesetzt.

Die Detailplanung zur Einbindung des Umspannwerks in die 110 kV-Leitung ist im Rahmen der konkreten Ausführungsplanung rechtzeitig mit den Anlagenbetreibern abzustimmen. Im Rahmen der Erstellung der konkreten Ausführungsplanungen ist zudem eine gesonderte Prüfung einzuplanen, die nachweist, dass die erforderlichen Flächen für Instandhaltungsarbeiten am Mast vorhanden sind.

Für den Freileitungsschutzstreifen ist in den Grundbüchern eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit (Leitungsrecht in Abt. II, Lasten und Beschränkungen) eingetragen. Nach dem Inhalt dieser Dienstbarkeit dürfen u. a. keine baulichen oder sonstigen Anlagen im Freileitungsschutzstreifen errichtet werden, die den ordnungsgemäßen Bestand und Betrieb der Hochspannungsfreileitung beeinträchtigen oder gefährden.

Der Freileitungsschutzstreifen ist des Weiteren von Bepflanzung frei zu halten. Sollten dennoch Bepflanzungen vorgenommen werden, sind die zulässigen maximalen Endwuchshöhen im Zuge der weiteren Planungen mit 50Hertz abzustimmen.

Für jegliche Nutzungsänderungen (auch temporär) im Freileitungsschutzstreifen und bei Bau- und Pflanzmaßnahmen, ist die Zustimmung des Leitungsbetreibers beim Regionalzentrum Nord, Rostocker Chaussee 18, 18273 Güstrow einzuholen. Konkrete Planungsunterlagen, z. B. über Standorte und Höhe einer vorgesehenen baulichen Veränderung, Bepflanzung etc., sind möglichst frühzeitig der 50Hertz Transmission GmbH zur Prüfung einzureichen, um die Voraussetzungen zum Erteilen einer Zustimmung abzustimmen.

Durch die geplante Errichtung einer Zaunanlage im Nahbereich der Freileitung kann es zu Beeinflussungen durch die Freileitung kommen. Der Zaun ist entsprechend zu erden. Die technische Ausführung ist mit dem Regionalzentrum Nord, Rostocker Chaussee 18, 18273 Güstrow abzustimmen.

5.4 TELEKOMMUNIKATION

Im mittleren nördlichen Randbereich des Plangebietes befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Deutschen Telekom AG. Die ungefähre Lage ist im Plan gekennzeichnet. Eine Beeinträchtigung der Telekommunikationslinien durch das geplante Vorhaben ist auszuschließen.

Die Leitungen sind in der Regel mit einer Überdeckung von ca. 60 cm innerorts, bis zu 90 cm außerorts, verlegt. Eine abweichende Tiefenlage ist wegen Kreuzungen anderer Anlagen, infolge nachträglicher Veränderung der Deckung durch Straßenumbauten u. dgl. und aus anderen Gründen möglich. In Kreuzungspunkten mit einer Telekommunikationslinie ist die genaue Tiefenlage durch Querschlag zu ermitteln.

Ein Überbauen der Anlagen und Maßnahmen, die zu einer Verringerung der Überdeckung führen, sind nicht gestattet. Es ist die Originalüberdeckung von 0,60 Meter wiederherzustellen. Die Trassenbänder sind 0,30 Meter über die Anlagen neu zu verlegen. Bei Freilegung der Telekommunikationslinien während der Baumaßnahme sind diese durch geeignete Maßnahmen zu schützen und zu sichern (z. B. durch Halbrohre).

Bei Arbeiten in der Nähe von Telekommunikationsanlagen sind folgende Hinweise sind zu beachten:

- Anfragen zur Einholung von „Schachtscheinen“ bzw. dem „Merkblatt über Aufgrabung Fremder“ können von den ausführenden Firmen nur noch kostenpflichtig per Mail unter: Planauskunft.nordost@telekom.de gestellt werden. Es wird empfohlen, die kostenfreie Möglichkeit der Antragsstellung zur Trassenauskunft unter: <https://trassenauskunft-kabel.telekom.de> zu nutzen.
- Zu beachten sind die Hinweise im „Infolyer für Tiefbaufirmen“ bzw. die App „Trassen Defender“, um eventuelle Kabelschäden schnell und unkompliziert bei der Deutschen Telekom anzuzeigen.
- Die Kabelschutzanweisung (sh. Anlage) der Deutschen Telekom AG ist zu beachten.

Durch die Einrichtung eines Solarenergieparks in unmittelbarer Nähe zu Telekommunikationslinien ist gemäß der Definition aus DIN VDE 0800, Teil 1 74-3 der unmittelbare oder mittelbare Übertritt von Strom aus Starkstromanlagen auf Bauteile von Telekom-Anlagen auszuschließen.

unmittelbar:

- wenn sich Teile von Starkstrom- und Telekom-Anlagen berühren oder unzulässig nähern
- durch Kurz- und Körperschlüsse in Starkstromanlagen, bei denen Teile der Telekom-Anlagen in den Potentialausgleich einbezogen sind.

mittelbar:

- durch eine dritte Leitung, die im selben Spannungsfeld eine starkstromführende Leitung und eine oberirdische Telekom-Anlage kreuzt
- durch Erdströme aus Starkstromanlagen auf Telekom-Anlagen, die sich im Spannungstrichter von Kraft- oder Umspannwerken, Trafostationen bzw. geerdeten Starkstrommasten befinden.

Können die geforderten Schutzabstände nicht eingehalten werden sind die Kosten für Änderungen an den TK-Linien oder Schutzmaßnahmen vom Veranlasser der neuen Anlagen zu tragen.

Einen Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Deutschen Telekom AG ist auf freiwilliger Basis und unter der Voraussetzung der Kostenerstattung durch den Vorhabenträger möglich. Hierzu ist jedoch eine rechtzeitige und einvernehmliche Abstimmung des Vorhabenträgers mit der Deutschen Telekom AG erforderlich.

Breitbandausbau

Die neu-medianet GmbH plant Errichtung einer Internetversorgung in der Bahnhofstraße 18, welche zum Teil im Bereich des Plangebietes, aber außerhalb der überbaubaren

Grundstücksfläche, verläuft. Diese Trasse ist beantragt und genehmigt. Ihre geplante Lage ist im Plan dargestellt.

Bei der Errichtung der PVA ist dieser Bestand dann zu schützen. Eine eventuelle Versorgung des Plangebietes mit Internetprodukten oder Datenanbindungen ist möglich. Dazu ist eine frühzeitige Abstimmung des Vorhabenträgers mit der neu.medianet.GmbH erforderlich.

6. VORBEUGENDER BRANDSCHUTZ / LÖSCHWASSERVERSORGUNG

Durch den Vorhabenträger ist die Alarmierung der Feuerwehr im Falle eines Brandes bzw. anderer Notsituationen sowie deren Zufahrt zur Wechselrichter-/Übergabestation und den Transformatoren mittels der im Landkreis gebräuchlichen Feuerwehrschißung zu sichern. Informationen hierzu sind von der Brandschutzdienststelle des Landkreises erhältlich.

Alternativ zur Feuerwehrschißung kann der Zugang auch durch Kontaktaufnahme über ein Call-Center (Leitwarte) mit Code für Schlüsseltresor realisiert werden.

Die Zufahrtwege sind ordnungsgemäß zu sichern.

Vor Ausführungsbeginn ist eine Abstimmung mit der örtlichen Feuerwehr erforderlich und ein Feuerwehrplan zu erarbeiten. Dieser ist beim Landkreis zur Genehmigung einzureichen.

Löschwasser:

Eine Löschwasserversorgung über das öffentliche Trinkwasserversorgungssystem erfolgt in dem Geltungsbereich des Bauungsplanes nicht. In Chemnitz (Kreuzungsbereich Schlossstraße/Blankenhofer Straße), in Blankenhof (Ortsausgang Richtung Gevezin) sowie in Gevezin (Buswendeschleife Kastanienallee) unterhält die Stadtwerke Neubrandenburg Hydranten zur Befüllung von Löschfahrzeugen mit einer maximalen Entnahmemenge von 6 m³/h.

Auf Grund der eingeschätzten geringen Gefahrensituation verzichtet der Vorhabenträger auf eine zentrale Löschwasserversorgung. Der Vorhabenträger entbindet die Gemeinde von der Pflichtaufgabe der Löschwasserversorgung durch städtebaulichen Vertrag, um generell Schadensersatzansprüche vom Betreiber der PV-Anlage auf die Gemeinde rechtlich auszuschließen.

7. GEWÄSSERSCHUTZ

Das Plangebiet befindet sich außerhalb der Trinkwasserschutzonen der Wasserfassungen der Stadtwerke Neubrandenburg.

Im Plangebiet und deren näherer Umgebung befinden sich Vorfluter, die in der Unterhaltungslast des Wasser- und Bodenverbands „Obere Havel/Obere Tollense“ liegen.

Im östlichen Randbereich des Plangebietes befindet sich der Vorfluter N 41/2 als Betonrohrleitung. Die ungefähre Lage ist im Plan gekennzeichnet. Da die genaue Lage nicht bekannt ist, muss der Verlauf geortet werden. Der Vorfluter darf nicht überbaut werden. Bei der Errichtung der Photovoltaikanlage ist ein beidseitiger Abstand von 7 m zur Rohrleitung einzuhalten. Werden Kabelanlagen im Bereich der Rohrleitung verlegt, sind diese in einer Tiefe von 1 m unter Rohrsohle im Schutzrohr zu verlegen. Dieser Abstand ist beidseitig auf 5 m einzuhalten.

Im Bereich des Bahnüberganges an der nordwestlichen Plangebietsgrenze befindet sich noch eine Entwässerungsleitung des Sees und der Nassstelle an der Bahn. Die ungefähre Lage ist ebenfalls im Plan gekennzeichnet und befindet sich außerhalb des Baufeldes.

Diese Leitung und die im Plangebiet eventuell vorhandenen Dränanlagen liegen nicht in der Unterhaltungslast des Wasser- und Bodenverbands.

Allgemein gilt:

- Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern sind gemäß § 36 WHG so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, dass keine schädlichen Gewässerveränderungen

zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist.

- Beim Betrieb der Trafostation werden wassergefährdende Stoffe benutzt. Entsprechend § 20 LWaG M-V ist der zuständigen unteren Wasserbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte dies förmlich anzuzeigen.
- Mit den Bauarbeiten sind auf den Grundstücken eventuell vorhandene Drainageleitungen und sonstige Vorflutleitungen in ihrer Funktionsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

8. IMMISSIONSSCHUTZ / BLENDWIRKUNG

Der Betrieb der Photovoltaik-Anlage verläuft emissionsfrei, es kommt zu keinen Lärm-, Staub- oder Geruchsbeeinträchtigungen. Der Baustellenverkehr und die Montagearbeiten beschränken sich ausschließlich auf die Bauphase.

Nach dem heutigen Stand der Technik liegt der Schalldruckpegel von Wechselrichtern und Transformatoren bei einem Immissionspegel, der nur im unmittelbaren Umfeld zu Lärmbeeinträchtigungen führen kann. Um Nutzungskonflikte grundsätzlich auszuschließen, sind diese so anzuordnen, dass es nicht zu Belästigungen an Wohnstandorten in der Nachbarschaft kommen kann.

Eine Freisetzung von boden-, wasser- oder luftgefährdenden Schadstoffen ist ausgeschlossen. Die elektrischen und magnetischen Felder wirken sich nicht negativ auf umliegende Schutzgüter aus, da die Gleich- bzw. Wechselstromfelder nur sehr schwach in unmittelbarer Umgebung der Wechselrichter und Trafostationen auftreten. Störungen der Flora und Fauna sind nicht zu erwarten.

Die Moduloberflächen verursachen keine relevanten Spiegel- bzw. Blendeffekte, da die Strahlungsenergie zum größten Teil adsorbiert wird und Reflexblendungen sich auf den Nahbereich der Anlage (wenige Dezimeter) beschränken.

Da die geplante PV-Anlage südlich der Bahnstrecke verläuft, sind Beeinträchtigungen des Bahnbetriebes durch eventuelle Blendwirkungen nicht relevant.

Die Planung wird ebenfalls den Forderungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes BImSchG zur Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen gerecht.

Der zu betrachtende Immissionsort in der Nachbarschaft der Anlage ist hier die südwestlich gelegene Wohnbebauung der Ortschaft Gevezin und der Landwirtschaftshof östlich des Plangebietes.

In den Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen (LAI) vom 13.09.2012 sind die Bedingungen aufgeführt, die im Jahresverlauf an einem Immissionsort überhaupt eine Blendung hervorrufen können. Dies hängt von der Lage des Immissionsorts zur Photovoltaikanlage ab. Auf Grund ihrer Lage lassen sich viele Immissionsorte ohne genauere Prüfung schon im Vorfeld ausklammern.

Immissionsorte, die sich weiter als ca. 100 m von einer Photovoltaikanlage entfernt befinden, erfahren erfahrungsgemäß nur kurzzeitige Blendwirkungen. Lediglich bei ausgedehnten Photovoltaikparks könnten auch weiter entfernte Immissionsorte noch relevant sein.

Immissionsorte, die vorwiegend südlich von einer Photovoltaikanlage gelegen sind, brauchen nur bei Photovoltaik-Fassaden (senkrecht angeordnete Photovoltaikmodule) berücksichtigt zu werden.

Die zum Plangebiet nächstgelegene Wohnbebauung der Ortslage Gevezin befindet sich ca. 400 m südwestlich der Anlage. Die Wohnbebauung des östlich gelegenen Hofes ist ca. 150 m von der Anlage entfernt.

Beide oben genannten Ausschlusskriterien werden durch die Planung erfüllt. Eine relevante Blendwirkung ist daher auszuschließen.

9. BELANGE DER FORST

Nördlich des Plangebietes befinden sich zwei kleine Waldflächen. Die Waldflächen sind im Plan gekennzeichnet.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden zur Einhaltung der Waldabstandsregelung bei der Errichtung des Solarparks in einem Abstand von 30,00 m von den Waldflächen entfernt festgesetzt.

Zu beachten ist außerdem, dass die Anschluss- und Leitungsverlegung außerhalb der Waldflächen sowie auch außerhalb der Wurzel- und Traufbereiche von Waldflächen zu erfolgen haben.

10. ALTLASTEN UND ALTLASTVERDACHTSFLÄCHEN

Das Altlastenkataster für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern anhand der Erfassung durch die Landräte der Landkreise und Oberbürgermeister/Bürgermeister der kreisfreien Städte geführt. Entsprechende Auskünfte aus dem Altlastenkataster sind dort erhältlich.

Falls bei Erdarbeiten Anzeichen von schädlichen Bodenveränderungen (z.B. abartiger, muffiger Geruch, anormale Färbung des Bodenmaterials, Austritt verunreinigter Flüssigkeiten, Reste alter Ablagerungen) auftreten, ist die untere Bodenschutzbehörde im Umweltamt des Landkreises umgehend zu informieren.

Der Grundstücksbesitzer ist zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubes auf Grundlage des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG) vom 24.02.2012 S. 212, geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 04.04.2016 S. 569 verpflichtet.

Werden schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten im Sinne des BBodSchG festgestellt, ist die Sanierung mit dem Amt abzustimmen. Dabei ist die planungsrechtlich zulässige Nutzung der Grundstücke und das sich daraus ergebende Schutzbedürfnis zu beachten, soweit dieses mit den Bodenfunktionen zu vereinbaren ist. Bei der Sicherung von schädlichen Bodenveränderungen ist zu gewährleisten, dass durch verbleibende Schadstoffe langfristig keine Gefahr oder erhebliche, nachteilige Belastung für den Einzelnen oder die Allgemeinheit entstehen.

Im Falle einer Sanierung muss der Vorhabenträger dafür sorgen, dass die Vorbelastungen des Bodens bzw. die Altlast soweit entfernt werden, dass die für den jeweiligen Standort zulässige Nutzungsmöglichkeit wieder hergestellt wird.

Nach § 4 Abs. 1 Bundes-Bodenschutzgesetz hat im Weiteren jeder, der auf den Boden einwirkt, sich so zu verhalten, dass keine schädlichen Bodenveränderungen hervorgerufen werden und somit die Vorschriften dieses Gesetzes eingehalten werden. Die Zielsetzungen und Grundsätze des BBodSchG und des Landesbodenschutzgesetzes sind zu berücksichtigen. Insbesondere bei bodenschädigenden Prozessen wie z. B. Bodenverdichtungen, Stoffeinträgen ist Vorsorge gegen das Entstehen von schädlichen Bodenveränderungen zu treffen. Bodenverdichtungen, Bodenvernässungen und Bodenverunreinigungen sind zu vermeiden. Das Bodengefüge bzw. wichtige Bodenfunktionen sind bei einem möglichst geringen Flächenverbrauch zu erhalten.

Soweit im Rahmen von Baumaßnahmen Überschussböden anfallen bzw. Bodenmaterial auf dem Grundstück auf- oder eingebracht werden soll, haben die nach § 7 Bundes-Bodenschutzgesetz Pflichtigen Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die standorttypischen Gegebenheiten sind hierbei zu berücksichtigen.

Die Forderungen der §§ 10 bis 12 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) sind zu beachten. Auf die Einhaltung der Anforderungen der DIN 19731 (Verwertung von Bodenmaterial 5/1998) wird besonders hingewiesen.

Bei Abbruch- und Baumaßnahmen anfallender unbelasteter Bauschutt ist einer zugelassenen Bauschuttaufbereitungsanlage zuzuführen. Eine Verbringung auf eine für Hausmüll oder hausmüllähnliche Gewerbeabfälle zugelassene Deponie ist untersagt (§ 18 AbfWG M-V).

Die bei den Arbeiten anfallenden Abfälle sind laut §§ 7 und 15 KrWG einer nachweislich geordneten und gemeinwohlverträglichen Verwertung bzw. Beseitigung zuzuführen. Bauschutt und andere Abfälle sind entsprechend ihrer Beschaffenheit sach- und umweltgerecht nach den gesetzlichen Bestimmungen zu entsorgen (zugelassene Deponien, Aufbereitungsanlagen u.s.w.)

Kampfmittelbelastung

Munitionsfunde sind nicht auszuschließen. Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung sind gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsdienst des LPBK zu erhalten. Das Landesamt empfiehlt daher rechtzeitig vor Bauausführung ein entsprechendes Auskunftersuchen!

Rechtshinweis:

Gemäß § 70 Abs. 1 Sicherheits- und Ordnungsgesetz M-V (SOG M-V) ist der Eigentümer einer Sache, die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung stört, für diese Sache verantwortlich. Ihm obliegt die Verkehrssicherungspflicht für sein Eigentum. Ein Pflichtverstoß kann zu Schadensersatzansprüchen führen. Der Bauherr ist gemäß § 52 LBauO M-V in Verbindung mit VOB Teil C / DIN 18 299 analog verpflichtet, Angaben zu vermuteten Kampfmitteln im Bereich der Baustelle zu machen sowie Ergebnisse von Erkundungs- und Beräumungsmaßnahmen mitzuteilen.

11. DENKMALSCHUTZ

11.1 BAUDENKMALE

Im Plangebiet befinden sich keine Baudenkmale.

11.2 BODENDENKMALE

Informationen über bekannte Bodendenkmale werden erst im Rahmen der Behördenbeteiligung erwartet.

Die Hinweise zum Verhalten bei Zufallsfunden werden in die Planung aufgenommen.

Wenn während der Erdarbeiten unvermutet Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG M-V die untere Denkmalschutzbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur- und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich hierfür sind die Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundstückseigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt fünf (5) Werktagen nach Zugang der Anzeige bei der Behörde.

12. KATASTER- UND VERMESSUNGSWESEN

In Planbereich befinden sich Grenzsteine der Flurstücksgrenzen. Vor eventuellen Baumaßnahmen in diesem Bereich sind diese zu sichern bzw. nach Fertigstellen von Baumaßnahmen gegebenenfalls wiederherzustellen. Die Arbeiten für die Sicherung bzw. Wiederherstellung der Punkte sollten durch das Katasteramt bzw. von zugelassenen öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren ausgeführt werden.

13. BAUMAßNAHMEN ENTLANG DER BAHN

Bahneigene Grundstücke werden durch die Planung nicht in Anspruch genommen. Das Bebauungsplangebiet grenzt an die Eisenbahnstrecke Malchin - Neubrandenburg und befindet

sich südlich der Bahnstrecke. Bei den angrenzenden DB-Flächen handelt es sich um gewidmete Eisenbahnbetriebsanlagen, die dem Fachplanungsvorbehalt des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) unterliegen. Änderungen an Eisenbahnbetriebsanlagen unterliegen dem Genehmigungsvorbehalt des EBA (§ 23 Absatz 1 AEG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Absatz 2 Satz 2 BEVVG i.V.m. § 18 AEG).

Die Abstandsflächen gemäß LBO sowie sonstige baurechtliche und nachbarrechtliche Bestimmungen sind einzuhalten.

Die Sorgfaltspflicht des Bauherrn und die Verkehrssicherungspflicht (§§ 823 ff. BGB) des Grundstückseigentümers sind zu beachten.

13.1 ALLGEMEINE HINWEISE

Die Sicherheit beim Betrieb der Bahn darf durch die vorgesehene Bebauung nicht beeinträchtigt oder gar gefährdet werden. Der Betreiber der geplanten Photovoltaikanlagen hat deshalb sicherzustellen,

- dass Photovoltaik- bzw. Solaranlagen blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hin gestaltet werden. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist.
- dass durch Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs entstehen.

Grundsätzlich wird darauf hingewiesen,

- dass ein widerrechtliches Betreten und Befahren des Bahnbetriebsgeländes sowie sonstiges Hineingelangen in den Gefahrenbereich der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig und durch geeignete und wirksame Maßnahmen grundsätzlich und dauerhaft auszuschließen ist. Dies gilt auch während der Bauzeit.
- dass es verboten ist, Bahnanlagen zu beschädigen oder zu verunreinigen, Schranken oder sonstige Sicherungseinrichtungen unerlaubt zu öffnen oder andere betriebsstörende oder betriebsgefährdende Handlungen vorzunehmen.
- dass aus Schäden und Beeinträchtigungen die Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen ist, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können.
- dass durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase etc.) entstehen, die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauherren auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen.
- dass das Bahngelände weder im noch über dem Erdboden überbaut werden darf. Grenzsteine sind vor Baubeginn zu sichern. Sie dürfen nicht überschüttet oder beseitigt werden. Erforderlichenfalls sind sie zu Lasten des Bauherrn neu einzumessen und zu setzen.
- dass auf oder im unmittelbaren Bereich von DB Liegenschaften jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Kabel, Leitungen oder Verrohrungen gerechnet werden muss.
- dass Oberflächen- und sonstige Abwässer nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden dürfen. Bahneigene Durchlässe und Entwässerungsanlagen dürfen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden.
- dass künftige Aus- und Umbaumaßnahmen sowie notwendige Maßnahmen zur Instandhaltung und dem Unterhalt in Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb der Deutschen Bahn weiterhin zweifelsfrei und ohne Einschränkungen zu gewähren sind.
- dass die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit aller durch die Errichtung und die geplante Maßnahme betroffenen oder beanspruchten Betriebsanlagen der Eisenbahn ständig und ohne Einschränkungen, auch insbesondere während der Baudurchführung, zu gewährleisten ist.
- dass Flucht- bzw. Rettungswege freizuhalten sind, um die Sicherheitspflichten nach § 4 AEG erfüllen zu können. Zusätzlich sind Zuwegungen freizuhalten bzw. Wegerecht einzuräumen, um die Instandhaltung der Bahnanlagen zu gewährleisten.

13.2 TELEKOMMUNIKATIONSANLAGEN DER DB NETZ AG

Im Bereich des Plangebiets befinden sich folgende Streckenfernmeldekabel der DB Netz AG:

- F 2935, 36" CU- rechts der Bahn Bkm 190,084-190,300 - ab Bkm 190,300 links der Bahn
- F 5841, 48' LWL- rechts der Bahn Bkm 190,084-190,300 - ab Bkm 190,300 links der Bahn

Die Kabel sind erdverlegt. Die ungefähre Lage ist im Plan dargestellt, wobei ausschließlich die rechts der Bahn verlaufenden Kabel das Plangebiet im nordöstlichen Randbereich berühren.

An der Strecke bei Bkm 191,320 (rechts der Bahn) befindet sich ein GSM-R - Modul, das sich aber außerhalb des Plangebietes befindet.

Die Kabelanlagen sind zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes notwendig und dürfen durch die geplante Maßnahme in Lage und Funktion nicht beeinträchtigt werden. Es ist immer davon auszugehen, dass Unterbrechungen und Beschädigungen betriebliche Auswirkungen haben. Kabel bzw. Anlagen dürfen nicht fest überbaut werden. Der Zugang ist ständig zu gewährleisten.

Die TK- Anlagen sind bei der weiteren Planung und Bauausführung zu berücksichtigen. Veränderungen an der Kommunikationsanlage der DB Netz AG sind ohne Mitwirkung der DB Kommunikationstechnik GmbH nicht statthaft.

Grundsätzlich ist bei Vorhandensein von Kabel/Anlagen, vor Baubeginn eine örtliche Einweisung durch einen Mitarbeiter der DB Kommunikationstechnik GmbH erforderlich. Für die Einleitung der örtlichen Einweisung ist eine rechtzeitige schriftliche Information (min. 7 - 10 Arbeitstage vor Baubeginn) mit Angabe des Zeichens 2020- n die Mailadresse:

DB.KT.Dokumentationsservices-Hannover@deutschebahn.com

erforderlich.

Die erfolgte Einweisung ist zu protokollieren.

Die Zustimmung nach Einweisung bezieht sich ausschließlich auf den Zeitraum von 3 Monaten. Für Vorhaben außerhalb des Zeitraumes ist die Zustimmung erneut einzuholen. Dies gilt ebenso für Maßnahmen außerhalb des in der Zeichnung angegebenen Bereichs.

Darüber hinaus sind folgende Auflagen einzuhalten:

- Die Forderungen des Merkblattes für Erdarbeiten sowie des Kabelmerkblattes sind strikt einzuhalten.

Es wird darauf hingewiesen, dass die DB Kommunikationstechnik GmbH für die Beschädigung an Telekommunikationsanlagen, die auf übermittlungsbedingte Planungsgenauigkeiten zurückzuführen sind, keine Haftung übernimmt. Im Falle von Zweifel an der Plangenaugigkeit darf mit der Baumaßnahme nicht begonnen werden, bevor diese durch die DB Kommunikationstechnik GmbH ausgeräumt sind.

Gebilligt durch die Gemeindevertretung am :

Ausgefertigt am:

Die Bürgermeisterin

BEBAUUNGSPLAN NR. 8

„SONDERGEBIET PHOTOVOLTAIKANLAGE AN DER
BAHN 1“

GEMEINDE BLANKENHOF

LANDKREIS MECKL. SEENPLATTE



UMWELTBERICHT



STADT
LAND
FLUSS

PARTNERSCHAFT MBB HELLWEG & HÖPFNER

Dorfstraße 6, 18211 Rabenhorst

Fon: 038203-733990

Fax: 038203-733993

info@slf-plan.de

www.slf-plan.de

PLANVERFASSEN

BEARBEITER

M.Sc. Lisa Menke
Dipl.-Ing. Oliver Hellweg

PROJEKTSTAND

Entwurf

DATUM

27.08.2020

Inhalt

1. Einleitung und Grundlagen.....	- 2 -
1.1. Anlass und Aufgabe	- 2 -
1.2. Lage und Kurzcharakterisierung des Standortes.....	- 2 -
2. Planungsgrundlagen und Rahmenbedingungen	- 5 -
2.1. Einleitung	- 5 -
2.2. Raumordnung und Landesplanung.....	- 5 -
2.3. Gutachtlicher Landschaftsrahmenplan Mecklenburgische Seenplatte 2011	- 6 -
2.4. Schutzgebiete	- 8 -
3. Standortmerkmale und Schutzgüter	- 9 -
3.1. Mensch und Nutzungen	- 9 -
3.2. Oberflächen- und Grundwasser.....	- 11 -
3.3. Geologie, Boden und Fläche.....	- 12 -
3.4. Klima und Luft	- 13 -
3.5. Landschaftsbild	- 13 -
3.6. Lebensräume und Flora	- 20 -
3.7. Fauna.....	26
3.8. Biologische Vielfalt	27
3.9. Kulturgüter	27
3.10. Sonstige Sachgüter.....	27
4. Wirkung des Vorhabens auf die Umwelt	27
4.1. Umweltentwicklung ohne Realisierung des Vorhabens.....	27
4.2. Umweltentwicklung bei Realisierung des Vorhabens	27
4.2.1. Erschließung	27
4.2.2. Baubedingte Wirkungen.....	27
4.2.3. Anlage- und betriebsbedingte Wirkungen.....	28
4.2.4. Vermeidung und Verminderung erheblicher Beeinträchtigungen.....	28
4.3. Verbleibende, erhebliche Beeinträchtigungen pro Schutzgut	28
5. Eingriffsermittlung und Eingriffskompensation	29
5.1. Eingriffsermittlung.....	29
5.2. Eingriffskompensation.....	31
6. Eingriffsbilanz	33
7. Hinweise auf Schwierigkeiten	34
8. Zusammenfassung.....	34
9. Quellenangabe.....	35

1. Einleitung und Grundlagen

1.1. Anlass und Aufgabe

Die Gemeinde Blankenhof beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Photovoltaikanlage an der Bahn“ zur Vorbereitung des Baus und Betriebs einer Freiflächen-Photovoltaikanlage südlich der Ortschaft Blankenhof.

Das Plangebiet gehört verwaltungsseitig zur Gemeinde Blankenhof im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und befindet sich ca. 550 m südlich von Blankenhof, 700 m nordöstlich der Ortschaft Gevezin und ca. 1.800 m südwestlich von Chemnitz.

Die vom Plangebiet beanspruchte Fläche stellt sich als Ackerfläche entlang der Bahnstrecke Malchin-Neubrandenburg dar.

Aufgrund von Art und Umfang des Vorhabens sowie dessen Lage im Außenbereich ist die Aufstellung eines Bebauungsplans zur Schaffung des benötigten Baurechts erforderlich.

In der vorliegenden Planung wird das Plangebiet als Sonstiges Sondergebiet nach § 11 Abs. 2 der BauNVO mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Anlage“ festgesetzt. Zulässig sein sollen die Errichtung und der Betrieb von baulichen Anlagen zur Stromerzeugung aus Solarenergie als aufgeständertes System inkl. der zugehörigen Nebenanlagen. Die Grundflächenzahl (GRZ) für das Sondergebiet wird mit 0,5 festgesetzt.

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist eine Umweltprüfung obligatorischer Bestandteil eines Bauleitplanverfahrens. Gemäß § 2a BauGB sind die Ergebnisse der Umweltprüfung als gesonderter Bestandteil der Begründung zum Bebauungsplan in einem Umweltbericht darzustellen.

1.2. Lage und Kurzcharakterisierung des Standortes

Die Vorhabenfläche liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Blankenhof, im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, südlich von Blankenhof.

Das Plangebiet für die Entwicklung der Photovoltaikanlage befindet sich südlich der Bahnstrecke Malchin-Neubrandenburg. Das Umland ist landwirtschaftlich geprägt.

Der Geltungsbereich umfasst Teilflächen der Flurstücke Nr. 50, 51, 52, 54/1, 57/2, 59/2 und 59/4 der Flur 3 der Gemarkung Gevezin sowie Teilflächen des Flurstücks 485 der Flur 1 der Gemarkung Chemnitz und hat eine Größe von ca. 19,5 ha.

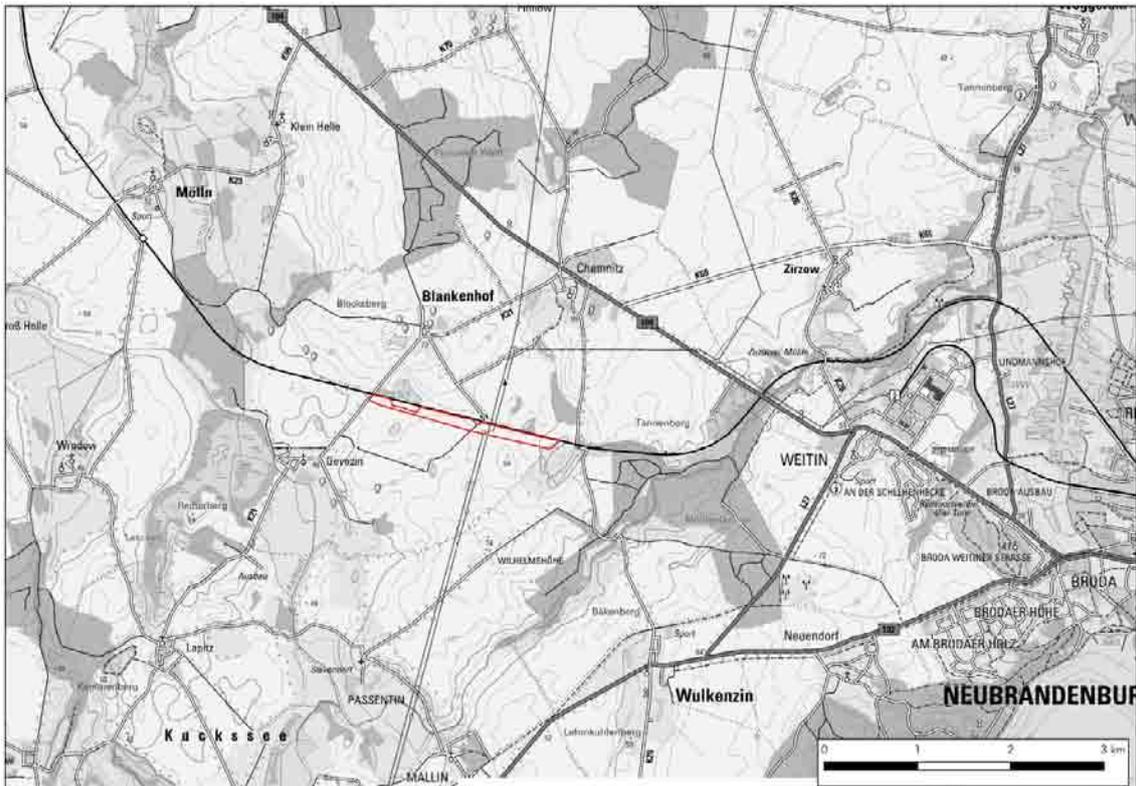


Abbildung 1: Lage des Plangebietes (rot) auf der Topografischen Karte. Karte erstellt mit QGIS 3.4.8, Kartengrundlage: Topografische Karte LAIV-MV 2020.



Abbildung 2: Lage des Plangebietes (rot) auf dem Luftbild. Karte erstellt mit QGIS 3.4.8, Kartengrundlage: Digitales Orthophoto LAIV-MV 2020.

2. Planungsgrundlagen und Rahmenbedingungen

2.1. Einleitung

Die nachfolgenden Teilkapitel nehmen Bezug auf relevante, übergeordnete Programme und Rahmenpläne des Landes M-V bzw. der Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte. Deren Aussagekraft ist nicht nur auf den (über-) regionalen Kontext beschränkt, sondern lässt durchaus auch Lokalbezüge zu.

2.2. Raumordnung und Landesplanung

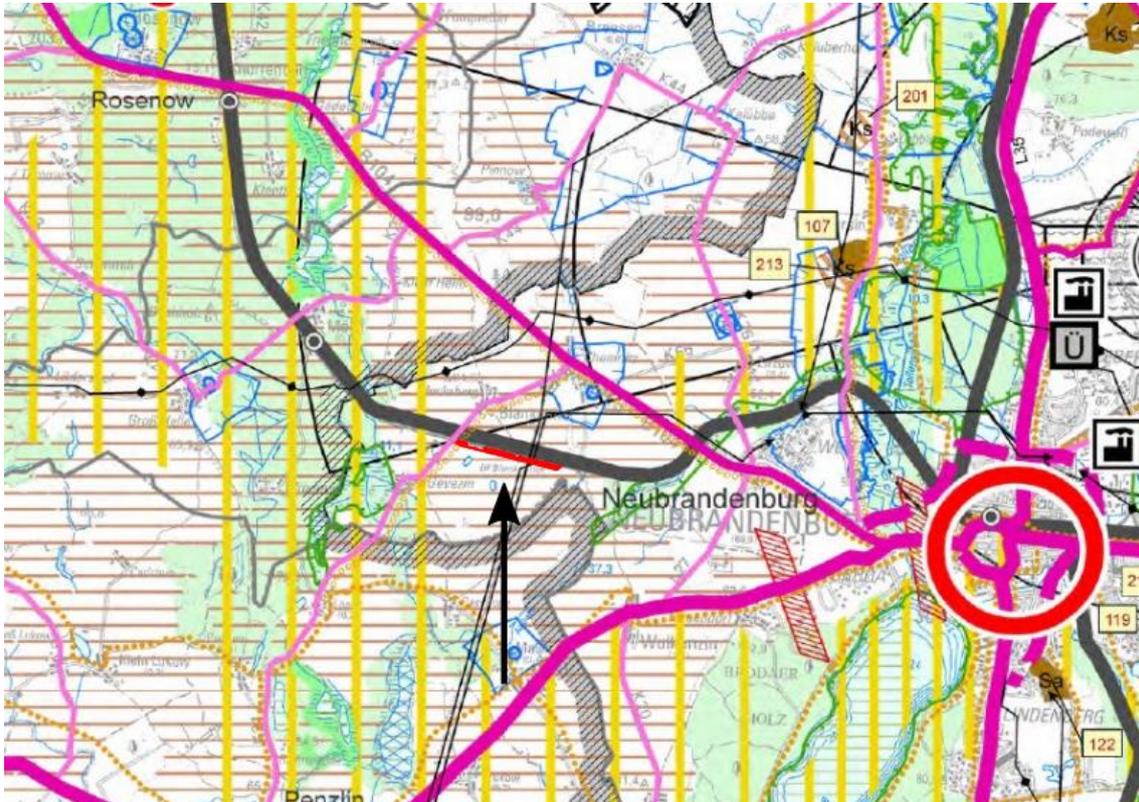


Abbildung 4: Gesamtkarte (Ausschnitt) des RREP MS 2018, Lage des geplanten Vorhabens: Pfeil.

Bei der Vorhabenfläche handelt es sich um eine Ackerfläche, die unmittelbar an die Bahnstrecke Malchin-Neubrandenburg angrenzt. Im RREP ist diese Fläche als Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft ausgewiesen. Ein raumordnerischer Konflikt ist nicht zu erwarten, da im Erneuerbaren Energiegesetz (EEG §32 Abs. 3 Nr. 4) für die Errichtung von Solaranlagen ein 110 m breiter Streifen entlang von Verkehrsstrassen als besonders geeignet eingestuft wird. Daraus resultiert eine nachhaltige wirtschaftliche Nutzung der Fläche. Der Bundesgesetzgeber befürwortet eine Nutzung dieser straßen- bzw. bahnparallelen Flächen ausdrücklich. Diese Voraussetzungen werden durch die unmittelbar angrenzende Bahnstrecke erfüllt.

2.3. Gutachtlicher Landschaftsrahmenplan Mecklenburgische Seenplatte 2011

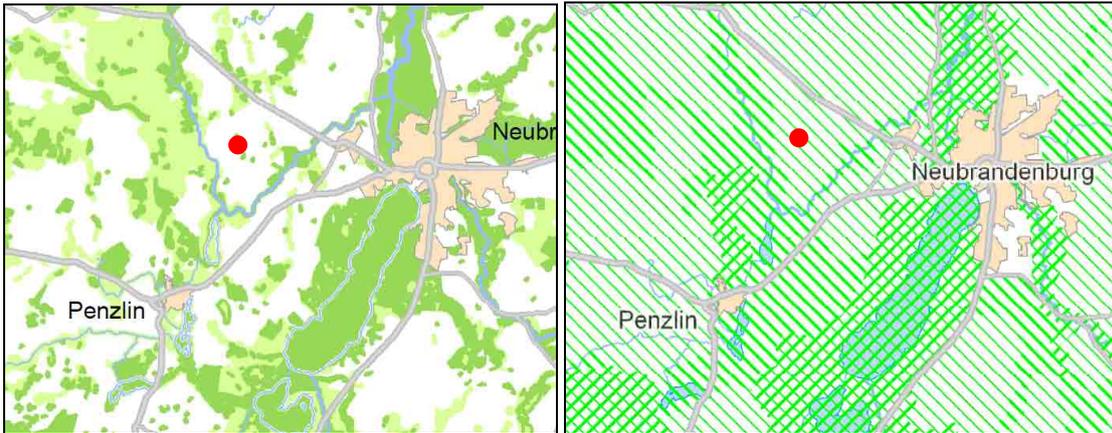


Abbildung 5: links: Vorhaben im Zusammenhang mit der Schutzwürdigkeit der Arten und Lebensräume. Quelle: Textkarte 3 GLRP MS 2011; rechts: Vorhaben im Zusammenhang mit der Schutzwürdigkeit des Landschaftsbildes. Quelle: Textkarte 8 GLRP MS 2011.

Gemäß Abb. 5 befindet sich der geplante Vorhabenstandort nicht innerhalb von Bereichen mit hoher und sehr hoher Schutzwürdigkeit der Arten und Lebensräume, grenzt jedoch an ein größeres, durch Gleise durchschnittenen Feucht- und Gewässerbiotop. Das Landschaftsbild am Standort wird mit einer mittleren bis hohen Schutzwürdigkeit (Stufe 2 von 4) bewertet.

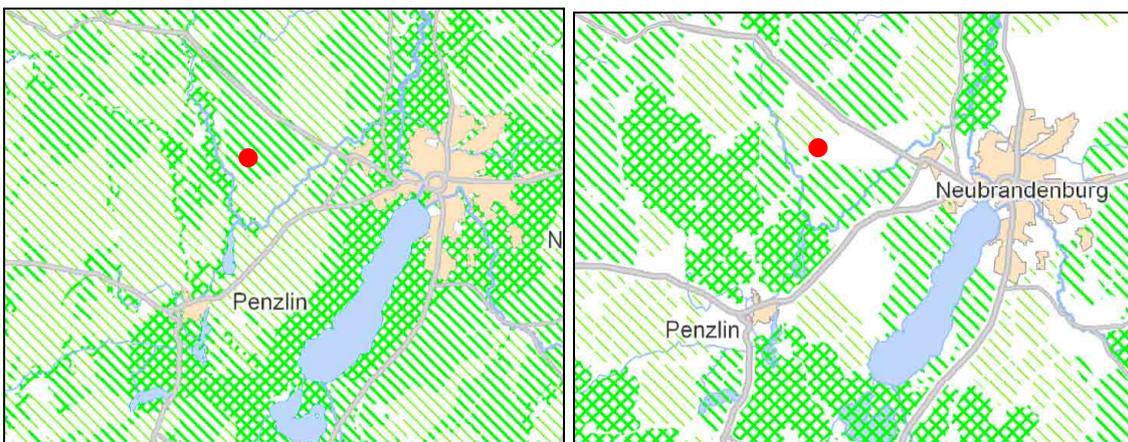


Abbildung 6: links: Vorhaben im Zusammenhang mit der Schutzwürdigkeit der Böden. Quelle: Textkarte 4 GLRP MS 2011; rechts: Vorhaben im Zusammenhang mit der Schutzwürdigkeit der Freiräume. Quelle: Textkarte 9 GLRP MS 2011.

Gemäß Abb. 6 befindet sich der geplante Vorhabenstandort im Bereich mit hoher bis sehr hoher Schutzwürdigkeit des Bodens (Stufe 3 von 4). Das geplante Vorhaben befindet sich in einem Freiraum der Stufe 2 mit mittlerer Schutzwürdigkeit. Die Lage des Plangebietes unmittelbar entlang einer Bahnstrecke führt zu keiner weiteren Zerschneidung bedeutsamer Freiräume.

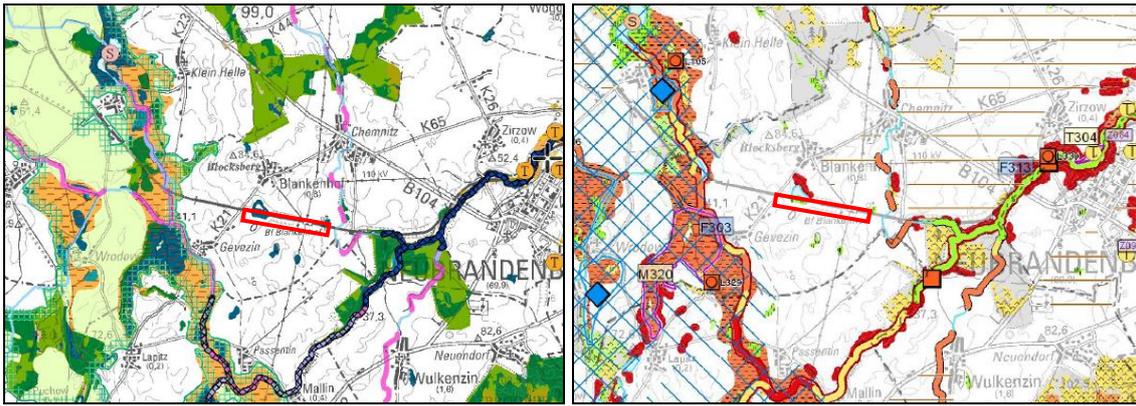


Abbildung 7: links: Vorhaben im Zusammenhang mit Arten und Lebensräumen. Quelle: Planungskarte Arten und Lebensräume GLRP MS 2011; rechts: Vorhaben im Zusammenhang mit geplanten Maßnahmen. Quelle: Planungskarte Maßnahmen GLRP MS 2011.

Abbildung 7 verdeutlicht, dass am Standort selbst kein Vorkommen besonderer Arten und Lebensräume dargestellt ist, jedoch nördlich ein von Gleisen durchschnittener, naturnaher Feuchtlebensraum mit geringen Nutzungseinflüssen direkt an das Plangebiet grenzt. Östlich des Vorhabens liegt ein Landschaftsschutzgebiet, das zu Teilen zusätzlich den Status eines FFH-Gebiets besitzt und westlich des Vorhabens sind Schwerpunktorkommen von Brut- und Rastvögeln europäischer Bedeutung. Nördlich vom Vorhaben liegen Wälder mit durchschnittlichen Strukturmerkmalen. Für das Vorhabenumfeld sind Maßnahmen für den Feuchtlebensraum im Bereich der Vermeidung von Stoffeinträgen in Gewässer sowie die ungestörte Naturentwicklung naturnaher Röhrichtbestände, Torfstiche, Verlandungsbereiche und Moore dargestellt.

2.4. Schutzgebiete

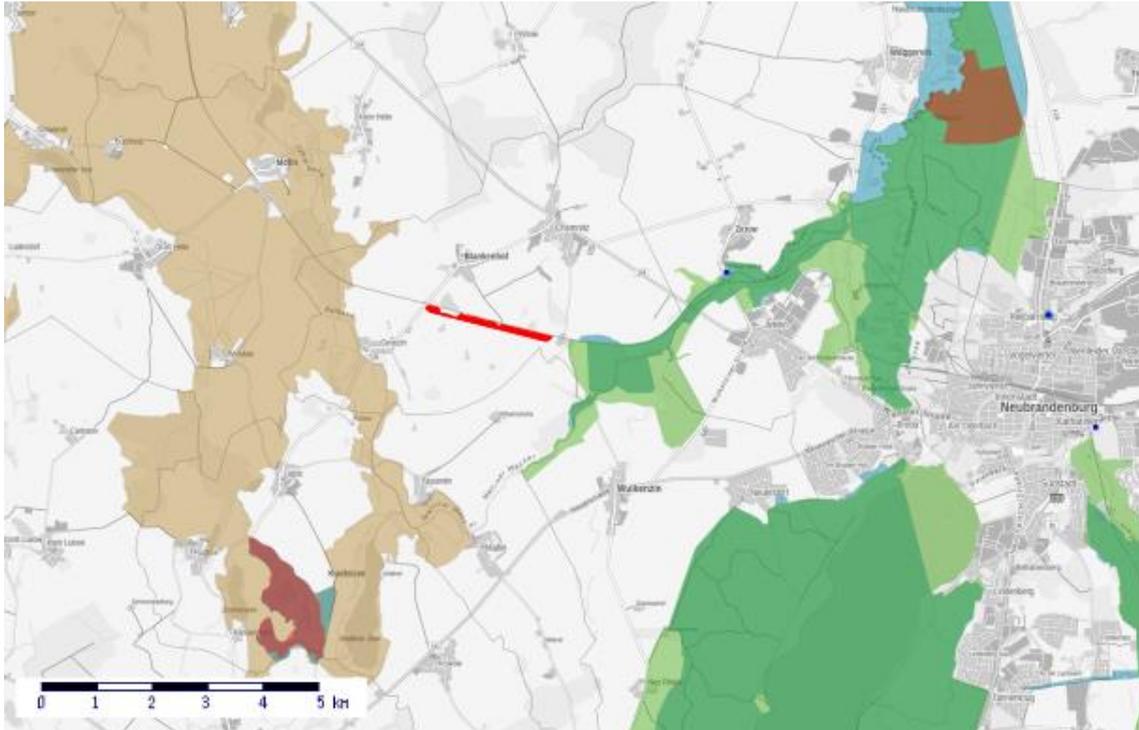


Abbildung 8: Europäische und nationale Schutzgebiete im Umfeld des Plangebietes (rot). Quelle: Kartenportal Umwelt MV 2020.

Abbildung 8 verdeutlicht die Lage des Vorhabens im Zusammenhang mit nationalen und internationalen Schutzgebieten. Folgende Schutzgebiete befinden sich im weiteren Umfeld:

- Landschaftsschutzgebiet Malliner Bach und Seekette, Entfernung ca. 400 m östlich
- FFH-Gebiet DE 2245-302 „Tollenseetal mit Zuflüssen“, Entfernung ca. 470 m östlich
- SPA DE 2344-401 „Kuppiges Tollensegebiet zwischen Rosenow und Penzlin“, Entfernung ca. 1.200 m westlich

Durch die ausreichende Entfernung von ca. 1.200 m vom SPA und die westliche, d.h. schutzgebietsseitige Begrenzung der von der Planung beanspruchten Ackerfläche durch die Straße MST 21 ist gewährleistet, dass die Planung keine über die Schutzgebietsgrenzen hinaus ragenden Habitate der Zielarten beansprucht. Somit ist davon auszugehen, dass die Umsetzung der Planung nicht zur erheblichen Beeinträchtigung des SPA in seinen maßgeblichen Gebietsbestandteilen führen wird. Gleiches gilt im übertragenen Sinne für das östlich gelegene Gebiet gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiet), dessen Zielarten sehr geringe Aktionsradien infolge ihrer engen Bindung an ihr jeweiliges Feucht- bzw. Gewässerhabitat aufweisen, so dass auch hier entfernungsbedingt keine Beeinträchtigungen zu erwarten sind.

Aufgrund der damit ausreichenden Entfernung und der lokal begrenzten, vorhabenrelevanten Auswirkungen sind keine Beeinträchtigungen der entsprechenden Erhaltungs- und Entwicklungsziele zu erwarten. Somit entstehen hieraus auch keine artenschutzrechtlichen Konflikte in Bezug auf die Zielarten der umgebenden Natura2000-Gebietskulisse.

3. Standortmerkmale und Schutzgüter

3.1. Mensch und Nutzungen

Wohn- und Erholungsfunktion

Drei Siedlungssplitter liegen in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet. Ein Bereich nördlich der Bahnstrecke liegt in einer Entfernung von ca. 30 m nordwestlich des Geltungsbereichs. Der Bereich ist in alle Richtungen stark durch Wälder abgeschirmt (Abb. 9). Der zweite Bereich (Abb. 10) liegt ca. 100 m östlich vom Vorhaben und wird auch hof- sowie vorhabenseitig durch Gehölzstrukturen optisch abgeschirmt.



Abbildung 9: Einzelhof in unmittelbarer Nähe ca. 30m nordwestlich vom Plangebiet. Quelle: © 2020 GeoBasis-DE/BDK (2009).

Im mittleren Bereich des Geltungsbereiches, eingebettet zwischen Plangebiet und Gleis, befinden sich einzelne Gebäude, die ebenso gleisseitig und hofseitig sehr stark von Gehölzstrukturen abgeschirmt werden (Abb. 11). Der B-Plan sieht vor, breite Korridore südlich dieses Siedlungssplitters bebauungsfrei zu lassen, so dass ebenfalls davon ausgegangen werden kann, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen der Wohnfunktion durch die Umsetzung der Planinhalte entsteht.

Alle Siedlungssplitter gehören zum 550 m nördlich liegenden Blankenhof, welches durch vorhandenes Siedlungsgrün sowie das Feuchtbiotop „Kleiner See“ und seine unmittelbar umgebenden Gehölzbiotope wirkungsvoll von der Vorhabenfläche abgeschirmt wird. In die Gehölzbiotope reihen sich entlang der Bahnstrecke ausgeprägte Hecken.

Eine Beeinträchtigung der Wohnfunktion wird überdies durch den schadstoff- und lärmfreien Betrieb der Anlage vermieden. Ausgehend von den vorgenannten Wohngebäuden ist eine Ansicht der geplanten PV-Anlage nur von hinten oder von der Seite möglich, nicht jedoch von vorne, da die Module nach Süden exponiert sind. Die Moduloberflächen verursachen im Übrigen keine relevanten Spiegel- bzw. Blendeffekte, da die Strahlungsenergie zum größten Teil absorbiert wird und Reflexblendungen sich auf den unmittelbaren Nahbereich der Anlage (wenige Dezimeter) beschränken.

Die Errichtung und der Betrieb des Solarfeldes im Plangebiet ergeben somit keine erhebliche Beeinträchtigung der Wohn- und Erholungsfunktion.



Abbildung 10: Siedlungssplitter ca. 100 m östlich vom Plangebiet. Quelle: © 2020 GeoBasis-DE/BDK (2009).



Abbildung 11: Mittiger Siedlungssplitter zwischen Plangebiet und Gleisen. Quelle: © 2020 GeoBasis-DE/BDK (2009)

Land-, Forstwirtschaft, Energienutzung

Energienutzung und Forstwirtschaft spielen im Plangebiet bislang keine Rolle. Das gesamte Plangebiet wird bisher intensiv landwirtschaftlich genutzt.

Weiter östlich und westlich befinden sich kleinere und größere Waldflächen. Die Planinhalte geraten diesbezüglich entfernungsbedingt nicht in Konflikte.

Die angrenzenden Nutzungen werden bei Realisierung der Planinhalte von der PV-Anlage auch weiterhin nicht eingeschränkt oder anderweitig beeinflusst.

3.2. Oberflächen- und Grundwasser

An das Plangebiet direkt nördlich angrenzend, befinden sich ca. 1.700 m² eines Standgewässers mit einer Gesamtgröße von ca. 5900 m², das durch Gleise durchschnitten wird. Dieses liegt jedoch außerhalb des Geltungsbereiches, respektive der festgesetzten Baugrenzen und wird insofern durch die Umsetzung der Planinhalte nicht beeinträchtigt (Abb. 12).

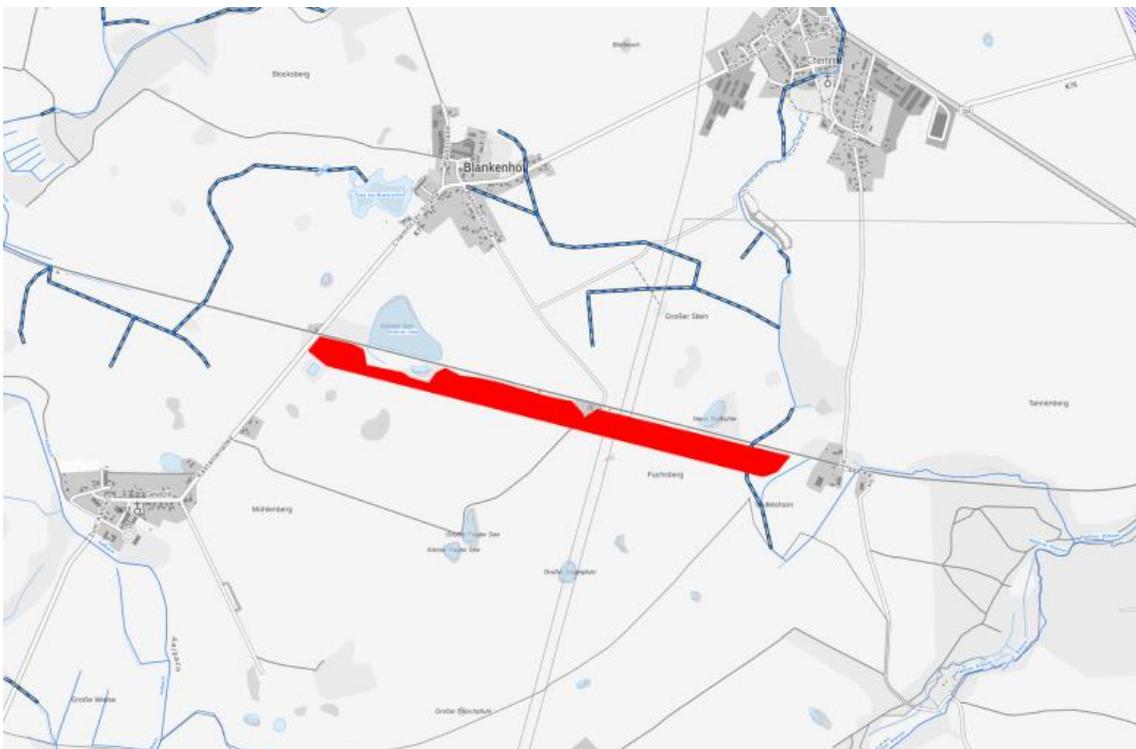


Abbildung 12: Vorhabengebiet im Kontext zu Oberflächengewässern und verrohrten Gräben. Quelle: Umweltkartenportal 2020.

Außerdem liegt das Vorhabengebiet außerhalb von Wasserschutzgebieten. So ist eine Betroffenheit des Grund- und Oberflächenwassers durch die Planinhalte bereits räumlich ausgeschlossen.

3.3. Geologie, Boden und Fläche

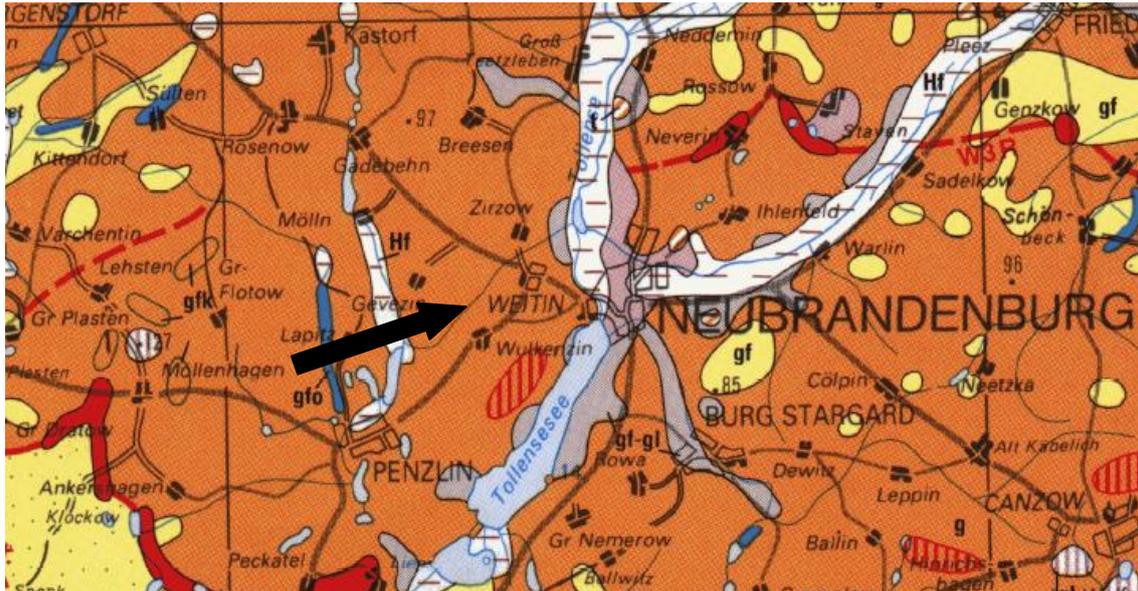


Abbildung 13: Geplanter Standort (Pfeil) im Kontext der geologischen Oberfläche. Kartengrundlage: Geologische Übersichtskarte von Mecklenburg-Vorpommern, M 1:500.000 © LUNG M-V Güstrow; verkleinerter Ausschnitt.

Das Vorhabengebiet ist in der weichseleiszeitlichen Grundmoräne lokalisiert (Abb. 13). Die nacheiszeitliche Bodenentwicklung führte zur Ausprägung von Tieflehm -/Lehm-Parabraunerde/Fahlerde/Pseudogley (Staugley) auf Grundmoräne mit z.T. starkem Stauwassereinfluss auf eben-flachkuppigem Gelände (Abb. 14, Fläche 15).

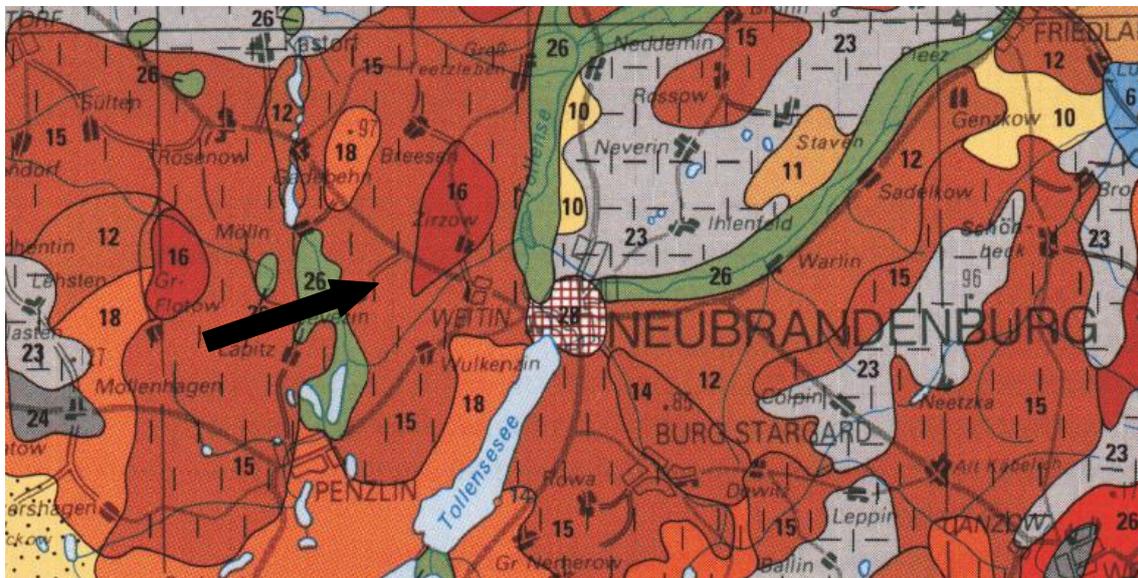


Abbildung 14: Geplanter Standort (Pfeil) im Kontext der anstehenden Bodengesellschaften, Einheit 15 hier Tieflehm-/ Lehm- und Parabraunerde, eben bis flachkuppig. Kartengrundlage: Bodenübersichtskarte von Mecklenburg-Vorpommern, M 1:500.000 © LUNG M-V Güstrow.

Das Vorhaben beansprucht ausschließlich intensiv landwirtschaftlich genutzten Kulturboden, so dass infolge der Teil- und Vollversiegelung keinesfalls seltene und/oder besonders schützenswerte Bodengesellschaften betroffen sein werden.

Da die Solarmodule auf gerammten Pfählen gründen, liegt der Flächenanteil der Versiegelung lediglich bei ca. 1 %.

Die Überbauung führt indes nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Bodenfunktionen.

3.4. Klima und Luft

Das Plangebiet liegt in der Planregion Mecklenburgische Seenplatte (Abb. 15). Im Gutachtlichen Landschaftsrahmenplan der Region sind folgende Aussagen zum Klima enthalten:

„Das Klima der Region Mecklenburgische Seenplatte wird durch stärker kontinentale Einflüsse geprägt, die in südöstlicher Richtung zunehmen, wohingegen im Nordwesten noch ozeanische Einflüsse spürbar sind. Generell ist die Region vier Klimagebieten zuzuordnen (vgl. LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG 1995):

- Klimagebiet der mecklenburgisch-westvorpommerschen Platten
- Klimagebiet der ostmecklenburgisch-vorpommerschen Platten und der Ueckermünder Heide
- Klimagebiet des mittelmeklenburgischen Großseen- und Hügellands
- Klimagebiet des ostmecklenburgischen Kleinseen- und Hügellands.“

GLRP MS 2011 Seite II-119.

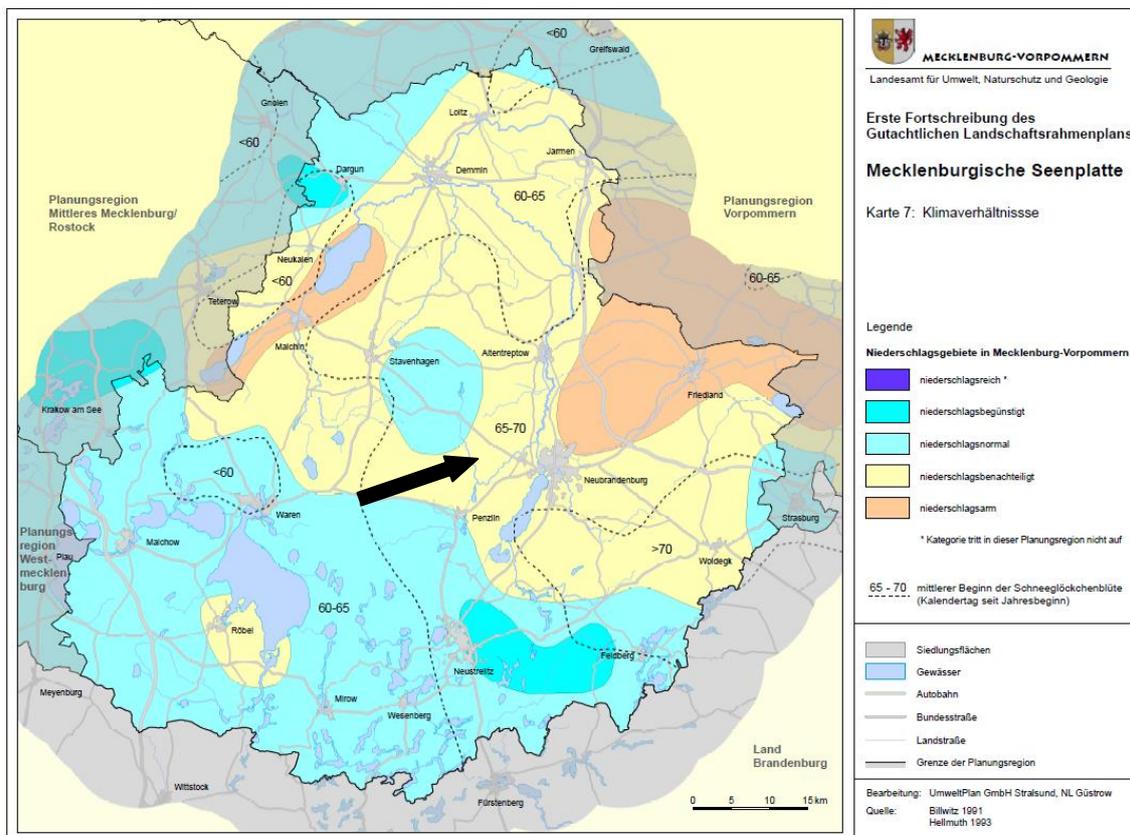


Abbildung 15: Geplanter Standort (Pfeil) im Kontext der Klimaverhältnisse. Karte 7 Klimaverhältnisse GLRP MS 2011.

3.5. Landschaftsbild

Gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG besteht ein Eingriff auch in der möglichen erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die Eingriffsregelung schützt Natur und Landschaft damit nicht nur in ihrer ökologischen Bedeutung, sondern ebenso in ihrer ästhetischen, den Naturgenuss prägenden Funktion. Das Landschaftsbild umfasst dabei die sinnlich wahrnehmbare Erscheinungsform der Landschaft.

Ein Vorhaben greift in Natur und Landschaft ein, wenn es zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung in der sinnlichen Wahrnehmung kommt. Eine derartige Beeinträchtigung liegt in jeder sichtbaren und nachteiligen Veränderung der Landschaft in ihrer gegenwärtigen Gestalt vor. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes besteht nicht erst bei einer Verunstaltung der Landschaft durch das Vorhaben, sondern schon

dann, wenn das Vorhaben als besonderer Fremdkörper in der Landschaft erscheint bzw. eine wesensfremde Nutzung darstellt.

Der Beurteilungsraum für Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes umfasst – insbesondere abhängig von der Topographie des Vorhabenstandortes – den Sichtraum, d. h. die Flächen, von denen aus ein Eingriffsobjekt gesehen werden kann. Potenzielle Beeinträchtigungen der Erholungsvoraussetzungen durch Lärm oder Emissionen können zu einer Ergänzung des Beurteilungsraumes führen (vgl. LUNG 1999).

Die nachfolgende Abbildung zeigt die im Rahmen des geplanten Vorhabens auftretenden sichtverstellten, sichtverschatteten und sichtbeeinträchtigten Flächen.

Das nahe Umfeld des Plangebietes ist geprägt von der Bahnstrecke Malchin – Neubrandenburg, sowie einzelnen Gehölzstrukturen und Gewässerbiotopen. Wie in Abbildung 16 anhand der Höhenlinien zu sehen ist, liegt die Planfläche reliefbedingt in einem tieferen Bereich als ihre Umgebung.

Zwischen dem einzelnen Wohngebäude an der Bahntrasse im Westen und dem Plangebiet können kaum Sichtbeziehungen entstehen, da der Siedlungssplitter dicht eingerahmt ist von Gehölzstrukturen. Gleiches gilt für mehrere Einzelgehöfte östlich der Planfläche, hier versperren sowohl Grünstrukturen als auch ein landwirtschaftlicher Betrieb direkte Sichtbeziehungen, so dass lediglich aus den Dachgeschossfenstern eine Sichtbarkeit gegeben sein kann und eine erhebliche Beeinträchtigung der Wohnfunktion ausgeschlossen ist.

Durch die dichte Bepflanzung entlang des Bahndamms werden die nördlich liegenden Flächen nur geringfügig sichtbeeinträchtigt, lediglich durch kleinere Lücken in den bahnbegleitenden Heckstrukturen können Sichtbeziehungen entstehen. Hiervon betroffen sind überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen. Die ca. 500 m nördlich liegende Ortschaft Blankenhof wird kaum davon beeinträchtigt, da der Ortsrand von Siedlungsgehölzen umgeben ist. Wenn überhaupt kann sich hier lediglich aus den Dachfenstern der Wohnbebauung eine Sichtbarkeit ergeben, eine erhebliche Beeinträchtigung der Wohnfunktion ist ausgeschlossen.

Südlich des Plangebietes liegen ausgedehnte, intensiv genutzte Ackerflächen, sodass keine Adressaten für Sichtbeeinträchtigungen zu finden sind. Reliefbedingt sind Sichtbeziehungen im weiteren südlichen Umfeld ausgeschlossen.

Sichtbeziehungen zwischen der südwestlich liegenden Ortschaft Grevenzin und dem Geltungsbereich sind nur bedingt möglich, da Siedlungsgrün, Gehölzstrukturen und das vorhandene Relief diese unterbinden, so dass eine erhebliche Beeinträchtigung der Wohnfunktion ausgeschlossen ist.

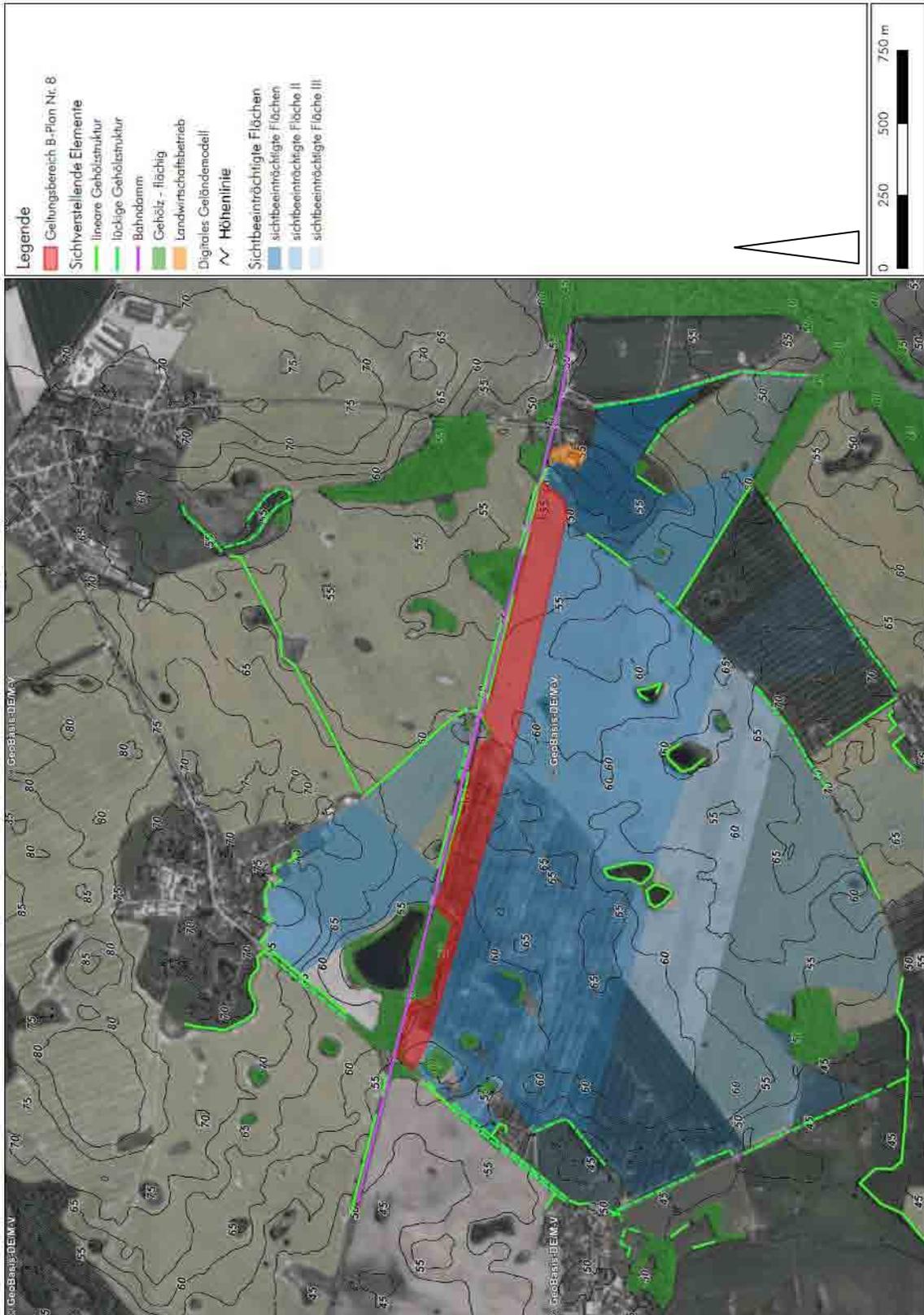


Abbildung 16: Darstellung der sichtverstellenden Elemente (grün-Grünstrukturen) und der vom Vorhaben (rot) ausgehenden, sichtbeeinträchtigten Fläche (blau – unbebauter Nahbereich, hellblau – geringfügig sichtbeeinträchtigte Fläche, pink – Bahndamm, orange = Landwirtschaftsbetrieb,) Erläuterung im Text. Karte erstellt mit QGIS 3.4.8, Kartengrundlage: Digitales Orthophoto LAIV-MV 2020.

Fazit Landschaftsbild

Bei dem Vorhabengebiet handelt es sich um eine derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche. Diese befindet sich an der Bahntrasse Malchin – Neubrandenburg. Das Plangebiet ist nach Norden, Osten und Westen durch vorhandene Gehölz- und Heckenstrukturen entlang der Bahnlinie wirkungsvoll abgeschirmt. Zu den Einzelgehöften im Westen und Osten ergeben sich eingeschränkte Sichtbeziehungen.

Zwischen den Ortschaften Blankenhof und Gevezin und dem Plangebiet entsteht durch sichtverstellendes Siedlungsgrün, vorhandene Gehölzstrukturen und das hügelige Relief keine Sichtbarkeit aus dem Erdgeschoss über die Ackerflächen, lediglich aus den Dachfenstern ist eine Sichtbeziehung möglich.

Aufgrund der guten Sichtverschattung der geplanten PV-Anlage kann davon ausgegangen werden, dass es (auch unter Berücksichtigung der anthropogenen Vorbelastung durch eine Hochspannungsleitung und die Bahntrasse) zu keiner erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes kommt. Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes liegt daher unter der Erheblichkeitsschwelle und ist damit nicht eingriffsrelevant.

Die nachfolgenden Fotos dokumentieren die zuvor beschriebene Situation im Nahbereich.



Abbildung 17: Fotopunkt 1 mit Blickrichtung Süden über die Vorhabenfläche in Richtung Gevezin; Quelle: STADT LAND FLUSS, 17.06.2020.



Abbildung 18: Fotopunkt 2 Blick nach Nordwesten in Richtung Siedlungssplitter; Quelle: STADT LAND FLUSS, 17.06.2020.



Abbildung 19: Fotopunkt 3 Blick nach Süden über Plangebiet; Quelle: STADT LAND FLUSS, 17.06.2020.



Abbildung 20: Fotopunkt 4 Blick nach Osten entlang der Bahntrasse über intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen, Quelle; STADT LAND FLUSS 17.06.2020.



Abbildung 21: Fotopunkt 5 Blick auf Einzelgehöft an Bahntrasse, etwa in Mitte des Plangebietes. Quelle: STADT LAND FLUSS 17.06.2020.



Abbildung 22: Fotopunkt 6 Blick auf Landwirtschaftsbetrieb östlich des Vorhabens. Quelle: STADT LAND FLUSS 17.06.2020.



Abbildung 23: Fotopunkt 6 Blick nach Südosten. Quelle STADT LAND FLUSS 17.06.2020.



Abbildung 24: Fotopunkt 7 Blick über Vorhabenbereich nach Süden über landwirtschaftliche Fläche. Quelle: STADT LAND FLUSS 17.06.2020.



Abbildung 25: Übersicht Fotopunkte während Biotopaufnahme am 17.06.2020. Karte erstellt mit QGIS 3.4.8, Kartengrundlage: Digitales Orthophoto LAIV-MV 2020.

3.6. Lebensräume und Flora

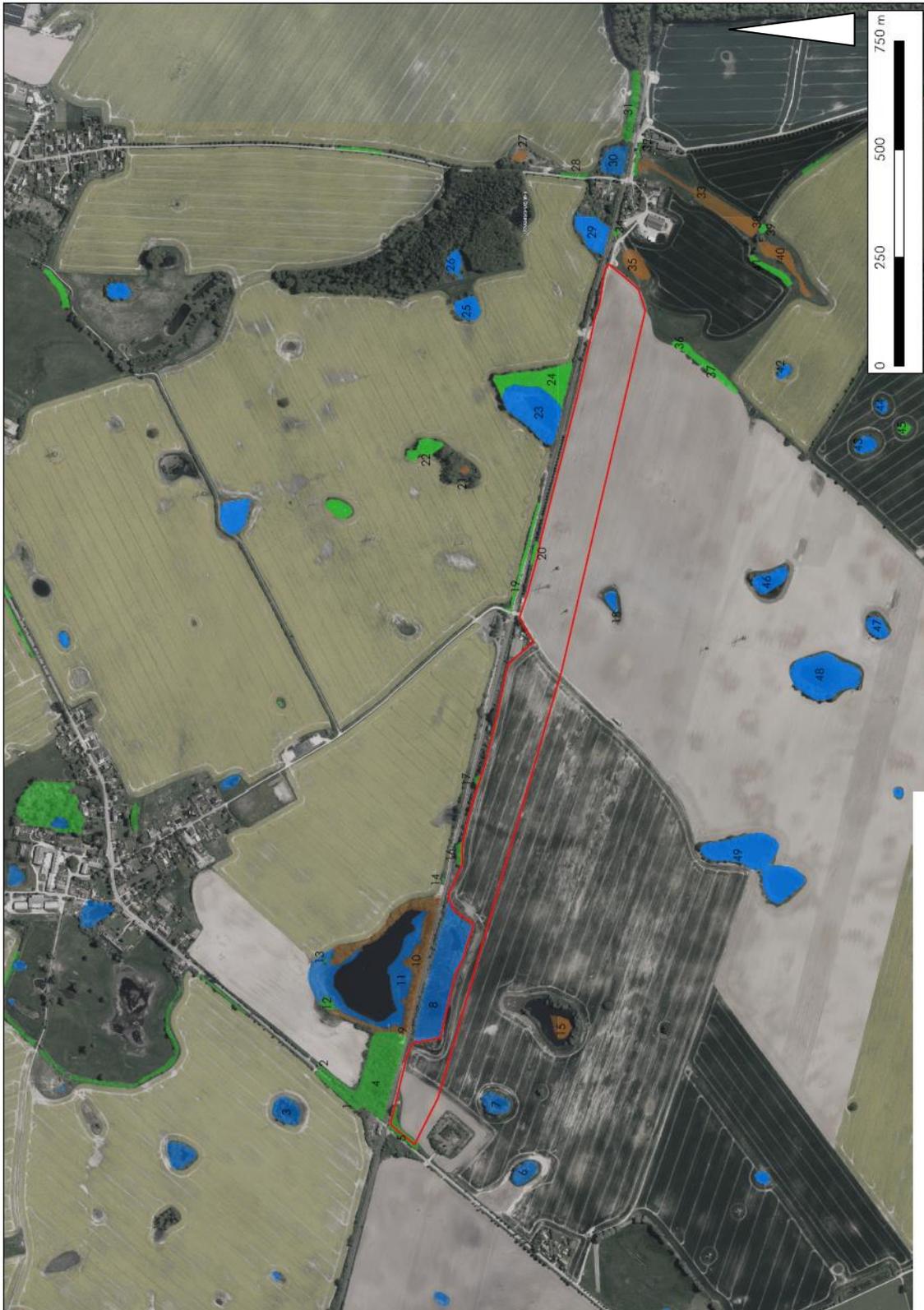


Abbildung 26: Gesetzlich geschützte Biotope im Umfeld des Vorhabens (rot). Kartengrundlage: Digitales Orthophoto LAIV-MV 2020.

Im Umfeld des Vorhabens befinden sich folgende gesetzlich geschützte Biotop:

1. Laufende Nummer im Landkreis: MST01599

Biotopname: Hecke, Esche, Weide, Pappel, sonstiger Laubbaum
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 2.025

2.Laufende Nummer im Landkreis: MST01601

Biotopname: Hecke, Esche, Pappel, sonstiger Laubbaum
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecke
Fläche in m²: 1.166

3.Laufende Nummer im Landkreis: MST01592

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Gehölz, Weide, Kleinröhricht, Wasserlinsen, Großseggenried, Flutrasen
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 3.217

4.Laufende Nummer im Landkreis: MST01600

Biotopname: Feldgehölz, Esche, Erle, Birke, Ulme, entwässert
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 14.280

5.Laufende Nummer im Landkreis: MST01590

Biotopname: Hecke, Überhälter, Esche, Eiche
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecke
Fläche in m²: 1.937

6.Laufende Nummer im Landkreis: MST01586

Biotopname: permanentes Kleingewässer, Gehölz, verbuscht, Eiche, Esche, Phragmites-Röhricht
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer
Fläche in m²: 2.114

7.Laufende Nummer im Landkreis: MST01589

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Gehölz, Weide, trocken gefallen, Flutrase, Staudenflur
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. Ufervegetation
Fläche in m²: 2.336

8.Laufende Nummer im Landkreis: MST01603

Biotopname: permanentes Kleingewässer, Gehölz, verbuscht, Weide, Phragmites-Röhricht, Großröhricht, Großseggenried, Staudenflur
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 18.467

9.Laufende Nummer im Landkreis: MST01602

Biotopname: Flachsee, Weide, Esche, Phragmites-Röhricht
Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede; Naturnahe Bruch-, Sumpf- und Auwälder
Fläche in m²: 2.594

10. Laufende Nummer im Landkreis: MST01610

Biotopname: Flachsee, Gehölz, Weide, Eiche, Phragmites-Röhricht, Hochstaudenflur, Großseggenried
Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede, Naturnahe Bruch-, Sumpf, und Auwälder

Fläche in m²: 13.163

11. Laufende Nummer im Landkreis: MST01605

Biotopname: Flachsee, Phragmites-Röhricht, Staudenflur, Schwimmblattdecken
Gesetzesbegriff: Verlandungsbereich stehender Gewässer, Röhrichtbestände und Riede
Fläche in m²: 16.256

12 .Laufende Nummer im Landkreis: MST01606

Biotopname: Gebüsch, Strauchgruppe
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 763

13. Laufende Nummer im Landkreis: MST01614

Biotopname: Flachsee, verbuscht, Weide
Gesetzesbegriff: Naturnahe Bruch-, Sumpf- und Auwälder
Fläche in m²: 60

14. Laufende Nummer im Landkreis: MST01617

Biotopname: Gebüsch/Strauchgruppe
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 76

15. Laufende Nummer im Landkreis: MST01598

Biotopname: Feuchtwiese südlich vom Kleinen See
Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede, Verlandungsbereiche stehender Gewässer
Fläche in m²: 1.689

16. Laufende Nummer im Landkreis: MST01618

Biotopname: Gebüsch/ Strauchgruppe; Überhälter; Eiche, extreme Hangneigung
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 669

17. Laufende Nummer im Landkreis: MST01627

Biotopname: Gebüsch/Strauchgruppe; extreme Hangneigung
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 281

18. Laufende Nummer im Landkreis: MST01646

Biotopname: temporäre Kleingewässer, Kleinröhricht, Staudenflur
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Ufervegetation
Fläche in m²: 790

19. Laufende Nummer im Landkreis: MST01654

Biotopname: Hecke
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 1.743

20. Laufende Nummer im Landkreis: MST01655

Biotopname: Hecke
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 414

21. Laufende Nummer im Landkreis: MST01663

Biotopname: Feuchtgrünland, Phragmites-Röhricht, Staudenflur, aufgelassen
Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede
Fläche in m²: 271

22. Laufende Nummer im Landkreis: MST01668

Biotopname: Baumgruppe, Erle, Weide, entwässert

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze

Fläche in m²: 2.272

23. Laufende Nummer im Landkreis: MST01667

Biotopname: permanentes Kleingewässer;
Gehölz, Esche, Weide, Erle, Phragmites.Röhricht,
Typha-Röhricht

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer,
einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 11.529

24. Laufende Nummer im Landkreis: MST01670

Biotopname: Baumgruppe, Esche, Weide, Eiche,
entwässert

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze

Fläche in m²: 7.959

25. Laufende Nummer im Landkreis: MST01684

Biotopname: temporäres Kleingewässer,
Flutrasen, Großseggenried, Gehölz, Weide,
staudenflur, lückiger Bestand/lückenhaft

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer,
einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 2.525

26. Laufende Nummer im Landkreis: MST01694

Biotopname: Kleingewässer, Gehölz, Erle, Esche,
Phragmites-Röhricht, Unterwasservegetation,
entwässert, Staudenflur, verbuscht, Weide

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer,
einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 1.582

27. Laufende Nummer im Landkreis: MST01710

Biotopname: Feuchtgrünland, Staudenflur,
Phragmites-Röhricht, aufgelassen

Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede

Fläche in m²: 555

28. Laufende Nummer im Landkreis: MST01702

Biotopname: Hecke

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken

Fläche in m²: 574

29. Laufende Nummer im Landkreis: MST01693

Biotopname: temporäres Kleingewässer,
Wasserlinsen, Thypha-Röhricht, verbuscht, Weide

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer,
einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 4.690

30. Laufende Nummer im Landkreis: MST01704

Biotopname: temporäres Kleingewässer,
verbuscht, Weide

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer,
einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 3.220

31. Laufende Nummer im Landkreis: MST01712

Biotopname: Hecke, Eiche, Esche, Ahorn,
Weide, extreme Hangneigung

Gesetzesbegriff: naturnahe Feldhecken

Fläche in m²: 3.092

32. Laufende Nummer im Landkreis: MST01699

Biotopname: hecke, Überhälter, Weide

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken

Fläche in m²: 667

33. Laufende Nummer im Landkreis: MST01689

Biotopname: Feuchtwiese östlich vom
Teufelshorn

Gesetzesbegriff: Seggen- und binsenreiche
Naßwiese, Verlandungsbereich stehender
Gewässer

Fläche in m²: 7.384

34. Laufende Nummer im Landkreis: MST01692

Biotopname: Gebüsch/ Strauchgruppe, Weide

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze

Fläche in m²: 148

35. Laufende Nummer im Landkreis: MST01685

Biotopname: wiese nordwestlich vom Teufelshorn

Gesetzesbegriff: Seggen- und binsenreiche
Naßwiesen

Fläche in m²: 2.674

36. Laufende Nummer im Landkreis: MST01671

Biotopname: Hecke, Überhälter, Eiche

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken

Fläche in m²: 827

37. Laufende Nummer im Landkreis: MUE11564

Biotopname: hecke, Überhälter, Eiche

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken

Fläche in m²: 2.173

38. Laufende Nummer im Landkreis: MST01682

Biotopname: Baumgruppe, Weide

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze

Fläche in m²: 117

39. Laufende Nummer im Landkreis: MUE11568

Biotopname: Baumgruppe, Weide

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze

Fläche in m²: 153

40. Laufende Nummer im Landkreis: MUE11566

Biotopname: Feuchtwiese, südöstlich von
Teufelshorn

Gesetzesbegriff: Seggen- und binsenreiche
Naßwiesen, Verlandungsbereiche stehender
Gewässer

Fläche in m²: 3.123

41. Laufende Nummer im Landkreis: MUE11567

Biotopname: Hecke, Überhälter, Eiche

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken

Fläche in m²: 1.508

42. Laufende Nummer im Landkreis: MUE11562

Biotopname: temporäre Kleingewässer,
Flutrasen, Gehölz, Erle

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer,
einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 726

43. Laufende Nummer im Landkreis: MUE11559

Biotopname: permanentes Kleingewässer,
Phragmites-Röhricht, Gehölz, Weide

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer,
einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 1.486

44. Laufende Nummer im Landkreis: MUE11560

Biotopname: temporäres Kleingewässer,
Phragmites-Röhricht, Großröhricht,
trockengefallen, Staudenflur, verbuscht, Weide

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer,
einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 672

45. Laufende Nummer im Landkreis: MUE11558

Biotopname: Baumgruppe, Weide, Staudenflur

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze

Fläche in m²: 623

46. Laufende Nummer im Landkreis: MST01642

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Gehölz, Weide, trockengefallen, Flutrasen, Großröhricht

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 2.920

47. Laufende Nummer im Landkreis: MST01630

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Großröhricht, Staudenflur, trockengefallen, Gehölz, Weide Phragmites-Röhricht

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 1.787

48. Laufende Nummer im Landkreis: MST01625

Biotopname: permanentes Kleingewässer, Gehölz, Weide, Eiche, Phragmites-Röhricht, Typha-Röhricht, Staudenflur, verbuscht

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 12.089

49. Laufende Nummer im Landkreis: MST01625

Biotopname: permanentes Kleingewässer, Gehölz, Esche, Eiche, Weide, verbuscht, Staudenflur, strukturreich, Typha-Röhricht, Großröhricht

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.

Fläche in m²: 16.129

Im westlichen Bereich des Vorhabengebietes befindet sich das Biotop MST 01590 (Abb. 21 Nr. 5), eine naturnahe Feldhecke, welche aktuell mit Schlehe, Holunder sowie Eschen bestanden ist. Das Biotop Nr. 5 wird nicht überbaut, es befindet sich ca. 100 m westlich des Baufensters der PV-Anlage im Randbereich des Bebauungsplans.

Innerhalb der durch die Baugrenze definierten überbaubaren Sondergebietsfläche befinden sich überdies keine geschützten Biotope, eine direkte Beeinträchtigung kann somit ausgeschlossen werden.

Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sich die Situation für das geschützte Biotop durch die temporäre Aufgabe der ackerbaulichen Nutzung im direkten Umfeld durch den dann ausbleibenden Einsatz von Düngung und Pestiziden eher verbessern wird.

Nachfolgende Bilder dokumentieren die Biotopstruktur im Geltungsbereich und dessen Umfeld:



Abbildung 27: Biotop Nr. 5 (naturnahe Feldhecke) im westlichen Randbereich des Plangebietes, jedoch außerhalb der Baugrenzen; innerhalb des Planbereiches Ackerbrache, hier wächst neben Getreideresten Ackerhundskamille, vereinzelt Klatsch-Mohn, Vogel-Wicke, Gänse-Distel, Natternkopf und Wilde Möhre Quelle: STADT LAND FLUSS 2020.



Abbildung 28: Nördlich angrenzendes Biotop Nr. 8, außerhalb des Geltungsbereiches, permanentes Kleingewässer, wasserführend, hier wachsen: Weide, Röhricht, Seggen; Holunder, zum Zeitpunkt der Aufnahme wurden folgende Arten angetroffen: Höckerschwan, Kranich, Drosselrohrsänger, Amsel, Zilpzalp, Mönchsgrasmücke, Kuckuck und Buchfink. Quelle: STADT LAND FLUSS 2020.



Abbildung 29: Naturnahe Feldhecke, hier wachsen: Eiche, Esche, Weißdorn, Holunder, Hundsrose, Schlehe. Quelle: STADT LAND FLUSS 2020.



Abbildung 30: Lindenbaumreihe nördlich an das Plangebiet angrenzend (entlang des Bahndamms), hier wächst außerdem: Brennnessel, Glatthafer, Klettenlabkraut, Vogelwicke und Ackerwinde. Quelle: STADT LAND FLUSS 2020.



Abbildung 31: Hecke mit Überhältern nördlich des Geltungsbereiches. Hier wachsen: Eiche, Weißdorn, Apfel, Schlehe, Hartriegel, darunter Gräser, Acker-Hundskamille, Kornblume, Breitwegerich, Kletten-Labkraut, Klatsch-Mohn, Hirtentäschel, Kriechendes Fingerkraut, Beifuß, Wiesen-Labkraut und Glatthafer. Quelle: STADT LAND FLUSS 2020.

3.7. Fauna

Die ausführliche Betrachtung möglicher Auswirkungen des Vorhabens im Zusammenhang mit dem Lebensraumpotenzial für Tiere erfolgt im gesonderten Artenschutzfachbeitrag. Nachfolgend sei daher lediglich die Zusammenfassung des Fachbeitrags Artenschutz wieder gegeben:

Innerhalb eines derzeit ackerbaulich genutzten Gebiets entlang der Bahntrasse Malchin – Neubrandenburg soll auf einer Fläche von ca. 20 ha eine PV-Anlage errichtet und betrieben werden. Ausreichende Mindestabstände vermeiden jedwede negative Auswirkungen auf die umgebenden nationalen und europäischen Schutzgebiete.

Von der betroffenen Fläche geht derzeit eine für den Artenschutz untergeordnete Bedeutung aus. Deren Habitatfunktion bleibt mindestens vollständig erhalten, eine deutliche Verbesserung dieser Funktion ist infolge der Umwandlung von Acker in extensives Grünland jedoch wahrscheinlicher.

Folgende artenschutzfachliche Vermeidungsmaßnahmen sind zu berücksichtigen:

- Vögel der Feuchtgebiete/ Kleingewässer: Sämtliche Bauarbeiten erfolgen zum Schutz der im nordwestlich direkt angrenzenden Kleingewässer nachweislich brütenden Kraniche und Höckerschwäne vor dem 01.03. oder nach dem 15.08. Mit der Einhaltung dieser Bauzeitenregelung sind im Übrigen auch Tötungs- und Zugriffsverbote bei den Bodenbrütern vollständig vermeidbar¹.
- Zugunsten von Höckerschwan und Kranich sind festsetzungsgemäß zwei Durchlässe mit einer Breite von jeweils 20 m in der Umzäunung der PV-Anlage zwischen Kleingewässer und südlicher Ackerfläche freizuhalten.
- Amphibien: Vom 01.03. bis 01.10. Errichtung von Amphibienzäunen, Kontrollen und Absammeln der Amphibienzäune in Bereichen, in denen Wanderungen von Amphibien zu erwarten sind.

Nach Fertigstellung des Solarparks erfolgt zwangsläufig eine Unterbrechung der ackerbaulichen Nutzung. Es wird sich auf der Fläche eine artenreiche Staudenflur entwickeln.

Die technisch bedingte Freihaltung der Flächen von aufkommenden Gehölzen mittels mehrschüriger Jahresmahd oder extensiver Beweidung führt zu einer dauerhaften Entwicklung eines für Insekten, Wiesenbrüter, jagende Fledermäuse gleichermaßen attraktiven Biotops.

Unter Einhaltung der oben genannten Vermeidungs- und Pflegemaßnahmen ergeben sich keine projektbedingten Verbotstatbestände im Sinne von § 44 BNatSchG.

Die Beachtung und Umsetzung der artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen hat im Übrigen zur Folge, dass etwaige besondere Biotopfunktionen nicht betroffen sind und somit kein additiver Kompensationsbedarf entsteht. Aufgrund der ausschließlichen Beanspruchung von intensiv bewirtschaftetem Acker für die Errichtung der PV-Module ist das Habitatpotenzial ohnehin sehr begrenzt. Dieses wird sich mit Umsetzung der Planinhalte durch Umwandlung des Acker zu einer artenreichen Staudenflur erhöhen.

¹ Die bei den Bodenbrüterarten zuvor im Einzelnen dargestellten alternativen Möglichkeiten zur Verwendung von Flatterbändern oder der Unterdrückung von Aufwuchs durch Pflügen / Eggen entfallen in diesem Einzelfall aufgrund der strikt einzuhaltenden Bauzeitenregelung zugunsten von Höckerschwan und Kranich.

3.8. Biologische Vielfalt

§ 7 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG definiert die Biologische Vielfalt folgendermaßen:

„Die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten einschließlich der innerartlichen Vielfalt sowie die Vielfalt an Formen von Lebensgemeinschaften und Biotopen.“

Durch die derzeit intensive ackerbauliche Nutzung ist die Arten- und Individuenvielfalt im Plangebiet derzeit eingeschränkt. Bei Umsetzung der Planinhalte ist, wie oben beschrieben, infolge der Umwandlung der ackerbaulichen Nutzung zu einer artenreichen Staudenflur eine deutliche Erhöhung zu erwarten. Insofern ergibt sich durch die Errichtung einer PV-Anlage kein negativer, sondern voraussichtlich positiver Einfluss auf die biologische Vielfalt.

3.9. Kulturgüter

Im Geltungsbereich befinden sich nach bisherigem Kenntnisstand keine Bodendenkmale.

3.10. Sonstige Sachgüter

Eine negative Betroffenheit von sonstigen Sachgütern ist nicht zu erwarten.

4. Wirkung des Vorhabens auf die Umwelt

4.1. Umweltentwicklung ohne Realisierung des Vorhabens

Es ist damit zu rechnen, dass ohne Umsetzung der PV-Anlage die intensive landwirtschaftliche Nutzung aufrechterhalten wird.

4.2. Umweltentwicklung bei Realisierung des Vorhabens

4.2.1. Erschließung

In Anbetracht der geplanten Nutzung sind die Anforderungen an die verkehrliche Erschließung gering. Das Plangebiet kann daher über einen vorhandenen öffentlichen Weg, zwischen Gevenzin und Blankenhof, erschlossen werden.

Innerhalb der Fläche sind, um eine fortlaufende Wartung der Anlage zu ermöglichen, einfache Erschließungsanlagen z.B. in Form einiger Rasenschotterwege hinreichend. Voraussichtlich müssen infolge der Tragfähigkeit des Bodens und des sich entwickelnden Grünlandes jedoch keine Erschließungswege angelegt werden. Dies erfordert keine Festsetzungen gesonderter Verkehrsflächen nach § 9 Abs. Nr. 11 BauGB.

4.2.2. Baubedingte Wirkungen

In der Bauphase (max. 3 Monate) der Photovoltaikanlage ist ggf. mit einem vorhabenbedingtem Verkehrsaufkommen zu rechnen. Die Belastung wird jedoch bei weitem nicht das Maß erreichen, das durch die Ackerbewirtschaftung mit Agrarfahrzeugen gegeben ist.

Nach Installation der Tragwerke und Paneele werden sich Bodengefüge (beansprucht wird hier streng genommen kein Boden, sondern Lockergestein) und Vegetation aufgrund der dann weitgehend unterlassenen Untergrundbelastung erholen. Die Pfosten der Tragwerke werden in den Boden eingerammt, eine zusätzliche Versiegelung z.B. durch Anlage von Punkt- oder Streifenfundamenten erfolgt nicht.

Zur Vernetzung der Module und zur Einspeisung des gewonnenen Stroms ist ggf. die Verlegung von Erdkabeln in Gräben von ca. 0,7 m Tiefe und max. 0,6 m Breite notwendig. Der Eingriff ist durch die Festsetzung nach Art und Maß der baulichen Nutzung des Bebauungsplans nicht gesondert zu betrachten. Hiervon ist jedoch nur anthropogen bereits stark veränderter bzw. beanspruchter Kulturböden betroffen.

Im B-Plan ist eine Grundflächenzahl von 0,5 festgesetzt. Darin berücksichtigt sind die Gelände-„Überdachung“ durch die PV-Module sowie die etwaig unterirdische Verlegung von Kabelsträngen. Die damit verbundene Störung der Bodenmatrix wird sich jedoch im Laufe der Jahre wieder durch natürliche Kryo- und Bioturbation (Gefügebildung durch Frost und Organismen) regenerieren und geht nicht über die derzeitige ackerbauliche Nutzung hinaus. Es sei darauf hingewiesen, dass die Boden- und Biotopfunktion durch die Modulüberbauung allenfalls unerheblich beeinträchtigt wird. Anhand inzwischen zahlreicher Freiflächen-PV-Anlagen ist erkennbar, dass sich auch unter den Modulen eine geschlossene, artenreiche Staudenflur bildet und insofern auch die Bodenfunktionen keiner (erheblichen) Beeinträchtigung unterliegen können.

4.2.3. *Anlage- und betriebsbedingte Wirkungen*

Anlagebedingt kommt es durch Installation der Stahlstützen der Modultische zu Versiegelungen auf einem Gesamtflächenanteil von ca. 1 %.

Nach Inbetriebnahme der Photovoltaik-Anlage ergibt sich auf der Fläche selbst keine erhebliche Belastung. So erfährt der zuvor intensiv genutzte Ackerstandort eine Umwandlung zu einer artenreichen, landwirtschaftlich nicht genutzten Staudenflur, deren in der Regel mehrschürige Mahd oder extensiven Beweidung (meist mit Schafen) zur Freihaltung der Paneele vorgesehen ist. Insofern ist mit einer deutlichen Erhöhung der Wiesenbrüterdichte und des Artenspektrums (z.B. Feldlerche, Heidelerche, Feldschwirl, Wachtel, Goldammer, Grauammer) zu rechnen, zumal die Zerstörung von Gelegen durch Befahren / Begehen infolge der geringen Frequentierung der Fläche auf ein Minimum reduziert ist.

Im Vergleich zum Ausgangszustand (Intensiv-Acker) ergibt sich durch die Vorhabenrealisierung insgesamt eine ökologische Aufwertung der Lebensraumfunktionen auf der Fläche.

4.2.4. *Vermeidung und Verminderung erheblicher Beeinträchtigungen*

Folgende Gesichtspunkte zielen auf die weitestgehende Einschränkung des Eingriffs und artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände:

- Es wird seither intensiv genutzte, strukturarme Ackerfläche beansprucht und im Sinne einer ökologischen Wertsteigerung zu Extensiv-Grünland umgewandelt.
- Die Vorhabenfläche befindet sich nicht in einem störungsarmen Freiraum, sondern liegt direkt an der befahrenen Bahnlinie Neubrandenburg - Pasewalk.
- Die technisch bedingte Freihaltung der Fläche von aufkommenden Gehölzen mittels einjähriger Mahd im Spätsommer führt zur Entwicklung eines insb. für Wiesenbrüter und Insekten attraktiven Biotops.

4.3. **Verbleibende, erhebliche Beeinträchtigungen pro Schutzgut**

Die Umsetzung der Planinhalte stellt durch Überbauung einen kompensationspflichtigen Eingriff in die Schutzgüter Lebensräume und Pflanzen dar. Dieser Sachverhalt wird nachfolgend unter Heranziehung der Methodik „Hinweise zur Eingriffsregelung in MV“ (HZE MV, Neufassung 2018) quantitativ ermittelt.

Die Beeinträchtigung der übrigen Schutzgüter ist, wie im Einzelnen bereits erläutert, jeweils entweder nicht gegeben oder unerheblich im Sinne der Eingriffsdefinition.

5. Eingriffsermittlung und Eingriffskompensation

5.1. Eingriffsermittlung

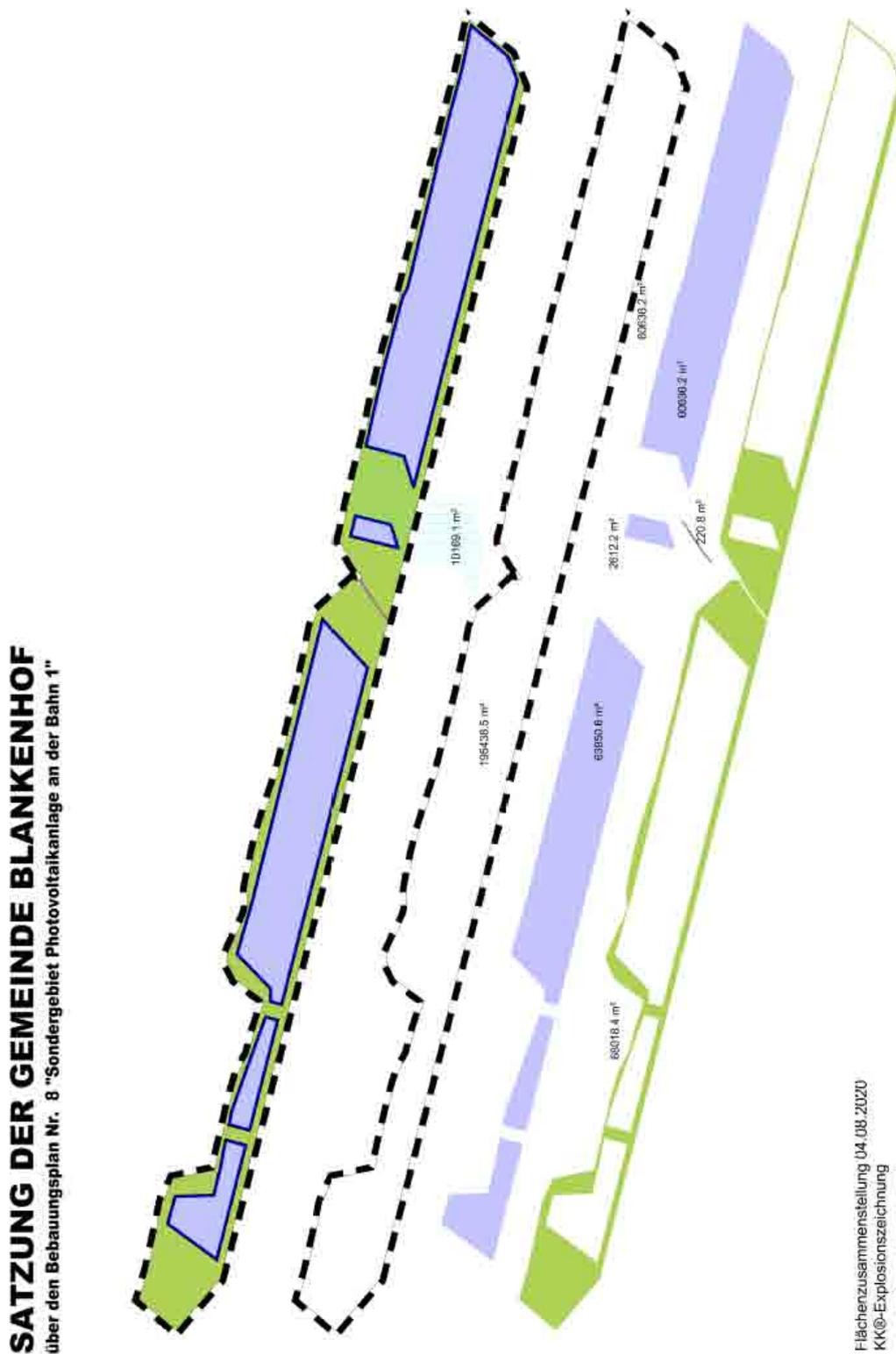


Abbildung 32: Aufschlüsselung der im Geltungsbereich vorhandenen, bebaubaren (blau) und nicht bebaubaren (grün) Flächen sowie Wegeflächen. Quelle und Darstellung: BAB Wismar 2020.

Die vorgenannte Methodik verfolgt den biotopbezogenen Ansatz bei der Ermittlung von Eingriffen. Ausschlaggebend ist dabei die anteilige Größe der jeweils betroffenen Biotoptypen. Deren ökologische Wertigkeit fließt in die Bewertung der Intensität des Eingriffs und die Bemessung des daraus resultierenden Kompensationsbedarfs ein. Der Eingriff erfolgt gemäß der bauleitplanerischen Festsetzungen ausschließlich in den Biotoptyp „Acker“.

Entsprechend der Festsetzung einer GRZ 0,5 wird hier zur Ermittlung des Eingriffs die baurechtlich maximal mögliche Biotopüberbauung in Ansatz gebracht. Abb. 28 dient hierbei als Grundlage, die darin enthaltenen Werte werden nachfolgend zur Berechnung verwendet. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 195.438,5 m², die GRZ ist mit 0,5 festgesetzt. Daraus resultiert eine maximal überbaubare Fläche von 97.719,25 m². Die Bebauung kann ausschließlich innerhalb der festgesetzten Baufenster auf einer Gesamtfläche von 127.199 m² erfolgen.

Die in Anlage 3 der HZE M-V ausgeführten Wertstufen Regenerationsfähigkeit und Gefährdung (in Anlehnung an die Rote Liste der gefährdeten Biotoptypen Deutschlands) fließen methodisch dabei grundsätzlich in die Ermittlung des Kompensationserfordernisses ein.

Der Biotoptyp Acker wird in den Kategorien der naturschutzfachlichen Wertstufen Regeneration und Gefährdung jeweils mit einer Wertstufe von 0 bewertet, sodass sich durchschnittlicher Biotopwert von 1 ergibt.

Da für den betroffenen Biotoptyp ein Abstand < 100 m zu vorhandenen Störquellen (Bahngleise) besteht, wird ein Lagefaktor von 0,75 angesetzt. Die Berechnung des Eingriffsflächenäquivalents für die Biotopbeseitigung bzw. Biotopveränderung ergibt sich aus folgender Formel:

$$\text{Fläche des betroffenen Biotoptyps} \times \text{Biotopwert des betroffenen Biotoptyps} \times \text{Lagefaktor} = \text{Eingriffsäquivalent für Biotopbeseitigung bzw. Biotopveränderung [m² FÄQ]}$$

Die Entwicklung artenreicher Staudenfluren auf Photovoltaik-Freiflächenanlagen kann kompensationsmindernd berücksichtigt werden: Für die Zwischenmodulfläche (135.372,8 m² – 97.719,25 m² = 29.479,75 m²) wird ein Wert von 0,8 für die Kompensationsminderung angesetzt, für die maximal überschirmte Fläche (97.719,25 m²) ein Wert von 0,4. Das Flächenäquivalent für kompensationsmindernde Maßnahmen wird über folgende multiplikative Verknüpfung ermittelt:

$$\text{Fläche der kompensationsmindernden Maßnahme in m²} \times \text{Wert der kompensationsmindernden Maßnahme} = \text{Flächenäquivalent der kompensationsmindernden Maßnahme [m² FÄQ]}$$

Der um das Flächenäquivalent der kompensationsmindernden Maßnahmen korrigierte multifunktionale Kompensationsbedarf wird wie folgt ermittelt:

$$\text{Multifunktionaler Kompensationsbedarf [m²]} - \text{Flächenäquivalent der kompensationsmindernden Maßnahme [m²]} = \text{korrigierter multifunkt. Kompensationsbedarf [m²]}$$

Es ergibt sich für das geplante Vorhaben folgende Flächenberechnung und Kompensationsermittlung:

Biotopbeseitigung/ Biotopveränderung

$$127.199 \text{ m}^2 \quad \times \quad \text{KWZ 1} \quad \times \quad \text{LGF 0,75} \quad = 95.399,25 \text{ m}^2 \text{ EFÄ}$$

Kompensationsmindernde Maßnahmen

$$\text{Überschirmte Fläche:} \quad 97.719,25 \text{ m}^2 \quad \times \quad 0,4 \quad = \quad 39.087,70 \text{ m}^2 \text{ EFÄ}$$

$$\text{Zwischenmodulflächen:} \quad 29479,75 \text{ m}^2 \quad \times \quad 0,8 \quad = \quad 23.583,80 \text{ m}^2 \text{ EFÄ}$$

$$\text{Gesamt} = \underline{\underline{62.273,5 \text{ m}^2 \text{ EFÄ}}}$$

Es verbleibt ein Kompensationsbedarf von insgesamt $95399,25 \text{ m}^2 \text{ EFÄ} - 69.210,54 \text{ m}^2 \text{ EFÄ} = 26.189 \text{ m}^2 \text{ EFÄ}$ (Eingriffs-Flächenäquivalent).

5.2. Eingriffskompensation

Insgesamt ca. 68.018,4 m² Acker in den Randbereichen sowie vereinzelte größere Flächen am westlichen Rand des Gebiets, in der Nähe zu Bebauung und der Hochspannungsleitungen werden mit eingezäunt, aber nicht überbaut. Diese Flächen sind keine Modulzwischenflächen, sondern Randflächen außerhalb der PV-Anlage. Sie können daher infolge der darauf einsetzenden Entwicklung von Acker zu einer artenreichen Staudenflur als Kompensationsmaßnahme berücksichtigt werden.

Die Entwicklung von ehemals Acker zu einer solchen Staudenflur kommt gem. Anlage 6 HZE M-V folgenden Maßnahmen nahe:

Ziffer	Maßnahme	KW	max.
2.30	Umwandlung von Acker		
2.31	Umwandlung von Acker in extensive Mähwiesen	3,0	4,0
2.32	Umwandlung von Acker in extensive Weiden	2,0	
2.33	Umwandlung von Acker in Brachfläche mit Nutzungsoption als Mähwiese	2,0	
2.34	Umwandlung von Acker in Brachfläche mit Nutzungsoption als Weide	1,5	
2.35	Anlage von Extensivacker (Ackerwildkrautfläche) mit dauerhaft naturschutzgerechter Bewirtschaftung	3,0	

Je nach Bewirtschaftungsregime (Mahd oder Beweidung) und Zielbiotop (Grünland oder Brache) variieren die Kompensationswerte zwischen 1,5 und 3,0. Da sich in Freiflächen-PV-Anlagen nicht nur die Mahd, sondern auch die extensive Beweidung insb. mit Schafen bewährt und etabliert hat, wird für die hier mögliche Kompensationsfläche ein Kompensationswert von 2,0 angesetzt. Die Maßnahmenflächen erstrecken sich über die Wirkzonen I und II der angrenzenden Störquellen (Bebauung, Straße, Bahntrasse und Freileitung). Im 50 m-Wirkbereich der Bahntrasse, der Straße MST 77 sowie in unmittelbarer Nähe zu Hochspannungsleitungen wird gem. Anlage 4 HZE MV 2018 ein entsprechend reduzierter Leistungsfaktor von 0,5 sowie ein reduzierter Leistungsfaktor von 0,85 für die Wirkzone II festgelegt.

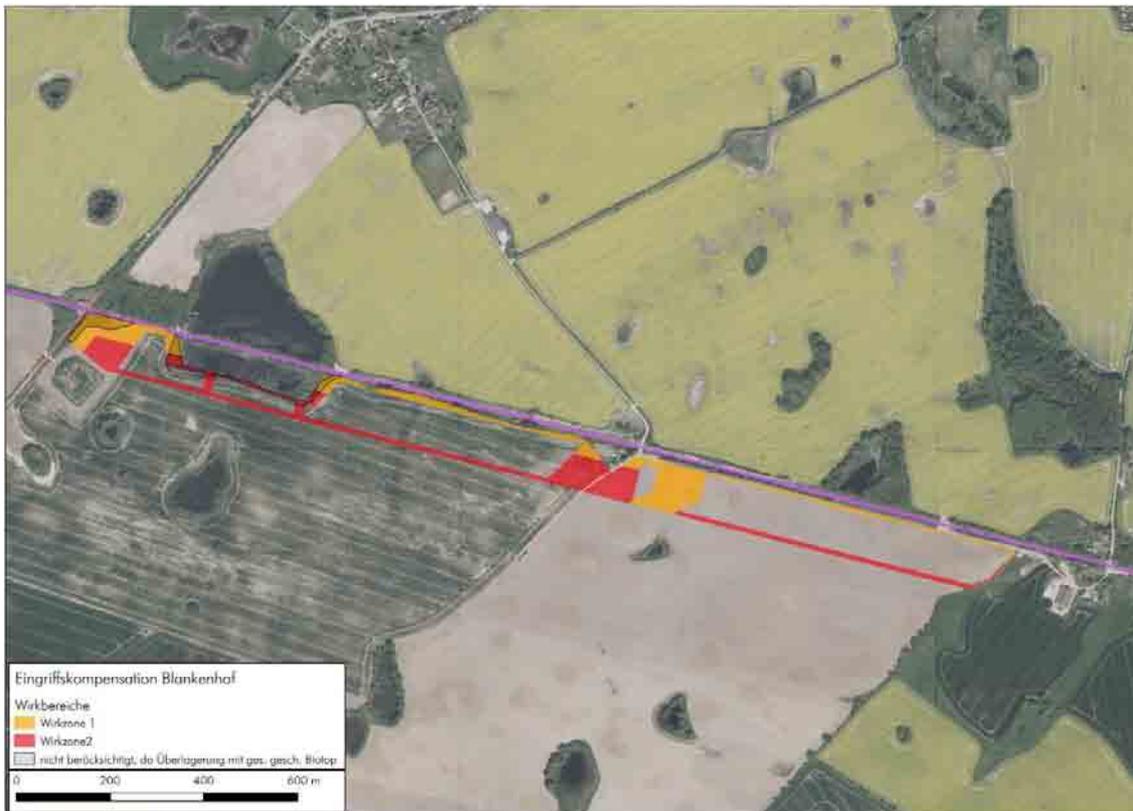


Abbildung 33: Aufschlüsselung der Kompensationsflächen in Wirkzonen I (gelb) und Wirkzone II (rot) um vorh. Störquellen (Bebauung, Straße, Bahntrasse, Freileitung) sowie zweier Bereiche, die bei der Kompensationsberechnung nicht berücksichtigt wurden, da diese sich mit gesetzlich geschützten Biotopen überlagern. Kartengrundlage: Digitales Orthophoto LAIV-MV 2020.

Fläche der Kompensationsmaßnahme [m ²]	x	Kompensationswert der Maßnahme	x	Leistungsfaktor	=	Kompensationsflächenäquivalent für beeinträchtigte Kompensationsmaßnahme [m ² KFÄ]
--	---	--------------------------------	---	-----------------	---	---

Unter Beachtung der Formel ergibt sich für die Maßnahme ein Kompensationsflächenäquivalent (KFÄ) von:

Wirkzone I

$$27327 \text{ m}^2 \quad \times \quad \text{KWZ 2} \quad \times \quad \text{LF 0,5} \quad = \quad 27.327 \text{ m}^2 \text{ KFÄ}$$

Wirkzone II

$$34271 \text{ m}^2 \quad \times \quad \text{KWZ 2} \quad \times \quad \text{LF 0,85} \quad = \quad 58.261 \text{ m}^2 \text{ KFÄ}$$

$$\underline{\Sigma = 85.588 \text{ m}^2 \text{ KFÄ}}$$

Insgesamt generiert sich aus der Kompensationsmaßnahme für beide Wirkzonen ein Kompensationswert von 85.588 m² KFÄ.

6. Eingriffsbilanz

Die geplante Errichtung und der Betrieb einer PV-Anlage am Standort sind mit folgendem unvermeidbaren Eingriff und Kompensationsbedarf verbunden:

- **FÄQ_{Eingriff} Lebensräume und Flora: 26.189 m² EFÄ**

Zur Kompensation des Eingriffs werden Randflächen innerhalb des Geltungsbereichs eingezäunt und unterliegen dann einer ungestörten Entwicklung von Acker zu einer artenreichen Staudenflur, die in das Mahd- bzw. Beweidungsregime zwischen und unter den Modulen integriert wird:

- **FÄQ_{Maßnahme} 85.588 m² KFÄ**

Es entsteht in der Bilanz ein rechnerischer Kompensationsüberschuss in Höhe von rund 59.399 m² FÄQ, der jedoch als solcher nicht in Anwendung gebracht wird, sondern lediglich zur Abpufferung etwaiger Prognoseunsicherheiten in der Eingriffsbewertung dienen kann. Insofern sind die im Geltungsbereich geplanten Maßnahmen geeignet, eine Vollkompensation des Eingriffs herbei zu führen.

Mit der o.g. Maßnahme ist der auf Grundlage der HZE M-V 2018 ermittelte Eingriff vollständig kompensierbar.

7. Hinweise auf Schwierigkeiten

Nennenswerte Probleme oder Schwierigkeiten bei der Erstellung des Umweltberichtes traten infolge der klar umrissenen städtebaulichen Zielstellung nicht auf. Die Ergebnisse der Standorterfassung lassen im Zusammenhang mit den Festsetzungen des B-Plans bei Einhaltung der Bauzeitenregelung zugunsten der Bodenbrüter keine artenschutzrechtlichen Konflikte erwarten.

8. Zusammenfassung

Der Bebauungsplan Nr. 8 „Photovoltaikanlage an der Bahn 1 Blankenhof“ und das diesem zu Grunde liegende Planverfahren hat bis auf das Schutzgut „Pflanzen und Lebensräume“ keine erheblichen Auswirkungen auf die zu untersuchenden Schutzgüter. Die ermöglichten Eingriffe und Landschaft lassen sich vollständig ausgleichen. **Der Ausgleich erfolgt über die Entwicklung von Acker zu einer artenreichen Staudenflur innerhalb des Geltungsbereiches.**

Nach Fertigstellung des Solarparks erfolgt zwangsläufig eine Unterbrechung der ackerbaulichen Nutzung. Es wird sich auf der Fläche eine artenreiche Staudenflur entwickeln. Die technisch bedingte Freihaltung der Flächen von aufkommenden Gehölzen mittels mehrschüriger Jahresmahd oder extensiver Beweidung führt zu einer dauerhaften Entwicklung eines für Insekten, Wiesenbrüter, jagende Fledermäuse gleichermaßen attraktiven Biotops.

Im Ergebnis der artenschutzfachlichen Prüfung sind Verbotstatbestände entsprechend § 44 Bundesnaturschutzgesetz (erhebliche Beeinträchtigung streng geschützter Arten) unter Beachtung der folgenden Bauzeitenregelung zugunsten von Bodenbrütern nicht einschlägig:

- Vögel der Feuchtgebiete/ Kleingewässer: Sämtliche Bauarbeiten erfolgen zum Schutz der im nordwestlich direkt angrenzenden Kleingewässer nachweislich brütenden Kraniche und Höckerschwäne vor dem 01.03. oder nach dem 15.08. Mit der Einhaltung dieser Bauzeitenregelung sind im Übrigen auch Tötungs- und Zugriffsverbote bei den Bodenbrütern vollständig vermeidbar².
- Zugunsten von Höckerschwan und Kranich sind festsetzungsgemäß zwei Durchlässe mit einer Breite von jeweils 20 m in der Umzäunung der PV-Anlage zwischen Kleingewässer und südlicher Ackerfläche freizuhalten.
- Amphibien: Vom 01.03. bis 01.10. Errichtung von Amphibienzäunen, Kontrollen und Absammeln der Amphibienzäune in Bereichen, in denen Wanderungen von Amphibien zu erwarten sind.

Eine darüber hinaus gehende umweltprüfungsrelevante Betroffenheit der übrigen Schutzgüter im Sinne von § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB ergibt sich nicht.

² Die bei den Bodenbrüterarten zuvor im Einzelnen dargestellten alternativen Möglichkeiten zur Verwendung von Flatterbändern oder der Unterdrückung von Aufwuchs durch Pflügen / Eggen entfallen in diesem Einzelfall aufgrund der strikt einzuhaltenden Bauzeitenregelung zugunsten von Höckerschwan und Kranich.

9. Quellenangabe

Fischer-Hüftle, Peter (1997): Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft aus der Sicht eines Juristen; in Natur und Landschaft, Heft 5/97, S. 239 ff.; Kohlhammer Stuttgart.

Geologisches Landesamt M-V (1994): Geologische Übersichtskarten M-V; Schwerin.

Köppel, J./ Feickert, U./ Spandau, L./ Straßer, H. (1998): Praxis der Eingriffsregelung, Verlag Eugen Ulmer Stuttgart.

Landesvermessungsamt MV: Div. topographische Karten, Maßstäbe 1:10.000, 1:25.000, 1:100.000.

LUNG M-V (2018): Hinweise zur Eingriffsregelung M-V, Schriftenreihe des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie , Neufassung 2018

LUNG M-V (2011): Gutachtlicher Landschaftsrahmenplan Mecklenburgische Seenplatte

LUNG M-V (2020): Kartenportal Umwelt M-V, www.umweltkarten.mv-regierung.de

LUNG M-V (2013): Anleitung für die Kartierung von Biotoptypen und FFH-Lebensraumtypen in Mecklenburg-Vorpommern.

Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (2011): Regionales Raumentwicklungsprogramm Mecklenburgische Seenplatte

BEBAUUNGSPLAN NR. 8
„SONDERGEBIET PHOTOVOLTAIKANLAGE AN DER
BAHN 1“
GEMEINDE BLANKENHOF
LANDKREIS MECKL. SEENPLATTE



FACHBEITRAG ARTENSCHUTZ



STADT
LAND
FLUSS

PARTNERSCHAFT MBB HELLWEG & HÖPFNER

Dorfstraße 6, 18211 Rabenhorst

Fon: 038203-733990

Fax: 038203-733993

info@slf-plan.de

www.slf-plan.de

PLANVERFASSEN

BEARBEITER

M.Sc. Lisa Menke
Dipl.-Ing. Oliver Hellweg

PROJEKTSTAND

Entwurf

DATUM

27.08.2020

Inhaltsverzeichnis

1.	Anlass.....	- 2 -
2.	Vorhabenbeschreibung	- 2 -
3.	Artenschutzrechtliche Grundlage (§ 44 BNatSchG).....	- 5 -
4.	Räumliche Lage und Kurzcharakterisierung	- 6 -
5.	Bewertung.....	- 7 -
5.1.	Schutzgebiete.....	- 7 -
5.2.	Geschützte Biotope.....	- 8 -
5.3.	Bewertung nach Artengruppen.....	- 12 -
6.	Zusammenfassung.....	- 22 -

1. Anlass

Die Gemeinde Blankenhof beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Photovoltaikanlage an der Bahn“ zur Vorbereitung des Baus und Betriebs einer Freiflächen-Photovoltaikanlage südlich der Ortschaft Blankenhof.

Aufgrund von Art und Umfang des Vorhabens sowie dessen Lage im Außenbereich ist die Aufstellung eines Bebauungsplans zur Schaffung des benötigten Baurechts erforderlich.

In der vorliegenden Planung wird das Plangebiet als Sonstiges Sondergebiet nach § 11 Abs. 2 der BauNVO mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Anlage“ festgesetzt. Zulässig sein sollen die Errichtung und der Betrieb von baulichen Anlagen zur Stromerzeugung aus Solarenergie als aufgeständertes System inkl. der zugehörigen Nebenanlagen. Die Grundflächenzahl (GRZ) für das Sondergebiet wird mit 0,5 festgesetzt.

Im Zuge der Planung und Planrealisierung sind die Belange des im Bundesnaturschutzrecht verankerten Artenschutzes zu berücksichtigen. Insbesondere ist zu prüfen, ob bzw. in welchem Ausmaß das Vorhaben Verbotstatbestände im Sinne von § 44 BNatSchG (s.u.) verursachen kann. Der vorliegende Fachbeitrag legt dar, ob bzw. inwieweit besonders bzw. streng geschützte Tier- und Pflanzenarten sowie europäische Vogelarten vom Vorhaben betroffen sein können.

2. Vorhabenbeschreibung

Die Vorhabenfläche liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Blankenhof, im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, südlich von Blankenhof.

Das Plangebiet für die Entwicklung der Photovoltaikanlage befindet sich südlich der Bahnstrecke Malchin-Neubrandenburg. Das Umland ist landwirtschaftlich geprägt.

Der Geltungsbereich umfasst Teilflächen der Flurstücke Nr. 50, 51, 52, 54/1, 57/2, 59/2 und 59/4 der Flur 3 der Gemarkung Gevezin sowie Teilflächen des Flurstücks 485 der Flur 1 der Gemarkung Chemnitz und hat eine Größe von ca. 19,5 ha.

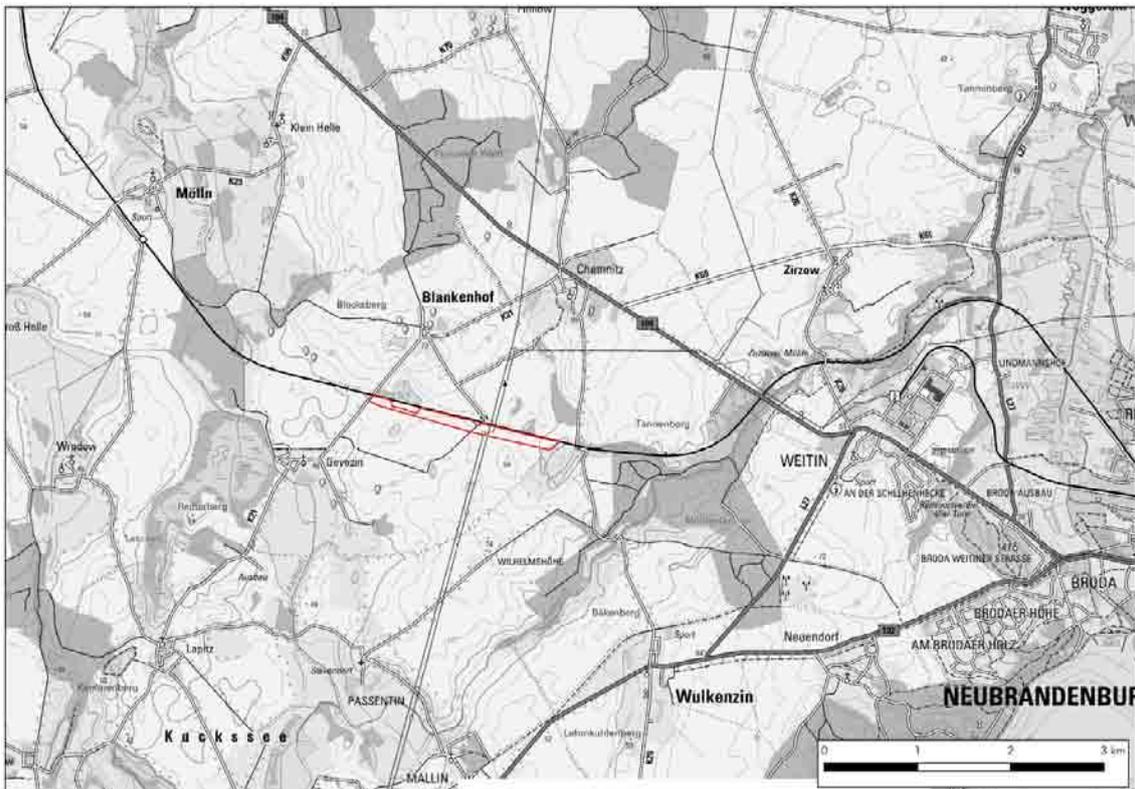


Abbildung 1: Lage des Plangebietes (rot) auf der Topografischen Karte. Karte erstellt mit QGIS 3.4.8, Kartengrundlage: Topografische Karte LAIV-MV 2020.



Abbildung 2: Lage des Plangebietes (rot) auf dem Luftbild. Karte erstellt mit QGIS 3.4.8, Kartengrundlage: Digitales Orthophoto LAIV-MV 2020.

3. Artenschutzrechtliche Grundlage (§ 44 BNatSchG)

§ 44 Abs. 1 BNatSchG benennt die zu prüfenden, artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände:

„Es ist verboten,

- wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
- Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote). (...)*“

Gem. § 44 Abs. 5 BNatSchG gilt Folgendes:

(5) Für nach § 15 Absatz 1 unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Absatz 1 oder Absatz 3 zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1 gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,

2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,

3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.“

Mit diesen Regelungen sind die im hiesigen Kontext relevanten gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften der EU-Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie in nationales Recht

umgesetzt und allein maßgeblich für die Beurteilung der Genehmigungsvoraussetzungen nach BImSchG.

Kann ein artenschutzrechtlicher Verbotstatbestand nicht ausgeschlossen werden, besteht die Möglichkeit der Ausnahme gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG: Demnach können die nach Landesrecht für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden von den Verboten des § 44 im Einzelfall weitere Ausnahmen zulassen, u.a. aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.

Eine Ausnahme darf allerdings nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art – bezüglich derer die Ausnahme zugelassen werden soll - nicht verschlechtert.

4. Räumliche Lage und Kurzcharakterisierung

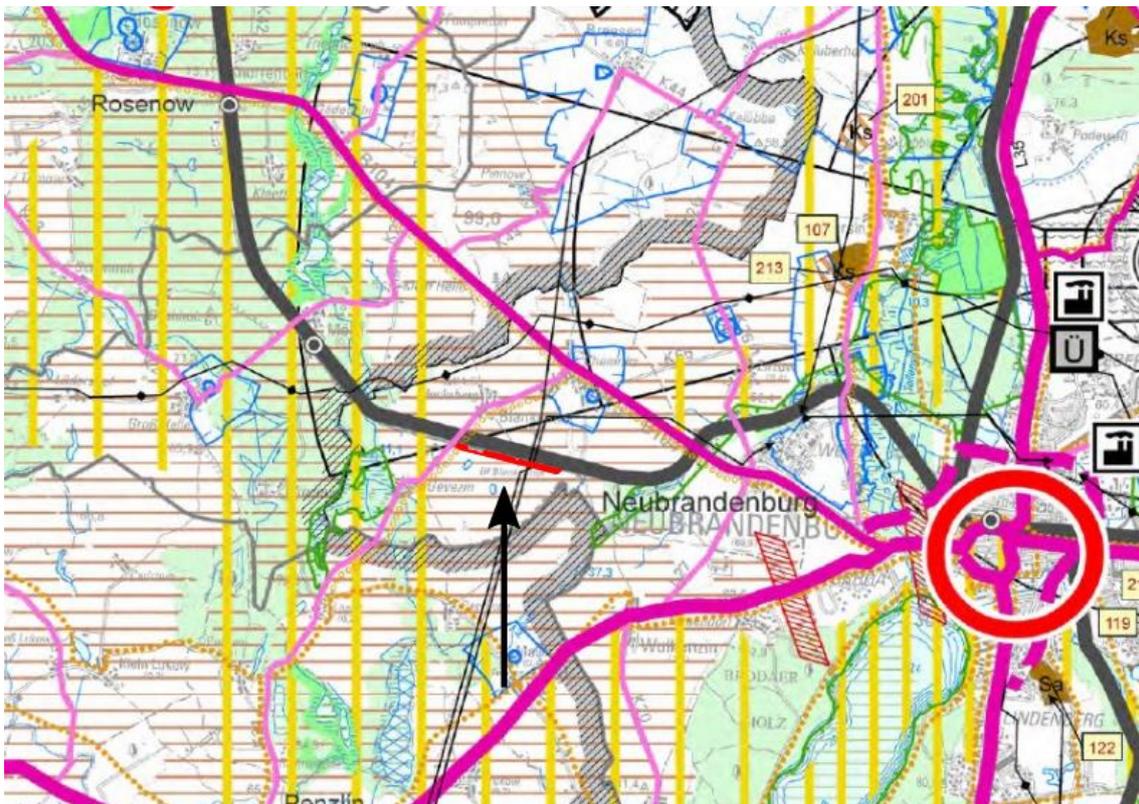


Abbildung 4: Gesamtkarte (Ausschnitt) des RREP Mecklenburgische Seenplatte 2018, Pfeil=Lage des geplanten Vorhaben.

Bei der Vorhabenfläche handelt es sich um eine Ackerfläche, die unmittelbar an die Bahnstrecke Malchin-Neubrandenburg angrenzt. Im RREP ist diese Fläche als Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft ausgewiesen. Ein raumordnerischer Konflikt ist nicht zu erwarten, da im Erneuerbaren Energiegesetz (EEG §32 Abs. 3 Nr. 4) für die Errichtung von Solaranlagen ein 110 m breiter Streifen entlang von Verkehrsstrassen als besonders geeignet eingestuft wird. Daraus resultiert eine nachhaltige wirtschaftliche Nutzung der Fläche. Der Bundesgesetzgeber befürwortet eine Nutzung dieser straßen- bzw. bahnp parallelen Flächen ausdrücklich. Diese Voraussetzungen werden durch die unmittelbar angrenzende Bahnstrecke erfüllt.

Das Plangebiet ist im Regionalen Raumentwicklungsprogramm Mecklenburgische Seenplatte (RREP MS 2018) als Tourismusentwicklungsraum ausgewiesen. Gemäß Grundsatz 3.1.2 (1) und (4) des RREP MS 2011 gilt es, deren Eignung, Sicherung und Funktion für Tourismus und Erholung besonders Gewicht beizumessen. Bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben ist dies besonders zu

berücksichtigen. Allerdings grenzt das Vorhabengebiet direkt an eine überregionale Bahnstrecke. Aus diesem Grund ist die Vorhabenfläche nicht für eine touristische Nutzung prädestiniert und ein raumordnerischer Konflikt ist diesbezüglich nicht zu erwarten.

5. Bewertung

5.1. Schutzgebiete

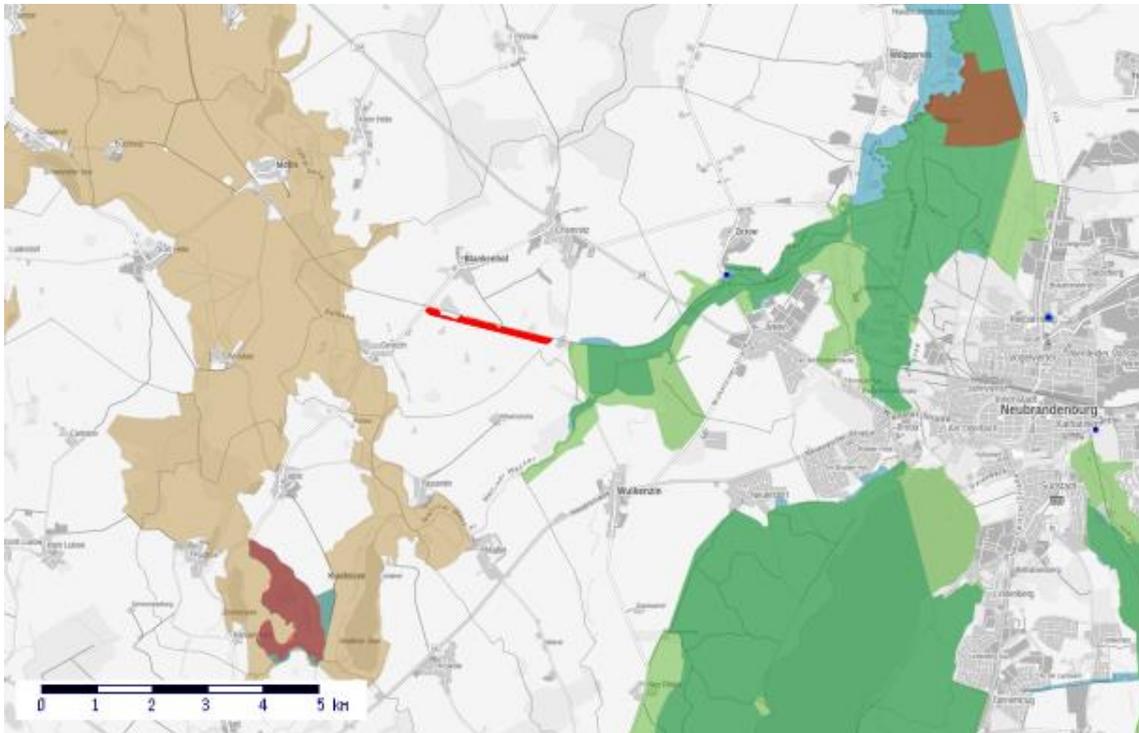


Abbildung 5: Europäische und nationale Schutzgebiete im Umfeld des Plangebietes (rot). Quelle: Kartenportal Umwelt MV 2020.

Abbildung 8 verdeutlicht die Lage des Vorhabens im Zusammenhang mit nationalen und internationalen Schutzgebieten. Folgende Schutzgebiete befinden sich im weiteren Umfeld:

- Landschaftsschutzgebiet Malliner Bach und Seekette, Entfernung ca. 400 m östlich
- FFH-Gebiet DE 2245-302 „Tollensetal mit Zuflüssen“, Entfernung ca. 470 m östlich
- SPA DE 2344-401 „Kuppiges Tollensegebiet zwischen Rosenow und Penzlin“, Entfernung ca. 1.200 m westlich

Durch die ausreichende Entfernung von ca. 1.200 m vom SPA und die westliche, d.h. schutzgebietsseitige Begrenzung der von der Planung beanspruchten Ackerfläche durch die Straße MST 21 ist gewährleistet, dass die Planung keine über die Schutzgebietsgrenzen hinaus ragenden Habitate der Zielarten beansprucht. Somit ist davon auszugehen, dass die Umsetzung der Planung nicht zur erheblichen Beeinträchtigung des SPA in seinen maßgeblichen Gebietsbestandteilen führen wird. Gleiches gilt im übertragenen Sinne für das östlich gelegene Gebiet gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiet), dessen Zielarten sehr geringe Aktionsradien infolge ihrer engen Bindung an ihr jeweiliges Feucht- bzw. Gewässerhabitat aufweisen, so dass auch hier entfernungsbedingt keine Beeinträchtigungen zu erwarten sind.

Aufgrund der damit ausreichenden Entfernung und der lokal begrenzten, vorhabenrelevanten Auswirkungen sind keine Beeinträchtigungen der entsprechenden Erhaltungs- und Entwicklungsziele zu erwarten. Somit entstehen hieraus auch keine artenschutzrechtlichen Konflikte in Bezug auf die Zielarten der umgebenden Natura2000-Gebietskulisse.

5.2. Geschützte Biotope



Abbildung 6: Geschützte Biotope laut Biotopkataster des Landkreises. Karte: Kartenportal Umwelt MV 2020.

Im Umfeld des Vorhabens befinden sich folgende gesetzlich geschützte Biotope:

1.Laufende Nummer im Landkreis: MST01599

Biotopname: Hecke, Esche, Weide, Pappel, sonstiger Laubbaum
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 2.025

2.Laufende Nummer im Landkreis: MST01601

Biotopname: Hecke, Esche, Pappel, sonstiger Laubbaum
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecke
Fläche in m²: 1.166

3.Laufende Nummer im Landkreis: MST01592

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Gehölz, Weide, Kleinröhricht, Wasserlinsen, Großseggenried, Flutrasen
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 3.217

4.Laufende Nummer im Landkreis: MST01600

Biotopname: Feldgehölz, Esche, Erle, Birke, Ulme, entwässert
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 14.280

5.Laufende Nummer im Landkreis: MST01590

Biotopname: Hecke, Überhälter, Esche, Eiche
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecke
Fläche in m²: 1.937

6.Laufende Nummer im Landkreis: MST01586

Biotopname: permanentes Kleingewässer, Gehölz, verbuscht, Eiche, Esche, Phragmites-Röhricht
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer
Fläche in m²: 2.114

7.Laufende Nummer im Landkreis: MST01589

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Gehölz, Weide, trocken gefallen, Flutrase, Staudenflur
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. Ufervegetation
Fläche in m²: 2.336

8.Laufende Nummer im Landkreis: MST01603

Biotopname: permanentes Kleingewässer, Gehölz, verbuscht, Weide, Phragmites-Röhricht, Großröhricht, Großseggenried, Staudenflur
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 18.467

9.Laufende Nummer im Landkreis: MST01602

Biotopname: Flachsee, Weide, Esche, Phragmites-Röhricht
Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede; Naturnahe Bruch-, Sumpf- und Auwälder
Fläche in m²: 2.594

10. Laufende Nummer im Landkreis: MST01610

Biotopname: Flachsee, Gehölz, Weide, Eiche, Phragmites-Röhricht, Hochstaudenflur, Großseggenried
Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede, Naturnahe Bruch-, Sumpf, und Auwälder
Fläche in m²: 13.163

11. Laufende Nummer im Landkreis: MST01605

Biotopname: Flachsee, Phragmites-Röhricht, Staudenflur, Schwimmblattdecken
Gesetzesbegriff: Verlandungsbereich stehender Gewässer, Röhrichtbestände und Riede
Fläche in m²: 16.256

12. Laufende Nummer im Landkreis: MST01606

Biotopname: Gebüsch, Strauchgruppe
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 763

13. Laufende Nummer im Landkreis: MST01614

Biotopname: Flachsee, verbuscht, Weide
Gesetzesbegriff: Naturnahe Bruch-, Sumpf- und Auwälder
Fläche in m²: 60

14. Laufende Nummer im Landkreis: MST01617

Biotopname: Gebüsch/Strauchgruppe
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 76

15. Laufende Nummer im Landkreis: MST01598

Biotopname: Feuchtwiese südlich vom Kleinen See
Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede, Verlandungsbereiche stehender Gewässer
Fläche in m²: 1.689

16. Laufende Nummer im Landkreis: MST01618

Biotopname: Gebüsch/ Strauchgruppe; Überhälter; Eiche, extreme Hangneigung
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 669

17. Laufende Nummer im Landkreis: MST01627

Biotopname: Gebüsch/Strauchgruppe; extreme Hangneigung
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 281

18. Laufende Nummer im Landkreis: MST01646

Biotopname: temporäre Kleingewässer, Kleinröhricht, Staudenflur
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Ufervegetation
Fläche in m²: 790

19. Laufende Nummer im Landkreis: MST01654

Biotopname: Hecke

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 1.743

**20. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01655**

Biotopname: Hecke
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 414

**21. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01663**

Biotopname: Feuchtgrünland, Phragmites-Röhricht, Staudenflur, aufgelassen
Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede
Fläche in m²: 271

**22. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01668**

Biotopname: Baumgruppe, Erle, Weide, entwässert
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 2.272

**23. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01667**

Biotopname: permanentes Kleingewässer; Gehölz, Esche, Weide, Erle, Phragmites-Röhricht, Typha-Röhricht
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 11.529

**24. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01670**

Biotopname: Baumgruppe, Esche, Weide, Eiche, entwässert
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 7.959

**25. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01684**

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Flutrasen, Großseggenried, Gehölz, Weide, staudenflur, lückiger Bestand/lückenhaft
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 2.525

**26. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01694**

Biotopname: Kleingewässer, Gehölz, Erle, Esche, Phragmites-Röhricht, Unterwasservegetation, entwässert, Staudenflur, verbuscht, Weide
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 1.582

**27. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01710**

Biotopname: Feuchtgrünland, Staudenflur, Phragmites-Röhricht, aufgelassen
Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede
Fläche in m²: 555

**28. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01702**

Biotopname: Hecke

Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 574

**29. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01693**

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Wasserlinsen, Thypha-Röhricht, verbuscht, Weide

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 4.690

**30. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01704**

Biotopname: temporäres Kleingewässer, verbuscht, Weide
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 3.220

**31. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01712**

Biotopname: Hecke, Eiche, Esche, Ahorn, Weide, extreme Hangneigung
Gesetzesbegriff: naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 3.092

**32. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01699**

Biotopname: hecke, Überhälter, Weide
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 667

**33. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01689**

Biotopname: Feuchtwiese östlich vom Teufelshorn
Gesetzesbegriff: Seggen- und binsenreiche Naßwiese, Verlandungsbereich stehender Gewässer
Fläche in m²: 7.384

**34. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01692**

Biotopname: Gebüsch/ Strauchgruppe, Weide
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 148

**35. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01685**

Biotopname: wiese nordwestlich vom Teufelshorn
Gesetzesbegriff: Seggen- und binsenreiche Naßwiesen
Fläche in m²: 2.674

**36. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01671**

Biotopname: Hecke, Überhälter, Eiche
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 827

**37. Laufende Nummer im Landkreis:
MUE11564**

Biotopname: hecke, Überhälter, Eiche
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 2.173

**38. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01682**

Biotopname: Baumgruppe, Weide
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 117

**39. Laufende Nummer im Landkreis:
MUE11568**

Biotopname: Baumgruppe, Weide
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 153

**40. Laufende Nummer im Landkreis:
MUE11566**

Biotopname: Feuchtwiese, südöstlich von Teufelshorn
Gesetzesbegriff: Seggen- und binsenreiche Naßwiesen, Verlandungsbereiche stehender Gewässer
Fläche in m²: 3.123

**41. Laufende Nummer im Landkreis:
MUE11567**

Biotopname: Hecke, Überhälter, Eiche
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldhecken
Fläche in m²: 1.508

**42. Laufende Nummer im Landkreis:
MUE11562**

Biotopname: temporäre Kleingewässer, Flutrasen, Gehölz, Erle
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 726

**43. Laufende Nummer im Landkreis:
MUE11559**

Biotopname: permanentes Kleingewässer, Phragmites-Röhricht, Gehölz, Weide
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 1.486

**44. Laufende Nummer im Landkreis:
MUE11560**

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Phragmites-Röhricht, Großröhricht, trockenengefallen, Staudenflur, verbuscht, Weide

Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 672

**45. Laufende Nummer im Landkreis:
MUE11558**

Biotopname: Baumgruppe, Weide, Staudenflur
Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze
Fläche in m²: 623

**46. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01642**

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Gehölz, Weide, trockenengefallen, Flutrasen, Großröhricht
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 2.920

**47. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01630**

Biotopname: temporäres Kleingewässer, Großröhricht, Staudenflur, trockenengefallen, Gehölz, Weide Phragmites-Röhricht
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 1.787

**48. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01625**

Biotopname: permanentes Kleingewässer, Gehölz, Weide, Eiche, Phragmites-Röhricht, Typha-Röhricht, Staudenflur, verbuscht
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 12.089

**49. Laufende Nummer im Landkreis:
MST01625**

Biotopname: permanentes Kleingewässer, Gehölz, Esche, Eiche, Weide, verbuscht, Staudenflur, strukturreich, Typha-Röhricht, Großröhricht
Gesetzesbegriff: Stehende Kleingewässer, einschl. der Uferveg.
Fläche in m²: 16.129

Im westlichen Bereich des Vorhabengebietes befindet sich das Biotop MST 01590 (Abb. 21 Nr. 5), eine naturnahe Feldhecke, welche aktuell mit Schlehe, Holunder sowie Eschen bestanden ist. Das Biotop Nr. 5 wird nicht überbaut, es befindet sich ca. 100 m westlich des Baufensters der PV-Anlage im Randbereich des Bebauungsplans.

Innerhalb der durch die Baugrenze definierten überbaubaren Sondergebietsfläche befinden sich überdies keine geschützten Biotope, eine direkte Beeinträchtigung kann somit ausgeschlossen werden.

Die Habitatpotenziale der nördlich an das Plangebiet grenzenden Feucht- und Gewässerbiotope sind im Übrigen Gegenstand der nachfolgenden arten(gruppen)spezifischen Bewertung.

5.3. Bewertung nach Artengruppen

Hinweis: Da keine systematische Erfassung der Tiergruppen und Arten erfolgte, wird eine Potentialabschätzung auf Grundlage der am 17.06.2020 durchgeführten Erfassung der Biotope vorgenommen.

VÖGEL

Von der Überbauung betroffen sind lediglich intensiv ackerbaulich genutzte Freiflächen. Im Zuge der Errichtung der PV-Anlage wird die Ackerfläche zwangsläufig nicht mehr bewirtschaftet, so dass sich hier durch technisch bedingte Mahd eine artenreiche Staudenflur einstellen wird.

Die Erfassung des Plangebietes erfolgte am 17.06.2020 durch Stadt Land Fluss. Die Erfassung liegt phänologisch zwar innerhalb der Brutzeit, diese Einzelaufnahme ist jedoch methodisch nicht repräsentativ, so dass nachfolgend im Wesentlichen aufgrund der vorgefundenen Biotopstruktur im Umfeld des Geltungsbereiches eine Potenzialabschätzung für Brutvögel vorgenommen wird. Artenspezifische Beobachtungen, die am 17.06.2020 erfolgt sind, fließen ebenfalls in die Bewertung ein, sofern diese nach Südbeck et al 2005 als Brutverdacht oder Brutnachweis einzustufen sind.

Zug- und Rastvögel

Eine ausgeprägte Funktion des Plangebietes als Rastfläche für Wat- und Wasservögel kann ausgeschlossen werden. Hierzu ist die Fläche im direkten Umfeld zu stark strukturiert. Die zahlreichen Gehölze beidseitig des Bahndammes verstellen den Rastvögeln die Sicht. Weite Sicht benötigen diese Vogelarten jedoch, um mögliche Fressfeinde rechtzeitig zu entdecken. Gerade der von der PV-Anlage beanspruchte, nur 110 m breite Streifen befindet sich zu nah an diesen sichtverdeckenden Gehölzstrukturen. Die weiter nördlich und südlich gelegenen Ackerflächen sind dagegen offen und groß. Sie bieten rastenden Wat- und Wasservögeln die entsprechende Weitsicht, die sie auf ihren Rastflächen benötigen. Deren Meidedistanz wird in Bezug auf Verkehrswege mit 100 bis 300 m angegeben. Dies wurde bereits mit der Festlegung des 110 m Korridors beidseitig von Verkehrstrassen durch den Gesetzgeber berücksichtigt.

Demzufolge ist davon auszugehen, dass eine artenschutzrechtlich relevante Betroffenheit der Zug- und Rastvögel durch die Umsetzung der Planinhalte nicht gegeben ist.

Gehölzbrüter

Standort

In den Gehölzen entlang der Bahnlinie könnten insbesondere Amsel, Bluthänfling, Buchfink, Dorngrasmücke, Gartengrasmücke, Heckenbraunelle, Neuntöter, Ringeltaube, Rotkehlchen, Zaunkönig und Zilpzalp als Brutvögel auftreten.

Vorhabenbezogene Konflikte (§44 BNatSchG)

Diese Arten brüten in Gehölzbiotopen, Hecken oder Säumen, in die im Zuge des Vorhabens jedoch in keiner Weise eingegriffen wird. Da entsprechende Lebensräume in der Umgebung weder in ihrer Größe, noch Gestalt verändert werden, bleibt auch das Habitatpotenzial unverändert. Die Hecke entlang der Gleise wird seitens der Bahn regelmäßig beschnitten und von Zeit zu Zeit auf den Stock gesetzt. Insgesamt bleibt sie jedoch als Lebensraum erhalten. Der auf die Habitatfunktion einwirkende Einfluss vorbei fahrender Züge auf diese Gehölzstrukturen ist erheblich größer als die von einer (statischen) Freiflächen-PV-Anlage ausgehende zusätzliche Wirkung.

Tötung?**NEIN**

Die Tötung adulter Tiere und das Zerstören von Nestern und Nestlingen sind während der Bauphase nicht möglich, da das Vorhaben außerhalb der anzunehmenden Brutreviere realisiert wird und planbedingte Eingriffe in die Gehölze nicht stattfinden.

Erhebliche Störung**(negative Auswirkung auf lokale Population)? NEIN**

Bei den genannten Arten handelt es sich um häufige und verbreitete Arten, die häufig in der Nähe menschlicher Siedlungen sowie anthropogener Anlagen wie insb. auch Verkehrsstrassen anzutreffen sind. Daher ist eine artenschutzrechtlich relevante Störung der Arten durch das Vorhaben nicht möglich.

Entnahme/Beschädigung/Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten?**NEIN**

Die Brutstätten der Vögel werden durch das Vorhaben nicht berührt. Bau-, anlage- und betriebsbedingt erfolgt kein Eingriff in die Gehölze entlang des Bahndamms.

Demzufolge ist davon auszugehen, dass eine artenschutzrechtlich relevante Betroffenheit der gehölzbrütenden Vogelarten durch das Vorhaben nicht gegeben ist.

Bodenbrüter*Feldlerche*Bestandsentwicklung

Langfristige Bestandstrends weisen auf einen Rückgang der Feldlerche in Mecklenburg-Vorpommern hin, in den letzten zehn Jahren verzeichnete die Art eine sehr starke Abnahme. Derzeit wird die Brutpaarzahl der in MV als gefährdeten Vogelart (Rote Liste Kategorie 3) mit 150.000-175.000 angegeben (vgl. Rote Liste der Brutvögel MV, 2014). Gründe für die Abnahme der Feldlerche werden in einer veränderten Landbewirtschaftung gesehen.

Standort

Grundsätzlich muss auf allen gehölzfreien Flächen, die überbaut werden sollen, mit brütenden Feldlerchen gerechnet werden.

Vorhabenbezogene Konflikte (§44 BNatSchG)**Tötung? NEIN,****Vermeidungsmaßnahmen durchführen**

Die Tötung adulter Tiere ist während der Bauphase nicht möglich, da sie bei Annäherung des Menschen oder vor Maschinen flüchten. Da der Tatbestand des Tötens auch auf die Entwicklungsformen der Art (hier Eier und Jungtiere) zutrifft, bedarf es der Vermeidung des bewussten In-Kauf-Nehmens des vorhabenbezogenen Tötens. Mit Hilfe von Vermeidungsmaßnahmen kann dies verhindert werden: Vor Beginn und in der Brutzeit der Feldlerche vom 20. März bis zum 31. Mai sind die überbaubaren Ackerflächen, die der Feldlerche als Brutplatz dienen können, offen zu halten (z. B. durch regelmäßiges Eggen). Diese vegetationslosen Bereiche meidet die Feldlerche als Nistplatz, so dass dann bei einsetzenden Bauarbeiten im Frühjahr mit keiner Gefahr für die Eier und Küken der Feldlerche zu rechnen ist.

Negative Auswirkungen von PV-Freiflächenanlagen auf Bodenbrüter wie die Feldlerche wurden ansonsten bislang nicht festgestellt (aus ARGE MONITORING PV-ANLAGEN 2007):

„Die Überbauung mit den PV-Elementen bedeutet für bodenbrütende Arten einen Verlust/Teilverlust an Brutplätzen. Andererseits haben Untersuchungen gezeigt, dass zahlreiche Vogelarten die Zwischenräume und Randbereiche von PV-Freiflächenanlagen als Jagd-, Nahrungs- und Brutgebiet nutzen können. Einige Arten können an den Gestellen brüten (Hausrotschwanz, Bachstelze), Arten wie

Feldlerche oder Rebhuhn konnten auf den Freiflächen zwischen den Modulen als Brutvögel beobachtet werden. (...) Die Solarmodule selbst werden, wie Verhaltensbeobachtungen zeigen, regelmäßig als Ansitz- oder Singwarte genutzt. Hinweise auf eine Störung der Vögel durch Lichtreflexe oder Blendwirkungen liegen nicht vor.“

Vorsorglicher Artenschutz: Sämtliche Bauarbeiten erfolgen zum Schutz der etwaig in der Fläche brütenden Feldlerche vor dem 20.03. oder nach dem 01.06. Ist die Durchführung der Bauarbeiten während der Brutzeit unvermeidbar, sind die betreffenden Flächen bis zum Beginn der Brutzeit durch Pflügen / Eggen vegetationsfrei zu halten, oder mit Hilfe von Flatterbändern das Anlegen einer Brutstätte zu verhindern.

Erhebliche Störung? NEIN

Eine erhebliche Störung der Art ist nicht gegeben, da eine solche bei der Feldlerche stets ohne Wirkung auf die lokale Population bleibt und die Feldlerche mit einer Fluchtdistanz von lediglich 10 bis 20 m bei Annäherung eines Menschen nicht als störungsempfindlich einzustufen ist.

Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten? NEIN

Die etwaige Beschädigung und Zerstörung von Fortpflanzungsstätten ist mit den oben genannten Maßnahmen vermeidbar (siehe Tötung). Anders als bei Vögeln, die auf einen Nistplatz in einer dornigen Hecke, einer Baumhöhle oder einem Felsvorsprung angewiesen sind, kann eine gesamte Ackerfläche Nistplatz für die Feldlerche sein. Gleiches gilt für die sich nach Umsetzung der PV-Anlage einstellende, in der Regel gemähte Staudenflur. Überdies wird der Zugang der Fläche für Prädatoren wie Fuchs, Dachs, Marderhund und Windschwein durch die technisch bedingte Umzäunung des Geländes unterbunden.

Demzufolge ist davon auszugehen, dass eine artenschutzrechtlich relevante Betroffenheit der Art bei Durchführung der Vermeidungsmaßnahmen durch das Vorhaben nicht gegeben ist.

Goldammer

Die Goldammer ist in M-V mit ca. 200.000 Brutpaaren vertreten, die Grauummer mit ca. 10.000 bis 14.000 Brutpaaren. Die beiden genannten Arten sind als strukturnahe Bodenbrüter auf das Vorhandensein nicht zu hoher, versteckt liegender Staudenfluren in der Nähe von Gehölzen und/oder anthropogenen Vertikalstrukturen wie Zäune, Masten usw. (Singwarte) angewiesen. Grauummern bevorzugen eine abwechslungsreiche, halboffene Feldflur, Goldammern sind diesbezüglich weniger wählerisch. Eine derzeitige Nutzung der ackerbaulich genutzten Fläche ist ausgeschlossen. Nach Realisierung des Vorhabens ist eine Erweiterung der Brutreviere auf das Plangebiet jedoch sehr wahrscheinlich. Durch die Installation der PV-Module entstehen neue Singwarten, die erfahrungsgemäß gerne und sofort genutzt werden (PV-Monitoring Warenschhof 2013, ARGE PV-Monitoring 2007).

Standort

Eine Brut der Goldammer ist derzeit im Randbereich der Vorhabenfläche infolge des Nebeneinanders von Staudensäumen (Brut- und Nahrungshabitat) sowie Gehölzstrukturen wahrscheinlich.

Vorhabenbezogene Konflikte (§44 BNatSchG)

Tötung?

Nein, Bauzeitenregelung

Die Tötung adulter Tiere während der Bauphase ist unwahrscheinlich, da diese bei Annäherung sofort flüchten. Die Zerstörung von Gelegen ist während des Baus der PV-Anlage eher unwahrscheinlich, weil die für die Brut der Art in Frage kommenden Bereiche weitgehend bebauungsfrei bleiben. In jedem Falle ist der Eintritt dieses Verbotstatbestandes

vermeidbar, wenn die Bauarbeiten außerhalb der Brutzeit der Art (Wertungsgrenzen nach Südbeck et al. 2005 vom 10.03. – 20.06.) erfolgen.

Nach Installation der PV-Anlage und fortschreitender Sukzession ist infolge der dann aus technischer Sicht notwendigen Mahd der Zwischenflächen davon auszugehen, dass das Habitatpotential für die Goldammer für die Nutzungsdauer der PV-Anlage nicht nur erhalten bleibt, sondern auch um die von der PV-Anlage eingenommene, ehemalige Ackerfläche erweitert wird.

Erhebliche Störung

(negative Auswirkung auf lokale Population)? Nein

Die erhebliche Störung ist nicht gegeben, da adulte Tiere über genügend Ausweichfläche im direkten Umfeld verfügen und die Art nicht besonders störungsempfindlich ist.

Entnahme/Beschädigung/Zerstörung

von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten? Nein

Es gelten die unter „Tötung“ getroffenen Aussagen analog.

Vorsorglicher Artenschutz: Sämtliche Bauarbeiten erfolgen zum Schutz der etwaig in der Fläche brütenden Art außerhalb des Zeitraums 10.03.-20.06. Ist die Durchführung der Bauarbeiten während der Brutzeit unvermeidbar, sind die betreffenden Flächen bis zum Beginn der Brutzeit durch Pflügen / Eggen vegetationsfrei zu halten, oder mit Hilfe von Flatterbändern das Anlegen einer Brutstätte zu verhindern.

Schafstelze

Schafstelzen sind häufige Bodenbrüter. Sie treten regelmäßig sowohl in Grünland, als auch in Ackerflächen auf. Eher hohe, dichte Bestände insbesondere in der Nähe von Nassstellen und Kleingewässern bevorzugt sie als Brutplatz. Sie verschmäht auch Raps- und Maisfelder nicht.

Die Gelege werden jedes Jahr neu angelegt. Die Vögel sind dabei nicht standorttreu, sondern wählen in Abhängigkeit verschiedener Faktoren wie Wuchshöhe, Bodenfeuchte, Deckungsgrad etc. die Neststandorte neu aus.

Standort

Als häufiger Brutvogel in Äckern, kann davon ausgegangen werden, dass die Schafstelze möglicherweise auch im Plangebiet brütet.

Vorhabenbezogene Konflikte (§44 BNatSchG)

Tötung?

Nein, Bauzeitenregelung

Die Tötung adulter Tiere ist während der Bauphase nicht möglich, da sie bei Annäherung des Menschen oder vor Maschinen flüchten. Da der Tatbestand des Tötens auch auf die Entwicklungsformen der Art (hier Eier und Jungtiere) zutrifft, ist zu prüfen, ob es bei Umsetzung der Planinhalte auch zur Tötung von Jungtieren oder Zerstörung von Eiern kommen kann. Dies ist vorliegend jedoch nicht zu erwarten, da die bei der Feldlerche erläuterte Freihaltung des Plangebietes auch auf die Schafstelze anwendbar ist.

Erhebliche Störung? NEIN

Eine erhebliche Störung der Art ist nicht gegeben, da eine solche bei der Schafstelze stets ohne Wirkung auf die lokale Population bleibt und die Schafstelze mit einer Fluchtdistanz von lediglich 10 bis 20 m bei Annäherung eines Menschen nicht als störungsempfindlich einzustufen ist.

Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten? NEIN

Die etwaige Beschädigung und Zerstörung von Fortpflanzungsstätten ist mit den oben genannten Maßnahmen vermeidbar (siehe Tötung). Anders als bei Vögeln, die auf einen Nistplatz in einer dornigen Hecke, einer Baumhöhle oder einem Felsvorsprung angewiesen sind, kann eine gesamte Ackerfläche/Wiese Nistplatz für die Schafstelze sein. Die Fortpflanzungsstätten für die Vögel bleiben erhalten, es entstehen zudem neue Nahrungs- und Bruthabitate für die Schafstelze, die möglicherweise weniger Einflüssen ausgesetzt sind, als intensiv bewirtschaftete Flächen.

Vorsorglicher Artenschutz: Sämtliche Bauarbeiten erfolgen zum Schutz der etwaig in der Fläche brütenden Schafstelze vor dem 10.04. oder nach dem 31.07. Ist die Durchführung der Bauarbeiten während der Brutzeit unvermeidbar, sind die betreffenden Flächen bis zum Beginn der Brutzeit durch Pflügen / Eggen vegetationsfrei zu halten, oder mit Hilfe von Flatterbändern das Anlegen einer Brutstätte zu verhindern.

Schwarzkehlchen

Bestandsentwicklung

Nach einem Rückgang des Brutbestandes weisen nun kurzfristige Bestandstrends auf einen Anstieg des Schwarzkehlchens in Mecklenburg-Vorpommern hin, in den letzten zehn Jahren verzeichnete die Art einen Zuwachs von ca. 20 %. Derzeit wird die Brutpaarzahl der in MV als selten mit 450-750 angegeben (vgl. Rote Liste der Brutvögel MV, 2014). Trotz steigenden Bestandszahlen werden Schwarzkehlchen als potenziell gefährdet eingestuft, da sich ihr Lebensraum sukzessionsbedingt oder durch Umnutzung, wie Bebauung schnell verändert.

Schwarzkehlchen sind Reviertreue Bodenbrüter. Sie bevorzugen niederwüchsiges, offenes, gut besontes Gelände mit kleinen Gebüsch und Bäumen als Jagdwarte. Daher wird es vor allem auf wärmebegünstigten und trockenen Flächen mit Ruderal- und Brachencharakter, Ödland, Heide und Weidegrünland, aber auch in der Nähe von Rapsfeldern und Bahntrassen angetroffen.

Als auf außergewöhnliche Naturereignisse und Prädatorendruck angepasster Bodenbrüter ist das Schwarzkehlchen imstande, mehrere Bruten im Jahr durchzuführen, um etwaige Gelegeverluste durch plötzliche Temperaturstürze, Starkniederschläge, Überschwemmungen, Erosion und Prädatoren ausgleichen zu können. Diese Strategie erübrigt streng genommen Maßnahmen, die vorhabenbedingt zur Vermeidung oder Minderung von Gelegeverlusten beitragen sollen (Bauzeitenregelung, ökologische Baubegleitung während der Brutzeit), da die natürliche Reproduktion etwaige Bestandsverluste wieder ausgleicht und ausreichende Ausweichflächen in der direkten Umgebung vorhanden sind.

Wie oben beschrieben, kommt langfristig der positive zu wertende, vorhabenbezogene Habitatzuwachs durch Umwandlung von Acker zu einer artenreichen Staudenflur für die Art hinzu; im Gegensatz zum derzeitigen Acker unterliegt (nach Umsetzung des Vorhabens) die von der PV-Fläche beanspruchte Staudenflur keiner landwirtschaftlichen Nutzung und gewährleistet eine bei weitem größere Dauerhaftigkeit der Brutreviere. Durch eine Umzäunung der PV-Anlage werden mögliche Prädatoren vom Gelege fern gehalten.

Die Gelege werden jedes Jahr neu angelegt. Die Vögel sind dabei nicht standorttreu, sondern wählen in Abhängigkeit verschiedener Faktoren wie Wuchshöhe, Bodenfeuchte, Deckungsgrad etc. die Neststandorte neu aus.

Standort

Als Brutvogel der Ruderal- und Brachflächen (vorzugsweise in Hanglage und an Böschung) kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das Schwarzkehlchen im Plangebiet, jedoch nicht auf dem zur Bebauung vorgesehenen Acker brütet.

Vorhabenbezogene Konflikte (§44 BNatSchG)**Tötung? NEIN**

In die für das Schwarzkehlchen maßgeblichen Strukturen im Norden des Plangebietes wird nicht eingegriffen, daher ist eine Tötung ausgeschlossen.

Erhebliche Störung**(negative Auswirkung auf lokale Population)? NEIN**

Eine erhebliche Störung der Art ist nicht gegeben, da eine solche beim Schwarzkehlchen stets ohne Wirkung auf die lokale Population bleibt und das Schwarzkehlchen mit einer Fluchtdistanz von 20 bis 40 m bei Annäherung eines Menschen nicht als störungsempfindlich einzustufen ist. Auch nach Umsetzung der Planinhalte weist insbesondere die bebauungsfrei bleibende Teilfläche genügend Potenzial für einen stetigen Besatz durch die Art auf. Das Nahrungsflächenpotenzial der beanspruchten Fläche wird sich infolge Unterbrechung der ackerbaulichen Nutzung und Entwicklung einer artenreichen Staudenflur deutlich erhöhen.

Entnahme/Beschädigung/Zerstörung**von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten?****NEIN**

Die etwaige Beschädigung und Zerstörung von Fortpflanzungsstätten ist ausgeschlossen, da in die hierfür notwendigen Strukturen infolge der ausschließlichen Beanspruchung von Acker nicht eingegriffen wird. Mit der Umwandlung von Acker in Grünland entstehen zudem neue Nahrungs- und Bruthabitate für das Schwarzkehlchen. Der für die Art als am hochwertigsten eingestufte Bereich der Senke bleibt bebauungsfrei und durch das geplante Pflegeregime langfristig erhalten.

Demzufolge ist davon auszugehen, dass eine artenschutzrechtlich relevante Betroffenheit der Art durch das Vorhaben nicht gegeben ist.

Stieglitz, Feldschwirl

Stieglitz und Feldschwirl sind Bodenbrüter. Der Bestand des Feldschwirls in M-V liegt zwischen 11.000 und 19.000 Brutpaaren (BP), der des Stieglitz bei ca. 60.000 bis 80.000 BP.

Standort

Stieglitz und Feldschwirl können in den Staudenfluren, insbesondere in den Randbereichen der Vorhabenfläche als Brutvögel auftreten. Diese Flächen bleiben weitestgehend PV-anlagenfrei.

Vorhabenbezogene Konflikte (§44 BNatSchG)**Tötung?****NEIN Vermeidungsmaßnahme**

Die Tötung adulter Tiere während der Bauphase ist unwahrscheinlich, da diese bei Annäherung sofort flüchten. Die Zerstörung von Gelegen ist während des Baus der PV-Anlage eher unwahrscheinlich, weil die für die Brut der Art in Frage kommenden Bereiche weitgehend bebauungsfrei bleiben. In jedem Falle ist der Eintritt dieses Verbotstatbestandes vermeidbar, wenn die Bauarbeiten außerhalb der Brutzeit der Arten (Wertungsgrenzen nach Südbeck et al. 2005 vom 01.04. – 31.07.) erfolgen.

Nach Installation der PV-Anlage und fortschreitender Sukzession ist infolge der dann aus technischer Sicht notwendigen Mahd der Zwischenflächen, dem weitestgehenden Erhalt hochwachsender Staudenfluren unter den Modulen davon auszugehen, dass das Habitatpotenzial für die Arten für die Nutzungsdauer der PV-Anlage mindestens erhalten bleibt, wahrscheinlich jedoch größer wird.

**Erhebliche Störung
(negative Auswirkung auf lokale Population)? NEIN**

Die erhebliche Störung ist nicht gegeben, da adulte Tiere über genügend Ausweichfläche im direkten Umfeld verfügen und die Art nicht besonders störungsempfindlich ist.

**Entnahme/Beschädigung/Zerstörung
von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten? NEIN**

Es gelten die unter „Tötung“ getroffenen Aussagen analog.

Vorsorglicher Artenschutz: Sämtliche Bauarbeiten erfolgen zum Schutz der etwaig in der Fläche brütenden Art außerhalb des Zeitraums 01.04.-10.06. (Stieglitz) sowie 20.04. – 31.07. (Feldschwirl). Ist die Durchführung der Bauarbeiten während der Brutzeit unvermeidbar, sind die betreffenden Flächen bis zum Beginn der Brutzeit durch Pflügen / Eggen vegetationsfrei zu halten, oder mit Hilfe von Flatterbändern das Anlegen einer Brutstätte zu verhindern.

Vögel der Feuchtgebiete und Kleingewässer

Standort

Das permanente Kleingewässer zwischen der Plangebietsfläche und Bahntrasse (Biotop Nr. 8 in Abb. 6), sowie einige weiter entfernter liegende Kleingewässer, bieten an Feuchtbiotope gebundenen Arten ein potenzielles Habitat.

Während der Kartierung am 17.06.2020 konnten in Biotop 8 singende Drosselrohrsänger festgestellt werden. Im Randbereich der Wasseroberfläche konnten zwei Höckerschwan beobachtet werden. Außerdem entfernten sich Junge führende Kraniche vom Biotop in südöstliche Ackerflächen.

Vorhabenbezogene Konflikte (§44 BNatSchG)

Tötung? NEIN

In die Feuchtbiotope im Umfeld des Plangebietes wird nicht eingegriffen, daher ist eine Tötung ausgeschlossen.

**Erhebliche Störung
(negative Auswirkung auf lokale Population)? NEIN, Bauzeitenregelung**

Eine erhebliche Störung durch die Bauarbeiten der PV-Anlage, insbesondere der Arten Höckerschwan und Kranich ist durch eine Bauzeitenregelung vermeidbar.

Vorsorglicher Artenschutz: Sämtliche Bauarbeiten erfolgen zum Schutz der etwaig im angrenzenden Kleingewässer brütenden Höckerschwan vom 01.03.-15.08. sowie Kranich 01.03.-31.07.

**Entnahme/Beschädigung/Zerstörung
von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten? NEIN, Vermeidungsmaßnahme**

Eine durchgehende Einzäunung der PV-Ablage würde die südliche Zugänglichkeit des Kleingewässers für die dort nachweislich brütenden Arten Höckerschwan und Kranich unterbinden – beide Arten sind Nestflüchter, d.h. die Jungtiere verbleiben nicht bis zum Flüggewerden im Nest, sondern gehen mit den Elterntieren bereits in den ersten Lebenstagen zur Nahrungssuche auf Wanderschaft. Die Passage zwischen Brutgewässer und Nahrungsflächen wäre bei durchgehender Einzäunung der PV-Anlage alleine nach Norden über die Bahngleise möglich. Damit würde sich das Tötungsrisiko für die betreffenden Tiere signifikant erhöhen. Um dies wirksam zu vermeiden, werden zwei Durchlässe von jeweils 20 m Breite im Bereich des Kleingewässers geschaffen (vgl. Abbildung 7). Der östliche Durchlass orientiert sich daran, wo Kraniche das Biotop während der Kartierung verlassen

haben. Der westliche Durchlass ist an einer Stelle platziert, an der aufgrund der vorherrschenden Wasserverhältnisse ebenfalls potenziell eine Brut beider Arten stattfinden könnte.

Demzufolge ist davon auszugehen, dass eine artenschutzrechtlich relevante Betroffenheit der Arten durch das Vorhaben bei Umsetzung der beiden 20 m breiten Lücken gemäß Festsetzung nicht gegeben ist.

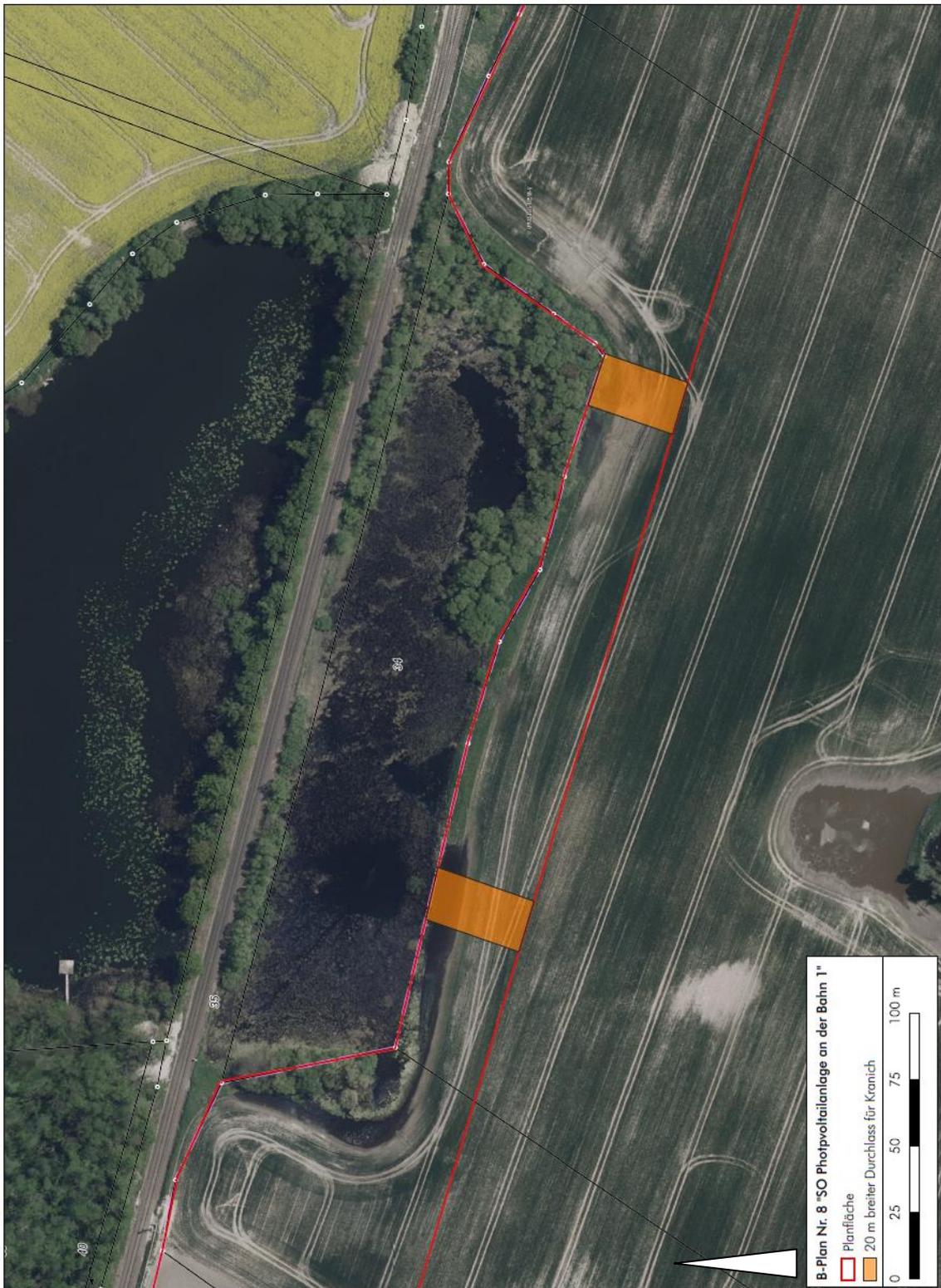


Abbildung 7: Position der zwei 20 m breiten Durchlässe im Bereich des Kleingewässers nördlich des B-Plangebietes.

SÄUGETIERE

FFH-Code	wissenschaftlicher Artname	deutscher Artname	Anhang II	Anhang IV
Säugetiere:				
1308	Barbastella barbastellus	Mopsfledermaus	x	x
1313	Eptesicus nilssonii	Nordfledermaus		x
1327	Eptesicus serotinus	Breitflügelfledermaus		x
1320	Myotis brandtii	Große Bartfledermaus		x
1318	Myotis dasycneme	Teichfledermaus	x	x
1314	Myotis daubentonii	Wasserfledermaus		x
1324	Myotis myotis	Großes Mausohr	x	x
1330	Myotis mystacinus	Kleine Bartfledermaus		x
1322	Myotis nattereri	Fransenfledermaus		x
1331	Nyctalus leisleri	Kleiner Abendsegler		x
1312	Nyctalus noctula	Abendsegler		x
1317	Pipistrellus nathusii	Rauhhaufledermaus		x
1309	Pipistrellus pipistrellus	Zwergfledermaus		x
	Pipistrellus pygmaeus	Mückenfledermaus		x
1326	Plecotus auritus	Braunes Langohr		x
1329	Plecotus austriacus	Graues Langohr		x
1332	Vespertilio murinus	Zweifarbige Fledermaus		x
1337	Castor fiber	Biber	x	x
1341	Muscardinus avellanarius	Haselmaus		x
1351	Phocoena phocoena	Schweinswal	x	x
1352	* Canis lupus	Wolf	x	x
1355	Lutra lutra	Fischotter	x	x
1364	Halichoerus grypus	Kegelrobbe	x	
1365	Phoca vitulina	Seehund	x	

Tabelle 1: Gem. Anh. II bzw. IV geschützte Säugetierarten in M-V. Quelle: LUNG M-V 2016.

Säugetierarten, die dem besonderen Artenschutz unterliegen (Tab. 1, Spalte Anhang IV), sind im Hinblick auf die Planinhalte irrelevant bzw. ausgehend von den vorhandenen Biotoptypen nicht vorhanden.

Auch für Fledermäuse ergeben sich keine negativen Auswirkungen, da

- in die angrenzenden Hecken- und Gehölzstrukturen nicht eingegriffen wird,
- keine Sommer- oder Winterquartiere im Plangebiet liegen,
- das Nahrungsflächenpotenzial (Insekten) der Staudenflur erhalten bleibt.

Für alle übrigen artenschutzrechtlich relevanten, d.h. in Anhang IV FFH-RL gelisteten Säugetierarten (vgl. Tab. 1) spielt das Plangebiet keine Rolle, da die hier vorhandene Biotopstruktur nicht mit den Ansprüchen der jeweiligen Art übereinstimmt.

Vorhabenbezogene Konflikte (§ 44 BNatSchG)

- *Tötung?* *Nein*
- *Erhebliche Störung (negative Auswirkung auf lokale Population)?* *Nein*
- *Entnahme/Beschädigung/Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten?* *Nein*

AMPHIBIEN

Folgende Arten sind gemäß Anhang IV FFH-RL geschützt:

Kammolch	<i>Triturus cristatus</i>	Knoblauchkröte	<i>Pelobates fuscus</i>
Rotbauchunke	<i>Bombina Bombina</i>	Kreuzkröte	<i>Bufo calamita</i>
Moorfrosch	<i>Rana arvalis</i>	Wechselkröte	<i>Bufo viridis</i>
Springfrosch	<i>Rana dalmatina</i>	Laubfrosch	<i>Hyla arborea</i>
Kl. Teichfrosch <i>Pelophylax lessonae</i>			

Das Umweltkartenportal enthält keine Informationen zum Vorkommen von Amphibien. Im nahen Umfeld des B-Plangebietes befinden sich jedoch mehrere temporäre und permanente Kleingewässer, die als Habitat für Amphibien geeignet sind, sodass mit einem Vorkommen zu rechnen ist.

Erdkröten leben überwiegend an Land und suchen nur zum Laichen im Frühjahr Gewässer auf. Als Landlebensräume werden fast alle Bereiche besiedelt, nur intensiv genutzte Ackerlandschaften ohne Feldgehölze und Laichgewässer werden ebenso gemieden wie großflächige Nadelholzkulturen. Erdkröten überwintern an Land in frostfreien Verstecken (Artensteckbrief Erdkröte, DGHT 2013).

Grasfrösche bevorzugen feuchte Landlebensräume wie Wälder, Wiesen, Auen, Gärten und Parkanlagen, die über einen Kilometer vom Laichgewässer entfernt liegen können. Die Art zeigt sich wenig wählerisch bei der Wahl ihrer Laichgewässer. So werden sowohl stehende als auch langsam fließende Gewässer unterschiedlichster Größe zur Laichablage genutzt. Typische Laichgewässer sind flache Stillgewässer im Überschwemmungsbereich von Bach- und Flussläufen sowie in Moorbereichen. Ein nicht geringer Anteil adulter Grasfrösche überwintert in Bächen oder Aus- und Zuflüssen von Stillgewässern. Der andere Teil der Laichgemeinschaft überwintert jedoch im Waldboden. Etwa zeitgleich mit der Erdkröte ist der Grasfrosch die am frühesten im Jahr abwandernde heimische Amphibienart. Seichte eisfreie Stellen eines Gewässers werden meist bereits Ende Februar, Anfang März von den etwas früher eintreffenden Männchen in größeren Ansammlungen eingenommen, auch wenn die Wassertemperatur gerade einmal 4°C beträgt (Artensteckbrief Grasfrosch, DGHT 2013).

Grünfrösche, zu denen der Seefrosch, der Teichfrosch und der Kleine Wasserfrosch gehören, halten sich meist permanent am und im gleichen Gewässern auf. Der Kleine Wasserfrosch wandert allerdings regelmäßig kürzere und weitere Strecken über Land und besiedelt so neue Laichgewässer. Im März und April, seltener schon Ende Februar oder erst im Mai, wandern die Tiere – aus ihren Winterquartieren kommend – vornehmlich in feuchten, wärmeren Nächten dem Laichgewässer zu. Die ersten Tiere erscheinen hier bei günstigen Bedingungen Mitte März. Die Paarungsaktivitäten klingen Ende Juni/Anfang Juli aus. Danach geht ein Teil der adulten Frösche wieder auf Wanderschaft und ist dann besonders während und kurz nach warmen Regenfällen auf Wiesen und in Wäldern, welche die Laichgewässer umgeben, bei der Nahrungssuche anzutreffen. Ende August bis September beginnt die Abwanderung in die Winterquartiere. Einige Tiere überwintern sehr wahrscheinlich auch im Laichgewässer. Generell ist der Kleine Wasserfrosch offenbar weniger streng an Gewässer gebunden als der Teich- und besonders der Seefrosch. Die Art unternimmt regelmäßig Wanderungen über Land, nutzt dabei auch geschlossene Waldgebiete und überwintert oft in terrestrischen Habitaten (FFH-Artensteckbrief Kleiner Wasserfrosch, LUNG M-V 2010).

Die Laichwanderung der Knoblauchkröte beginnt gewöhnlich im März bei Bodentemperaturen über 5 °C, die Laichabgabe erfolgt meist im April und Anfang Mai, seltener schon Ende März. Die Aufenthaltsdauer der erwachsenen Tiere in den Laichgewässern reicht je nach Geschlecht von 4-57 Tage. Nur wenige verweilen auch länger oder halten sich sogar ganzjährig am oder im Gewässer auf. Nach der Herbstwanderung suchen die Knoblauchkröten im Oktober die Überwinterungsquartiere auf, in denen sie sich

bis in frostsichere Tiefen eingraben. Die Knoblauchkröte besiedelt v.a. offene Lebensräume der „Kultursteppe“ mit lockeren, grabbaren Böden. Darunter fallen überwiegend Gärten, Äcker, Wiesen, Weiden und Parkanlagen. An ihr Laichgewässer stellt die Knoblauchkröte keine großen Ansprüche, allerdings müssen gut ausgeprägte Vertikalstrukturen vorhanden sein, um die Laichschnüre im Wasser befestigen zu können (FFH-Artensteckbrief Knoblauchkröte, LUNG M-V 2010).

Laubfrösche verbringen mit Ausnahme der Laichzeit ihre Zeit an Land. Anders als die anderen heimischen Arten lebt er nicht am Boden sondern erklimmt Pflanzen. Laubfrösche überwintern in der Erde eingegraben in der Nähe von Gewässern oder in feuchten Senken, auch in trockenem Boden. Ab Ende März/ Anfang April wandern Laubfrösche zu ihren Laichgewässern. Dabei treffen die Weibchen nicht gleichzeitig am Laichplatz an, sondern über einen längeren Zeitraum verteilt. Jungfrösche verlassen im Hochsommer die Gewässer (FFH-Artensteckbrief Laubfrosch, LUNG M-V 2010).

Der Moorfrosch zählt zu den frühlaichenden Arten. Die Einwanderung zu den Laichgewässern findet unter günstigen Bedingungen manchmal bereits im Februar statt, der Großteil der Tiere findet sich allerdings erst im März am Laichgewässer ein. Die Hauptlaichzeit des Moorfroschs ist der April, der Laich wird zwischen lockeren vertikalen Strukturen auf dem Gewässergrund oder auf horizontaler submerser Vegetation im meist sonnenexponierten Flachwasser abgelegt. Nach dem Abläichen wandern die Tiere nicht sofort wieder ab, sondern bleiben teilweise mehrere Wochen in der Nähe des Laichgewässers. Moorfrosche besiedeln bevorzugt Habitats mit hohen Grundwasserständen wie Nasswiesen, Zwischen-, Nieder- und Flachmoore sowie Erlen- und Birkenbrüche. Die Überwinterung erfolgt zumeist in frostfreien Landverstecken, bevorzugt werden v.a. lichte feuchte Wälder mit einer geringen Strauch-, aber artenreichen Krautschicht wie Erlen- und Birkenbrüche oder feuchte Laub- und Mischwälder. Dabei wandern Jungtiere oft von den Laichgebieten weg (bis 1 km) als die Adulten (bis 0,5 km). Im Herbst nähert sich ein Teil der Population wieder dem Laichgewässer, besonders ein Teil der Männchen überwintert auch darin (FFH-Artensteckbrief Moorfrosch, LUNG M-V 2010).

Der Kammmolch beginnt bereits im zeitigen Frühjahr mit der Einwanderung zum Paarungsgewässer. Diese findet im Februar und März stets nachts statt. Paarung und Eiablage erfolgen zwischen Ende März und Juli. Die Metamorphose der Larven findet nach zwei bis vier Monaten statt. Nach der reproduktiven Phase werden die Gewässer verlassen, wenngleich manchmal einzelne Tiere im Wasser verbleiben und sogar hier überwintern. Die Jungtiere wandern ab Ende August bis Anfang Oktober aus den Laichgewässern ab. Die Winterquartiere werden im Oktober/ November aufgesucht. Hinsichtlich der Laichgewässerwahl besitzt die Art eine hohe ökologische Plastizität. Bevorzugt werden natürliche Kleingewässer (Sölle, Weiher, z. T. auch temporäre Gewässer) und Kleinseen, aber auch Teiche und Abgrabungsgewässer (Kies-, Sand- und Mergelgruben). Häufig liegen die Laichgewässer inmitten landwirtschaftlicher Nutzflächen. Die terrestrischen Lebensräume liegen oft in unmittelbarer Nähe der Laichgewässer und sind meist weniger als 1 km von ihnen entfernt (FFH-Artensteckbrief Kammmolch, LUNG M-V 2010).

Die an Land überwinternde Rotbauchunke wandert bei günstigen Frühjahrstemperaturen vornehmlich im April, bei günstigen Witterungsbedingungen auch schon im März in die Laichgewässer ein. Paarung und Eiablage erfolgen überwiegend im Mai und Juni. Die Eiablage findet ab 15 °C Wassertemperatur statt, die Fortpflanzungszeit kann sich bis in den Juli erstrecken. Die Metamorphose der Larven findet nach zwei bis drei Monaten statt, die Rückwanderung ins Winterquartier erfolgt im September und Oktober. Als Laichgewässer und Sommerlebensraum bevorzugen Rotbauchunken stehende, sich schnell erwärmende Gewässer mit dichtem sub- und emersen Makrophytenbestand. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Art v.a. in natürlichen Kleingewässern (Sölle, Weiher, temp. Gewässer) und Kleinseen sowie überschwemmtem Grünland und Qualmwasserbiotopen zu finden. Die Laichgewässer liegen zumeist in der offenen Agrarlandschaft und können in den

Sommermonaten vollständig austrocknen. Nach der Laichzeit halten sich Rotbauchunken für den restlichen Zeitraum der Vegetationsperiode im bzw. im Umfeld des Laichgewässers auf. Als Winterquartiere dienen u.a. Nagerbauten, Erdspalten und geräumige Hohlräume im Erdreich. Sie liegen meist in unmittelbarer Nähe zum Laichgewässer und sind selten weiter als 500 m von diesem entfernt (FFH-Artensteckbrief Rotbauchunke, LUNG M-V 2010).

Art	Wanderperioden der Alttiere	Abwanderungen der Jungtiere	maximale Wanderdistanzen
Feuersalamander (<i>Salamandra salamandra</i>)	April/Mai; Juli bis Okt.	August	wenige hundert Meter
Bergmolch (<i>Triturus alpestris</i>)	März/April; Juni bis Sept.	Juli bis September	500 – 600 m
Kammolch (<i>Triturus cristatus</i>)	Feb./März; Juni bis Nov.	Juni bis September	500 – 1000 m
Fadenmolch (<i>Triturus helveticus</i>)	März/April; Mai bis Juli	Juni bis Oktober	400 m
Teichmolch (<i>Triturus vulgaris</i>)	Feb. bis April; Juni/Juli	Juli bis Oktober	wenige hundert Meter
Geburtshelferkröte (<i>Alytes obstreticans</i>)	April; Aug. bis Okt.	August bis Oktober	2 km
Rotbauchunke (<i>Bombina bombina</i>)	April/Mai; Mai bis Okt.	Juli bis Oktober	1000 m
Gelbbauchunke (<i>Bombina variegata</i>)	April/Mai; Juni bis Aug.	Juni bis Oktober	4 km
Knoblauchkröte (<i>Pelobates fuscus</i>)	März/April; Mai	Juli bis Oktober	500 – 800 m
Erdkröte (<i>Bufo bufo</i>)	März/April; Mai bis Sept.	Juni bis August	mehrere km
Kreuzkröte (<i>Bufo calamita</i>)	April; Mai/Juni	Juni bis Oktober	mehrere km
Wechselkröte (<i>Bufo viridis</i>)	April; Mai bis Sept.	Juli bis September	8 – 10 km
Laubfrosch (<i>Hyla arborea</i>)	April/Mai; Mai bis Okt.	Juli/August	> 10 km
Moorfrosch (<i>Rana arvalis</i>)	März; Mai bis Okt.	Juni bis September	1000 m
Springfrosch (<i>Rana dalmatina</i>)	Feb. bis April; Mai bis Okt.	Juli/August	1,5 km
Grasfrosch (<i>Rana temporaria</i>)	Feb./März; April bis Nov.	Juni bis September	8 – 10 km
Teichfrosch (<i>Rana kl. esculenta</i>)	März/April; Sept./Okt.	September/Oktober	2 km
Kleiner Wasserfrosch (<i>Rana lessonae</i>)	März/April; Juni bis Sept.	Juli bis September	15 km
Seefrosch (<i>Rana ridibunda</i>)	März bis Mai; Sept./Okt.	Juli bis Oktober	mehrere km

Tabelle 2: Hauptwanderungszeiten und maximale Wanderdistanzen der Lurcharten. Entnommen aus: Brunken 2004.

Bewertung

Amphibien laichen in Gewässern und überwintern an Land, junge Amphibien verlassen im Sommer das Gewässer und suchen Landlebensräume oder andere Gewässer als Nahrungshabitate oder künftige Reproduktionsorte auf. Geeignete Überwinterungshabitate liegen mit dichteren Hecken und Gehölzabschnitten nördlich der geplanten PV-Anlage, außerhalb des Plangebietes. Insbesondere das Gewässerbiotop, welches zwischen Plangebiet und Bahntrasse nordwestlich des Plangebietes liegt, bietet Amphibien einen attraktiven Lebensraum. Hier sind jedoch kaum Wanderbewegungen zu erwarten, da sich geeignete Winterquartiere in unmittelbarer Umgebung des Kleingewässers in Form von ausgedehnten Stauden- und Gehölzsäumen sowie dem Schottergleisbett befinden. Sollten dennoch Wanderungen stattfinden, können Verbotstatbestände durch einen Amphibienzaun vermieden werden.

Vorhabenbezogene Konflikte (§44 BNatSchG)

Tötung?

Nein Vermeidungsmaßnahme

Die Gefahr einer Tötung von Individuen während des Baus der PV-Anlage ist durch die Lage potenzieller Laichgewässer, Sommerlebensräume, Winterhabitate zur geplanten PV-Anlage nicht gänzlich auszuschließen. Die Gefahr einer Tötung von Individuen kommt allerdings allein während der Wanderungszeiten (vgl. Tab. 2) in Betracht, da die oben genannten potenziellen Lebensräume selbst vom Vorhaben unberührt bleiben.

Während der Bauarbeiten kann insofern eine Tötung vermieden werden, indem **Amphibienzäume zu den Wanderungszeiten, d.h. zwischen dem 01.03. und dem 01.10.** an

geeigneter Stelle errichtet und regelmäßig kontrolliert werden. Hierbei ist zu beachten, dass ggf. aufzustellende **Amphibienzäune während der Brutzeit des Kranichs und Höckerschwan (Zeitspanne 01.03.-15.08.) nicht im Bereich der beiden zugunsten dieser Arten einzurichtenden, 20 m breiten Korridore (vgl. Abb. 7) errichtet werden**, da deren (nestflüchtenden) Jungen sonst nicht in der Lage sind, das Kleingewässer in Richtung Süden zu verlassen.

Abbildung 8 gibt eine Empfehlung zur Anordnung von Amphibienzäunen im Bereich des oben beschriebenen Biotops.

Erhebliche Störung

(negative Auswirkung auf lokale Population)? Nein

Störungsrelevante Sachverhalte können ausgeschlossen werden, da Gewässerbiotope von dem geplanten Vorhaben unberührt bleiben.

Entnahme/Beschädigung/Zerstörung

von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten? Nein

Sowohl die Gewässer als auch die potenziellen Überwinterungshabitate im nahen Umfeld des Vorhabens werden vom Vorhaben nicht beansprucht. Eine Beeinträchtigung amphibiengerechter Lebensräume, die zur Fortpflanzung oder zur Winterruhe aufgesucht werden, ist somit ausgeschlossen.

Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit der Amphibien kann insbes. unter Anwendung der Vermeidungsmaßnahmen (Amphibienzäune während der Bauphase) ausgeschlossen werden.

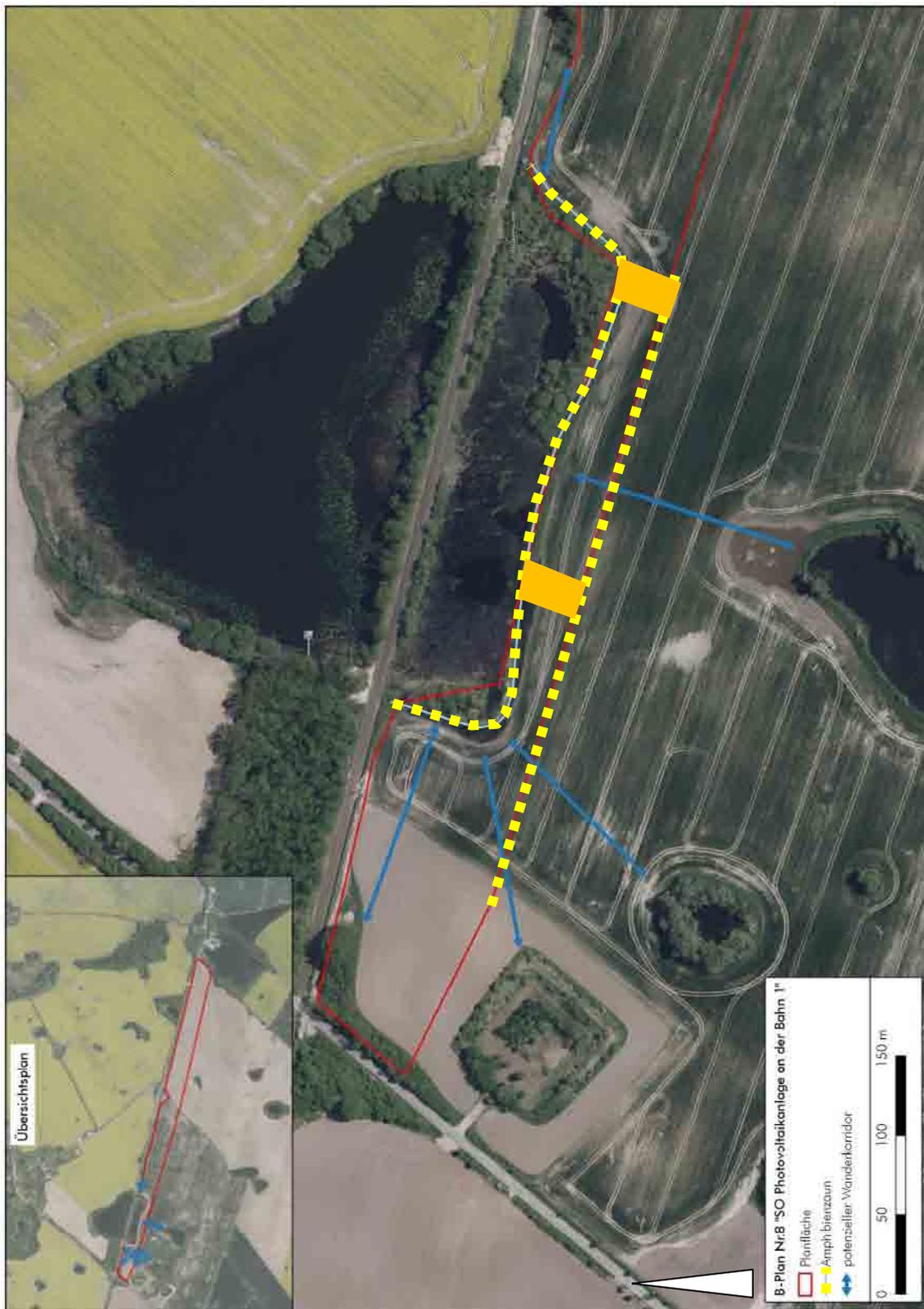


Abbildung 8: Mögliche Wanderkorridore (blaue Pfeile) von Amphibien zwischen pot. Laichgewässern und Landlebensräumen mit daraus resultierenden Trassen für Amphibienzäune (gelb gestrichelt) während der Bauphase. Die beiden im B-Plan festgesetzten 20 m breiten Korridore (orange) für Höckerschwan und Kranich sind frei zu halten. Kartengrundlage: DOP, LAiV-MV 2020.

REPTILIEN

Nach Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG sind die Arten Zauneidechse, Europäische Sumpfschildkröte und Glattnatter artenschutzrechtlich relevant. Infolge der für Reptilien im Plangebiet derzeit ungeeigneten Strukturen ist jedoch mit deren Betroffenheit nicht zu rechnen. Insofern sind keine plan- bzw. vorhabenbedingten Beeinträchtigungen der Art im Sinne von § 44 BNatSchG zu erwarten. Da der nahe gelegene Bahndamm zum Teil beidseitig von Gehölzen gesäumt wird, ist er beschattet, offene Bodenstellen fehlen. Daher ist das Auftreten von Reptilien, insb. der ansonsten an Bahndämmen nicht seltenen Zauneidechse, an diesem Gleisabschnitt unwahrscheinlich. Sollten Reptilien dennoch hier leben, wird in ihren Lebensraum im Zuge des Vorhabens nicht eingegriffen. Durch die Errichtung der Solaranlagen und der damit verbundenen Entwicklung einer landwirtschaftlich ungenutzten Staudenflur auf derzeitigem Acker zwischen und unter den Modultischreihen nimmt der Insektenreichtum zu. Dies bietet den Reptilien neue Nahrungsmöglichkeiten.

Vorhabenbezogene Konflikte (§44 BNatSchG)

- *Tötung?* NEIN
- *Erhebliche Störung
(negative Auswirkung auf lokale Population)?* NEIN
- *Entnahme/Beschädigung/Zerstörung
von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten?* NEIN

RUNDMÄULER UND FISCHE

Rundmäuler und Fische sind vom Vorhaben nicht betroffen, da in keine Gewässer eingegriffen wird. Vom besonderen Artenschutz erfasst sind ohnehin nur die in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG geführten Arten Baltischer Stör und Nordseeschnäpel, deren Vorkommen auch im weiteren Umfeld des Vorhabens sicher ausgeschlossen ist.

Vorhabenbezogene Konflikte (§ 44 BNatSchG)

- *Tötung?* Nein
- *Erhebliche Störung
(negative Auswirkung auf lokale Population)?* Nein
- *Entnahme/Beschädigung/Zerstörung
von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten?* Nein

SCHMETTERLINGE

Folgende Arten sind nach Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG in Mecklenburg-Vorpommern geschützt:

- Großer Feuerfalter *Lycaena dispar*
- Blauschillernder Feuerfalter *Lampetra fluviatilis*
- Nachtkerzenschwärmer *Proserpinus proserpina*

Der Verbreitungsschwerpunkt des **Großen Feuerfalters** in Mecklenburg-Vorpommern liegt in den Flusstalmooren und auf Seeterrassen Vorpommerns. Die Primärlebensräume der Art sind die natürlichen Überflutungsräume an Gewässern mit Beständen des Fluss-Ampfers (*Rumex hydrolapathum*) in Großseggenrieden und Röhrichten, v.a. in den Flusstalmooren und auf Seeterrassen. Da diese Standorte mit ungestörtem Grundwasserhaushalt in den vergangenen 200 Jahren fast vollständig entwässert und intensiv bewirtschaftet wurden, wurde der Große Feuerfalter weitgehend auf Ersatzhabitats zurückgedrängt. Dies sind v.a. Uferbereiche von Gräben, Torfstichen, natürlichen Fließ- und Stillgewässern mit Beständen des Fluss-Ampfers, die keiner Nutzung unterliegen. Die besiedelten Habitats zeichnen sich durch eutrophe Verhältnisse und Strukturreichtum aus. In Mecklenburg-Vorpommern liegen Nachweise von

Eiablagen und Raupenfunden überwiegend an Fluss-Ampfer vor, in Ausnahmefällen auch am Stumpfbliättrigen Ampfer (*Rumex obtusifolius*) und am Krausen Ampfer (*Rumex crispus*). Entscheidend für das Überleben der Art ist neben der Raupenfraßpflanze ein reichhaltiges Nektarpflanzenangebot, das entweder im Larvalhabitat oder im für die Art erreichbaren Umfeld vorhanden sein muss. In Mecklenburg-Vorpommern ist der Große Feuerfalter relativ ortstreu, nur gelegentlich kann er mehr als 10 km dispergieren, nur 10 % einer Population können 5 km entfernte Habitate erreichen (FFH-Artensteckbrief Großer Feuerfalter, LUNG M-V 2012). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Der **Blauschillernde Feuerfalter** kommt in Mecklenburg-Vorpommern nur noch als hochgradig isoliertes Reliktorkommen im Ueckertal vor. Hier ist der Wiesen-Knöterich (*Bistorta officinalis*) die einzig sicher belegte Eiablage- und Raupenfraßpflanze. Feuchtwiesen und Moorwiesen mit reichen Beständen an Wiesenknöterich sowie deren Brachestadien mit eindringendem Mädesüß bilden heute die Lebensräume der Art (FFH-Artensteckbrief Blauschillernder Feuerfalter, LUNG M-V 2012). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Beobachtungen des **Nachtkerzenschwärmers** lagen in Mecklenburg-Vorpommern v.a. aus dem Süden des Landes vor. Seit Mitte der 1990er Jahre ist eine Zunahme der Fundnachweise zu verzeichnen, 2007 kam es zu einer auffälligen Häufung der Art im Raum Stralsund-Greifswald und im südlichen Vorpommern. Unklar ist noch, ob die Art gegenwärtig ihr Areal erweitert und in Mecklenburg-Vorpommern endgültig bodenständig wird oder ob es sich bei den gegenwärtig zu verzeichnenden Ausbreitungen um arttypische Fluktuationen am Arealrand handelt. Die Art besiedelt die Ufer von Gräben und Fließgewässern sowie Wald-, Straßen und Wegränder mit Weidenröschen-Beständen, ist also meist in feuchten Staudenfluren, Flussufer-Unkrautgesellschaften, niedrigwüchsigen Röhrichten, Flusskies- und Feuchtschuttfuren zu finden. Die Raupen ernähren sich von unterschiedlichen Nachtkerzengewächsen (Onagraceae) (FFH-Artensteckbrief Nachtkerzenschwärmer, LUNG M-V 2007). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Auf Grund der aktuell bekannten Verbreitungsmuster der oben aufgeführten Schmetterlingsarten innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns und der erheblich von den Lebensraumsprüchen der Arten abweichenden Biotopstrukturen innerhalb des Plangebietes kann eine artenschutzrechtliche Betroffenheit des Großen Feuerfalters, des Blauschillernden Feuerfalters, und des Nachtkerzenschwärmers durch die Planinhalte ausgeschlossen werden.

Vorhabenbezogene Konflikte (§ 44 BNatSchG):

- *Tötung?* *Nein*
- *Erhebliche Störung (negative Auswirkung auf lokale Population)?* *Nein*
- *Entnahme/Beschädigung/Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten?* *Nein*

KÄFER

Folgende Arten sind nach Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG in Mecklenburg-Vorpommern geschützt:

- Breitrand *Dytiscus latissimus*
- Schmalbindiger Breitflügel-Tauchkäfer *Lampetra fluviatilis*
- Eremit *Osmoderma eremita*
- Großer Eichenbock *Cerambyx cerdo*

Aus Mecklenburg-Vorpommern liegen einzelne historische Funde des **Breitrand**s bis zum Jahr 1967 sowie wenige aktuelle Nachweise aus insgesamt fünf Gewässern im südöstlichen Teil des Landes vor. Möglicherweise handelt es sich um Restpopulationen, die wenigen Funde lassen keine Bindung an bestimmte Naturräume erkennen. Als Schwimmkäfer besiedelt die Art ausschließlich größere (> 1 ha) und permanent wasserführende Stillgewässer. Dabei bevorzugt der Breitrand nährstoffarme und **makrophytenreiche Flachseen**, Weiher und Teiche mit einem **breiten Verlandungsgürtel mit dichter submerser Vegetation** sowie Moosen und/ oder Armelechteralgen in Ufernähe. Bei den aktuellen Funden der Art in Mecklenburg-Vorpommern handelt es sich um typische Moorgewässer mit breitem Schwingrasen- und Verlandungsgürtel (FFH-Artensteckbrief Breitrand, LUNG M-V 2011). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Aus Mecklenburg-Vorpommern liegen einzelne historische Nachweise des **Schmalbindigen Breitflügel-Tauchkäfers** bis zum Jahr 1998 sowie mehrere aktuelle Nachweise aus insgesamt vier Gewässern im südöstlichen Teil des Landes vor. Die Art besiedelt ausschließlich größere (> 0,5 ha) permanent wasserführende Stillgewässer. Der Schmalbindige Breitflügel-Tauchkäfer besiedelt oligo-, meso- und eutrophe Gewässer mit einer deutlichen Präferenz für nährstoffärmere Gewässer. Für das Vorkommen der Art scheinen **ausgedehnte, besonnte Flachwasserbereiche mit größeren Sphagnum-Beständen und Kleinseggenrieden im Uferbereich sowie größere Bestände von emerser Vegetation** zur Eiablage wichtig zu sein. Bei den aktuellen Funden der Art in Mecklenburg-Vorpommern handelt es sich um typische Moorgewässer mit breitem Schwingrasen- und Verlandungsgürtel sowie einen Torfstichkomplex im Niedermoor (FFH-Artensteckbrief Schmalbindiger Breitflügel-Tauchkäfer, LUNG M-V 2011). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Derzeitige Verbreitungsschwerpunkte des **Eremiten** in Mecklenburg Vorpommern sind die beiden Landschaftszonen „Höhenrücken und Mecklenburgische Seenplatte“ und „Rückland der Mecklenburgischen Seenplatte“, wobei sich der Neustrelitz-Feldberg-Neubrandenburger und der Teterow-Malchiner Raum als Häufungszentren abzeichnen. **Der Eremit lebt ausschließlich in mit Mulm gefüllten großen Höhlen alter, anbrüchiger, aber stehender und zumeist noch lebender Laubbäume.** Als Baumart bevorzugt der Eremit die Baumart Eiche, daneben konnte die Art auch in Linde, Buche, Kopfweide, Erle, Bergahorn und Kiefer festgestellt werden. Die Art zeigt eine hohe Treue zum Brutbaum und besitzt nur ein schwaches Ausbreitungspotenzial. Dies erfordert über lange Zeiträume ein kontinuierlich vorhandenes Angebot an geeigneten Brutbäumen in der nächsten Umgebung. Nachgewiesen ist eine Flugdistanz von 190 m, während die mögliche Flugleistung auf 1-2 km geschätzt wird (FFH-Artensteckbrief Eremit, LUNG M-V 2011). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Umfeld des Vorhabenbereichs.**

Für Mecklenburg-Vorpommern liegen ältere Nachweise des **Großen Eichenbocks** v.a. aus den südlichen Landesteilen und vereinzelt von Rügen sowie aus dem Bereich der Kühlung vor. Derzeit sind nur noch drei Populationen im Südwesten und Südosten des Landes bekannt. Weitere Vorkommen der Art in anderen Landesteilen sind nicht auszuschließen, obwohl die auffällige Art kaum unerkannt bleiben dürfte. Der Große Eichenbock ist vorzugsweise an Eichen, insbesondere an die Stieleiche (*Quercus robur*) als Entwicklungshabitat gebunden. In geringem Maße wird auch die Traubeneiche (*Quercus petraea*) genutzt. Obwohl im südlichen Teil des bundesdeutschen Verbreitungsgebiets auch andere Baumarten besiedelt werden, **beschränkt sich die Besiedlung in Mecklenburg-Vorpommern ausschließlich auf Eichen. Lebensräume des Eichenbocks sind in Deutschland offene Alteichenbestände, Parkanlagen, Alleen, Reste der Hartholzauwe sowie Solitäräume.** Wichtig ist das Vorhandensein einzeln bzw. locker stehender, besonnter, alter Eichen. Die standorttreue Art besitzt nur ein geringes Ausbreitungsbedürfnis und begnügt sich eine lange Zeit mit dem einmal besiedelten Baum. Auch das Ausbreitungspotenzial der Art beschränkt sich auf wenige Kilometer (FFH-Artensteckbrief Großer Eichenbock, LUNG M-V 2011). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Umfeld des Vorhabenbereichs.**

Auf Grund der aktuell bekannten Verbreitungsmuster der oben aufgeführten Käferarten innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns und der erheblich von den Lebensraumsprüchen der Arten abweichenden Biotopstrukturen innerhalb des Plangebiets kann eine artenschutzrechtliche Betroffenheit des Breitrands, des Schmalbindigen Breitflügel-Tauchkäfers, des Eremiten und des Großen Eichenbocks ausgeschlossen werden.

Vorhabenbezogene Konflikte (§ 44 BNatSchG)

- *Tötung?* *Nein*
- *Erhebliche Störung (negative Auswirkung auf lokale Population)?* *Nein*
- *Entnahme/Beschädigung/Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten?* *Nein*

LIBELLEN

Folgende Arten sind nach Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG in Mecklenburg-Vorpommern geschützt:

- Grüne Mosaikjungfer *Aeshna viridis*
- Östliche Moosjungfer *Leucorrhinia albifrons*
- Zierliche Moosjungfer *Leucorrhinia caudalis*
- Große Moosjungfer *Leucorrhinia pectoralis*
- Sibirische Winterlibelle *Sympecma paedisca*
- Asiatische Keiljungfer *Gomphus flavipes*

Die **Grüne Mosaikjungfer** kommt in Mecklenburg-Vorpommern v.a. in den Flusssystemen der Warnow, der Trebel, der Recknitz und **der Peene** vor. Darüber hinaus existieren weitere Vorkommen im Raum Neustrelitz. Wegen der **engen Bindung an die Krebschere (*Stratiotes aloides*)** als Eiablagepflanze kommt die Art vorwiegend in den Niederungsbereichen wie z.B. im norddeutschen Tiefland vor und besiedelt dort unterschiedliche Stillgewässertypen wie Altwässer, Teiche, Tümpel, Torfstiche, eutrophe Moorkolke oder Randlaggs, Seebuchten, Gräben und Altarme von Flüssen, sofern diese ausreichend große und dichte Bestände der Krebschere aufweisen (FFH-Artensteckbrief Grüne Mosaikjungfer, LUNG M-V 2010). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Aus Mecklenburg-Vorpommern sind bislang nur sehr wenige Vorkommen der **Östlichen Moosjungfer** an größeren Stillgewässern aus dem südöstlichen und östlichen Landesteil bekannt. Die Art bevorzugt **saure Moorkolke und Restseen mit Schwingrieden aus Torfmoosen und Kleinseggen**. Wesentlich für die Habitateignung ist der aktuelle Zustand der Moorkolke. Sie müssen zumindest fischarm sein und im günstigsten Falle zudem submerse Strukturen wie Drepanocladus- oder Juncus-bulbosus-Grundrasen verfügen, die zumeist in klarem, nur schwach humos gefärbtem Wasser gedeihen. In Mecklenburg-Vorpommern besiedelt die Östliche Moosjungfer vorzugsweise die echten Seen, sie überwiegend in der mecklenburgischen Seenplatte vorkommen (FFH-Artensteckbrief Östliche Moosjungfer, LUNG M-V 2010). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Aus Mecklenburg-Vorpommern sind bislang relativ wenige Vorkommen der **Zierlichen Moosjungfer** an größeren Stillgewässern bekannt, die sich – mit Ausnahme der direkten Küstenregionen und der Insel Rügen sowie der mecklenburgischen Seenplatte – über das gesamte Land verteilen. Es zeigt sich aber, dass die Art nicht flächendeckend über das Bundesland verbreitet ist. Die Art besiedelt in Mecklenburg-Vorpommern vorzugsweise die echten Seen, die überwiegend in der mecklenburgischen Seenplatte vorkommen. Die Zierliche Moosjungfer bevorzugt **flache in Verlandung befindliche Gewässer, die überwiegend von submersen Makrophyten und randlich von Röhrichten oder Rieden**

besiedelt sind. Die Größe der Gewässer liegt zumeist bei 1-5 ha, das Eiablagesubstrat sind Tauchfluren und Schwebematten, seltener auch Grundrasen, die aber nur geringen Abstand zur Wasseroberfläche haben (FFH-Artensteckbrief Zierliche Moosjungfer, LUNG M-V 2010). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Die **Große Moosjungfer** scheint in Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend verbreitet zu sein. Die Lebensraumsprüche der Männchen entsprechen einer von **submersen Strukturen durchsetzten Wasseroberfläche** (z.B. Wasserschlauch-Gesellschaften), die **an lockere Riedvegetation gebunden** ist, häufig mit Schnabel-Segge (*Carex rostrata*) oder Steif-Segge (*Carex elata*). Vegetationslose und stark mit Wasserrosen-Schwimmblattrasen bewachsene Wasserflächen werden gemieden. Die Art nutzt folgende Gewässertypen als Habitat: Lagg-Gewässer, größere Schlenken und Kolke in Mooren, Kleinseen, mehrjährig wasserführende Pfühle und Weiher, Biberstaufächen, ungenutzte Fischteiche, Torfstiche und wiedervernässte Moore. Das Wasser ist häufig huminstoffgefärbt und schwach sauer bis alkalisch (FFH-Artensteckbrief Große Moosjungfer, LUNG M-V 2010). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Von der **Sibirischen Winterlibelle** sind in Mecklenburg-Vorpommern aktuell zehn Vorkommen bekannt, die sich auf vorpommersche Kleingewässer beschränken. Als Habitate der Art kommen in Mitteleuropa Teiche, Weiher, Torfstiche und Seen in Frage. Voraussetzung für die Eignung der Gewässer als Larvalhabitat ist das Vorhandensein von **Schlenkengewässern in leicht verschliffen bultigen Seggenrieden, Schneidried und z.T. auch Rohrglanzgras-Röhricht innerhalb der Verlandungszone**, wo die Eier meist in auf der Wasseroberfläche liegende Halme abgelegt werden. Über die Imaginalhabitate in Mecklenburg-Vorpommern ist wenig bekannt. Vermutlich handelt es sich um Riede, Hochstaudenfluren und Waldränder (FFH-Artensteckbrief Sibirische Winterlibelle, LUNG M-V 2010). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

In den neunziger Jahren erfolgten in Deutschland zahlreiche Wieder- bzw. Neuansiedlungen der **Asiatischen Keiljungfer** an der Elbe, der Weser und am Rhein. Im Zuge dieser geförderten Wiederausbreitung erreichte die Art auch Mecklenburg-Vorpommern, allerdings handelt es sich dabei nur um **sehr wenige Vorkommen im Bereich der Elbe**. Die Art kommt **ausschließlich in Fließgewässern** vor und bevorzugt hier die Mittel- und Unterläufe großer Ströme und Flüsse, da sie eine geringe Fließgeschwindigkeit und feine Sedimente aufweisen (FFH-Artensteckbrief Asiatische Keiljungfer, LUNG M-V 2010). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Auf Grund der aktuell bekannten Verbreitungsmuster der oben aufgeführten Libellenarten innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns und der erheblich von den Lebensraumsprüchen der Arten abweichenden Biotopstrukturen innerhalb des Plangebietes kann eine artenschutzrechtliche Betroffenheit der Grünen Mosaikjungfer, der Östlichen Moosjungfer, der Zierlichen Moosjungfer, der Großen Moosjungfer, der Sibirischen Winterlibelle und der Asiatischen Keiljungfer durch Umsetzung des Vorhabens ausgeschlossen werden.

Vorhabenbezogene Konflikte (§ 44 BNatSchG):

- *Tötung?* *Nein*
- *Erhebliche Störung (negative Auswirkung auf lokale Population)?* *Nein*
- *Entnahme/Beschädigung/Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten?* *Nein*

WEICHTIERE

Folgende Arten sind nach Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG in Mecklenburg-Vorpommern geschützt:

Anhang IV

- | | |
|----------------------------|--------------------------|
| - Zierliche Tellerschnecke | <i>Anisus vorticulus</i> |
| - Bachmuschel | <i>Unio crassus</i> |

In Mecklenburg-Vorpommern sind derzeit elf Lebendvorkommen der **Zierlichen Tellerschnecke** bekannt, damit gehört die Art zu den seltensten Molluskenarten im Land. Die Art bewohnt saubere, stehende Gewässer und verträgt auch saures Milieu. Besiedelt werden dementsprechend Altwässer, Lehm- und Kiesgruben sowie Kleingewässer in Flussauen, ufernahe Zonen von Seen mit Unterwasser- und Schwimmblattvegetation, Moortümpel oder gut strukturierte Wiesengräben. **In Mecklenburg-Vorpommern besiedelt die Zierliche Tellerschnecke bevorzugt die unmittelbare Uferzone von Seen, den Schilfbereich und die Chara-Wiesen in Niedrigwasserbereichen** (FFH-Artensteckbrief Zierliche Tellerschnecke, LUNG M-V 2010). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Mecklenburg-Vorpommern weist die größten rezenten Populationen der **Bachmuschel** in Deutschland auf. In 18 Gewässern kommen derzeit Bachmuscheln vor. Sie konzentrieren sich auf den westlichen Landesteil. Die geschätzten ca. 1,9 Millionen Individuen bilden etwa 90 % des deutschen Bestandes. Die Bachmuschel wird als Indikatorart für rhithrale Abschnitte in Fließgewässern angesehen. Sie ist ein **typischer Bewohner sauberer Fließgewässer** mit strukturiertem Substrat und abwechslungsreicher Ufergestaltung. Sie lebt in schnell fließenden Bächen und Flüssen und bevorzugt eher die ufernahen Flachwasserbereiche mit etwas feinerem Sediment. Gemieden werden lehmige und schlammige Bereiche sowie fließender Sand (FFH-Artensteckbrief Bachmuschel, LUNG M-V 2010). **Es gibt keine geeigneten Habitate für die Art im Plangebiet.**

Auf Grund der aktuell bekannten Verbreitungsmuster der oben aufgeführten Molluskenarten innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns und der z.T. erheblich von den Lebensraumsansprüchen der Arten abweichenden Biotopstrukturen innerhalb des Plangebietes kann eine artenschutzrechtliche Betroffenheit der Zierlichen Tellerschnecke und der Bachmuschel ausgeschlossen werden.

Vorhabenbezogene Konflikte (§ 44 BNatSchG):

- | | |
|---|-------------|
| • <i>Tötung?</i> | <i>Nein</i> |
| • <i>Erhebliche Störung (negative Auswirkung auf lokale Population)?</i> | <i>Nein</i> |
| • <i>Entnahme/Beschädigung/Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten?</i> | <i>Nein</i> |

PFLANZEN

Folgende Arten sind nach Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG in Mecklenburg-Vorpommern geschützt:

- | | |
|------------------------|------------------------------|
| - Sumpf-Engelwurz | <i>Angelica palustris</i> |
| - Kriechender Sellerie | <i>Apium repens</i> |
| - Frauenschuh | <i>Cypripedium calceolus</i> |
| - Sand-Silberscharte | <i>Jurinea cyanoides</i> |
| - Sumpf-Glanzkrout | <i>Liparis loeselii</i> |
| - Froschkraut | <i>Luronium natans</i> |

Die **Sumpf-Engelwurz** als eine in Mecklenburg-Vorpommern früher seltene, heute sehr seltene Art hatte ihr Hauptareal im östlichen Landesteil in der Landschaftszone „Ueckermärkisches Hügelland“, im Bereich der Uecker südlich von Pasewalk. Galt die Art zwischenzeitlich als verschollen, wurde sie im Jahr 2003 mit einer Population im Randowtal wiedergefunden, 2010 kam ein weiteres kleines Vorkommen östlich davon hinzu. Die Sumpf-Engelwurz scheint anmoorige Standorte und humusreiche Minirealböden zu bevorzugen. **Augenfällig ist eine Bindung an Niedermoorstandorte. Diese müssen in jedem Fall nass sein und über einen gewissen Nährstoffreichtum verfügen.** Ein oberflächliches Austrocknen wird nicht ertragen (FFH-Artensteckbrief Sumpf-Engelwurz, LUNG M-V). **Die Biotope im Plangebiet entsprechen nicht den Lebensraumsprüchen der Art.**

Der **Kriechende Sellerie** kommt in Mecklenburg-Vorpommern zerstreut in den Landschaftseinheiten „Mecklenburger Großseenlandschaft“, „Neustrelitzer Kleinseenland“, „Oberes Tollensegebiet, Grenztal und Peenetal“, „Oberes Peenegebiet“ und im „Warnow-Recknitzgebiet“ vor, besitzt demnach einen Schwerpunkt in der Landschaftszone Mecklenburgische Seenplatte. Der Kriechende Sellerie benötigt als lichtliebende Art **offene, feuchte, im Winter zeitweise überschwemmte, höchstens mäßig nährstoff- und basenreiche Standorte.** Die Art kann auch in **fließendem Wasser, selbst flutend oder untergetaucht** vorkommen. In Mecklenburg-Vorpommern liegen **alle Vorkommen in aktuellen oder ehemaligen Weide- oder Mähweide-Flächen.** Die Art bedarf der ständigen Auflichtung der Vegetationsdecke und einer regelmäßigen Neubildung vegetationsfreier oder –armer Pionierstandorte bei gleichzeitig erhöhter Bodenfeuchte (FFH-Artensteckbrief Kriechender Sellerie, LUNG M-V). **Die Biotope im Plangebiet entsprechen nicht den Lebensraumsprüchen der Art.**

In Deutschland konzentrieren sich die Vorkommen des **Frauenschuhs** in der collinen und montanen Stufe des zentralen und südlichen Bereichs. Nördlich der Mittelgebirge existieren nur isolierte Einzelvorkommen, zu denen auch die Vorkommen Mecklenburg-Vorpommerns in den Hangwäldern der Steilküste des Nationalparks Jasmund auf der Insel Rügen gehören. Die Art besiedelt in Mecklenburg-Vorpommern mäßig feuchte bis frische, **basenreiche, kalkhaltige Lehm- und Kreideböden sowie entsprechende Rohböden lichter bis halbschattiger Standorte.** Trockene oder zeitweilig stark austrocknende Böden werden **dagegen weitgehend gemieden.** Natürliche Standorte stellen Vor- und Hangwälder sowie lichte Gebüsche dar (FFH-Artensteckbrief Frauenschuh, LUNG M-V). **Die Biotope im Plangebiet entsprechen nicht den Lebensraumsprüchen der Art.**

In Mecklenburg-Vorpommern war die **Sand-Silberscharte** schon immer eine sehr seltene Art. Insgesamt wurden vier Vorkommen bekannt, von denen drei Vorkommen seit langer Zeit als verschollen gelten. **Bis 2009 kam die Art nur noch mit einem Vorkommen in der Landschaftseinheit „Mecklenburgisches Elbetal“ vor.** Als Pionierart benötigt die Sand-Silberscharte offene Sandtrockenrasen mit stark lückiger Vegetation, die jedoch bereits weitgehend festgelegt sind. Sie gedeiht vorwiegend auf **basen- bis kalkreichen Dünen- oder Schwemmsanden** (FFH-Artensteckbrief Sand-Silberscharte, LUNG M-V). **Die Biotope im Plangebiet entsprechen nicht den Lebensraumsprüchen der Art.**

Bis auf das Elbetal sind aus allen Naturräumen Mecklenburg-Vorpommerns aktuelle bzw. historische Fundorte des **Sumpf-Glanzkrauts** bekannt. Der überwiegende Teil der aktuellen Nachweise konzentriert sich dabei auf die Landkreise Mecklenburg-Strelitz und Müritz. Die Art besiedelt bevorzugt offene bis halboffene Bereiche mit niedriger bis mittlerer Vegetationshöhe in ganzjährig nassen mesotroph-kalkreichen Niedermooren. Die Vorkommen in Mecklenburg-Vorpommern liegen meist in Quell- und Durchströmungsmooren, auf jungen Absenkungsterrassen von Seen sowie in feuchten Dünentälern an der Ostseeküste. Auch lichte Lorbeerweiden-Moorbirken-Gehölze mit Torfmoos-Bulten gehören zum natürlichen Habitat (FFH-Artensteckbrief Sumpf-Glanzkraut, LUNG M-V). **Die Biotope im Plangebiet entsprechen nicht den Lebensraumsprüchen der Art.**

Gegenwärtig gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nur noch drei Vorkommen des **Froschkrauts** in den Landschaftseinheiten „Westliches Hügelland mit Stepenitz und Radegast“, „Krakower Seen- und Sandergebiet“ und „Südwestliche Talsandniederungen mit Elde, Sude und Rögnitz“. Die Art besiedelt flache, meso- bis oligotrophe Stillgewässer sowie Bäche und Gräben. Es bevorzugt Wassertiefen zwischen 20 und 60 cm, der Untergrund des Gewässers ist mäßig nährstoffreich und kalkarm sowie meist schwach sauer. Auffällig ist die weitgehende Bindung an wenig bewachsene Uferbereiche. **Die Biotop im Plangebiet entsprechen nicht den Lebensraumsprüchen der Art.**

Auf Grund der aktuell bekannten Verbreitungsmuster der oben aufgeführten Pflanzenarten innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns und der erheblich von den Lebensraumsprüchen der Arten abweichenden Biotopstrukturen innerhalb des Plangebietes kann eine artenschutzrechtliche Betroffenheit der Sumpf-Engelwurz, des Kriechenden Selleries, des Frauenschuhs, der Sand-Silberschärpe, des Sumpf-Glanzkrauts und des Froschkrauts ausgeschlossen werden.

Vorhabenbezogene Konflikte (§ 44 BNatSchG):

- *Entnahme aus der Natur?* *Nein*
- *Beschädigung der Pflanzen oder Standorte?* *Nein*
- *Zerstörung der Pflanzen oder Standorte?* *Nein*

6. Zusammenfassung

Innerhalb eines derzeit ackerbaulich genutzten Gebiets entlang der Bahntrasse Malchin – Neubrandenburg soll auf einer Fläche von ca. 20 ha eine PV-Anlage errichtet und betrieben werden. Ausreichende Mindestabstände vermeiden jedwede negative Auswirkungen auf die umgebenden nationalen und europäischen Schutzgebiete.

Von der betroffenen Fläche geht derzeit eine für den Artenschutz untergeordnete Bedeutung aus. Deren Habitatfunktion bleibt mindestens vollständig erhalten, eine deutliche Verbesserung dieser Funktion ist infolge der Umwandlung von Acker in extensives Grünland jedoch wahrscheinlicher.

Folgende artenschutzfachliche Vermeidungsmaßnahmen sind zu berücksichtigen:

- Vögel der Feuchtgebiete/ Kleingewässer: Sämtliche Bauarbeiten erfolgen zum Schutz der im nordwestlich direkt angrenzenden Kleingewässer nachweislich brütenden Kraniche und Höckerschwäne vor dem 01.03. oder nach dem 15.08. Mit der Einhaltung dieser Bauzeitenregelung sind im Übrigen auch Tötungs- und Zugriffsverbote bei den Bodenbrütern vollständig vermeidbar¹.
- Zugunsten von Höckerschwan und Kranich sind festsetzungsgemäß zwei Durchlässe mit einer Breite von jeweils 20 m in der Umzäunung der PV-Anlage zwischen Kleingewässer und südlicher Ackerfläche freizuhalten.
- Amphibien: Vom 01.03. bis 01.10. Errichtung von Amphibienzäunen, Kontrollen und Absammeln der Amphibienzäune in Bereichen, in denen Wanderungen von Amphibien zu erwarten sind.

Nach Fertigstellung des Solarparks erfolgt zwangsläufig eine Unterbrechung der ackerbaulichen Nutzung. Es wird sich auf der Fläche eine artenreiche Staudenflur entwickeln.

Die technisch bedingte Freihaltung der Flächen von aufkommenden Gehölzen mittels mehrschüriger Jahresmahd oder extensiver Beweidung führt zu einer dauerhaften Entwicklung eines für Insekten, Wiesenbrüter, jagende Fledermäuse gleichermaßen attraktiven Biotops.

Unter Einhaltung der oben genannten Vermeidungs- und Pflegemaßnahmen ergeben sich keine projektbedingten Verbotstatbestände im Sinne von § 44 BNatSchG.

Rabenhorst, den 27.08.2020



Oliver Hellweg

¹ Die bei den Bodenbrüterarten zuvor im Einzelnen dargestellten alternativen Möglichkeiten zur Verwendung von Flatterbändern oder der Unterdrückung von Aufwuchs durch Pflügen / Eggen entfallen in diesem Einzelfall aufgrund der strikt einzuhaltenden Bauzeitenregelung zugunsten von Höckerschwan und Kranich.

Vorhabenbeschreibung

Solarpark Blankenhof an der Bahn



Projektentwicklung: K&K Projekt UG in 17033 Neubrandenburg
Planung: bab Kästner - Kraft – Müller in 23966 Wismar
Stand: 08/2020

Vorhabenbeschreibung
Solarpark Blankenhof an der Bahn

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1	Veranlassung 3
2	Planungsrechtliche Situation 3
3	Kurzcharakteristik und Standortausweisung..... 3
3.1	Standortbeschreibung 3
3.2	Flächenausweisung 3
4	Beschreibung des Vorhabens 4
4.1	Vorbemerkung 4
4.2	Aufständerung/ Unterkonstruktion 4
4.3	Wechselrichter 5
4.4	Verkabelung/ Netzeinspeisung 5
4.5	Voraussichtliche Betriebszeit 5
4.6	Rückbau der PV-Anlage 5

Abbildungsverzeichnis

	Blatt
Abbildung 1: Detailansicht der Modultische	4

Anlagenverzeichnis

Anlage	
1	Modulquerschnitt
2	Lageplan

Vorhabenbeschreibung

Solarpark Blankenhof an der Bahn

1 Veranlassung

Die K&K Projekt UG beabsichtigt als Projektentwickler die Errichtung und den Betrieb einer Photovoltaik (PV)-Anlage im Gemeindegebiet der Gemeinde Blankenhof.

Die erzeugte elektrische Energie soll in das Mittelspannungsnetz (MS) des Energieversorgungsunternehmens (EVU) NEUSW, eingespeist werden.

Es ist vorgesehen, die gesamte Fläche mit einer Größe von ca. 19,5 ha zu überplanen und ca. 14 ha zur Solarstromerzeugung zu nutzen.

Nach Konkretisierung der Rahmenbedingungen und Festlegung der zur Ausführung kommenden Systemkomponenten erfolgt die weitere Detailplanung inkl. der notwendigen fachspezifischen Berechnungen (z.B. Standsicherheit etc.).

2 Planungsrechtliche Situation

Das Grundstück liegt in einem 110-meter Bereich der Bundeseisenbahn. Auf Grund der EEG Verordnung sind diese Flächen als vergütungsfähige Flächen gemäß EEG umsetzbar, da gemäß Gesetzgeber eine technische Überformung der Flächen durch den Eisenbahnbetrieb gegeben ist.

3 Kurzcharakteristik und Standortausweisung

3.1 Standortbeschreibung

Die Freifläche liegt südlich der Orte Chemnitz und Blankenhof und nordöstlich der Ortschaft Gevezin und lässt sich näherungsweise folgenden Mittelpunkt-Koordinaten

N 53°34.13.35 O 13°07.02.82

zuordnen.

Das zur Umnutzung vorgesehene Gebiet hat eine Größe von ca. 19,5 ha.

3.2 Flächenausweisung

Die Grundstücke werden katasteramtlich wie folgt geführt:

Gemarkung:	Gevezin Flur 3
Flurstücke:	50, 51, 52, 54/1, 57/2, 59/2, 59/4,
Gemarkung:	Chemnitz Flur 1
Flurstück:	485

Aus allen Grundstücken sind nur Teilflächen im 110 Meter Korridor der Bahn betroffen.

4 Beschreibung des Vorhabens

4.1 Vorbemerkungen

Das Anlagen-Konzept basiert auf poly/monokristallinen Siliziummodulen mit einer Gesamtleistung von ca. 10 Megawatt (Peak). Die Nennleistung eines Moduls beträgt ca. 300 Watt (Peak).

Die Module werden zu Gestelleinheiten (sog. Modultische) zusammengefasst und jeweils in Reihen mit einer möglichst optimalen Neigung und Sonnenausrichtung (Süden) sowie ohne gegenseitige Verschattung aufgestellt.

Der Aufstellwinkel von ca. 17° bewirkt die Selbstreinigung der Moduloberflächen durch abfließenden Niederschlag. Gleichzeitig verfügen die Module über eine glatte Oberfläche, die den Schmutz abweist.

4.2 Aufständigung/ Unterkonstruktion

Die von den PV-Modulen realisierte Energieausbeute hängt entscheidend von deren Ausrichtung zur Sonne ab und ist am stärksten, wenn die Lichtstrahlen senkrecht auf die Moduloberfläche treffen.

Im konkreten Fall ist es vorgesehen, die PV-Module fest auf Gestellen zu installieren (s. Abb. 1).

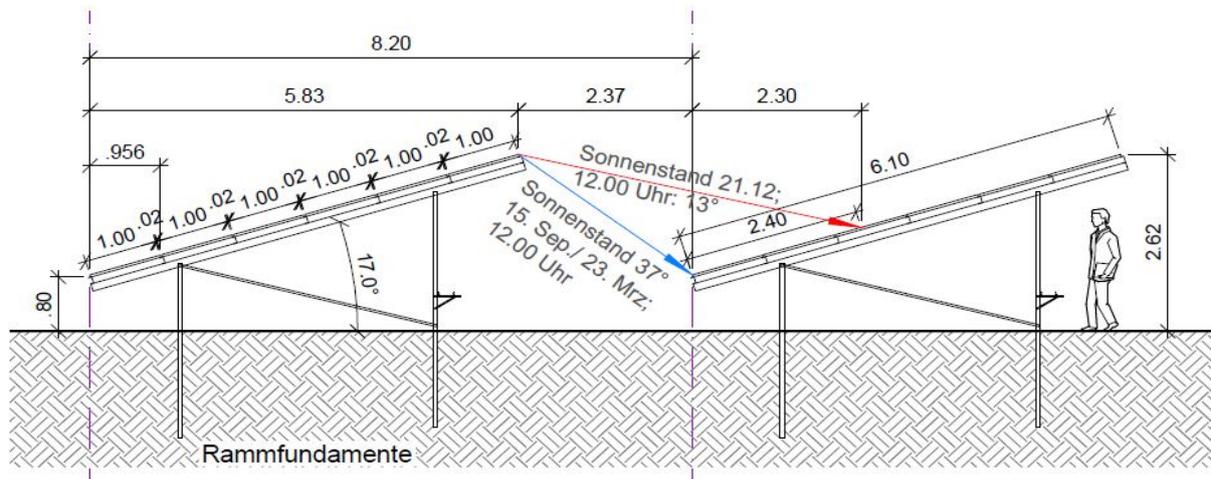


Abbildung 1: Detailansicht der Modultische

Die Modultische werden mit Hilfe von gerammten Pfosten aus verzinktem Stahl, ca. 1,00 m im Boden verankert.

Der Abstand zwischen der Unterkante der Module und der Geländeoberkante beträgt ca. 0,80 m, um eine Verschattung durch niedrig wachsende Vegetation auszuschließen. Die Moduloberkante erreicht eine Höhe von ca., 2,62 m über GOK.

Der in Abhängigkeit von der Verschattungsfreiheit gewählte Abstand von ca. 2,37 m zwischen den Gestellreihen gewährleistet gleichzeitig die Baufreiheit für Montage- und Reparaturarbeiten bzw. die Pflege der Fläche.

4.3 Wechselrichter (WR)

Das Planungskonzept sieht den Einsatz von dezentralen Wechselrichtern vor.

4.4 Verkabelung/ Netzeinspeisung

Die Modulgruppen werden zu sogenannten Strings zusammengefasst und entsprechend der technischen Auslegung mit den Wechselrichtern verschaltet.

Innerhalb der Modulgestellreihen erfolgt die Kabelverlegung unter- bzw. oberirdisch auf Gitterrosten. Von den Gestelleinheiten verlaufen die Gleichstromkabel zu den Wechselrichtern bzw. zur Trafostation im Boden.

Die Einspeisung des Erzeugten Stroms erfolgt über das Mittelspannungsnetz des zuständigen öffentlichen Energieversorgers (NEUSW). Die jährliche Netzeinspeisung von ca. 950 KWh/KWp entspricht einem eingesparten CO₂-Äquivalent von ca. 7000 t/Jahr.

4.5 Voraussichtliche Betriebszeit

Die kalkulierte Betriebszeit der Anlage beträgt 30 Jahre ab Inbetriebnahme

Die Inbetriebnahme ist im Q2 2021 geplant.

4.6 Rückbau der PV-Anlage

Die geplante Ausführung der PV-Anlage ermöglicht einen vollständigen und schadlosen Rückbau, um die Fläche nach Ende des Betriebes ohne diesbezügliche Einschränkungen für die weitere Zweckbestimmung, der Landwirtschaft, zur Verfügung zu stellen.

Waren, 2020-02-05

Projektleitung: Herr Eric Kalke (K&K Projekt UG)
Bearbeitung: Herr Roland Schmidt

Anlage 2

Lageplan

